

INAUGURAL - DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde am
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

WÄHRUNGSKRISE UND WÄHRUNGSINTEGRATION

Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie der
internationalen Zahlungsbeziehungen auf der Grund-
lage der Geld- und Außenhandelstheorie von
Karl Marx

vorgelegt von ERHARD SANIO

1975

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg an der Lahn

Währungskrise und Währungsintegration - Zu einigen Problemen der politischen Ökonomie der internationalen Zahlungsbeziehungen auf der Grundlage der Geld- und Außenhandelsatheorie von Karl Marx

vorgelegt von

Erhard Sanio, 355 Marburg/Lahn, Am Richtsberg 34

Marburg/Lahn 13.10.1975



Inhalt:

		<u>Seite</u>
Teil	Weltmarkt und Weltwährungssystem	1
1.	Die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt	1
2.	Exkurs: Nationalstaat und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung	26
3.	Die realen Formen der Weltmarktkonkurrenz und der Wechselkursmechanismus	38
I. Teil	Währungssystem und Währungskrise	51
4.	Entstehung und Funktionsweise des Goldstandards	52
5.	Papiergeldwährungen und Währungskrise	78
5.1.	Das Papiergeld in der nationalen Zirkulation	79
5.2.	Papiergeld und Inflation	103
5.3.	Papiergeld und Wechselkurssystem	131
5.4.	Papiergeld und Währungskrise	156
II. Teil	Währungskrise und Währungsintegration	176
6.1.	Möglichkeiten und Grenzen der Währungsintegration	176
6.2.	Formen und Widersprüche der Währungsoperation in der EWG	184



I. Weltmarkt und Währungssystem

Die spezifische Form, in der das Wertgesetz im internationalen Handel wirkt, muß die allgemeine Grundlage einer theoretischen Analyse der Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt auch auf der Ebene der Zahlungsbeziehungen bilden. Im folgenden sollen diese Zusammenhänge dargestellt werden. Davon ausgehend ist ihre Wirkungsweise in Bezug auf den Charakter der internationalen Konkurrenz zu untersuchen. Hier soll dann kritisch auf einige Fehlinterpretationen und Missverständnisse, die in der diese Zusammenhänge behandelnden Literatur auftauchen, eingegangen werden.

Schließlich ist zu klären, welchen Stellenwert die modifizierte Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt für den konkreten Weltmarktzusammenhang und insbesondere für die Austauschverhältnisse der nationalen Währung hat.

1.) Die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt

Die Maßeinheit der universellen Arbeit¹⁾, der internationale Wert, als

"Wertgröße der auf dem Weltmarkt umgesetzten Waren wird durch die Arbeitszeit bestimmt, die gesellschaftlich notwendig ist, um den auf diesem Weltmarkt auftretenden gewöhnlichen Bedarf zu decken." 2)

"Gesellschaftlich notwendig" insofern, als

".. der internationale Wert .. ein gesellschaftliches Verhältnis (ist), und zwar ein Verhältnis von warenproduzierenden

1) Auf die Existenz zweier qualitativ verschiedener Welthandelssysteme wird im folgenden nicht eingegangen. Da es nicht möglich war, die Probleme der Systemkonkurrenz in die Analyse einzubeziehen (der Zusammenhang wäre auch ein sehr vermittelter), werden hier die Entwicklungstendenzen lediglich des kapitalistischen Weltmarkts und der ihm adäquaten Formen der internationalen Zahlungsbeziehungen behandelt.

2) Gunter Kohlmey, Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 5, Berlin-DDR 1962, S. 18-122, hier: 37

den und -austauschenden Nationen. Das ist die Substanz des internationalen Werts." 1)

Indem der internationale Handel nicht ein Verhältnis einzelner Kapitale, sondern kapitalistischer Nationen ist, ist auch die Durchsetzungsform des Wertgesetzes verschieden von derjenigen, die im nationalen Rahmen herrscht. Diese modifizierte Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt beschreibt Marx folgendermaßen:

"In jedem Lande gilt eine gewisse mittlere Intensität der Arbeit, unter welcher die Arbeit bei Produktion einer Ware mehr als die gesellschaftlich notwendige Zeit verbraucht, und daher nicht als Arbeit von normaler Qualität zählt. Nur ein über den nationalen Durchschnitt sich erhebender Intensitätsgrad ändert, in einem gegebenen Lande, das Maß des Werts durch die bloße Dauer der Arbeitszeit. Anders auf dem Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind. Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land, sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt.

Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf den Wert zu senken ... Die verschiedenen Warenquanta derselben Art, die in verschiedenen Ländern in gleicher Arbeitszeit produziert werden, haben also ungleiche internationale Werte, die sich in verschiedenen Preisen ausdrücken, d.h. in je nach den internationalen Werten verschiedenen Geldsummen." 2)

Auf diese Darstellung stützt sich eine Reihe von Arbeiten, die mit zum Teil stark unterschiedlichen Intentionen Probleme des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs behandeln, die allerdings auch zu stark unterschiedlichen Auffassungen

1) ebenda, vgl. Christel Neusüß, Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972, S. 138

2) MEW 23, S. 583 f.

bei der Einschätzung dieser Zusammenhänge kommen bzw. ihren Inhalt z.T. nur unvollkommen rezipieren. Hierauf wird unten noch einzugehen sein.

Eine ablehnende Auffassung zu dieser Darstellung von Marx nimmt Bernd Koch in seinem Aufsatz "Weltgeld und Wertgesetz-- Zur Ersetzbarkeit der Geldware durch Zeichengeld" ein¹⁾. Er wirft Marx vor, in der Behandlung des Welthandels und des Weltgeldes von seinen methodischen Grundvoraussetzungen abgerückt zu sein.

"Was hat es nun mit dieser Modifikation auf sich? Gesetzt, Geld fungiere als Weltgeld, nationale Kapitale begegnen sich auf dem Weltmarkt und tauschen Waren aus, die unter bestimmten individuellen Bedingungen (hier Nationalität als Individualität gesetzt) von Intensität und Produktivität produziert worden sind. Das ist doch zunächst einmal überhaupt nicht anderes, was auch auf dem nationalen Markt passiert, wo sich ebenfalls Waren mit individuellen Werten begegnen." 2)

Hier ist zweierlei übersehen worden. Erstens nämlich, daß es sich bei der Weltmarktkonkurrenz nicht einfach um ein Verhältnis nationaler Einzelkapitale handelt, sondern um ein "gesellschaftliches Verhältnis warenproduzierender und -aus-tauschender Nationen" handelt, daß sich also unterschiedliche Quanta nationaler Durchschnittsarbeit über die Maßeinheit der universellen Arbeit miteinander vergleichen. Unverständlich ist daher die problemlose Hinnahme der Gleichsetzung der Wirkung von Produktivitäts- und Intensitätsveränderung. Würde hier "nichts anderes als auf dem nationalen Markt" passieren, so müßten sich diese beiden Größen in ihrer Wirkung reziprok zueinander verhalten. Zweitens schließlich wird dadurch, daß in Parenthese "Nationalität gleich Individualität gesetzt" wird, dasjenige vorausgesetzt, was anschließend umso vehementer bestritten wird. Das grundlegende Mißverständnis Kochs wird im folgenden deutlich:

1) Bernd Koch, Weltgeld und Wertgesetz - zur Ersetzbarkeit der Geldware durch Zeichengeld, Bd. 7 der Reihe "mehrwert - beiträge zur kritik der politischen Ökonomie", Westberlin und Bremen 1974, S. 110 ff.

2) ebd., S. 111

"Wenn das Gesetz der internationalen Werte etwas anderes sein könnte als das Wertgesetz allgemein, so würde sich das Phänomen ergeben, daß die Ware der produktiveren Nation durch den Verkauf an die unproduktivere seinen Wert veränderte, was natürlich der Allgemeinheit des Werts diametral entgegenstünde. Der Wert wird bestimmt durch die allgemeine menschliche Arbeit, und dieser Arbeit ist es völlig egal, ob sie von einem Madegassen oder einem US-Amerikaner verausgabt wird. .. Marx beschreibt hier also kein qualitativ neues Gesetz, sondern eine konkrete historische Situation mangelnder internationaler Mobilität der Kapitale." 1)

Koch übersieht hierbei, daß sich mit der Entfaltung der Wertkategorie auch der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit verändert.

"Die Gesamtheit der Produzenten und des gesellschaftlichen Bedarfs, die durch den Weltmarkt zusammengefaßt wird, ist demnach von anderer Größe und Struktur je Warenart als innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften." 2)

Daher sind auch Unterschiede in der nationalen und internationalen Wertgröße durchaus kein Widerspruch zur Marxschen Theorie. Die "Allgemeinheit des Werts" schließt durchaus verschiedene Entfaltungsstufen der Wertkategorie und damit auch Wertgrößenunterschiede ein.

"Unterschiedlich ist nur die Entfaltungsstufe des Wertes, je nachdem, auf welchem Markt, einem nationalen oder internationalen, der Wertbildungsprozeß durch die Wertrealisierung abgeschlossen wird. Der Entfaltungsstufe des Werts entspricht auch seine Größe." 3)

Abgesehen davon war es nie die Intention von Marx, zwei Wertgesetze, ein nationales und ein internationales, zu konstituieren. Dies ist auch nicht der Inhalt der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt.

Die ausführlichste und am weitesten entfaltete Abhandlung über die Marxsche Außenhandelstheorie ist die von Gunther

1) ebd., S. 112

2) Kohlmey, Marx' Theorie .. a.a.O., S. 39

3) S. Zscherpe, Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Weltmarktpreissystems, zitiert nach: Kohlmey, Marx' Theorie .. a.a.O., S. 40

Kohlmeys "Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten"¹⁾.

Da sich die diese Problematik behandelnden Autoren - teils zustimmend, teil kritisch - mehrheitlich auf diesen beziehen, sollen die zentralen Thesen dieser Arbeit in Bezug auf das Behandelte kurz dargestellt werden.

In Interpretation der zitierten Stelle bei Marx führt Kohlmeys aus:

"Die internationale Wertgröße bildet sich nicht auf der Basis des massenhaften, vorherrschenden Intensitätsgrades, sondern auf der Basis des gewogenen Durchschnitts aller in Frage kommenden Intensitätsgrade. Das ist die erste Modifikation des Wertgesetzes auf den internationalen Märkten. .. Während die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit innerhalb der Staatsgrenzen von den massenhaften gewöhnlichen Produktionsbedingungen bestimmt wird, gehen in den Bildungsprozeß der internationalen Marktwertgröße alle am internationalen Handel in der betreffenden Ware beteiligten Produktivitätsstufen ein; die internationale Wertgröße ist dann der gewogene Durchschnitt, Das ist die zweite Modifikation des Wertgesetzes auf den internationalen Märkten." 2)

Aus dem aus den beiden Modifikationen resultierenden Umstand, daß sich unterschiedliche nationale Arbeitsquanta in gleich großen internationalen Wertquanta darstellen,

".. entstehen .. beim internationalen Austausch je nach den nationalen Produktivitäts- und Intensitätsunterschieden, absolute Vor- und Nachteile." 3)

An einem Schema verdeutlicht Kohlmeys, wie sich bei Austausch zu internationalen Werten die nationalen Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede auswirken.

"Wir nehmen vier Länder A, B, C und D an, die verschiedene Brennstoffe für den Export produzieren: Koks, Kohle, Erdöl und Erdgas. Wir nehmen an, daß die Mengen der einzelnen Brennstoffe in Steinkohleheizwerte umgerechnet werden. Es sollen für den Export produzieren (h = gesellschaftlich notwendige Arbeitsstunde):

1) Kohlmeys, Marx' Theorie .. a.a.O.,

2) ebd. S. 44

3) ebd. S. 45

A = 50 t in 30 h

B = 35 t in 25 h

C = 10 t in 10 h

D = 5 t in 5 h

es benötigen also an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit:

A = 0,6 h/t

B = 0,7 h/t

C = 1,0 h/t

D = 1,0 h/t

In insgesamt 70 Stunden werden 100 Tonnen produziert. Der internationale Wert beträgt also 0,7 Tonnen pro Stunde." 1)

"Die absoluten Vor- und Nachteile für die einzelnen Nationen bei Austausch zu internationalen Werten zeigen sich auch; wie Marx betont, in den unterschiedlichen relativen Geldwerten, d.h. im Verhältnis der nationalen Warenwerte zum allgemeinen Weltwert der internationalen Geldware Gold. Wenn wir annehmen, daß der Wert von 50 t Einheiten an Steinhohleleitzwerten gleich dem Wert von 1 kg Feingold sei, dann müssen aufwenden

A = 30 h

B = 35 h

C = 50 h

D = 50 h,

um 1 kg Gold zu kaufen. Der relative Geldwert ist also umso niedriger, je höher die Arbeitsproduktivität bei der Produktion der sich mit dem Gold austauschenden Waren ist." 2)

Den Gedankengang der absoluten Vor- und Nachteile abschließend resümiert Kohlmeier:

"Der internationale Handel ist keineswegs ein einfacher Tauschvorgang. Man kann ihn mit formalen Tauschfunktionen allein nicht im geringsten erklären. Der internationale Handel ist Austausch von nationaler Arbeit, von notwendiger und von Mehrarbeit. Der internationale Handel, immer noch Austausch zu internationalen Werten angenommen, ist Umverteilung nationaler Arbeitsaufwendungen, nationaler Arbeitsergebnisse von einem Land, dem weniger produktiven, in das andere, das produktivere. Das ist eine Kernthese der Marxschen Theorie der internationalen Werte. Hier entsteht zwar kein qualitativ neues Wertproblem, wohl aber eine wesentliche Modifikation des allgemeinen Wertproblems." 3)

1) ebenda

2) ebd., S. 46

3) ebd., S. 47

Daran anschließend behandelt Kohlmei das Problem der relativen Vor- und Nachteile beim internationalen Handel. Er knüpft an an zwei Aussagen von Marx in den "Theorien über den Mehrwert" und den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie": (Hervorhebungen vom Verf.)

".. Profit kann auch durch Prellerei gemacht werden, dadurch, daß der eine gewinnt, wenn der andere verliert. Verlust und Gewinn innerhalb eines Landes gleichen sich aus. Nicht so zwischen verschiedenen Ländern. Und selbst die Theorie Ricardos betrachtet .. können sich drei Arbeitstage eines Landes gegen einen eines anderen austauschen. Das Gesetz des Werts erhält hier wesentliche Modifikationen. Oder wie sich innerhalb eines Landes qualifizierte, komplizierte Arbeit zur unqualifizierten, einfachen verhält, so können sich die Arbeitstage verschiedener Länder verhalten. In diesem Falle beutet das reichere Land das ärmere aus, selbst wenn letzteres durch den Austausch gewinnt, .." 1)

"Dadurch, daß der Profit unter dem Mehrwert stehen kann, also das Kapital sich profitlich austauschen kann, ohne sich zu verwerten im strikten Sinn, folgt, daß nicht nur Kapitalisten, sondern Nationen fortwährend miteinander austauschen können, auch fortwährend den Austausch auf stets wachsender Stufenleiter wiederholen, ohne daß sie deswegen gleichmäßig zu gewinnen brauchen. Die eine kann sich fortwährend einen Teil der Surplusarbeit der anderen aneignen, für den sie nichts im Austausch zurückgibt ..." 2)

"Hier wirft Marx, an Ricardo anknüpfend, das Problem nicht der absoluten, sondern der relativen Vorteile der am internationalen Handel beteiligten Länder auf. .. Nehmen wir drei Länder A, B und C an, die ohne internationale Arbeitsteilung die Brennstoffarten k, l und m (wieder ausgedrückt in Steinkohleheizwerten zu x Tonnen (t) in y Stunden (h) produzieren:

Ware	k		l		m			
	Land	t	h	t	h	t	h	
A		50	50	50	20	50	30	150 100
B		50	20	50	20	50	50	150 90
C		50	30	50	50	50	30	150 110
		150	100	150	90	150	110	450 300

1) MEW 26, 3, S. 101

2) Grundrisse, S. 755

In insgesamt 300 h werden 450 t hergestellt; die durchschnittliche Produktivität beträgt 1,5 t je Stunde. A liegt auf dem Durchschnittsniveau, B darüber und C darunter. Für A ist die Produktion von k am ungünstigsten, für B die von m und für C die von l." 1)

Wenn sich nun jede Nation auf die jeweils günstigsten Produktionen spezialisiert, indem es auf die ungünstigsten verzichtet, ergibt sich folgendes Bild:

Ware	k		l		m			
	t	h	t	h	t	h	t	h
A	-	-	125	50	83	50	208	100
B	125	50	100	40	-	-	225	90
C	83	50	-	-	100	60	183	110
	208	100	225	90	183	110	616	300

"Bei unverändert gebliebener Gesamtarbeitszeit werden jetzt erheblich mehr k, l und m erzeugt als vorher. Die Steigerung beträgt bei k = 39 %, l = 50 % und m = 22 %. Auch jedes Land erzeugt mehr Gebrauchswerteinheiten als vorher in den zur Verfügung stehenden 90 bzw. 100 bzw. 110 Stunden. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität beträgt jetzt 2,05 t/h (vorher 1,5 t/h). Während B mit 2,5 t/h nach wie vor klar über dem Durchschnitt liegt, ist A jetzt mit 2,08 t/h ebenfalls leicht über dem Durchschnitt, während C mit 1,67 t/h ebenfalls ein wenig über dem Durchschnitt liegt (wie auch vorher), seine Wirtschaft aber ebenfalls produktiver geworden ist. C hat zwar beim Austausch zu internationalen Werten nach wie vor absolute Nachteile, allerdings nunmehr, durch die Produktionsumstellung, relative Vorteile, d.h. die nationale Arbeit ist produktiver geworden. Es ist jedoch zu beachten, daß die relativen Vorteile in der Regel unterschiedlich sind. Im allgemeinen dürften die weniger produktiven Volkswirtschaften ungünstiger dran sein." 2)

Die Behandlung der modifizierten Wirkung des Wertgesetzes abschließend, weist Kohlmey nochmals darauf hin, daß auch bei der Betrachtung der relativen Vorteile immer im Auge behalten werden müsse, daß es sich 1. nicht um abstrakte Tauschgleichungen, sondern - als Kern des Prozesses - um die Umverteilung nationaler Arbeitsaufwände handele; und daß 2.

1) Kohlmey, Karl Marx' Theorie .. a.a.O., S. 48

2) ebd., S. 49

auch die relativen Vorteile in der Regel national unterschiedlich verteilt sind, dieser Prozeß (die Herausbildung einer arbeitsteiligen weltwirtschaftlichen Struktur auf der Basis relativer nationaler Arbeitseinsparungen) also als zweiseitig, im Sinn der Herausbildung relativer Vor- und Nachteile zu betrachten ist.

Ebenfalls von der Marxschen Darstellung der Herausbildung internationaler Werte ausgehend gehen Busch, Schöller und Seelow in ihrer Arbeit "Weltmarkt und Weltwährungskrise" mit verschiedenen kritischen Einwänden auf die Darstellung der Problematik durch Kohnmeyer ein. Sie setzen an bei Kohnmeyers Darstellung der Herausbildung absoluter Vor- und Nachteile (s. oben) und argumentieren:

"Diese von Kohnmeyer vorgenommenen Interpretationen sind aus zwei Gründen problematisch:

a) ... Kohnmeyer berücksichtigt bei seiner Veranschaulichung der Herausbildung der internationalen Marktwertgröße im 4-Länder-Beispiel die Stufenleiter der Arbeitsintensitäten nur insoweit, als sich die Differenz in den nationalen Intensitäten auf die extensive Größe der Arbeit, d.h. die Arbeitszeit, auswirken. Denn eine Arbeit von höherer Intensität bewirkt, daß die Arbeitszeit, die pro Wareinheit aufgewendet wurde, kleiner ist als bei Arbeit von minderer Intensität. Kohnmeyer, der in seinem angeführten Beispiel ein gewogenes arithmetisches Mittel zwischen den national aufgewendeten Arbeitszeiten zieht und dieses Mittel als internationale Wertgröße betrachtet, übersieht, daß Arbeit gleicher Extensität mit unterschiedlicher Intensität verausgabt sich in unterschiedlichen Werten darstellen muß. Nur, wenn Intensität und Produktivität der Arbeit gleichzusetzen wären, d.h. also gleiche Arbeitsquanta unterschiedliche Massen gleicher Gebrauchswerte produzieren, wäre Kohnmeyers Darstellung richtig.

b) Weiter ist an Kohnmeyers Ableitung der internationalen Wertgröße zu bemängeln, daß er diese als gewogenes arithmetisches Mittel faßt. Entsprechend der Ableitung des Marktwerts im 10. Kapitel des 3. Bandes des 'Kapital' kann die internationale Wertgröße nicht als abstraktes gewogenes arithmetisches Mittel gefaßt werden, vielmehr bestimmen die Produktionsbedingungen derjenigen nationalen Kapitale die internationale Wertgröße, die das überwiegende Quantum an Produkten dieser Sphäre für den Weltmarkt produzieren."

1)

In beiden Kritikpunkten scheint das Mißverständnis bei den Kritikern mehr zu liegen als beim kritisierten. Bezüglich des Vorwurfs, Kohlmeys setze unzulässig Produktivität und Intensität gleich, scheint es notwendig, an die Marxsche Ableitung zu erinnern:

".. Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land.. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter.. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert.. Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere Arbeit ebenfalls als intensivere zählt.."

Aus diesem Grunde ist Produktivität in diesem speziellen Fall auch "gleichzusetzen" mit Intensität, da auf dem Weltmarkt die Produktivitätssteigerung wie eine Intensitätssteigerung wirkt. Busch/Schöller/Seelow müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, das Wesen der modifizierten Wirkung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt nicht erfaßt zu haben (Der gleiche Vorwurf gilt - zumindest teilweise - auch für Christel Neusüß, die sich hier mittels einer Fußnote um eine Stellungnahme drückt¹⁾).

Kaum anders verhält es sich mit dem zweiten Kritikpunkt, daß nämlich nicht die durchschnittlichen, sondern die massenhaften Bedingungen den internationalen Wert bestimmen. Marx unterscheidet die Bildung des internationalen Werts explizit von der Marktwertbildung, indem er gleich mehrfach von dem "Durchschnitt" als der bestimmenden Größe für den internationalen Wert spricht und betont, daß alle, auch die unterdurchschnittlichen Wertgrößen in die Wertbestimmung eingehen. (Auch Neusüß bestätigt dies - ohne sich allerdings explizit mit Busch/Schöller/Seelow auseinanderzusetzen, wenn sie schreibt, daß "universelle Arbeit .. nicht den massenhaften Produktions-

1) Neusüß, a.a.O., S. 139

bedingungen der auf dem Weltmarkt getauschten Waren entsprechen .." muß¹⁾).

Anschließend beschäftigen sich Busch/Schöller/Seelow mit der Beziehung der unterschiedlichen Produktivitätsvorsprünge (bzw. -rückstände) der Branchen in der Weltmarktkonkurrenz zum durchschnittlichen Produktivitätsniveau der jeweiligen Nationen. Als konkrete Vermittlung der Beziehung der nationalen Durchschnittsarbeit zur universellen Arbeit wird der Wechselkurs angesehen:

"Um die Bedeutung des Wechselkurses für die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt diskutieren zu können, sei folgendes Beispiel konstruiert:

Die drei Länder (USA, BRD und England) konkurrieren auf dem Weltmarkt in drei Waren (Autos, Schnaps und Kaugummi). Wir nehmen an, daß in der Ausgangssituation ein Dollar einen nationalen Arbeitstag der USA repräsentiere und ebenso ein DM und ein Pfund Sterling einen nationalen Arbeitstag der BRD bzw. Englands darstellen.

Der Wechselkurs sei 1 Dollar = 1 DM = 1 Pfund Sterling

	USA	BRD	England
Autos	50	150 DM	180
Schnaps	25	40 DM	66
Kaugummi	5	20 DM	12

In dieser Ausgangssituation sind die USA führend in den drei Warengruppen, d.h. die Produktivität und Intensität der Arbeit der USA ist der der BRD und Englands überlegen. Die BRD übertrifft England in zwei Warengruppen, nämlich Autos und Schnaps, während England bei der Kaugummiproduktion hinter den USA die zweite Position einnimmt. Obwohl es in dieser Ausgangssituation eine Stufenleiter nationaler Arbeitsintensitäten gibt, wirkt sich diese Stufenleiter nicht dahingehend aus, daß jede nationale Arbeit, die auf dem Weltmarkt erscheint, entsprechend der durchschnittlichen Rangstufe ihres Landes in der

1) ebd., S. 139 f.; Christel Neusüss / Bernhard Blanke / Elmar Altwater, Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Probleme des Klassenkampfes, Bd. 1, Westberlin 1971, S. 5 - 116, hier: S. 18

Stufenleiter der universellen Arbeit gewichtet wird, weil der Wechselkurs 1 Dollar = 1 DM = 1 Pfund Sterling ist. Vielmehr können sich die Differenzen in der Produktivität und Intensität der nationalen Arbeiten nur branchenspezifisch auswirken. Die internationale Wertgröße bildet sich demnach nur durch die Konkurrenz innerhalb der drei Branchen heraus." 1)

Die mit dieser Darstellung verbundene Kritik an Kohlmey, er übersehe das Problem der Wechselkurse, ist unzutreffend. Konsequenter im Rahmen seiner Darstellung geht Kohlmey von den Bedingungen der dem Kapitalismus der freien Konkurrenz adäquaten "Währungsverfassung", dem Goldwährungssystem, aus. Es ist im Übrigen - wie noch zu zeigen sein wird, ein zentraler Fehler der gesamten hier und im folgenden kritisierten Autoren, daß sie eine konkret-historische Form der internationalen Währungsordnung, das Wechselkurssystem manipulierter Papiergeldwährung, unter dem Titular "Wechselkursschutz" zur quasi überhistorischen, logischen Kategorie hypostasieren. Im folgenden zeigen die Autoren, wie sich die Modifikation des Wertgesetzes Wirkung verschafft:

"Aufgrund unten noch darzustellender Mechanismen produziert diese Situation in jedem internationalen Währungssystem automatische Veränderungen der Wechselkurse oder der Geldwerte der nationalen Währungen. ... Über diese Wechselkurs- und Geldwertmechanismen wird der nationalen Arbeit eines Landes ein ihrem Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit entsprechender Wert zugemessen.." 2)

Wir gehen hier nicht auf die Problematik ein, die die Annahme des Tauschs zu internationalen Werten als ungebrochene Realität im wirklichen Weltmarktzusammenhang mit sich bringt. Die Autoren fahren fort:

"Die veränderte Situation besteht darin, daß sich Dollar, DM und Pfund Sterling nicht mehr im Verhältnis 1 : 1 : 1 tauschen, sondern aufgrund der Stufenleiter der universellen Arbeit ein nationaler Arbeitstag der USA gleich einem universellen Arbeitstag ist, während ein nationaler Arbeitstag der BRD nur

1) Busch/Schöller/Stelow, a.a.O., S. 28

2) ebd., S. 29

1/2 universellen Arbeitstag repräsentiert und sich ein nationaler Arbeitstag Großbritanniens in 1/3 universellen Arbeitstag darstellt, so daß sich 1 Dollar gegen 2 DM und 3 Pfund Sterling tauscht." 1) .

Das oben angeführte Beispiel verändert sich damit wie folgt:

	USA	BRD	England
Autos	50 Dollar	75 Dollar	60 Dollar
Schnaps	25 Dollar	20 Dollar	22 Dollar
Kaugummi	5 Dollar	10 Dollar	4 Dollar

Obwohl das angeführte Beispiel im Rahmen der getroffenen Voraussetzungen, die darzustellenden Prozesse weitgehend zutreffend zum Ausdruck bringt, sind doch einige Korrekturen anzubringen. So ist unter der Voraussetzung, daß der "Weltmarkt" des Beispiels nur aus den drei angeführten Ländern besteht, völlig unverständlich, warum der nationale Arbeitstag der USA als produktivstes Land des Beispiels mit dem universellen Arbeitstag gleichgesetzt wird. Nur unter der Voraussetzung (die im Beispiel nicht auftaucht), daß eine Reihe ungenannter Länder erheblich produktiver sind als die USA des Beispiels, könnten die USA durch Durchschnittsbedingungen, also den Rangpunkt 1 repräsentieren. Unter den Bedingungen der Kursrelation 1 : 2 : 3 (entsprechend der Rangpunktfolge des Beispiels) müßte 1 nationaler Arbeitstag der USA sonst 2 universelle Arbeitstage repräsentieren, einer der BRD 1 (und damit die Durchschnittsbedingungen) und einer Englands 0,66 universelle Arbeitstage darstellen. Unter der Bedingung, daß die Relationen des Beispiels horizontal gelesen die Wertausdrücke gleicher Gebrauchswerteinheiten und vertikal gelesen die nationalen Aufwandsrelationen zwischen den Branchen wiedergeben, ist im Übrigen auch die Wechselkursstruktur 1 : 2 : 3 unrichtig. Die durchschnittliche Aufwandsrelation

1) ebenda

beträgt dann nämlich 1 : 2, 8 : 3, 44 (Allerdings kann man darüber hinwegsehen, da auch in der 1 : 2 : 3 - Relation die relativen Aufwandsunterschiede weitgehend richtig widergespiegelt werden).

Busch/Schöller/Seelow stellen fest:

"Nach der Wechselkursänderung hat sich die Konkurrenzposition der USA, konkretisiert an den drei Sphären, wie folgt geändert: Die USA, die zuvor in allen drei Warengruppen den geringsten individuellen Wert pro Wareneinheit aufwiesen, liegen jetzt nur noch in der Automobilproduktion an erster Stelle. Obwohl die USA auch weiterhin Schnaps und Kaugummi in derselben Zeit, d.h. mit weniger Arbeitsaufwand produzieren als die BRD und Großbritannien, muß sich jetzt aufgrund der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt der Schnaps und der Kaugummi in höheren Werten darstellen als in der Ausgangsposition. Die USA liegen jetzt in der Schnapskonkurrenz an letzter Stelle und in der Kaugummikonkurrenz an zweiter Stelle. Diese augenscheinlich kuriose Situation, daß sich geringere Arbeitszeit in höheren Werten darstellen muß, als die größere der BRD und Englands ist dadurch zu erklären, daß durch die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt jede branchenspezifische Arbeit eines Landes entsprechend dem Rangpunkt, den die nationale Arbeit im Durchschnitt in der Stufenleiter der Produktivitäten und Intensitäten einnimmt, gewichtet werden muß. Dieser Mechanismus kann zur Folge haben, daß eine Branche einer Nation, obwohl sie im internationalen Vergleich am produktivsten produziert, dennoch in der Preiskonkurrenz hinter der Branche derjenigen Nation fällt, die am unproduktivsten produziert. Dies kann deshalb erfolgen, weil der relative Konkurrenzvorsprung dieser Branche gegenüber der internationalen Konkurrenz geringer ist als der Durchschnittliche Produktivitätsvorsprung der betreffenden Nation gegenüber den anderen Nationen, der ihren Rangpunkt in der internationalen Stufenleiter und damit ihren Wechselkurs bestimmt." 1)

Während das den Wechselkurs bestimmende Durchschnittsverhältnis der Produktivitäten im Beispiel 1 : 2 : 3 beträgt, lauten die Relationen für Autos 1 : 3 : 3, 6, für Schnaps 1 : 1, 6 : 2, 64 und für Kaugummi 1 : 4 : 2, 4.

Man kann diesen Vorgang auch betrachten, wenn man (die drei Branchen als Gesamtexport der drei Länder genommen) die Verteilung der für den Export aufgewandten jeweiligen nationalen Arbeitsaufwände untersucht. Auf die Branchen entfallen dann: (in %)

1) ebd., S. 30

nale Kapitale, hohe Inflationsraten und einen geringen Spielraum zur Überwälzung von Anpassungslasten auf die arbeitenden Klassen auszeichneten, wodurch die Überbrückungsmöglichkeiten über den internationalen Kredit infolge einer bereits Jahre anhaltenden Währungsschwäche weitgehend erschöpft waren, nämlich Großbritannien und Italien, die Mitte 1972 bzw. Anfang 1973 aus dem System verengter Bandbreiten ausscheren mußten.

Die erneute Folge akuter Währungskrisen von Anfang Februar bis Mitte März 1973 zerstörte mit dem Dollar-Leitwährungsmechanismus das gesamte System global geregelter internationaler Zahlungsbeziehungen.¹⁾ Die EWG-Mitgliedsstaaten, die bis zu diesem Zeitpunkt feste Wechselkurse untereinander aufrechterhalten hatten (Belgien, BRD, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg), vereinbarten untereinander diejenige Aktion, die die BRD im Mai den anderen Mitgliedsländern vergeblich hatte aufzwingen wollen, nämlich das Block-Floating, die Kursfreigabe gegenüber den anderen Währungen bei Aufrechterhaltung fixer Paritäten. Norwegen und Schweden traten dieser Vereinbarung formell bei, Österreich hielt seinen Kurs faktisch im Rahmen der vereinbarten Schwankungsbreite, jedoch ohne formell verpflichtenden Beitritt.²⁾ Die Bedingungen waren freilich andere als zwei Jahre zuvor. Die DM war inzwischen mehrfach massiv aufgewertet worden, so daß der von ihr zu erwartende Aufwertungsdruck niedriger angenommen werden konnte. Darüber hinaus hatten sich alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung global geregelter Austauschbeziehungen der Währungen auf absehbare Zeit zerschlagen, Voraussetzung der Einigung war dennoch ein regionales Realignment, wobei die DM nochmals um 3 % aufgewertet wurde.³⁾

1) vgl. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 43. Gesamtbericht 1973/74, Basel 1974, S. 26 f.; Sanio/Breuer, a.a.O., S. 302

2) vgl. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 43. Gesamtbericht, a.a.O., S. 27

3) ebenda

Damit waren jedoch die Schwierigkeiten innerhalb des westeuropäischen Floating-Blocks noch nicht gelöst, im Juni ergaben sich weitere schwerwiegende Disparitäten zwischen den Kursen der Teilnehmer, in deren Folge die DM um weitere 5,5 % aufgewertet wurde. Seine schwerste Erschütterung machte dieses System jedoch Anfang 1974 durch, als die französische Regierung den Franc aus dem Währungsblock löste, wodurch der Charakter dieser Vereinbarung sich von einem Abkommen auf EWG-Ebene mit Beteiligung einiger eng mit dieser verbundener Länder faktisch zu einer Art westeuropäischen Hartwährungsclub wandelte, in dem von den vier ökonomisch stärksten Ländern der Gemeinschaft nur noch eines verblieb.¹⁾

In diesem Zusammenhang war es nur logisch, daß der Übergang zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, der jegliche objektive Grundlage fehlte, der aber - entsprechend den nicht formell außer Kraft gesetzten Bestimmungen der Brüsseler Vereinbarung vom Februar 1971 - am 1.1.1974 in Kraft getreten wäre, auch formell nicht vollzogen wurde. In dem Zusammenhang des gewandelten Charakters des Floating-Blocks ist auch zu sehen, daß nach einer gewissen Erholung des Franc-Kurses Frankreich in Richtung auf den erneuten Beitritt in den Block sondierte; diese Maßnahme trägt objektiv keinen grundsätzlich verschiedenen Charakter von ähnlichen Sondierungen, die die Schweiz etwa zur gleichen Zeit aufnahm.²⁾

Die Gründe für die weitgehende Desintegration der EWG auf dem Währungssektor sind wesentlich darin zu sehen, daß mit dem Zerfall des Systems global geregelter Zahlungsbeziehungen eine wesentliche Triebkraft der Währungskooperation wegfiel, nämlich die Geltendmachung gemeinsamer Interessen bei internationalen Auseinandersetzungen um Veränderungen ebensolcher globaler Regelungen. Ein weiterer Grund war die vorherzusehende insgesamt

1) ebd., S. 31; vgl. auch dieselbe, 44. Gesamtbericht 1974/75, Basel 1975, S. 129 ff.

2) vgl. 44. Gesamtbericht, a.a.O., S. 129

"Wir hatten oben die Frage aufgeworfen, ob sich nicht die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen aufgrund der relativen Immobilität der Kapitale und der Arbeitskräfte im internationalen Rahmen permanent verschärft. Diese Frage läßt sich jetzt dahingehend beantworten, daß der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den Nationen durch die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt entgegengewirkt wird. Ohne die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt würde sich die Tendenz zur Ungleichmäßigkeit permanent verschärfen.." 1)

Busch/Schöllner/Seelow verwechseln hier Modifikation des Wertgesetzes und die speziellen Bedingungen, die sich aus der Existenz eines Wechselkursmechanismus ihrer Definition ergeben. Der Umstand, daß diese Bedingungen unter dem Goldwährungssystem nicht existierten, unterstreicht die Problematik ihrer Feststellungen.

Inwieweit der Druck auf die minder produktiven nationalen Kapitale durch den Wechselkursmechanismus generell und langfristig abgeschwächt ist, soll weiter unten untersucht werden.

Auf der Basis der Herausbildung relativer Vor- und Nachteile durch die komparativen Aufwandsunterschiede kann jedenfalls die Abschwächung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung aus den oben angeführten Gründen eindeutig verneint werden.

Busch/Schöllner/Seelow begehen hier genau den Fehler, vor dem Kohlmei warnt, wenn er darauf hinweist, daß der Prozeß der Herausbildung relativer (komparativer) Vorteile unbedingt auch negativ formuliert werden könne und müsse.

In wesentlich schärferer Form zeigen sich die Folgen dieses Fehlers in dem Buch eines der Autoren der oben angeführten Arbeit, Klaus Busch, mit dem Titel "Die internationalen Konzerne - Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals" 1).

Die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt wird in Bezug auf ihre Auswirkungen nur noch auf der Preisebene begriffen:

1) Klaus Busch, Die multinationalen Konzerne - Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/Main 1974, S. 38 ff.

"Auch wenn die weniger entwickelten Nationen in allen Industriezweigen mit geringerer Arbeitsproduktivität produzieren als die höher entwickelten Länder, können sie in der internationalen Preiskonkurrenz mithalten, weil ihre hohen nationalen Warenpreise über den Wechselkurs in niedrige internationale Preise transformiert werden und umgekehrt die höher entwickelten Länder ihre niedrigen nationalen Warenpreise über die Währungsparität in höhere internationale Preise umwandeln müssen." 1)

Indem hier nicht mehr auf die der Modifikation des Wertgesetzes zugrundeliegenden wertmäßigen Prozesse, nämlich den Tausch ungleicher Arbeitsquanta, rekuriert wird, sondern der Vorgang einseitig auf der Ebene des Preisvorteils für das exportierende Einzelkapital begriffen wird, fällt es leicht, die Modifikation des Wertgesetzes als "Schutzmechanismus .. für die schwächer entwickelten Nationen" 2) (Welch Weisheit des Wertgesetzes! Die reinste Entwicklungshilfe!) zu interpretieren. Der arbeitswerttheoretische Ansatz wird hier zumindest teilweise aufgegeben; die ganze Beurteilung reduziert sich auf die oberflächlichen Strukturen von Preis- und Kostenberechnungen von Einzelkapitalen, wird tendenziell vulgärökonomisch.

Bei der Behandlung der komparativen Aufwandsunterschiede fällt Busch noch hinter die richtigen Ableitungen von Busch/Schöller/Seelow zurück - die hier getroffenen Feststellungen sind vollständig falsch: (Hervorhebungen von mir, e.s.)

"Da die Währungsparitäten den durchschnittlichen Produktivitäts- und Intensitätsrangpunkt widerspiegeln, den die einzelnen Nationen in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen, aber neben den Industriezweigen mit mittleren Produktionsbedingungen auch über- und unterdurchschnittliche Produktionssphären existieren, benachteiligt der Wechselkursmechanismus in jeder Nation die unterdurchschnittlich produktiven Industriezweige. In den hochentwickelten Ländern zwingt der Wechselkursmechanismus den unterdurchschnittlichen Industriezweigen so hohe internationale Preise auf, daß sie von den entsprechenden Branchen der weniger entwickelten Nationen niederkonkurriert werden können, in den weniger entwickelten Ländern schützt der Wechselkursmechanismus die unterdurch-

1) ebd., S. 42 F.

2) ebd., S. 43

schnittlichen Produktionssphären nicht ausreichend vor der überlegenen Konkurrenzkraft der höher entwickelten Nationen und läßt sie deshalb im internationalen Konkurrenzkampf unterliegen. Auf diese Weise (??, e.s.) institutionalisieren die über die Wechselkurse vermittelten internationalen Warenkapitalbeziehungen eine internationale Arbeitsteilung auf der Basis komparativer Kostenvorteile (sic! e.s.), .. die im nationalen Rahmen nicht möglich ist (??, e.s.) weil die schwächeren Produzenten den hochentwickelten Kapitalen hier schutzlos ausgeliefert sind." 1)

Busch schreibt hier schlicht haarsträubenden Blödsinn. Zunächst unterscheidet er nicht - und daran krankt die ganze Darstellung - zwischen der Konkurrenz zwischen den Zweigen und Konkurrenz innerhalb eines Zweiges. (Daß Begriffe wie Durchschnittsprofitrate etc. völlig außer Betracht bleiben, stellt keine Neuigkeit dar und ist schon im Zusammenhang der Arbeit von Busch/Schöller/Seelow von Mandel zutreffend kritisiert worden²⁾.) Weiterhin wäre es lobenswert gewesen, wenn sich Busch vor Publikation seiner Arbeit entschieden hätte, in welchem Land nun die unterdurchschnittlich produktiven Sphären benachteiligt sind, im produktiveren oder im weniger produktiven. Wenn sie, wie er behauptet, "in jedem Land" benachteiligt sind, stellt sich die Frage, warum die Menschheit noch nicht verhungert ist, wo doch der "unterdurchschnittlich produktive Zweig" Nahrungsmittelproduktion "in jedem Land" längst niederkonkurriert sein müßte von produktiveren Zweigen, etwa dem Maschinenbau. Wieso sich "auf diese Weise" eine internationale Arbeitsteilung institutionalisieren soll, bleibt im dunklen ebenso wie der Sinn des Nebensatzes "eine arbeitsteilige Struktur also, die im nationalen Rahmen nicht möglich ist, weil die schwächeren Produzenten den hochentwickelten Kapitalen hier schutzlos ausgeliefert sind". Daß internationale Arbeitsteilung im nationalen Rahmen

1) ebenda

2) Busch/Schöller/Seelow a.a.O., S. 19 ff.; Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/Main 1972, S. 89 f.

nicht möglich ist hat mit schwächer oder stärker entwickelten Kapitalen nichts zu tun. Daß in jedem einigermaßen entwickelten Land eine arbeitsteilige Struktur der gesellschaftlichen Produktion herrscht, müßte auch Busch aufgefallen sein. Auch im nationalen Rahmen sind die unterschiedlichen Zweige der gesellschaftlichen Produktion - aus technischen und historischen Gründen - unterschiedlich produktiv, unterschiedlich ist daher die organische Zusammensetzung des Kapitals (hier nur kapitalistische Nationen genommen); über die Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate (s.o.) verteilt sich in einem widersprüchlichen Prozeß das nationale Gesamtkapital tendenziell nach dem gesellschaftlichen Bedarf über die Zweige, verteilt sich damit die nationale Gesamtarbeit tendenziell nach den Erfordernissen der gesellschaftlichen Produktion.

Um zu verdeutlichen, wer nun wirklich benachteiligt ist im internationalen Handel, stellen wir den Komplex der komparativen Aufwandsunterschiede nochmals kurz dar. In jedem Lande herrscht - wie gesagt - eine gewisse Verteilung der nationalen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Zweige, die in kaum einem Lande gleich ist. Das gleiche trifft für die auf den Export verwandte nationale Arbeit zu. Wenn nun die BRD und M Mexiko Trauben und Drehbänke exportieren und die BRD Trauben 4 mal so produktiv herstellt wie Mexiko und Drehbänke 16 mal so produktiv, die durchschnittliche Relation aber 1 : 10 ist und ebenso der Wechselkurs, so kostet (immer Preis = Wert und Austausch zu int. Werten) 1 Pfd. BRD-Trauben 1 DM, 1 Pfd. aus Mexiko 40 Pfennig; dagegen 1 BRD-Drehbank 20.000 DM, eine aus Mexiko 32.000 DM. In jedem der beiden Länder ist der Bau von Drehbänken produktiver als der Anbau von Trauben, dennoch wird sich Mexiko im Rahmen der "internationalen Arbeitsteilung" auf den Anbau von Trauben spezialisieren müssen, da es bei Drehbänken niederkonkurriert wird. Es geht also im internationalen Handel nicht um absolut "unterdurchschnittlichere Produktivität", bezogen auf den nationalen Rahmen, sondern um die Größe des Produktivitäts- und Intensitätsvorsprungs oder -rückstandes im internationalen Handel in Relation zum

durchschnittlichen Vorsprung oder Rückstand der jeweiligen Nation. Nachgerade typisch für die Konfusion und Schlamperei der Buschschen Argumentation ist, daß ausschließlich mit Preis- und Kostenausdrücken, nicht aber mit den zugrundeliegenden absoluten und relativen Arbeitsaufwänden operiert wird. Daß kein Gedanke darauf verschwendet wird, ob es tatsächlich unmittelbar die internationalen Werte sind, die den realen Wechselkurs einer Nation bestimmen, ist nicht nur ein Mangel seiner Argumentation, sondern der meisten Arbeiten zu diesem Thema.

In wesentlich differenzierter Form behandeln Altvater/Neusüß/Blanke und Christel Neusüß in den Veröffentlichungen "Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise" und "Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals" diese Problematik. In der Darstellung der Modifikation des Wertgesetzes folgen sie im wesentlichen der Argumentation Kohns. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß es sich bei dem Tausch ungleicher Arbeitsquantas nicht um einen Tausch ungleicher Werte handele.

"Bezogen auf den internationalen Wert, qualitativ bestimmt als auf dem Weltmarkt gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, ist der nationale Wert nur ein individueller. Der Wert der Waren wird aber durch ihren gesellschaftlichen Wert bestimmt." 1)

Entsprechend wird der Vorteil des produktiveren Landes nicht als Werttransfer, sondern als Extramehrwert definiert. Diese Betrachtungsweise ist, verharret man bei der Kategorie des internationalen Werts, durchaus berechtigt und konsequent, denn unter der Voraussetzung des Tauschs zu internationalen Werten kann ein Transfer internationaler Wertquantas nicht stattfinden. 'Ungleicher Tausch' kann hier auch nur als Tausch ungleicher Nationen²⁾ verstanden werden, durch den die Weltmarktbeziehungen der nationalen Kapitale zur Quelle absoluter Vor- und Nachteile für die jeweiligen nationalen Kapitale

1) Neusüß a.a.O., S. 141

2) vgl. Kohns, Marx' Theorie .. a.a.O., S. 52

werden. Weiter unten jedoch schleichen sich in die Neusüsssche Argumentation schwerwiegende Fehler ein, wenn ohne Reflexion der konkret-historischen Form der internationalen Zahlungsbeziehungen dieser Zusammenhang des Entstehens absoluter Vor- und Nachteile vom nationalen Gesamtkapital unmittelbar auf das jeweilige in der Weltmarktkonkurrenz stehende Einzelkapital übertragen wird.

"Die Kapitalisten von Land X (dem produktiveren Land, e.s.) realisieren einen Extramehrwert auf dem Weltmarkt, die des Landes Z (des minder produktiven, e.s.), verkaufen die Waren unter ihrem individuellen, sprich hier nationalen gesellschaftlichen Wert. Eine wesentliche Bedingung dafür, daß die Kapitale des zurückgebliebenen Landes trotzdem akkumulieren können, ist eine höhere Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse des zurückgebliebenen Landes. Aufgrund niedrigerer Löhne und längerer Arbeitszeiten können die zurückgebliebenen Kapitale trotz der relativen Entwertung ihrer Waren auf dem Weltmarkt eine Profitrate erzielen, die ihnen die Konkurrenz mit den fortgeschrittenen Kapitalen erlaubt." 1)

Hier klingt an, daß Neusüss den Tausch ungleicher Arbeitsquantita der nationalen Kapitale als unmittelbare Realisierung eines Extramehrwerts bzw. Erleiden eines Mehrwertabzugs beim jeweiligen exportierenden Einzelkapital begreift. Dies ist unter den Bedingungen des Goldwährungssystems auch der Fall. Wenn aber - wie bei anderen, so auch bei Neusüss - der Wechselmechanismus vorausgesetzt wird, dann stimmt nicht, daß unter der Voraussetzung des Tauschs zu internationalen Werten das exportierende Einzelkapital unter oder über dem nationalen Wert auf dem Weltmarkt verkauft, sondern die nationale Gesamtarbeit stellt sich in niedrigerem (höheren) Verhältnis zur universellen Arbeit dar. Der profitable Verkauf von Waren unter ihrem Wert durch Herabdrücken des Preises der Ware Arbeitskraft ist zum ersten keine Besonderheit der Weltmarktkonkurrenz und bedeutet unter Weltmarktbedingungen ungleichen Tausch durch Werttransfer. Diese Form ist zwar wichtig für die Untersuchung der konkreten Formen der Weltmarktkonkurrenz, hat aber an dieser Stelle der Neusüssschen Ableitung keinen Platz. Würde sich im übrigen der Tausch ungleicher Arbeits-

1) Neusüss/Blanke/Altvater a.a.O., S. 19

quanta direkt als Mehrwertabzug für jedes minder produktive exportierende Einzelkapital äußern, so wäre damit die von Neusüß getroffene Voraussetzung des "Wechselkursmechanismus" aufgegeben. Dieser Fehler in der Neusüßschen Ableitung ist jedoch unmittelbare Voraussetzung für den zweiten, nämlich die Hypostasierung des Wechselkursmechanismus, der - Tausch zu internationalen Werten vorausgesetzt - unter bestimmten historischen Bedingungen Exekutor dieses Tauschs ist, zu einem Schutzmechanismus.

Bei der Ableitung des Wechselkursmechanismus geht Neusüß zunächst von der Preisebene aus. Zutreffend stellt sie fest, daß sich über den Wechselkursmechanismus in unterschiedlicher Arbeitszeit produzierte Waren in gleichen Weltmarktpreisen darstellen. Anstatt aber hier - was sich geradezu anbietet - den Zusammenhang Weltmarktpreis - Internationaler Wert herzustellen, stellt sie die Herstellung des Weltmarktpreises lediglich auf der Ebene der konkret-technischen Durchsetzung auf dem Devisenmarkt dar. So verliert sie eben diesen Zusammenhang aus den Augen und betrachtet den Tausch ungleicher Arbeitsquanta und den Wechselkursmechanismus als zwei voneinander geschiedene Prozesse, die obendrein gegenläufige Wirkungen zeitigen sollen:

"Das Steigen des relativen Wertes der Währung eines Landes A (Wechselkurs) drückt sich darin aus, daß eine steigende Summe aller anderen Währungen pro Einheit der Währung A auf dem Devisenmarkt bezahlt werden muß. Alle anderen Länder müssen, um Waren aus A zu importieren, eine größere national produzierte Wertsumme, ausgedrückt in nationalem Geld, bezahlen. Die gestiegene Produktivkraft in A drückt sich in einem höheren für Währung A zu zahlenden Geldquantum aller anderen nationalen Währungen aus. .. Durch die Preissteigerung der Währung des produktiveren Landes würde sich dessen Arbeit nun als Arbeit von höherem spezifischen Gewicht auf dem Weltmarkt verwerten. Dies bedeutete aber gleichzeitig, daß der Konkurrenzvorsprung z.B. eines exportierenden Einzelkapitals, welches Arbeit von höherem spezifischen Gewicht anwendet, wieder eingeschränkt würde. Die Erhöhung der Währungswerte würde wenigstens zum Teil die Verbilligung der Waren kompensieren. Der Mechanismus, soweit er rein verläuft, würde - was die Konkurrenz der unterschiedlich entwickelten Kapitale auf dem Weltmarkt angeht - den Druck der Konkurrenz der entwickelteren

auf die weniger entwickelten nationalen Kapitale abschwächen. Er ließe ihnen Zeit, den Produktivitätsvorsprung der entwickelten Kapitale abschwächen." 1)

Richtig ist an dieser Darstellung, daß sich die Produktivitätssteigerung der Existenz eines "Wechselkursmechanismus" (immer Tausch zu internationalen Werten vorausgesetzt) als Steigerung des Preises der nationalen Währung gegenüber den anderen Währungen bzw. Senkung des Goldpreises, ausgedrückt in dieser Währung (daher spricht Marx vom "Sinken des relativen Geldwerts") darstellt, richtig ist zweifellos auch (wenn auch ziemlich banal), daß die exportierenden Einzelkapitale eines aufwertenden Landes durch eine Aufwertung in ihrer Konkurrenzposition auf der Preisebene Nachteile erleiden. Falsch ist allerdings, daß dieser Prozeß insgesamt den Druck des entwickelteren auf das weniger entwickelte nationale Gesamtkapital im Vergleich zum ungeschwächten Wirken des Aus-tauschs ungleicher Arbeitsquanta auf dem Weltmarkt abschwächt. Verläuft nämlich der Ausgleichsprozeß über den Wechselkursmechanismus rein - wie Neusüß ja voraussetzt - so wird sich der Kurs einer Währung nur um den Betrag ändern, wie sich die Produktivität geändert hat.²⁾ Das heißt, daß sich das produktivere Land bei unveränderter Position der minder produktiven Konkurrenten mit der gleichen Menge nationaler Arbeit, die für den Export aufgewandt wird, größere Mengen nationaler Arbeit seiner Konkurrenten aneignen kann. Umgekehrt im minder produktiven Land: Dieses muß mehr Arbeit für den Export aufwenden, um die gleiche Menge nationaler Arbeit des produktiveren Landes kaufen zu können. Dies wirkt sich je nach Umfang und Bedeutung des Außenhandels für die Reproduktionsprozesse der beteiligten Staaten mehr oder weniger stark auf die Akkumulationskraft der nationalen Kapitale aus. Die Neusüßsche Einschätzung, daß der Wechselkursmechanismus den Druck

1) Neusüß, a.a.O., S. 145 ff.

2) vgl. auch Koch a.a.O., S. 119 ff.

des entwickelteren Kapitals abschäche, stellt die Übertragung des Prozesses beim exportierenden Einzelkapital auf das nationale Gesamtkapital dar. Gerade der Wechselkursmechanismus ist es aber, der bei Existenz nationaler Zeichengeldwährungen über das Verhältnis zum Gold als konkretem Ausdruck der universellen Arbeit den Tausch ungleicher Arbeitsquanta vermittelt.

Die Interpretation des Wechselkursmechanismus als Schutzmechanismus wäre nur dann sinnvoll, wenn man den gesamten Tausch ungleicher Arbeitsquanta als solchen interpretieren würde im Vergleich zu einem hypothetischen unmodifizierten Wirken des Wertgesetzes auf einem "binnenmarktmäßig" organisierten Weltmarkt.

Eine solche Interpretation ist zwar im Rahmen der Neusüßschen Argumentation, die die nationalstaatlich organisierte Form der Weltmarktexistenz des Kapitals lediglich als tendenziell Überwindbare (und in der Überwindung begriffene) Friktion der Konkurrenz¹⁾ auffaßt, durchaus konsequent. Was ihr dabei allerdings nicht auffällt und aufgrund ihres ahistorischen, von Busch, Schöller und Seelow übernommenen Begriffes von Wechselkursmechanismus nicht auffallen kann, ist, daß die Weltmarktkonkurrenz unter den Bedingungen des Goldwährungssystems genau den Formen der Herausbildung der internationalen Werte zwischen den Branchen - und damit als Wertabzug oder -zuwachs für das exportierende Einzelkapital entsprach, die sie fleißig durcheinanderwirft mit den korrespondierenden Bewegungen zwischen den nationalen Gesamtkapitalen,²⁾ die für den "Schutzmechanismus" Wechselkurssystem (in ihrer Ableitung) typisch

1) Neusüß, a.a.O., S. 147

2) Weiter unten ist Neusüß bemüht, diesen Zusammenhang präziser zu fassen (S. 149, 145). Zutreffend im Rahmen ihrer Voraussetzungen bezieht sie hier den Prozeß der Realisierung des Extramehrwerts auf das nationale Gesamtkapital; an wieder anderer Stelle erwähnt sie, daß sich über die Aufwertung für das produktivere nationale Kapital die Durchschnittsprofirate erhöht und die Gesamtverwertung verbessert (S. 172, auch: S. 149), für das exportierende Einzelkapital aber nur, wenn eine Aufwertung nicht stattfindet, folglich das Wirken des Wechselkursmechanismus gehemmt ist. Die Aussagen über den Wechselkursschutz wer-

sind. Infolgedessen wird auch nicht klar, daß eine "Abschwächung des Konkurrenzdruckes" nur dadurch stattfindet, daß dieser Konkurrenzdruck über den Wechselkursmechanismus nicht dem exportierenden Einzelkapital allein, sondern dem nationalen Gesamtkapital aufgebürdet wird. Allgemeine Aussagen über Ungleichheits- oder Angleichungsprozesse lassen sich hieraus schon deswegen nicht ableiten, weil die konkreten Auswirkungen abhängen von der quantitativen und qualitativen Bedeutung des Außenhandels für den jeweiligen nationalen Reproduktionsprozeß.

Auf die Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung geht Neusüß nur am Rande ein¹⁾. Richtig bemerkt sie dabei, daß sich diese nur durchsetzen kann als krisenhafter Prozeß.

2.) Exkurs: Nationalstaat und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung

Wenn - wie ausgeführt - der Druck des entwickelteren nationalen Kapitals durch die Modifikation des Wertgesetzes - auch bei Existenz eines "Wechselkursmechanismus" - nicht generell abgeschwächt wird, kann damit auch nicht langfristig verhindert werden, daß die Kapitalverwertung im weniger entwickelten Land sich bei ungehemmter Wirkung dieses Mechanismus permanent verschlechtert. Unter diesen Bedingungen kommt der Existenz des bürgerlichen Nationalstaats nicht nur die tendenziell unter kapitalistischen Bedingungen Überwindbare Funktion einer Friktion der Konkurrenz zu. Hier muß auch die Voraussetzung einer "Strukturanalogie" zwischen nationaler Kapitalverwertung und den Formen, in denen sich das Kapital

den in diesem Zusammenhang jedoch nicht in relevanter Weise relativiert. Dies stünde auch im Gegensatz zu Neusüß' folgender Argumentation, die das Werk des Ausgleichs der internationalen Kapitalbewegung zuweist (147 ff. bes. 152 ff.)

1) ebd., S. 143 f.; Neusüß/Blanke/Altvater a.a.O., S. 25 f.

zur Einengung eben dieser Weltmarktbeziehungen. Dies gilt umso mehr, wenn dieser "Schutzmechanismus" in einem Goldwährungssystem nicht existiert. Dieser an sich widersinnig erscheinende Vorgang wird dann verständlicher, wenn man nicht auf abstrakte und zumindest teilweise fiktive strukturelle Analogien, sondern auf die konkreten Strukturunterschiede der Konkurrenz im nationalen Maßstab und der Weltmarktkonkurrenz das Augenmerk richtet. Im nationalen Rahmen ist die Vernichtung des minder produktiven Kapitals sozusagen alltäglicher und normaler Vorgang und selbst die massenhafte Kapitalvernichtung in der Krise bleibt struktureller Bestandteil des Verwertungsprozesses; die Vernichtung des nationalen Einzelkapitals bleibt ohne Folgen für das Kapitalverhältnis und damit die bürgerliche Gesellschaft. "Ein Kapitalist schlägt viele tot", aber das Kapitalverhältnis bleibt davon selbstverständlich unberührt, wird tangiert höchstens in der Weise, daß die Zentralisation die Macht der Kapitalistenklasse vermehrt. Anders auf dem Weltmarkt, wo nicht Einzelkapitale, sondern nationale Gesamtkapitale miteinander konkurrieren, wenn man von der tendenziellen Herausbildung einer internationalen Arbeitsteilung auf der Basis relativer Aufwandsunterschiede absieht, die bei ihrer Durchsetzung in der internationalen Konkurrenz auch die direkte Vernichtung auf dem Weltmarkt involvierter Einzelkapitale einschließt. Hier wirkt der Konkurrenzdruck des entwickelteren Landes nicht auf die Vernichtung von Einzelkapitalen im minder entwickelten Land, sondern zielt auf die Existenz des nationalen Gesamtkapitals, damit aber auf die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft. Hier gerät die Tendenz des Kapitals sich als Weltkapital zu setzen, bei ungehemmtem Wirken der Gesetzmäßigkeiten der Weltmarktbewegung des Kapitals

ziehungen mit historisch fortgeschritteneren Gesellschaftsformationen sollen gleichfalls außer Betracht bleiben. vgl. Anm 1, S. 1

in Widerspruch zu ihrer historischen Aufgabe, die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft im Weltmaßstab voranzutreiben. Daß dieser Widerspruch kein willkürlich ausgetüftelter ist, zeigt ganz konkret die Existenz der unterentwickelt gehaltenen Staaten, die von der Akkumulation des Kapitals im Weltmaßstab weitestgehend ausgeschlossen bleiben und vor allem seit Ende des zweiten Weltkrieges bei stark angestiegenen Weltmarktbeziehungen der kapitalistischen Staaten zunehmend aus dem Weltmarktzusammenhang herausfallen. (Um diesen ihrem theoretischen Ansatz diametral entgegenstehenden Umstand drückt sich Christel Neusüß vornehm herum, indem sie ihre Analyse stillschweigend auf die entwickelten kapitalistischen Staaten beschränkt.)

Die von Neusüß angeführte Herabdrückung des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert vermag dieser Tendenz nur unvollkommen entgegenzuwirken, da der relative Arbeitspreis im Verhältnis zum Produkt im minder entwickelten Land über dem im entwickelteren steht. Den russischen Kapitalismus im Vergleich zum englischen betrachtend stellt Marx fest:

"Auf diesem russischen Boden, an allen Infamien so fruchtbar, stehen auch die alten Greuel aus der Kindheitsperiode der englischen factories in voller Blüte. .. Trotz aller Überarbeit, fortlaufender Tag- und Nachtarbeit und schmachlichster Unterbezahlung der Arbeiter, vegetiert das russische Fabrikat nur durch die Prohibition des ausländischen." 1)

Darüber hinaus "produziert ihrerseits die Niedrigkeit des Arbeitslohns Verteuerung der Arbeit". 2) Hieraus kann kaum gefolgert werden, daß das Herabdrücken des Preises der Ware Arbeitskraft in nennenswertem Maße als Mittel für das minder entwickelte Land dienen kann, seinen Rückstand aufzuholen.

Wenn also die Tendenz des Kapitals, sich als Weltkapital zu setzen (die die fortschreitende Schaffung der bürgerlichen Gesellschaft im Weltmaßstab einschließt), bei ungehemmter

1) MEW 23, S. 585

2) ebenda, Anm. 65

Wirkung ihrer Gesetzmäßigkeiten in sich selbst ihre größte Schranke findet, kann die Voraussetzung einer Strukturanalogie der Bewegung des Kapitals im nationalen Rahmen und auf dem Weltmarkt nicht aufrechterhalten werden.

Vielmehr ist zu fragen ob es nicht gerade die "nationalstaatliche Borniertheit", die Brechung dieser Gesetzmäßigkeiten durch die Schranke des Nationalstaats ist, die erst die reale Konstitution des kapitalistischen Weltmarkts ermöglicht und eine seiner wesentlichen Existenzbedingungen bleibt. Der Hebel, über den der bürgerliche Nationalstaat auf die internationale Konkurrenz einwirkt, kann also nicht der Wechselkursmechanismus sein, jedenfalls nicht, soweit er die Wirkung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt vermittelt. Es sind vielmehr die vielfältigen Formen des "Protektionismus", mit denen der bürgerliche Nationalstaat unmittelbar in die Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt eingreift. und durch Zölle, Steuern, Kontingente und Subventionen die Akkumulationskraft des nationalen Kapitals zu erhalten und zu stärken sucht. Diese Methoden kennzeichneten historisch die Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals bis zum Entstehen der großen Industrie in England.

"Kolonialsystem, Staatsschulden, Steuerwucht, Protektion, Handelskriege usw. diese Sprößlinge der eigentlichen Manufakturperiode, schwellen riesenhaft während der Kinderperiode der großen Industrie." 1)

Die größte Bedeutung erlangte bei diesen Maßnahmen auch über die Periode der ursprünglichen Akkumulation hinaus die Schutz-zollpolitik. Sie wurde zur wesentlichen Voraussetzung für das Entstehen der großen Industrie in England und der Englischen Vormachtstellung. "Gedeckt durch diesen Zollschutz entstand und entwickelte sich in England das System der großen

1) ebd., S. 785; vgl. auch: Gunter Kohlmey, Friedrich Engels über Freihandel und Schutzzoll, in: Probleme der politischen Ökonomie, Berlin-DDR Bd. 13/1970, S. 63 - 106 ,

Industrie." 1) War so "... das Protektionssystem ein Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren, unabhängige Arbeiter zu expropriieren, die nationalen Produktions- und Lebensmittel zu kapitalisieren, den Übergang aus der altertümlichen in die moderne Produktionsweise gewaltsam abzukürzen.." 2), so wird es in der weiteren Entwicklung zum Hebel der Entwicklung des britischen Weltmarktmonopols.

"England ergänzte so den zu Hause geübten Zollschatz durch den dem Auslande, wo es nur eben ging, aufgezwungenen Freihandel. Dank dieser glücklichen Mischung beider Systeme befand es sich am Schlusse des Krieges 1815 im Besitz des tatsächlichen Monopols des Welthandels, wenigstens für alle entscheidenden Industriezweige." 3)

In dieser Situation lag die Niederwerfung aller Hemmnisse der internationalen Konkurrenz im Interesse der britischen Bourgeoisie.

"Und in der Tat wurde die Ausfuhr von Industrieprodukten in stets wachsenden Mengen eine Lebensfrage für England. Nur zwei Hindernisse schienen im Wege zu stehen: Die Einfuhrverbote und Schutzzölle anderer Länder und die Einfuhrzölle auf Rohstoffe und Nahrungsmittel in England." 4)

Das Prohibitivsystem nutzte in dieser Situation in England nur mehr dem grundbesitzenden Adel. Die ungehemmte Wirkung der Gesetzmäßigkeiten der Weltmarktbewegung des Kapitals mußte jedes andere konkurrierende Kapital aus dem Feld schlagen.

"England war damals ganz einfach deshalb am Freihandel interessiert, weil es de facto eine Monopolstellung in der Weltindustrieproduktion und im internationalen Handel innehatte. Das ist die Dialektik der kapitalistischen Wirklichkeit: Freihandelsdoktrin und -praxis als Ausdruck eines Monopols!" 5)

Diese Entwicklung ist Ausdruck der oben abgeleiteten Widersprüchlichkeit der Weltmarktbewegung des Kapitals. Denn je

1) MEW 21, S. 361

2) MEW 23, S. 784

3) MEW 21, S. 361

4) ebenda

5) Kohnmeyer, Engels über ... a.a.O., S. 74

ungehinderter sich die internationale Konkurrenz entwickelte, umso eher muß das minder produktive nationale Kapital der Ruinierung durch das entwickeltere zum Opfer fallen. Während die ungehinderte Wirkung der Gesetze der Kapitalbewegung auf dem Weltmarkt im Interesse des am meisten entwickelten nationalen Kapitals liegt, wird umgekehrt die Protektion zur Notwendigkeit für das minder entwickelte nationale Kapital.

"Die lockende Stimme der Freihandelsapostel blieb die Stimme des Predigers in der Wüste. Nicht nur der Kontinent und Amerika erhöhten alles in allem ihre Schutzzölle, auch die britischen Kolonien folgten nach, sobald sie die Selbstverwaltung erhalten hatten ... Sie hatten kein Verständnis für die Schönheit eines Systems, das Englands zeitweilige industrielle Überlegenheit in ein Mittel verwandeln sollte, ihm das Industriemonopol in der ganzen Welt und auf ewige Zeiten zu sichern und alle übrigen Nationen zu rein agrarischen Abhängigen Englands herabzuwürdigen - mit anderen Worten, sie in die überaus beneidenswerte Lage Irlands zu bringen. Sie wußten, daß keine Nation mit der anderen kulturell Schritt halten kann, wenn sie ihrer Industrie beraubt .. wird. Und deshalb ordneten sie den privaten Handelsprofit den nationalen Bedürfnissen unter und schützten ihre entstehenden Industrien durch hohe Zölle, was ihnen als das einzige Mittel erschien, sich vor dem Herabsinken auf das wirtschaftliche Niveau zu schützen, dessen sich Irland erfreut." 1)

Der Protektionismus als "Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren", war das einzige Mittel, für die zurückgebliebenen Staaten, ihre Industrie zu entwickeln, damit auch das Mittel, ihre nationale Unabhängigkeit zu erhalten. Umgekehrt ist "aber in keinem Land .. die Herrschaft der Bourgeoisie ohne nationale Unabhängigkeit möglich." 2) Somit wirkte auch der Protektionismus als Hebel zu Schaffung des Weltmarkts als Zusammenhang konkurrierender bürgerlicher Nationalstaaten nicht universell, sondern nur beschränkt auf diejenigen Staaten, in denen die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und die Existenz eines Staates, der, wo er noch nicht bürgerlicher Staat war, dem Einfluß der Kapitalistenklasse wenigstens soweit unterworfen sein mußte, daß er die Sache der Entwicklung

1) MEW 19, S. 262 f.

2) MEW 22, S. 365 f.

der nationalen Industrie zu seiner eigenen machte, ausreichend weit fortgeschritten war. Darüber hinaus mußten diese Staaten auch politisch-militärisch stark genug sein, um dem Druck Englands in Richtung auf "Freihandel" widerstehen zu können.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die allgemeinen Gesetze der Weltmarktbewegung des Kapitals quasi automatisch der Tendenz des Kapitals, sich als Weltkapital zu setzen, Geltung verschaffen, geschweige denn in der Form, die dieser Tendenz begrifflich entspricht, nämlich in der Form der Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft im Weltmaßstab. Diese Gesetze wirken vielmehr widersprüchlich in Bezug auf die Entstehung der kapitalistischen Universalität und stehen dieser teilweise unmittelbar entgegen.

"Daraus aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt und daher ideell darüber hinweg ist, folgt keineswegs, daß es sie real überwunden hat.. Noch mehr. Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner Natur, die auf einer gewissen Stufe der Entwicklung es selbst als größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Auflösung durch es selbst hintreiben." 1)

Wenn also die Durchsetzung der Tendenz des Kapitals, sich als Weltkapital zu setzen, in prinzipiell anderen Formen verläuft, als im nationalen Rahmen, nämlich durch die Brechung der Gesetzmäßigkeiten der internationalen Konkurrenz durch den Nationalstaat, und zwar nicht nur in der "Ausnahmesituation" einer Weltmarktkrise, kann sie sich auch nicht - analog zum nationalen Rahmen - in einer allgemeinen Angleichungstendenz der Produktionsbedingungen äußern.²⁾ Solche Angleichungstendenzen sind bestenfalls auf der sehr allgemeinen - und fast schon platten Ebene festzustellen, daß sich auf die Dauer kein

1) Grundrisse, S. 314

2) Es ist auch nicht einzusehen, wieso sich diese Tendenz dann in der Form der realen Konstitution des Weltkapitals äußern soll, wenn sich auf dem Weltmarkt dem Export in Warenform der in Geldform zugesellt, und zwar auch dann nicht, wenn man konzidiert, daß das Kommando über fungierendes Kapital im Ausland etwas anderes ist als der Verkauf von Waren dorthin. Es wäre schlichtweg naiv, anzunehmen, der bürgerliche Nationalstaat, der sich der Nie-

nationales Kapital der Entwicklung der Produktivkräfte entziehen kann, ohne -trotz allem Protektionismus- in der internationalen Konkurrenz unterzugehen. Dies zeigt zugleich

derwerfung seiner Industrie protektionistisch wider-
setzt, werde diese widerstandslos geschehen lassen, wenn
sie durch Kapital in Geldform erfolgt. Hier setzt Neusüss
eine in der Literatur zu Problemen der internationalen
Beziehungen und der politischen Ökonomie verbreitete Mode-
strömung fort, die "multinationale Konzerne" zum Deusex
machina für qualitative Veränderungen in Ökonomie und Po-
litik des Kapitalismus hochstilisiert. Vgl. Ekkehard
Krippendorff, Das internationale System zwischen Stabi-
lisierung und Klassenkampf, in: Ekkehard Krippendorff
(Hg.) Probleme der internationalen Beziehungen, Frankfurt/
Main 1972, S. 9-33. In dem recht oberflächlich-journali-
stisch gehaltenen Beitrag referiert Krippendorff die all-
gemeine Weltlage aus seiner Sicht. Hierbei kommt er auf
Seite 28 f. auch zum Weltmarkt.(wozu er ziemlich zusammen-
hanglos und unbegriffen einen Halbsatz aus der zitierten
Arbeit von Neusüss/Blanke/Altwater heranzieht). Sodann wen-
det er sich den "multinationalen Konzernen" zu, die er als
"neuartiges Vehikel kapitalistischen Internationalismus"
(ebd.) apostrophiert. In einem weiteren Beitrag in der
gleichen Veröffentlichung (Zum Imperialismus-Begriff, S.
177-203) präzisiert er (bzw. kommt es noch schlimmer):
Mit der Herausbildung der multinationalen Konzerne begann
sich "auf der Ebene der staatlichen Beziehungen der kapi-
talistischen Kernländer der Komplementärprozeß zur Über-
windung des klassischen Konkurrenzkapitalismus auf der
ökonomischen Ebene anzubahnen: jener 'Überimperialismus',
von dem Kautsky 1910 als Möglichkeit gesprochen hatte und
wofür ihn Lenin damals - .. zu Recht - hart kritisiert
hatte." (S. 196) Am weitesten fortgeschritten ist dieser
Prozeß in den USA, ebenso wie die "Verknüpfung von staat-
lichen und monopolkapitalistischen Stabilitätsinteressen"
die zu "ähnlichen Formen der Überwindung des krisenanfälli-
geren Konkurrenzkapitalismus geführt (haben), wie in
Westeuropa." Soziale Basis dieses Ultraimperialismus bei
allgemein abnehmenden politischen und ökonomischen Wider-
sprüchen (für den wir ihn - ohne uns mit Lenin auf eine
Stufe stellen zu wollen, jedoch wie die gegenwärtige Krise
zeigt, zu Recht - hart kritisieren) ist "eine relativ klei-
ne, internationale interdependente sozio-politische Elite
von Managern". Nun werden die abgeschmackten Theoreme von
Galbraith keineswegs richtiger, wenn man sie auf die in-
ternationale Ebene verpflanzt. Im Übrigen werden wir uns
weiter unten um den Nachweis bemühen, daß innerimperia-
listische Widersprüche nach wie vor zu den zentralen
Strukturelementen der gegenwärtigen Formen der Weltmarkt-
existenz des Kapitals zählen und ihre Relevanz für unser
Thema, die internationalen Zahlungsbeziehungen aufzuzeigen.
Ähnlich in der Wiederbelebung des Ultraimperialismus-
Theorems (wenn auch ohne die Manager) äußert sich Robin
Murray, Der Nationalstaat und die Internationalisierung
des Kapitals, in: Otto Kreye (Hg.) Multinationale Konzer-
ne, München 1974, S. 40-80, bes. S. 43 ff.

- um einem aus der Neusußschen Darlegungsweise denkbaren Einwand zu entkräften -, daß die Wirkungsweise des Wertgesetzes auch durch den Eingriff des Nationalstaats nicht einfach außer Kraft gesetzt wird. Jedoch bewirkt die Brechung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Weltmarktkonkurrenz¹⁾, daß keine mit dem historischen Prozeß notwendig fortschreitenden Angleichungs- oder Ungleichgewichtsprozesse zwischen den auf dem Weltmarkt konkurrierenden nationalen Kapitalen stattfinden. Je nach Ausmaß und Erfolg der einander entgegenwirkenden Konkurrenzvorteile der Überlegenen nationalen Kapitale und der protektionistischen Gegenmaßnahmen der schwächeren nationalen Kapitale gestalten sich die Positionen der Konkurrenten zu ihrem Vorteil oder Nachteil. Dabei gilt, daß sich protektionistische Maßnahmen in dem Maße als Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte erweisen, wie sich das jeweilige nationale Kapital den Durchschnittsbedingungen auf dem Weltmarkt annähert²⁾. Sie werden zur Quelle von Fäulnis und Stagnation, wenn es sie erreicht und übertroffen hat³⁾. Durch diese Maß-

1) "Brechung" - um den Begriff zu erläutern - ist keinesfalls im juristischen Sinne (Gesetzesbruch) zu verstehen. Im Unterschied zu Busch/Schöller/Seelow, bei denen das Wertgesetz gelegentlich den Charakter einer Polizeivorschrift annimmt (S. 47, 49), nach der Länder bereit sind, sich zu richten, oder auch nicht, gehen wir davon aus, daß bestimmte Faktoren Wirkung und Richtung eines ökonomischen Gesetzes verändern können, im übrigen ökonomische Gesetze spontan wirken.

2) MEW 19, S. 262 ff.; MEW 21, S. 364 ff.

3) MEW 21, S. 371 ff.; vgl.; Marcello de Cecco, Weltwirtschaft nach 1870, in: Ekkehard Krippendorff (Hg.) Internationale Beziehungen, Köln 1973, S. 56-77, hier: S. 74 ff. Cecco führt die Stagnation der britischen Industrie in erheblichem Maße auf die ungebrochene monopolistische und hegemoniale Position Großbritanniens auf den Märkten des Empire zurück, die als in der Mehrheit unterentwickelt gehaltene Gebiete eine statische Produktionsstruktur im Unterschied zur in rasanter Dynamik befindlichen Struktur anderer relevanter Teile des kapitalistischen Weltmarkts aufwiesen. Durch ihre monopolistische Position entfiel in diesem Teil der Welt für relevante Teile des britischen Kapitals der Zwang, offensiv in die verschärfte Weltmarktkonkurrenz einzutreten.

nahmen aber nimmt der Gesamtprozeß der Weltmarktkonkurrenz jene spezifische Form an, die Lenin zutreffend bezeichnet als Ungleichmäßigkeit der Entwicklung¹⁾.

Diese Ungleichmäßigkeit äußert sich an der Oberfläche in der Form einander durchkreuzender Tendenzen von schneller Entwicklung, wenn minder produktive nationale Kapitale begünstigt durch das Protektionssystem und angetrieben durch die Möglichkeit, durch forcierte Produktivkraftentwicklung ihre Profitrate (über die Aneignung von unbezahlter Arbeit mit geringerem spezifischen Gewicht und ihre Profitmasse über die Eroberung höherer Marktanteile) steigern; von Stagnation und Absinken ("Verholländern", wie es Engels genannt hat) wenn für entwickeltere nationale Kapitale aufgrund privilegierter Positionen der Ansporn zu immer schnelleren Entwicklung der Produktivkräfte erlahmt, da die hohen Surplusprofite durch eine solche Entwicklung nicht nennenswert zu steigern sind, und schließlich von Ruinierung der ökonomisch und politisch schwächsten nationalen Kapitale, die weder der Weltmarktkonkurrenz standhalten noch sich wirksam gegen sie schützen können. Ausmaß und Richtung dieser Tendenzen können auf einer abstrakt-logischen Ebene und ausschließlich mittels der all-

1) Lenin, Werke Bd. 22, S. 244; Übrigens geht Neusüß fehl, wenn sie Lenins Begriff der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung auf seine angebliche Reduktion des Marxschen Krisenbegriffs auf Disproportionalitätsphänomene zurückführt (Neusüß a.a.O., S. 87 ff.). Wie aus dem Zusammenhang der - auch von Neusüß angeführten - Stellen zu Beginn des IV. Abschnitts des "Imperialismus" (S. 244 f.) explizit hervorgeht, leitet Lenin stattdessen den Begriff der Ungleichmäßigkeit, den er an der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung von Nationalstaaten (sic!) illustriert, aus der Dialektik von Konkurrenz und Monopol ab. Er verweist auf die Wirkung von Schutzzoll und Freihandel bei der Brechung des britischen Weltmarktmonopols, wobei er offensichtlich - im Unterschied zu Neusüß - die theoretischen Ansätze der von uns angeführten Arbeiten von Marx und Engels verarbeitet hat. Im folgenden setzt Neusüß diese Methodik, nämlich ihre eigenen Mißverständnisse der Leninschen Theorie für dessen Fehler auszugeben, fort. Es soll hier nur auf eine - besonders bezeichnende - Stelle hingewiesen werden, wo Neusüß Lenin "moralisierende" Argumentation vorwirft (Neusüß, S. 92) weil er feststellt (LW 22, S. 245) daß der Kapitalismus die Landwirtschaft deswegen nicht entwickelt, und das Lebensniveau der Massen deshalb nicht

gemeinen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung nicht adäquat bestimmt werden. Vielmehr müssen hierzu die konkreten historischen Bedingungen wie das aktuelle politische und ökonomische Kräfteverhältnis, Adäquanz und Erfolgsaussichten der getroffenen Maßnahmen der Nationalstaaten etc. herangezogen werden. Insofern geht Neusuß wiederum fehl, wenn sie in der Konstatierung des Nebeneinanderbestehens entgegengesetzter Tendenzen, nämlich der Nivellierungs- und der Ungleichgewichtstendenz, Hilflosigkeit und Unfähigkeit zur präzisen Einschätzung der jeweiligen Situation sieht¹⁾.

Aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Weltmarktbewegung des Kapitals läßt sich nur ableiten, daß beide Tendenzen nebeneinander wirken. Wie sich die Wirkung dieser Tendenzen auf das jeweilige nationale Kapital auswirkt, läßt sich auf dieser

hebt, weil dies - im Vergleich zum Kapitalexport etc. - eine "Verminderung der Profite" bedeuten würde. Vgl. die sinngemäß gleichlautende Stelle in MEW 25, S. 266.

- 1) Neusuß, a.a.O., S. 83 ff., Es muß allerdings konzediert werden, daß die gelegentlich unklare Fassung des Begriffs der ungleichmäßigen Entwicklung dem Mißverständnis von Neusuß Vorschub leistet. Dies ist dann der Fall, wenn "Ungleichmäßigkeit" als kumulativer Ungleichgewichtsprozeß begriffen wird. Dies ist der Fall bei Busch/Schöller/Seelow (S. 18, 25 f., 30), klingt aber zumindest auch an bei Rudi Gündel / Katja Nehls, Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus, DWI-Forschungshefte, Berlin-DDR 1970 H. 1, S. 37-64, hier: S. 49; wenn ungleichmäßige Entwicklung und "Nivellierung" einander entgegengesetzt werden. Demgegenüber verstehen wir beide Tendenzen, Ungleichgewichts- und Angleichungstendenz, im Begriff der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung eingeschlossen. In ähnlicher Weise äußert sich A. Lenin, die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus und die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin-DDR 1966, H.7, S. 720-735, hier: S. 720.

Ebene ebensowenig bestimmen, wie die Frage, welches konkrete Einzelkapital im Prozeß der Zentralisation des Kapitals unterliegt und welches nicht. Die angebliche Unfähigkeit zur Prognose zeigt hier vielmehr die Grenzen der Prognostizierbarkeit unter kapitalistischen Bedingungen. Eine weitere Quelle der ungleichmäßigen Entwicklung muß in der Tendenz zur Herstellung eines arbeitsteiligen weltwirtschaftlichen Systems auf der Basis komparativer Aufwandsunterschiede gesehen werden. Zum einen muß davon ausgegangen werden, daß die Herstellung eines solchen Mechanismus nur vorstellbar ist als Vernichtung relevanter Teile nationaler Gesamtkapitale. Diese kann sich für die verschiedenen nationalen Kapitale je nach der Relevanz der von Vernichtung bedrohten Branchen für den nationalen Reproduktionsprozeß nur höchst unterschiedlich durchsetzen, wird also ebenfalls über die Konkurrenz protektionistischer Maßnahmen von Nationalstaaten nur in widersprüchlicher Weise zur Wirkung kommen. Zum anderen müßte selbst bei Durchsetzung einer solchen "internationalen Arbeitsteilung" die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Branchen permanent neue Ungleichgewichte produzieren.

3.) Die realen Formen der Weltmarktkonkurrenz und der Wechselkursmechanismus

Wurden bisher die spezielle Form der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt und die spezifische Form ihrer Exekution durch den Wechselkursmechanismus unter den Bedingungen der ungehemmten Wirkung dieser Gesetzmäßigkeiten untersucht, so soll nun der Frage nachgegangen werden, ob die realen Formen der Weltmarktkonkurrenz nach diesen Gesetzmäßigkeiten ablaufen bzw. in welcher Weise und in welcher Richtung sie von diesen abweichen, weiterhin, ob eine solche Abweichung nur als zeitweilige, als Schwanken um einen Gleichgewichtspunkt oder als langfristige, strukturelle Abweichung angesehen werden muß.

Von der Literatur, die die Fragen der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt behandelt, beschäftigt sich lediglich die Abhandlung von G. Kohlmey mit diesem Problem, also der Frage nach dem Äquivalententausch auf dem Weltmarkt. Zunächst geht Kohlmey davon aus, daß

"... im internationalen Wirtschaftsverkehr mit dem Wertgesetz ... die Kategorie des Äquivalentenaustauschs wesentlich modifiziert (wird). .. Wir können theoretisch also nicht bei dem Satz stehenbleiben; Austausch zu internationalen Werten ist Äquivalentenaustausch. Die zwei wesentlichen Modifikationen sind in die Analyse einzubeziehen. Ebenso die absoluten und relativen Vor- und Nachteile, die sich für die einzelnen Nationen gemäß ihren nationalen Produktivitäts- und Intensitätsunterschieden ergeben. Wenn wir davon ausgehen, daß der internationale Wert ein gesellschaftliches Verhältnis von warenproduzierenden und -austauschenden Nationen ist, dann müssen wir den Schluß ziehen: Austausch zu internationalen Werten heißt in der Regel Austausch zwischen ungleichen Nationen." 1)

Weiterhin muß jedoch berücksichtigt werden, daß unter kapitalistischen Bedingungen der Warenproduktion schon im nationalen Rahmen das Wertgesetz nicht in der Weise wirkt, daß die Waren zu ihren Werten getauscht werden, vielmehr werden die Warenpreise durch die Herausbildung der nationalen Durchschnittsprofiräte in Produktionspreise transformiert, deren Summe gleich der Summe aller Werte ist und die gleichzeitig Konsequenz der Übertragung von Mehrwert aus den Sphären mit niedriger in die mit höherer organischer Zusammensetzung sind.

Im internationalen Rahmen stellt sich dieser Zusammenhang zwischen Wert und Preis jedoch wesentlich komplizierter und vermittelter dar.

"Im kapitalistischen System der Weltwirtschaft wirkt zwar die Tendenz zum Ausgleich der verschiedenen nationalen Profiräten zu einer weltwirtschaftlichen Durchschnittsprofiräte, sie dominiert aber nicht." 2)

1) Kohlmey, Marx' Theorie .. a.a.O., S. 51

2) ebd., S. 56

Zur Begründung, daß diese Tendenz nicht dominiert, führt Kohlmei "zwei Argumente komplexer Natur" an. Das erste betrifft die nationale Unterschiedlichkeit der Mehrwertraten, die besonders stark ist zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten.

"In diesen (den unterentwickelten e.s.) Gebieten sind die Löhne(und gegebenenfalls auch Bodenpreise) niedrig, die Mehrwertrate ist hoch, die organische Zusammensetzung der Kapitalien ist niedrig. Daraus entspringen in der Regel hohe Profitraten, wenn es auch entgegenwirkende Faktoren gibt, wie etwa eine niedrige Arbeitsproduktivität." 1)

Wie bereits oben erwähnt, müssen aus einem niedrigen Entwicklungsstand nicht notwendig hohe Profitraten entspringen.

"Der Unterschied der beiden nationalen Profitraten könnte dadurch verschwinden und selbst sich umkehren, daß in dem minder entwickelten Land die Arbeit unproduktiver wäre.." 2)

denn:

".. In Ländern von verschiedener Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktion und daher von verschiedener organischer Zusammensetzung des Kapitals kann die Rate des Mehrwerts (der eine Faktor, der die Profitrate bestimmt) höher stehen in dem Lande, wo der normale Arbeitstag kürzer ist, als in dem, wo er länger. Erstens: Wenn der englische Arbeitstag von 10 Stunden seiner höheren Intensität wegen gleich ist einem österreichischen Arbeitstag von 14 Stunden, können bei gleicher Teilung des Arbeitstags 5 Stunden Mehrarbeit dort einen höheren Wert auf dem Weltmarkt darstellen als 7 Stunden hier. Zweitens aber kann dort ein größerer Teil des Arbeitstages Mehrarbeit bilden als hier." 3)

Im übrigen ist auch bei relativ ausgeglichenem Entwicklungsniveau die Mehrwertrate nicht mit Notwendigkeit gleich, da das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht unmittelbar vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern vielmehr vom ökonomischen Kampf der arbeitenden Klassen abhängt.

1) Kohlmei, a.a.O., S. 57

2) MEW 25, S. 224

3) MEW 25, S. 225; vgl. MEW 23, S. 585

Die zweite Bestimmung für die Unterschiedlichkeit der Profitraten ist darin zu sehen, daß der Wanderung der Kapitale im internationalen Rahmen sowohl zwischen den Zweigen als auch innerhalb eines Zweiges starke Hemmnisse auferlegt sind, die quantitativ wie qualitativ mit denen im nationalen Rahmen kaum vergleichbar sind. In gewisser Weise ähneln sie den Hemmnissen, denen sich die freie Wanderung des Kapitals bei noch unentwickelter kapitalistischer Produktionsweise ausgesetzt sieht, sie können mit diesen allerdings nur in beschränktem Maße verglichen und keinesfalls (im Rahmen von "Strukturanalogie"-Theorien) mit diesen identifiziert werden. Immerhin stößt die internationale Wanderung des Kapitals auf die Schranke des bürgerlichen Nationalstaats, der sie zwar nicht generell verhindert, aber ihre nivellierenden Wirkungen stark modifiziert. Und wenn - wie oben ausgeführt - die Schranke des Nationalstaats keine prinzipiell unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen überwindbare Friktion der Konkurrenz, sondern ein Strukturelement der Weltmarktbewegung des Kapitals ist, kann die Wirkung der internationalen Kapitalwanderung in Richtung auf einen internationalen Ausgleich der Profitraten nur als Tendenz bestehen.

Der Ausgleich der nationalen Raten des Mehrwerts schließlich könnte nur erfolgen durch die freie Wanderung der Arbeitskräfte "von einer Sphäre in die andere und von einem lokalen Produktionspunkt auf den anderen"¹⁾. Dies stößt schon aus natürlichen (sprachlichen) und technischen Gründen auf starke Hindernisse. Was aber die "freie Wanderung der Arbeitskräfte" angeht, wie sie sich unter gegenwärtigen Bedingungen als Wanderung von Arbeitskräften aus weniger entwickelten in entwickelte kapitalistische Länder darstellt, so trägt diese zum internationalen Ausgleich der Verwertungsbedingungen oder gar des Arbeitslohns nichts bei, sie ist vielmehr geeignet, die Ungleichgewichtsprozesse zu verschärfen. Hier werden den

¹⁾ MEW 25, S. 206

minder entwickelten Ländern die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft aufgebürdet und zudem - da die "frei wandernden" Arbeitskräfte im Rythmus der zyklischen Bewegung des entwickelteren nationalen Kapitals bald über die nationalen Grenzen angezogen, bald zurückgeworfen werden - noch die Unterhaltung der industriellen Reservearmee des entwickelteren Landes. Wie man hieraus - und sei es auch nur für den Rahmen des westeuropäischen Wirtschaftsblocks der EWG - "Rückwirkungen für die Ausgleichung der Ausbeutungsraten innerhalb der europäischen nationalen Kapitale"¹⁾ erwarten kann, bleibt unerfindlich.

Wenn also auf dem Weltmarkt auch langfristig keine Ausgleichung der nationalen Profitraten zu einer Weltdurchschnittsprofitrate stattfindet, kann auch nicht von einer Bildung internationaler Produktionspreise auf der Basis des internationalen Werts ausgegangen werden. Es ist aber klar, daß die Wertkategorie nicht als unmittelbares Maß der Preisfestsetzung dienen kann, da sich das Wertgesetz hinter dem Rücken der Konkurrenten durchsetzt. Außerdem kommen die auf dem Weltmarkt gehandelten Waren nicht ohne Preis auf den Weltmarkt.

"Die einzelnen kapitalistischen Unternehmer der verschiedenen Branchen gehen bei ihren Profiterwartungen auf den Weltmärkten nicht von einer Profitrate aus, die sich aus der organischen Zusammensetzung der Kapitalien dieses Zweiges und aus seiner Mehrwertrate ergeben könnte, sondern sie gehen von der nationalen Durchschnittsprofitrate aus, die im Prinzip in allen Zweigen und Bereichen gleich ist." 2)

Der Weltmarktpreis bildet sich also nicht unmittelbar als Ausdruck des internationalen Werts und nicht als internationaler Produktionspreis, sondern als "Resultante der relevanten nationalen Produktionspreise".

"Angebot und Nachfrage lassen den Weltmarktpreis zwischen den nationalen Produktionspreisen schwanken. Hier gibt es kein

1) Neussß, a.a.O., S. 138

2) Kohlmey, Karl Marx Theorie .. S. 59

Oszillationszentrum"¹⁾ Wenn Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind werden also die massenhaften Produktionspreise den Weltmarktpreis der jeweiligen Weltmarktware bestimmen. Dadurch, daß der Weltmarktpreis als individueller Preis auf der Basis der relevanten nationalen Produktionspreise zustande kommt, ergibt sich, daß die Summe aller Weltmarktpreise in der Regel nicht der Summe der internationalen Werte der Waren gleich ist und auch nicht zu einer Angleichung tendiert.

"Da .. die Weltmarktpreise in der Regel von den internationalen Werten und den nationalen Werten abweichen, bedeutet Austausch zu Weltmarktpreisen in der Regel nicht äquivalenten Austausch."²⁾ Es ist nun zu fragen in welcher Weise, d.h. zu wessen Lasten sich dieser ungleiche Tausch, der Tausch ungleicher internationaler Werte auswirkt. Hier muß berücksichtigt werden, daß bereits im nationalen Rahmen der Produktionspreis eine Wertübertragung impliziert, nämlich eine Übertragung von Mehrwert vom Kapital mit niedriger organischer Zusammensetzung auf dasjenige mit höherer organischer Zusammensetzung. Für den auf der Basis von Produktionspreisen zustande gekommenen Weltmarktpreis kann also gefolgert werden, daß die Produkte von Kapitalen, deren organische Zusammensetzung über dem Durchschnitt der auf dem Weltmarkt konkurrierenden nationalen Kapitale liegt, einen Weltmarktpreis erzielen, der über dem internationalen Wert liegt, umgekehrt für Kapitale mit niedriger organischer Zusammensetzung. Diese Form ungleichen Tauschs wird vor allem die entwickelteren nationalen Kapitale und bei diesen die fortgeschrittensten Einzelkapitale begünstigen.

Auf eine weitere Quelle nichtäquivalenten Austauschs ist bereits hingewiesen worden, nämlich auf die Konsequenzen der "freien Wanderung der Arbeitskräfte" aus den minder entwickelten Staaten in die entwickelteren. Da den minder entwickelten

1) ebd., S. 61

2) ebd., S. 66

Staaten sowohl die Produktionskosten dieser Arbeitskräfte als auch deren Unterhaltung unter Bedingungen der Krise im entwickelten Land, also die Kosten der industriellen Reservearmee des entwickelten Landes aufgebürdet werden, muß hier ein Werttransfer in das entwickeltere Land angenommen werden. In diesen Zusammenhang fällt auch die Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte durch das entwickelte Land, der sogenannte "brain drain".

Im gleichen Zusammenhang ist die Abwicklung der unproduktiven Aktivitäten im internationalen Handel zu betrachten, konkret die Aktivitäten der international tätigen Transport-, Versicherungs- und Bankunternehmen. Diese unproduktiven Tätigkeiten werden - in diesem Fall analog zum nationalen Reproduktionsprozeß - aus der Mehrwertmasse des internationalen Handels finanziert. Beziehungen äquivalenter Natur könnten hier nur dann vorherrschen, wenn diese "faux frais der kapitalistischen Produktion" gleichmäßig von allen am internationalen Handel beteiligten Staaten entsprechend ihrem Anteil am internationalen Handel wahrgenommen würden. Diese Annahme wäre jedoch absurd. Insofern kann auch hier auf Beziehungen nicht-äquivalenter Natur, also auf Werttransfer geschlossen werden.¹⁾

Wenn bisher immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß das minder entwickelte Land und ganz besonders das koloniale oder halbkoloniale unterentwickelt gehaltene Land bei ungehemmter Wirkung der Gesetzmäßigkeiten des internationalen Handels, also schon bei Austauschbeziehungen äquivalenter Natur (in internationalen Werten, also bei Austausch ungleicher Arbeitsquanta), Nachteile erleidet, die seine Akkumulationskraft stark herabsetzen, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß sich hierin die Formen der Benachteiligung erschöpfen. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß zusätzlich zu diesen Mechanismen Methoden der Übervorteilung und der Prellerei,

¹⁾ vgl. ebd., S. 67

deren Möglichkeit sich aus ökonomischen und außerökonomischen Machtpositionen der entwickelten Staaten ergeben, in hohem Maße angewendet wurden und werden.

Für den Wechselkursmechanismus ergeben sich aus der Tatsache, daß - auch in internationalen Werten, die bereits den Tausch ungleicher Arbeitsquanta einschließen - Werttransfer stattfindet, folgende Konsequenzen:

Die Währungsparitäten widerspiegeln nicht einfach "den durchschnittlichen Intensitäts- und Produktivitätsrangpunkt, den die einzelnen Nationen in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen"¹⁾, sondern die realen Austauschbeziehungen, die einen institutionalisierten ungleichen Tausch auch in internationalen Werten darstellen. Der Wechselkurs eines entwickelten kapitalistischen Staates wird also um den Betrag über dem "Rangpunkt auf der Stufenleiter der universellen Arbeit" stehen, um den es sich über den institutionalisierten Nichtäquivalententausch zusätzlichen internationalen Wert aneignet, umgekehrt muß der Wechselkurs des minder entwickelten Landes um den Betrag unter dem "Rangpunkt" stehen, den dieses über den Tausch ungleicher Arbeitsquanta hinaus an unbezahlter Arbeit hergibt²⁾.

Darüber hinaus müssen sich im Wechselkurs alle Formen der Wertbewegungen im internationalen Maßstab, also auch Formen der zeitweiligen oder definitiven Verausgabung im Wechselkurs niederschlagen, also Formen wie "Schenkungen", Kriegskosten etc. ebenso wie internationale Anleihen oder Direktinvestitionen. Diese werden für das verausgabende Land den Wechselkurs senken, für das 'empfangende' Land erhöhen; umgekehrt bei Reflux von Krediten, Retransfer von Profiten aus Kapitalexporten etc. Dies folgt daraus, daß solche Formen von Aneignung bzw. Verausgabung von Wertquanta wirkliche Wertbewegungen dar-

1) vgl. Busch, a.a.O., S. 43; Busch/Schöller/Seelow a.a.O., S. 30, 42; Neusüß, a.a.O., S. 144

2) vgl. MEW 25, S. 598, 604. Marx erwähnt hier ein solches Verhältnis ungleichen Tauschs, den Tribut Indiens an England für "gute Verwaltung".

stellen, auch wenn sie zum Teil vorübergehender Natur sind. Dies übersehen Busch, Schöller und Seelow, wenn sie die These aufstellen, daß

"die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen, die durch sie produzierte Stufenleiter der universellen Arbeit und die aus dieser entspringende Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, ... ihren Niederschlag in reinster Form nur in der Handelsbilanz eines Landes finden (kann). Die Bewegungen, die sich in den anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz vollziehen sind als davon unabhängige (??, soll wohl heißen: abhängige; e.s.) oder abgeleitete zu begreifen. Diese Überlegung soll an folgendem Beispiel verdeutlicht werden:

Ökonomen vom Schlage Roses (gemeint ist Klaus Rose, Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie 1); e.s.) müßten einem Lande, das zwar über eine positive Handelsbilanz verfügt, dessen Grundbilanz aber dennoch negativ ist, weil die Kapitalexporte die Kapitalimporte weit überschießen, eine Abwertung empfehlen, denn das Devisenangebot ist geringer als die Devisennachfrage, der Devisenmarkt also im Ungleichgewicht. Diese Empfehlung würde in der Wirkungsweise des Wertgesetzes ihre Schranke finden.

Die Abwertung rief nämlich über Preisvorteile eine weitere Verbesserung der an sich schon positiven Handelsbilanz hervor, was automatisch über den Geldmengen-Preis-Mechanismus eine Geldentwertung in der betreffenden Nation produzierte und so die Ausgangssituation wiederherstellte. Oder die Konkurrenzländer würden entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten, weil die Abwertung durch Veränderungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit nicht gerechtfertigt ist (sic!! e.s.). Innerhalb der Zahlungsbilanz ist demnach die Handelsbilanz die für den Wechselkurs und seine Änderungen entscheidende. Alle Bewegungen in den anderen Bilanzen finden in der Bewegung der Handelsbilanz ihre Schranke, auf unser angeführtes Beispiel angewendet, bedeutet dies, daß eine Einschränkung der Kapitalexporte des Landes erforderlich ist." 2)

Mit diesem Ansatz verlassen Busch, Schöller und Seelow den Boden einer materialistischen Außenwirtschaftstheorie. Auf den einen Aspekt dieser falschen Darstellung, nämlich die quantitätstheoretische Auffassung der Geldwertbewegungen, wird unten ausführlich eingegangen. Hier soll nur soviel dazu gesagt werden, daß es - auch bei einem quantitätstheoretischen Ansatz - nicht einsehbar ist, wie die inländische Geldzirkulation

1) Klaus Rose, Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie, in: Klaus Rose, (Hg.) Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie, Köln und Westberlin 1971, S. 13 - 27

2) Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 46 f.

aufgebläht werden soll, wenn die einfließenden "Goldströme" (nämlich die Devisen'erträge' aus dem Warenhandel) via Kapitalexport der nationalen Zirkulation wieder entzogen werden. Es ist auch keineswegs überzeugend, anzunehmen, nationale Gegenmaßnahmen der Konkurrenzländer würden ihre Ursache darin finden bzw. erst dann einsetzen, wenn eine Abwertung "durch Veränderungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit nicht gerechtfertigt ist". Die Triebkräfte der widersprüchlichen Bewegung der internationalen Konkurrenz liegen in der bestmöglichen Verwertung der auf dem Weltmarkt involvierten Einzelkapitale und der Erhaltung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen der jeweiligen nationalen Gesamtkapitale. Hierin liegen die Ursachen für nationalstaatliche Aktivitäten und nicht darin, daß die beteiligten Staaten über der "Erhaltung" des Wertgesetzes wachen wie die Polizei über der Befolgung von Höchstparkzeiten. Kein Nationalstaat wird sich von protektionistischen oder den "freien Kapitalverkehr" beschränkenden Maßnahmen dadurch abhalten lassen, daß sie der ungehemmten Durchsetzung des Wertgesetzes widersprechen, wenn solche Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals notwendig scheinen.

Die These, daß die Handelsbilanz die für den Wechselkurs entscheidende Teilbilanz ist, kann also kaum aufrechterhalten werden. Vor allem bleiben Busch/Schöllner/Seelow den Nachweis schuldig, über welche Mechanismen sich die Bewegungen der Handelsbilanz als entscheidende durchsetzen sollen und warum der Staat ihres Beispiels ausgerechnet den Kapitalexport einschränken soll. Für den Staat stellen sich alle diese Bewegungen als Geldbewegungen bzw. Devisenbewegungen dar, es bleibt also den "wirtschaftlichen Prioritätssetzungen", also den konkreten Interessen der relevanten Kapitalfraktionen und dem Stand der Klassenkämpfe vorbehalten, welche Teilbilanz den Ausgleichsprozeß trägt. Der Fehler Buschs, Schöllners und Seelows liegt, wie erwähnt, darin, daß sie die Bewegungen

der nicht durch den Handel bestimmten Posten der Zahlungsbilanz nicht als wirkliche Wertbewegung begreifen.

Marx nimmt zu den Bestimmungsgründen des auswärtigen Wechselkurses (freilich handelt es sich nur um die Schwankung zwischen den Goldpunkten)¹⁾ wie folgt Stellung:

Der auswärtige Wechselkurs kann sich ändern:

1. infolge der augenblicklichen Zahlungsbilanz, durch welche Ursachen immer diese bestimmt sei: durch rein merkantilistische, durch Kapitalanlage im Ausland oder aber durch Staatsausgaben, bei Kriegen usw., soweit Barzahlungen im Ausland dabei gemacht werden.
2. Infolge von Entwertung des Geldes in einem Land, sei dies nun Metall- oder Papiergeld. Dies ist rein nominell. Wenn 1 Pfd. St. nur noch halb soviel Geld repräsentierte wie früher, würde es selbstredend zu 12 1/2 Fr. statt zu 25 Fr. berechnet.
3. Wo es sich um den Kurs zwischen Ländern handelt, von denen das eine Silber, das andere Gold als "Geld" verwendet, ist der Wechselkurs abhängig von den relativen Wertschwankungen dieser beiden Metalle, da diese Schwankungen offenbar das Pari zwischen beiden alterieren." 2)

1) MEW 25, S. 605, Im Goldwährungssystem waren die Paritäten - als bloße Gewichtsfraktionen der Geldware - starr fixiert. Entsprechend diesen Gewichtsfraktionen (für eine 1-Pfundnote erhielt man bei der Einlösung bei der Bank von England 25 mal soviel Gold wie bei Präsentation einer 1-Francnote bei der Banc von Frankreich) war der Kurs der Noten (aber auch der kreditwürdigen Wechsel, Anweisungen etc.) berechnet (1 : 25). Freilich ergab sich bei Zahlungsbilanzüberschuß Frankreichs gegen England (damit Ansammlung in Pfund lautenden Forderungen in Frankreich) die Notwendigkeit, die Noten oder Wechsel nach England zu schicken, sie dort einzulösen und das Gold nach Frankreich zu bringen, was natürlich Kosten verursachte. So konnte der Kurs der Geld- bzw. Kreditsymbole gegeneinander schwanken, übertraf die Kursschwankung die Transportkosten des Goldes, so wurden die Geld- und Kreditzeichen im Schuldnerland präsentiert und in Gold umgetauscht, das dann ins Schuldnerland floß (umgekehrt, umgekehrt). Dadurch wurden die Auslandsforderungen liquidiert und die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht gebracht. Die die Schwankungsbreite begrenzenden Punkte nannte man Goldpunkte (Goldexport bzw. -importpunkt oder oberer und unterer Goldpunkt). Dieser Mechanismus (bzw. diese Einlösungspolitik der Nationalbanken) bildete die Grundlage des Goldwährungssystems und wird von der bürgerlichen Ökonomie üblicherweise als "Goldautomatismus" apostrophiert. Sein Charakter und seine Korrelation mit den nationalen Konjunkturzyklen und Zinsraten werden unten behandelt.

Im Unterschied zu Busch/Schöller/Seelow begreift Marx den Wechselkurs zum einen als Resultat der konkreten Wertbewegungen innerhalb der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz, zum anderen als Konsequenz von Veränderungen des Maßstabs der Wechselkursbemessung. Der Wechselkurs kommt demnach zustande - von Veränderungen des Maßstabs der Preise in den verschiedenen Ländern abgesehen - auf der Basis der Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede, modifiziert durch die verschiedenen Formen temporärer oder definitiver Verausgabung von Wertquanta außerhalb der Grenzen der jeweiligen Länder, wobei dadurch die Relationen der nationalen Produktivitäts- und Intensitätsgrade nicht unberührt bleiben. Dies ist beispielsweise immer dann der Fall, wenn außerhalb der Grenzen eines Landes verausgabte Wertquanta dort zur Quelle der Akkumulation werden. Busch/Schöller/Seelow verfallen hier ähnlichen Illusionen wie bürgerliche Vertreter "reiner" ("güterwirtschaftlicher") Außenhandelstheorien, da sie faktisch von der Bedingung der ausschließlichen Existenz von Warenhandelsbeziehungen ausgehen. In der Feststellung bezüglich des Maßstabs der Preise liegt im Übrigen ein schwieriges Problem verborgen, nämlich das der Verschlingung zwischen nationalen und internationalen Wertbildungsprozessen. Von einer bestimmten Entwicklungsstufe des Weltmarktes - und zwar nicht erst des kapitalistischen Weltmarktes - an kann nämlich von einer nationalen Wertbildung der Geldware nicht mehr gesprochen werden, sondern der Wert des Goldes bildet sich für jedes Land international heraus. Im Gold gewinnt also die universelle Arbeit Konkretion. Da die Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade der Weltmarktwaren zunächst einmal nicht unbedingt mit der Relation der nationalen Niveaus der Produktivitäten und Intensitäten, die (Produktivität und Intensität) zudem im nationalen Rahmen den Wert der Waren entgegengesetzt beeinflussen, viel zu tun hat, der Goldgehalt in einem Papierwährungssystem - und ein "Wechselkurssystem" ist ein Papierwährungssystem - aber eine ganze Menge, muß geklärt werden, wie sich der Widerspruch zwischen unmittelbar universellem Wert der

Geldware und beschränkt universellem internationalem Wert der vulgären Weltmarktwaren löst. Grundlage der Klärung dieser Frage - wie überhaupt der Frage, was es mit dem Wechselkursmechanismus auf sich hat -, kann nicht weiter die Abstraktion eines internationalen Systems von Papiergeldwährungen ohne feste Fixierung an die Geldware unter Bedingungen, die der realen Existenz eines solchen Systems widersprechen, sein. Vielmehr ist es, um einen adäquaten Begriff von der Entfaltung der Widersprüche des internationalen Währungssystems zu erhalten, erforderlich, zuerst die Bedingungen zu untersuchen, unter denen das Geld in seiner metallischen Leiblichkeit die Gesetze der nationalen wie der internationalen Zirkulation regelte. Erst dann kann - in der Einheit von kategorialer und historischer Ableitung (respektive, um uns nicht zu überheben, im ständigen Bemühen um diese Einheit) - zu den Veränderungen in Erscheinungsform und Funktion des Geldes im nationalen Maßstab fortgeschritten werden, die den Wechselkursmechanismus erst möglich und notwendig machten. Im Zuge dieser Ableitung muß dann untersucht werden, in welcher Beziehung der konkret-historische Wechselkursmechanismus zu der bisher abgeleiteten Abstraktion steht. (Der oben angedeutete Widerspruch weist auf den begrenzten Erklärungswert des bis hier entwickelten hin.) Auch hierfür gilt die Notwendigkeit, in der angedeuteten Weise zu verfahren.)

II. Währungssystem und Währungskrise

Die folgende Darstellung folgt im wesentlichen der zuletzt aufgezeigten Systematik. Zunächst wird in kritischer Auseinandersetzung mit den erwähnten Theoretikern, deren Ansatz die Kategorie des Wechselkursmechanismus zugrundeliegt, Entstehung und Funktionsweise des internationalen Geldwährungssystems dargestellt. Wir beschäftigen uns dann mit der Frage, warum der Goldwährungsmechanismus funktionsuntüchtig werden mußte und abgelöst worden ist, und in welchem Zusammenhang die Strukturveränderungen des internationalen Währungssystems mit dem vor allem in der Leninschen Imperialismustheorie abgeleiteten historischen und kategorialen Entwicklungen stehen, konkret, welche analytische Bedeutung der Kategorie des Monopols für die Erklärung dieser Entwicklungen zukommt.

Diese Frage beschäftigt uns auch in dem folgenden, vierfach gegliederten Abschnitt, der sich mit der Funktionsweise und den Widersprüchen eines Wechselkurssystems manipulierter Papiergeldwährungen und deren Rezeption vor allem innerhalb der sich auf Marx berufenden Literatur befaßt. Wir untersuchen hier zunächst die Bedingungen der Funktion eines nationalen Papiergeldsystems ohne feste Bindung an die Geldware, und stellen in diesem Zusammenhang die Grundzüge der Marxschen Geldtheorie - vor allem in Bezug auf das Verhältnis von Geld und Kredit - kurz dar. Anschließend analysieren wir einige Aspekte der Inflation, dem wichtigsten Funktionsmerkmal des nationalen Papiergeldes im Reproduktionsprozeß des gegenwärtigen Kapitalismus. Sodann wenden wir uns dem internationalen Zusammenhang eines weltweiten Systems manipulierter Papiergeldwährungen im gegenwärtigen Kapitalismus zu. Unter Berücksichtigung der im vorangegangenen Teil gewonnenen Ergebnisse entwickeln wir dann die Entfaltung der Widersprüche dieses Systems und - diesen Teil abschließend - ihre konkrete Bewegungsform im Funktionsmechanismus der Währungskrise.

4.) Entstehung und Funktionsweise des Goldstandards

Im Verlauf der bisherigen Darstellung wurde der Wechselkursmechanismus lediglich unter dem Aspekt der Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede der auf dem Weltmarkt involvierten nationalen Kapitale, also der Beziehungen der national gesellschaftlich notwendigen Arbeit zur universellen Arbeit und deren konkrete Durchsetzungsformen unter den Bedingungen der realen Weltmarktkonkurrenz untersucht. Es wurde lediglich kurz darauf hingewiesen, daß sich über den Wechselkursmechanismus zunächst einmal verschiedene nationale Preisniveaus vergleichen, und deren Veränderungen - aus welchen Gründen auch immer - die Wechselkursrelationen verändern. Im folgenden soll anhand einer Betrachtung der Entstehung des kapitalistischen Währungssystems untersucht werden, welche Beziehungen zwischen dem Gold als Weltgeld und Geldware, den nationalen Währungen und dem nationalen Produktivitäts- und Intensitätsniveaus bestehen.

In einer kurzen Darstellung der Geschichte des kapitalistischen Währungssystems unterscheiden Busch/Schöller/Seelow vor der Entstehung des Währungssystems von Bretton Woods drei Typen von Währungssystemen, die sämtlich der "Goldwährung alten Stils" zuzurechnen sind: "die Goldumlaufwährung, die einlösbare Goldkernwährung, und die Golddevisenwährung."¹⁾

Die Goldumlaufwährung wird so charakterisiert, daß "das allgemeine Äquivalent noch in seiner Naturalgestalt, dem reinen Gold .. (zirkuliert). Dieses wird noch nicht durch Wertzeichen repräsentiert."²⁾

"Die Goldkernwährung unterscheidet sich von der Goldumlaufwährung dadurch, daß neben dem Gold auch Wertzeichen (Papiergeld und Scheidemünzen) zirkulieren, wobei das Papiergeld in Gold einlösbar ist. In beiden Systemen hat die Münzanstalt die Pflicht, jede beliebige Menge Gold, die ihr zugeführt wird, auszuprägen; jedermann ist es freigestellt, die umlaufenden Münzen einzuschmelzen, das Gold für beliebige Zwecke zu verwenden. In der Goldkernwährung wird nur ein gewisser Prozentsatz

1) Busch/Schöller/Seelow a.a.O., S. 47

2) ebenda

der Zirkulation an Papiergeld durch Gold abgedeckt; die Zentralbank ist verpflichtet, diese festgesetzte Deckungsquote .. einzuhalten." 1)

In der Golddevisenwährung ".. hat eine Zentralbank das Recht, das umlaufende Papiergeld nicht nur durch Gold, sondern auch durch Devisen zu decken. Die Zentralbanken sind nicht mehr verpflichtet, die Banknoten in Gold umzutauschen. Die Umtauschpflicht besteht nur noch zwischen den Zentralbanken der einzelnen Nationen. ... Bei der Goldumlaufwährung und der Goldkernwährung bestehen feste Umtauschverhältnisse zwischen den nationalen Währungseinheiten. Diese festen Wechselkurse ergeben sich logischerweise aus dem jeweiligen Goldgehalt der einzelnen nationalen Währungseinheiten: Enthält beispielsweise die Währungseinheit des Landes A ein Gramm Gold und die Währungseinheit des Landes B zwei Gramm Gold, so tauschen sich ihre Währungen im Verhältnis zwei zu eins." 2)

Da also die Wechselkursrelationen in diesem Währungssystem fixiert sind, muß der Ausgleichsprozeß, der die Stufenleiter der universellen Arbeit zur Geltung bringt, in anderer Weise erfolgen. Diesen Ausgleichsmechanismus entdecken Busch/Schöller/Seelow in dem, was die bürgerlichen Ökonomen in der Mehrzahl als "Goldautomatismus" charakterisieren.

Busch/Schöller/Seelow stellen fest, daß ".. auch zur damaligen Zeit Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede der nationalen Arbeiten" bestanden, die sich "auch im System der Goldwährungen in Zahlungsbilanzungleichgewichte" mündeten. "Den Ausgleich dieser Ungleichgewichte stellt sich die bürgerliche Ökonomie wie folgt vor:

"Die Außenhandelsungleichgewichte produzieren einen internationalen Fluß von Gold, dergestalt, daß die Nationen mit Importüberschüssen Goldmassen an die Exportnationen abgeben. Aufgrund des sogenannten Goldmengen-Preis-Mechanismus entsteht in den produktiveren Nationen eine Inflation, während sich in den Goldabflußländern Deflationstendenzen ausbreiten. In den Goldabflußländern verringern sich die Goldreserven der Zentralbank, die aufgrund der Deckungsvorschriften zu einer Verringerung der Masse des umlaufenden Papiergeldes zwingen. Dies führt zur Senkung des Preisausdrucks der Waren und damit zu deflationären Tendenzen wie Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen etc. In der Welt mit Exportüberschüssen vergrößern sich die Goldreserven der Zentralbank; diese hat dadurch die Möglichkeit, die Zirkulation des Geldes zu erhöhen, was zu einer Erhöhung des Preisausdrucks der Waren und damit zu Inflation führt.

1) ebenda

Dieser doppelte Prozeß bewirkt, daß der Preisausdruck der Weltmarktwaren der ersten Nation sinkt, während die Preise der Weltmarktwaren der zweiten Nation steigen. Hierdurch kehrt sich der Tendenz nach die Konkurrenzposition beider Nationen auf dem Weltmarkt um, so daß die Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz tendenziell zurückgehen.

Dieser Goldmengen-Preis-Mechanismus drückt nichts anderes als die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt aus." 1)

Die dritte Form der Goldwährung, die Golddevisenwährung, wird von Busch/Schöller/Seelow folgendermaßen charakterisiert:

"Auf der Währungskonferenz von Genua 1922' wurde den Nationen empfohlen, zur Golddevisenwährung überzugehen. Man ging nämlich davon aus, daß die Goldreserven der einzelnen Nationen keineswegs mehr ausreichen würden, die aufgeblähten Papiergeldmassen adäquat abdecken zu können. Neben Gold sollten deshalb Devisen zur Deckung herangezogen werden; gleichzeitig wurde die Umtauschpflicht von Banknoten in Gold aufgehoben.

1. Haben die Länder, deren Währung zur Deckung der nationalen Zirkulation der wichtigsten Welthandelsländer herangezogen werden, permanente Zahlungsbilanzüberschüsse, dann sind deflatorische Tendenzen unvermeidlich. Die schwindenden Währungsreserven zwingen die Zentralbanken der betroffenen Länder, den Papiergeldumlauf einzuschränken, um die Deckungsvorschriften einzuhalten.
2. Wie die beiden ersten Formen der Goldwährung, wird auch die Golddevisenwährung dadurch bedroht, daß einzelne Nationalstaaten nicht bereit sind, den Akkumulationsprozeß des nationalen Kapitals über den Goldmengen-Preis-Mechanismus steuern zu lassen." 2)

Aus dieser letzteren Bedrohung leiten Busch/Schöller/Seelow die Notwendigkeit des Zusammenbruchs des Goldwährungsmechanismus ab. Notwendige Fortbildung des Währungsmechanismus war daher ihrer Meinung nach das System von Bretton Woods mit fixierten Wechselkursen bei der Möglichkeit von Auf- und Abwertungen und nationalen Währungen als Weltgeld. Auf die Rezeption des Systems von Bretton Woods bei Busch/Schöller/Seelow wird unten einzugehen sein.

Diese Darstellung ist in zweifacher Hinsicht einer kritischen Überprüfung zu unterziehen: Erstens ist zu prüfen, inwieweit die Rezeption der Geschichte des Weltwährungssystems bei

1) ebd., S. 48 f.

2) ebd., S. 49

Busch/Schöller/Seelow mit der historischen Realität im Einklang steht. Zweitens muß gefragt werden, welcher Aussagegehalt der hieraus abgeleiteten Analyse der Zahlungsbilanz Ausgleichsmechanismen zukommt.

Die Kategorisierung der Formen der Goldwährung als Goldumlaufwährung, Goldkernwährung und Golddevisenwährung in den von Busch/Schöller/Seelow vorgetragenen Definitionen erhebt den Anspruch nicht nur einer logischen, sondern im wesentlichen auch einer historischen Abfolge der Entwicklung des Währungssystems. Es soll im weiteren nicht um die Begriffe gerechnet werden, die in der währungshistorischen und -theoretischen Literatur stark unterschiedlich definiert sind.¹⁾ So wird der Goldumlaufwährung meist auch dasjenige nationale Geldsystem zugerechnet, in dem außer Goldmünzen eine gewisse Anzahl unterwertiger Scheidemünzen und Wertzeichen zirkulieren. Bei Überwiegender Zirkulation unterwertiger Münzen eines anderen Metalls - meist dann, wenn in einem Land, das von Silber- oder Doppelwährung zur Goldwährung übergegangen ist, die nicht mehr frei ausprägbaren Silbermünzen zum Nennwert weiterzirkulieren - wird von "hinkender Goldwährung" gesprochen. Als Goldkernwährung wird schließlich Überwiegend eine auf das Gold bezogene Währung mit weitgehend goldlosem Inlandsumlauf verstanden: unabhängig, ob dieser juristisch (Suspendierung oder Verbot der freien Prägung) oder nur faktisch sanktioniert ist. Die Golddevisenwährung, wie sie Busch/Schöller/Seelow definieren, wird daher teilweise auch als Goldkernwährung verstanden.

Der sehr enge Begriff der Goldumlaufwährung, den Busch/Schöller/Seelow entwickeln, scheint für die Analyse des Goldwährungssystems nicht besonders brauchbar. Ein solches System läßt sich in der Geschichte des Kapitalismus nicht nachweisen. Die Goldwährung entwickelte sich in ihrem "klassischen" Land England aus der Silberwährung bzw. aus der Doppelwährung. Dieser Prozeß war bereits Mitte des 18. Jahrhunderts faktisch ab-

¹⁾ vgl. Fritz Machlup, die Goldkernwährung, Halberstadt 1925, S. XII ff., S. 10 ff.

geschlossen. Spätestens mit dem Verbot der freien Silberprägung im Jahre 1798 - faktisch schon vorher - existiert in England das System, das in der Definition von Busch/Schöller/Seelow als einlösbarer Goldkernwährung bezeichnet werden muß (nicht erst, wie diese meinen 1833).¹⁾ Als schließlich die Mehrzahl der kapitalistischen Nationalstaaten zum Goldstandard überging - nämlich zwischen 1870 und 1900, wie auch Busch/Schöller/Seelow feststellen²⁾ - war dieser Goldstandard durch einen nicht unerheblichen Anteil an Golddevisen (meist Pfund Sterling) an den jeweiligen nationalen Reserven gekennzeichnet,³⁾ konnte also in den Definitionen Busch/Schöller/Seelow eher als Golddevisenstandard bezeichnet werden. Nicht gänzlich zu Unrecht bemerkt Cassel:

"Die Tatsache, daß ... der Goldstandard der Vorkriegszeit verhältnismäßig gut arbeitete, kann nur aus der überragenden Stellung erklärt werden, welche das Pfund Sterling in diesem System einnahm. Man kann tatsächlich das Goldstandard-System der Vorkriegszeit nicht unrichtig als einen Sterlingblock bezeichnen, der durch die Stellung Londons als finanzielles Clearing-Zentrum der Welt und durch den Nutzen, welchen das Sterling-Pfund als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel im internationalen Zahlungsverkehr verschaffte, zusammengehalten wurde. Die Stärke dieses Sterling-Blocks hing ab von dem unerschütterlichen Festhalten Großbritanniens an den Freihandelsprinzipien und von seiner Bereitschaft, Kapital auszuführen, ... 4)

Freilich hypostasiert Cassel diesen Aspekt; er übersieht, daß seine Analyse in eine Zeit fällt, da der Goldstandard faktisch funktionsunfähig war (hierzu und zu den Gründen weiter unten).

1) Philipp Kalkmann, Englands Übergang zur Goldwährung, Straßburg 1895, insbes. S. 26 ff., 83 ff.

2) Busch/Schöller/Seelow a.a.O., S. 48; Machlup a.a.O., S. 65 ff.

3) Franz Josef Dobretsberger, Das Geld im Wandel der Wirtschaft, Graz 1947, S. 282

4) Gustav Cassel, der Zusammenbruch der Goldwährung, Stuttgart 1937, S. 4

Abgesehen von den Schwächen der historischen Darstellung von Busch/Schöllner/Seelow ist zu prüfen, ob die von ihnen aufgeführten Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs, die sie relativ unkritisch von der bürgerlichen Ökonomie übernehmen (genauer: hauptsächlich von der neoklassischen Schule der bürgerlichen Ökonomie), in Bezug auf ihren analytischen Gehalt befriedigen können. Zunächst einmal gehen Busch/Schöllner/Seelow richtig davon aus, daß in einem Goldwährungssystem die nationalen Währungsparitäten zunächst einmal nichts weiter ausdrücken als gewichtsmäßige Fraktionen der international zumindest weitgehend gleichbewerteten Geldware Gold, sofern sie auf den Münzpreis vollwertiger Goldmünzen bezogen sind. Bewegungen des Wertes der Währungen können sich unter diesen Voraussetzungen nur dadurch ergeben, daß sich der Wert der Geldware Gold unterschiedlich zum Wert der vulgären Waren entwickelt (Veränderung des relativen Geldwertes). Solche Schwankungen des Geldwertes lassen die Goldparität jedoch unberührt.

"Bei allen möglichen Veränderungen des Wertes der Währungen blieb gerade der Goldgehalt der Währungseinheit konstant. Diese Stabilität des Preismaßstabs wird oft in einer Weise überbetont, daß darüber die in bestimmten Grenzen vorhandene Labilität des Wertes der Währungen vergessen wird. Es muß jedoch beachtet werden, daß unter den Bedingungen der ungehinder-ten Wirkungsweise des Wertgesetzes im nationalen und internationalen Maßstab der Wert der Währung direkt vom Wechsel des relativen Geldwertes abhing und deshalb eine Veränderung des Goldgehalts in der Regel nicht erforderlich war." 1)

Busch/Schöllner/Seelow ist auch insoweit zuzustimmen, als sie das Preissystem unter diesen Bedingungen als wesentliches Moment des Ausgleichsmechanismus begreifen. In diesem Sinn äußert sich auch Kühne:

"Bei konstantem Goldgehalt der Währungen war demnach einzig und allein das Preissystem das flexible Element in der "Wäh-

1) Harald-Dietrich Kühne, Währungspolitik und Reproduktionsprozeß im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR 1965, Bd. 9, H. 1, S. 45-65, hier: S. 48

rungsgleichung", über das alle Schwankungen in Produktion und Zirkulation zunächst abgefangen wurden." 1)

Die Funktionsweise des Ausgleichsmechanismus wird jedoch von Busch/Schöller/Seelow falsch beurteilt. Zunächst gehen sie davon aus, daß Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede existieren. Aus diesen Ungleichgewichten leiten sie die Notwendigkeit von Zahlungsbilanzdefiziten bzw. -überschüssen ab. Wie bereits zitiert, kommen ihrer Ansicht nach die Ausgleichsmechanismen (nämlich die Preisbewegungen) dadurch zustande, daß die von den Zahlungsbilanzungleichgewichten induzierten Goldbewegungen die Geldmenge in den betreffenden Staaten expandieren bzw. kontrahieren lassen. Diese Veränderungen der Geldmenge wirken ihrer Meinung nach in Richtung auf Preissenkungen bzw. -erhöhungen in den betreffenden Ländern.

Busch/Schöller/Seelow bemerken hier selbst, daß sie den Boden der marxistischen Geldtheorie verlassen. Sie rekapitulieren zunächst einige Einwände von Marx gegen die von Ricardo entwickelte Quantitätstheorie des Geldes. Sodann stellen sie die These auf:

"Diese Kritik an der Quantitätstheorie des Geldes und damit am Geldmengen-Preis-Mechanismus ist umfassend nur richtig für eine reine Goldumlaufswährung. In dieser reinen Goldumlaufswährung hat nämlich ein Überfluß an Gold nicht etwa Preissteigerungen zur Folge, vielmehr fällt das überflüssige Gold aus der Zirkulation heraus und wird Reservefonds." 2)

Weiter behaupten sie:

"Mit dem Übergang von der reinen Goldumlaufswährung zur unlösbaren Goldkernwährung gewinnt allerdings die Quantitätstheorie des Geldes praktische Bedeutung, denn - wie zu zeigen ist - ist auf die Papiergeldzirkulation dieses Währungssystems die Quantitätstheorie des Geldes voll anwendbar." 3)

1) ebenda

2) Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 55

3) ebenda

Diese These versuchen Busch/Schöller/Seelow zu untermauern mit einer Äußerung von Marx über die spezifischen Bewegungen des staatlichen Papiergeldes mit Zwangskurs.

"Ein spezifisches Gesetz der Papierzirkulation kann nur aus ihrem Repräsentationsverhältnis zum Geld entspringen. Und dies Gesetz ist einfach dies, daß die Ausgabe des Papiergeldes auf die Quantität zu beschränken ist, worin das von ihm dargestellte Gold (resp. Silber) wirklich zirkulieren müßte. Nun schwankt zwar das Goldquantum, welches die Zirkulationssphäre absorbieren kann, beständig über oder unter ein gewisses Durchschnittsniveau. Jedoch sinkt die Masse des zirkulierenden Mediums in einem Lande nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsgemäß feststellt. Das diese Minimalmasse fortwährend ihre Bestandteile ändert, d.h. aus stets anderen Goldstücken besteht, ändert natürlich nichts an ihrem Umfang und ihrem kontinuierlichen Umtriebe in der Zirkulationssphäre. Sie kann daher durch Papiersymbole ersetzt werden. Werden dagegen heute alle Zirkulationskanäle zum vollen Grad ihrer Geldabsorptionsfähigkeit mit Papiergeld gefüllt, so können sie infolge der Schwankungen der Warenzirkulation morgen übertoll sein. Alles Maß geht verloren. Überschreitet aber das Papier sein Maß, d.h. die Quantität von Goldmünze gleicher Denominatur, welche zirkulieren könnte, so stellt es, von der Gefahr allgemeiner Diskreditierung abgesehen, innerhalb der Warenwelt dennoch nur die durch ihre immanenten Gesetze bestimmte, also auch allein repräsentierbare Geldquantität vor." 1)

Diese Feststellungen von Marx sind aus verschiedenen Gründen kein Beleg für eine Neoquantitätstheorie Busch/Schöller/Seelowscher Prägung. Zunächst einmal scheint unverständlich, wieso die Marxsche Kritik voll gültig nur gewesen sein soll für die reine Goldumlaufwährung, ein System, das zur Zeit der Marxschen Analyse selbst nach Meinung Busch/Schöller/Seelow (denen zufolge England 1833 zur einlösbaren Goldkernwährung überging) nicht existierte, das faktisch sogar als kapitalistisches Währungssystem nie existiert hat. Es scheint zumindest ein starker Vorwurf gegen Marx zu sein, wenn man ihm unterstellt, er habe das zu seiner Zeit herrschende Geldsystem völlig falsch eingeschätzt und seine Entwicklungstendenzen mißdeutet. Davon abgesehen ist die Darstellung Busch/Schöller/Seelows auch insofern widersprüchlich, als sie den "Geldmengen-Preis-

1) MEW 23, S. 141

Mechanismus" für den gesamten Goldstandard als gültig ansehen. Wenn aber zumindest für die "reine Goldumlaufswährung" die Marxsche Kritik an der Quantitätstheorie zutrifft - und Busch/Schöller/Seelow gehen davon aus, daß ein solches Geldsystem existiert hat - so muß doch gefragt werden, wie in dieser Periode - in der auch nach Meinung von Busch/Schöller/Seelow die Quantitätstheorie nicht anwendbar war, ein auf diese Theorie gegründeter "Geldmengen-Preis-Mechanismus" funktionieren konnte. Übrigens beruht die Interpretation der angeführten Stelle bei Marx auf einem Mißverständnis; sie ist nämlich auf die einlösbare Goldkernwährung überhaupt nicht anwendbar. Würden nämlich in der einlösbaren Goldkernwährung einlösbare Wertzeichen im Übermaß ausgegeben, so würden deswegen mitnichten die Preise - ausgedrückt in diesen - steigen. Vielmehr würde das Publikum (die Geldbesitzer) beim ersten Anzeichen des "Mißtrauens" in diese Wertzeichen (nämlich dann, wenn der erste Warenbesitzer äußern würde, daß er die nominal gleichwertige Goldmünze dem Wertzeichen vorziehe) die im Verkehr befindlichen Wertzeichen der staatlichen Münze zum Umtausch in Goldmünze präsentieren. Der Staat würde für seinen "Leichtsinn", zuviel Wertzeichen ausgegeben zu haben, dadurch "bestraft", daß er Gold für Papier hergeben müßte, wollte er nicht die einlösbare Goldkernwährung aufgeben. Dann kommt freilich wirklich eine Inflation in Gang, jedoch können Busch/Schöller/Seelow nicht behaupten, die periodische Aufgabe der Einlösung kennzeichne die einlösbare Goldkernwährung. Praktisch käme es in den seltensten Fällen zu einer solchen Geldpanik, daß der staatliche Goldvorrat aufgezehrt würde, vielmehr stellte sich durch die reibungslose Konversion der Wertzeichen bald das "Vertrauen" in diese wieder ein und die nun überschüssige Goldmünze fiel in den Reservefonds zurück. Da es aber nicht im Interesse der Zentralbank liegt, durch solche übermäßige Wertzeichenausgabe den Goldbesitz des Publikums auf ihre Kosten zu erhöhen, wird sich diese bemühen, nie zuviel Wertzeichen auszugeben und so den Gewinn der Ökonomisierung des Geldumlaufs selbst einzustekken. Die umgekehrte Vorstellung, daß die Preise sinken, weil zuwenig Geld im Lande ist, mutet naiv an. Selbst wenn man den

Fall annimmt, daß eine Knappheit an Zirkulationsmitteln deren Preis in die Höhe treibt, muß mit den Wertzeichen in der einlösbaren Goldkernwährung auch der Preis der Goldmünze steigen. Wenn aber der Metallpreis des Goldes unter dem Münzpreis steht, werden einleuchtenderweise alle Besitzer ungemünzten Goldes dieses ausprägen lassen, um den Differenzbetrag einzustreichen. Dadurch würde sich das "fehlende" Geld bald wieder einstellen. "Inflations- bzw. Deflationsprozesse" haben also in der einlösbaren Goldkernwährung keinen Platz. Dieser Umstand trifft nicht Marx, der seiner zitierten Abhandlung der Papiergeldzirkulation unmißverständlich den Satz voranschickt: "Es handelt sich hier nur von Staatspapiergeld mit Zwangskurs,"¹⁾ also nicht konvertiblem Zeichengeld. Dies haben Busch/Schöller/Seelow bei der Konstruktion ihrer "marxistischen" Neoquantitätstheorie offensichtlich übersehen.

Es muß also weiterhin geklärt werden wie sich im System der Goldwährungen die internationalen Bilanzen (als Ausdruck der internationalen Wertbewegungen in Waren- und Geldform) tatsächlich ausgleichen.

Das Goldwährungssystem ist weniger dadurch gekennzeichnet, daß im Innern freie Edelmetallprägung und/oder Konvertibilität des Zeichengeldes in Gold juristisch oder faktisch existiert, als vielmehr dadurch, daß die Einlösbarkeit der nationalen Währung in Gold zum fixierten Goldgehalt das Ziel der Außenwirtschaftspolitik der am Goldstandard beteiligten Staaten war. Daraus ergab sich eine Reihe von währungs-, wirtschafts- und kreditpolitischen Konsequenzen, die mit dem Begriff des "Goldautomatismus" umschrieben werden. Diesen Namen verdankt der damalige Mechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs hauptsächlich seiner spezifischen Reaktion auf den Ablauf des Wirtschaftszyklus der beteiligten Länder und Zahlungsbilanzungleichgewichte anderer Ursache. Eine wirtschaftliche Belebung ließ den Import ansteigen (infolge der Preissteige-

1) ebenda

rung, die dem Importeur höhere Profite ermöglichte), während die Konkurrenzfähigkeit der Exporteure im Ausland aus dem gleichen Grund abnahm bzw. diese in der Lage waren, im Inland höhere Profite zu realisieren als im Ausland. Folge war ein Defizit in der Handelsbilanz, das in Gold bezahlt werden mußte.¹⁾ Der Goldabfluß verminderte naturgemäß die Zentralbankreserve, was die Zentralbank zu Gegenmaßnahmen veranlaßte, die das Kreditvolumen beschränkten. Die bedeutendste dieser Maßnahmen war die Heraufsetzung des Zinsfußes. Dieser wirkte nun auf verschiedene Weise: Da mittlerweile der Konjunkturverlauf seinen Höhepunkt erreicht hatte, beschleunigte und verschärfte die Kreditrestriktion den Ausbruch der Krise. Durch diese ging mit der Produktion auch der Import (vermutlich überproportional) zurück, der allgemeine Preisfall erhöhte die Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt, auf den das nationale Kapital infolge der eingeschränkten Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt verstärkt drängte. Zusätzlich ließ der hohe Zinssatz Leihkapital (in Form von Gold) einströmen. Der Goldvorrat der Bank begann sich wieder zu füllen, was für sie das Signal für die Zinssenkung und andere die Kreditexpansion erleichtende Maßnahmen ist. Im übrigen wirkte dieser "Automatismus" bei anderweitig begründeten Zahlungsbilanzbewegungen auch außerzwecklich, dann jedoch vorwiegend über die Bewegung des Leihkapitals; obendrein mußte dann die Zentralbank häufig durch sog. "Offenmarktoperationen" (An- und Verkauf von Staatspapieren, um das Kreditvolumen in der Richtung des erwünschten Zinssatzes zu beeinflussen) versuchen, den erwünschten Zinssatz durchzusetzen.²⁾ Unter Bedingungen zumindest weitgehender Freihandels mußte dieses System eine starke Tendenz zur Anglei-

1) Der technische Aspekt - die Schwankung um die Goldpunkte - ist in Anm. 25 beschrieben. Vgl. auch: MEW 25, S. 589 f., sowie (aus bürgerlicher Sicht): Franz Günniker, Währungsmisere der freien Welt? Stuttgart 1967, S. 42 ff. und Otto Veit, Grundriss der Währungspolitik, Frankfurt/Main 1961, S. 103 ff.

2) MEW 25, S. 590, vgl. ebd. S. 535.

chung der nationalen Preisniveaus in Goldpreisen bewirken, da der Goldpreis der Weltmarktwaren international weitgehend gleich war, die internationalen Wertgrößen bildeten sich hier zwischen den konkurrierenden Einzelkapitalen unmittelbar heraus. Die internationale Konkurrenz wirkte hier also ungleich unmittelbarer als unter Bedingungen eines "Wechselkursmechanismus" in Richtung einer internationalen Angleichungstendenz, die Tendenz des Kapitals, sich als Weltkapital zu betätigen, verschaffte sich schärfer und unmittelbarer Geltung als unter Bedingungen eines Mechanismus von Wechselkursen nationaler Papierwährungen. Dies widerspricht wesentlich der Auffassung von Busch/Schöller/Seelow,¹⁾ Bernd Koch²⁾ und Christel Neusüß,³⁾ soweit sie einmal davon ausgehen, daß im Fortgang der weltweiten Akkumulation des Kapitals und der Ausdehnung der Weltmarktbeziehungen das Kapital seiner Konstitution als reelles Weltkapital in zunehmendem Maße entgegengehe, zum anderen, was explizit vor allem Busch/Schöller/Seelow tun⁴⁾, die Herausbildung des Wechselkurssystem inkonvertibler Papierwährungen im Zusammenhang einer solchen Entwicklung als die - im Vergleich zum Goldstandard - adäquatere Form der Durchsetzung

1) Busch/Schöller/Seelow a.a.O., S. 57, 58 f.

2) Die Stellung Kochs zu diesem Problem ist freilich widersprüchlich; während er zunächst dezidiert vom Begriff des Weltkapitals ausgeht (S. 110), demgegenüber er (in wesentlich schärferer Form als Neusüß) die nationalstaatliche Verfaßtheit des Weltmarktes als bloß vorübergehendes und im historischen Prozeß sich abschwächendes Hemmnis der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt - tendenziell nicht nur analog, sondern identisch mit der nationalen Wirkungsweise - (S. 112, 116) auffaßt, nimmt er an anderer Stelle diesen Bestimmungen diametral entgegengesetzte Begriffe - wie Monopol, Imperialismus - in seine Argumentation auf.

3) Neusüß/Blanke/Altvater, a.a.O., S. 9; Neusüß, a.a.O., S. 96

4) Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 58 f.

des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt begreifen.¹⁾ Kühne charakterisiert den Goldwährungsmechanismus folgendermaßen: (Hervorhebungen von demselben)

"Indem in dieser Periode die Währung direkt und von staatlichen Interventionen und Schranken weitgehend ungehindert dem spontanen Mechanismus des Produktionspreises und des Durchschnittsprofits unterworfen war, wurden die der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widersprüche .. in einer Weise gelöst, die zumindest langfristig bedeutende Veränderungen des Wertes der Währungseinheit ausschloß. Bei allen möglichen Veränderungen des Wertes der Währungen blieb gerade der Goldgehalt der Währungseinheit konstant. Diese Stabilität des Preismaßstabs wird oft in einer Weise überbetont, daß darüber die in bestimmten Grenzen vorhandene Labilität des Wertes der Währungen vergessen wird. Es muß jedoch beachtet werden, daß unter den Bedingungen der ungehinderten Wirkungsweise des Wertgesetzes im nationalen und internationalen Maßstab der Wert der Währung direkt vom Wechsel des relativen Goldwerts abhängig und deshalb eine Veränderung des Werts der Währung in der Regel nicht erforderlich war. Die Beständigkeit des Goldgehalts beruhte auf der optimalen Übereinstimmung zwischen Wert und Preis der Waren, da bei Existenz der freien Konkurrenz sowohl innerhalb eines Landes als auch zwischen den einzelnen Staaten einer künstlichen Preistreiberei kein Dauererfolg beschieden sein konnte. Ferner war die Stabilität des Geldumlaufs gegeben, bei der die volkswirtschaftlich notwendige Geldmenge eingehalten wurde und keine größere Differenz zwischen dem Wert des umlaufenden Geldes und dem Wert seiner Metallsubstanz bestand. Eine "Goldinflation" konnte nicht eintreten, da sich Gold gegenüber Gold nicht entwertet und außerdem eine direkte Konvertibilität der Geldzeichen in Gold existierte. Bei konstantem Goldgehalt der Währungen war demnach einzig und allein das Preissystem das flexible Element in der "Währungsgleichung", über das alle Schwankungen in Produktion und Zirkulation zunächst abgefangen wurden. ... Unter diesen Bedingungen war gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Währungssystems im vormonopolistischen Kapitalismus gewährleistet: Der unter dem Begriff des "Goldautomatismus" bekannte Mechanismus funktionierte durchaus nicht selbsttätig und unabhängig vom Staat. Vielmehr ist er die den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus entsprechende Form der Währungspolitik, die auf die Stabilität des Goldgehalts der Währung gerichtet ist, aber den Schwankungen im Reproduktionsprozeß möglichst weiten Raum läßt. ...

¹⁾ Neusüß beruft sich zunächst explizit und zustimmend auf Busch/Schöller/Seelow, (S. 139 in Anm. 278, S. 142 in Anm. 287, 143 in Anm. 288) um dann mehrfach hervorzuheben (S. 143, 144), daß sich im Goldwährungssystem prinzipiell die gleichen Prozesse abspielen wie im System inkonvertibler Papiergelowährungen. Es kann also davon ausgegangen werden, daß sie die genannte Fehleinschätzung teilt.

Da im vormonopolistischen Kapitalismus die Konvertierbarkeit in die allgemeine Geldware Gold garantiert war, bestand die ökonomische Funktion der Währungsdeckung darin, ein Indiz für die ungefähre Einhaltung der Gesetzmäßigkeiten zu sein, denen die Währungsbeziehungen unterworfen war. Dieses Indiz war signalisierender Natur, das wiederum bestimmte währungspolitische Aktionen der Regierungen und Staatsbanken auslöste...¹⁾

Der Goldstandard kann demnach nicht als ein neutraler Mechanismus gesehen werden, der selbsttätig die Zahlungsbilanzen zum Ausgleich brachte, auf keinen Fall jedoch als ein Mechanismus, der einen solchen selbsttätigen Ausgleich durch Veränderungen des Preismaßstabs bewerkstelligte. Diesen Eindruck erwecken - neben Busch/Schöller/Seelow²⁾ - die Mehrzahl der zeitgenössischen bürgerlichen Nationalökonomien der verschiedensten Lager, die den Ausgleich durch "Inflation" bzw. "Deflation" bewerkstelligt sehen³⁾.

Wie erwähnt, bestehen unter dem Goldstandard starke Tendenzen auf einen Ausgleich der Preise der auf dem Weltmarkt gehandelten Waren.⁴⁾ Dadurch wirkt sich der erwähnte Tausch ungleicher Arbeitsquanta in der Weise aus, daß der Wertabzug für die minder produktiven Konkurrenten unmittelbar auf das exportierende Einzelkapital und auf die Profitrate aller Produzenten dieser Waren auf dem nationalen Markt wirkt. Der Zwang zur Angleichung an das fortgeschrittenste Produktivitätsniveau besteht hier für die minder produktiven Nationen besonders unmittelbar. Unter diesen Bedingungen ist freilich der Zollschutz ein wichti-

1) Kühne, Währungspolitik und Reproduktionsprozeß, a.a.O., S. 48 ff.

2) Busch/Schöller/Seelow, S. 48, 54 ff.; vgl. oben

3) Veit, a.a.O., S. 102 ff.; Friedrich Lutz, Goldwährung und Wirtschaftsordnung in: Weltwirtschaftliches Archiv, 41. Bd. (1935), S. 225 ff., Günniker a.a.O., S. 42 f., Gottfried Haberler, Die internationale Währungsordnung, in Ordo, 15./16. Bd. 1965, S. 56-67, hier: S. 61; Auch Robert Triffin, The international monetary system, New York 1968, sieht diesen Mechanismus nicht prinzipiell anders, macht jedoch Einwendungen gegenüber einzelnen Aspekten, insbesondere der Annahme der ungebrochenen Wirkungsweise (S. 4 f., 17 ff.)

4) vgl. Haberler, Die internationale Währungsordnung, a.a.O., S. 61, Anm. 3

ges Mittel, den schwächeren Kapitalen eine Teilnahme an der Weltmarktkonkurrenz zu ermöglichen.

Der Goldstandard garantierte im 19. Jahrhundert eine weitgehende Stabilität des nationalen Geldwerts (Goldgehalt) der daran beteiligten Staaten. Diese Stabilität der Zahlungsbeziehungen ermöglichte eine vergleichsweise reibungslose Ausdehnung der internationalen Zahlungsbeziehungen. Er war dasjenige Währungssystem, das den Strukturmerkmalen seiner Epoche - freie Konkurrenz im innern und zunehmende Herausbildung von Freihandel zwischen den Staaten - am ehesten gerecht wurde. Er stellte allerdings weniger einen Automatismus des Zahlungsbilanzausgleichs dar, als vielmehr eine Form der Währungspolitik, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zwang, solange und insoweit die von ihr diktierten "Spielregeln" eingehalten wurden. Daß sie eingehalten wurden - wenn auch nur meistens und in den Grundzügen -, hängt zweifellos auch mit der überragenden Stellung Englands auf dem Weltmarkt des 19. Jahrhunderts zusammen.

"Da es oberstes Ziel der Währungsbehörden war, am Hofe von St. James's hoffähig zu bleiben und also das Verhältnis der eigenen Währung im Rahmen der Goldpunkte zu halten, wurde jede Verschlechterung des Wechselkurses Anlaß zu einer Diskontsteigerung zwecks nachfolgender Preissenkung und vice versa." ¹⁾

Nationen, die mit England in Handelsbeziehungen treten wollten, waren gezwungen, mit Edelmetallen, bzw. konvertiblem Papier- oder Kreditgeld zu zahlen. Um aber den nationalen Geldwert - und damit die Goldlösbarkeit des Zeichen- und Kreditgeldes - zu garantieren, war die als Goldautomatismus bezeichnete Währungspolitik notwendig.

Es fragt sich nun, warum dieses Währungssystem zusammengebrochen ist und durch ein wesentlich labileres System manipulierter Papiergeldwährungen ersetzt wurde. Eine beliebte Antwort der bürgerlichen Ökonomie besteht in der Behauptung, die Zuwachsraten des neu gefördert Goldes hätten nicht ausreicht, die für die Zirkulation des sich ausdehnenden Welthandels erforderliche "Geldmenge" bereitzustellen.

¹⁾ Edgar Salin, Devisen-Bann-Wirtschaft? in: Kyklos, Basel, Vol. 17, 1964, S. 149-164, hier: S. 151, vgl. Dooretsberger, a.a.O., S. 282

Indem die Goldproduktion dem monetären Goldbestand in der Welt im letzten Jahrzehnt jährlich im Durchschnitt nur 1,6 Prozent zufügte, die Ausdehnung des Handelsvolumens der westlichen Welt aber 5,8 Prozent betrug, hätte die Goldwährung eine Deflation erzwungen, selbst wenn man berücksichtigt, daß unter diesen Bedingungen die Goldproduktion wohl höher und das Sozialprodukt der westlichen Welt geringer gewesen wäre.¹⁾

In dieser Richtung verläuft die gesamte Diskussion über "internationale Liquidität", auf die noch zurückzukommen sein wird. Sie beruht auf dem Bündel unsinniger Prämissen und Folgerungen, die der Quantitätstheorie des Geldes zugrundeliegen. Man muß dem zunächst entgegenhalten, daß der Produktions- bzw. Handelsumfang überhaupt nicht und die Warenpreise jedenfalls nicht in der behaupteten Weise mit der vorhandenen oder neu geförderten Metallmasse zusammenhängen. In der aufsteigenden Phase des Zyklus, wenn die Produktion am stärksten steigt, besteht im Gegenteil kein "Geldmangel", die stärkste "Geldhungersnot" (wie Marx es ausdrückt), entsteht bei Ausbruch der Krise, wenn die Produktion scharf zurückgeht. Die sich gerade gegen Ende des letzten Jahrhunderts stark ausdehnenden Kreditbeziehungen und die stark verbessernden Buchungs- und Clearingtechniken, kurz die Erhöhung der Ökonomie der Zahlungsweise machten für die Zirkulation eher Gold überflüssig, als sie zusätzliches erforderten. Da im übrigen - was auch von den Quantitätstheoretikern nicht prinzipiell bestritten wird - der Wert des Geldes von seinen Produktionskosten abhängt (d.h. von dem zu seiner Produktion erforderlichen Arbeitsaufwand), wird der relative Geldwert in dem Maße wechseln, wie die Produktivität der Goldproduktion im Verhältnis zur Produktivität in der Produktion der vulgären Waren steigt oder fällt. Eine solche Veränderung des Preismaßstabs als Inflation bzw. Deflation zu bezeichnen, scheint wenig sinnvoll. Jedenfalls kann der Zusammenbruch des Goldwährungssystem kaum auf einen zunehmenden Gold-

¹⁾ Friedrich Lutz, Die Diskussion über die internationalen Währungsordnung, in: Ordo, Düsseldorf und München, 15./16. Bd. 1965, S. 69-86, hier: S. 72 f.; Ähnlich Paul Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Köln 1972, Bd. 2, S. 357 f.

mangel zurückgeführt werden, wenn auch die in diesem Zusammenhang häufig getroffene Feststellung, daß der Goldstandard eine Inflation, wie sie die gegenwärtige Phase kennzeichnet, nicht möglich gemacht hätte, durchaus zutreffend ist und unabhängig vom Quantitäts- bzw. Liquiditätsproblem einen Aspekt der Notwendigkeit des Zusammenbruchs des Goldstandards darstellt.

Ein weiteres - vor allem in Kreisen der neolöberalen Ökonomen beliebtes Argument - besteht in der Behauptung, durch die gewachsene Kampfkraft der Gewerkschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts sei ein wesentlicher Ausgleichsfaktor weggefallen: die "freie Beweglichkeit" der Löhne.

(Das Goldwährungssystem) "hat .. gut gearbeitet, weil eine Voraussetzung bestand, die man vor 1914 als unveränderlich, als naturgegeben ansah: Die Preise waren nach oben und unten beweglich, .. weil ein wichtiger Kostenfaktor, der Lohn, nach oben und unten beweglich gewesen ist - die Löhne hoben sich im Aufschwung und senkten sich im Niedergang der Konjunktur. In dem Augenblick, als die Löhne starr wurden, und keine Korrektur nach unten möglich war, gab es keinen Ansatzpunkt mehr für irgendeinen Automatismus, und daher mußte jeder Versuch des Festpflockens der Wechselkurse zu Störungen der Außenwirtschaftsbeziehungen führen.

Anders gesagt: Mit dem Wegfall des Automatismus und der doppelseitigen Beweglichkeit der Löhne fanden die Wechselkurslagen der hochkapitalistischen Epoche ein Ende." 1)

"Anders gesagt": Die "maßlosen" Forderungen der Arbeiter setzten die Inflation in Gang, und diese machte den Goldstandard kaputt. Diese "wissenschaftliche" Erklärung hat allerdings gleich mehrere Schönheitsfehler. Einer ist darin zu sehen, daß die Lohnsenkungen in der Krise - die im übrigen auch die Krisen des 20. Jahrhunderts - zumindest die schweren - kennzeichnen - zumindest in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis 1914 kein solches Ausmaß erreichten, daß ihnen ein derart zentraler Erklärungswert zukommen kann, wie ihn Salin ihnen beimißt. Triffin bemerkt hierzu:

".. downward wage adjustments rarely reached any sizable amplitude, even in the nineteenth century, among the countries

1) Salin, a.a.O., S. 151

that maintained exchange-rate stability, and it may be doubted whether they would have proved much more acceptable at that time, economically, politically, and socially, than they are today." 1)

Davon abgesehen ist diese Begründung auch theoretisch Unsinn: Unter den Bedingungen eines festen Maßstabs der Preise führen Lohnerhöhungen zu einer Veränderung des Verhältnisses zwischen Lohn und Profit. Wenn es nicht möglich ist, den Profit in der Krise durch Herabdrücken des Lohnes wieder zu erhöhen, die Möglichkeit der Preiserhöhung aber unter Bedingungen freier Konkurrenz nicht gegeben ist, muß zu anderen Möglichkeiten der Profitsteigerung, z.B. technischen Neuerungen, gegriffen werden. Wenn im übrigen die Löhne international "starr" werden, ändert dies an den Konkurrenzbedingungen gar nichts. Wenn hier außerdem behauptet wird, erst die "Starrheit" der Löhne hätte international unterschiedliche Kostenentwicklungen produziert, so wird davon abstrahiert, daß in den besten Zeiten des Goldstandards die Löhne sowohl in ihrer absoluten Höhe, als auch bezüglich ihres Anteils an den Kosten, als auch und vor allem in ihrer Dynamik zwischen den an der Weltmarktkonkurrenz beteiligten Staaten stark unterschiedlich waren. Folgt man also dem Ansatz Salins, so kommt man zu dem Schluß, daß der Goldstandard mit stabilem Goldgehalt und relativ stabilen nationalen Geldwert niemals möglich gewesen ist.

Wesentlich ernster zu nehmen ist der Hinweis, daß der Goldstandard praktisch den Verzicht auf jegliche autonome nationalstaatliche Konjunktur- und Bankpolitik mit sich brachte.²⁾ Demnach ist der Goldstandard deshalb zusammengebrochen, weil die daran beteiligten Länder nicht mehr bereit waren, sich den Anpassungsmechanismen des Goldstandards zu unterwerfen. Immerhin brachten diese einen fast absoluten Zwang zum Ausgleich der

1) Triffin, The international monetary System, a.a.O., S. 6

2) Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 57; vgl. Veit, Grundriß der Währungspolitik, a.a.O., S. 119; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1973, S. 24

Handels- bzw. Zahlungsbilanz mit sich, und die kreditpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken waren jeweils geeignet, die zyklische Entwicklung eher zu verschärfen denn abzumildern, die bankpolitischen Mittel wurden - wie man heute sagen würde - prozyklisch eingesetzt. Hier würde sich freilich die Frage stellen, warum die Staaten nach Jahrzehnten bzw. über einem Jahrhundert Goldstandard erst auf die "Idee" kamen, daß man auch eine "nationale" Konjunkturpolitik betreiben könne. Hierbei könnte auf der Ebene dieser Fragestellung bestenfalls eine platt-rationalistische Antwort herauskommen, z.B. in der Weise, es hätte eben erst ein Keynes kommen und die entsprechenden Instrumentarien entdecken müssen. Abgesehen davon wecken die durchweg zweifelhaften Erfolge der "autonomen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik" erhebliche Zweifel daran, ob es sich unter diesen Voraussetzungen "gelohnt" hat, den Goldstandard zu "opfern".

Einen weiteren Hinweis versucht die Feststellung zu liefern, daß die gewaltige Inflationierung sämtlicher Währungen infolge des 1. Weltkrieges den Goldstandard destruiert habe.¹⁾ Nun ist daran zweifellos richtig, daß eine Weiterführung des Goldstandard zum Pari von 1914 nach dem 1. Weltkrieg unmöglich war, auch, daß verschiedene Staaten schon vor 1914 faktisch den Goldstandard aufgaben, um ungehindert aufrüsten zu können²⁾, andererseits hatte die Suspendierung der Goldeinlösbarkeit des Papiergeldes zur Kriegsvorbereitung im Goldstandard schon

1) Busch/Schöllner/Seelow, a.a.O., S. 49

2) Vgl. Helmut Burg, Der Staat als Bankier, Berlin/DDR 1968, S. 12 f. Nebenbei gesagt kann der Zusammenbruch des Goldstandards auch nicht mit der Brechung des britischen Weltmarktmonopols, die Neusüß u.a. als zentrale Kategorie für die Erklärung der Veränderungen im kapitalistischen Reproduktionsmechanismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert heranziehen, begründet werden. Letzteres konnte in der Zeit der größten Verallgemeinerung des Goldwährungssystems auch als nationale Geldverfassung im innern bereits als überwunden gelten. Im übrigen ist auch nicht zu sehen, welchen Vorteil die Konkurrenten Englands angesichts dessen zunehmender Zurückdrängung von einer bewußten Destruktion des Goldstandards gehabt hätten.

Tradition, es fragt sich vielmehr, warum die Stabilisierung der Währungen nach 1918 zu einem neuen, realistischen Goldgehalt trotz einer Vielzahl von Versuchen in dieser Richtung nicht möglich war. Man kommt hier nicht umhin, die Prozesse in die Analyse einzuführen, die sich aus der Konzentration und Zentralisation des Kapitals ergaben und gegen deren Stellenwert in der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, soweit sie sich auf die Leninsche Imperialismustheorie beruft, von Neusüß und anderen heftig polemisiert wird.¹⁾ Eine ausführliche Antikritik an dieser Stelle würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen.²⁾ Soviel soll hier nur gesagt werden, daß Monopolisierung hier begriffen wird im Rahmen der von Marx getroffenen Feststellung:

"Sobald es (das Kapital, e.s.) anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz zugleich die Aufkündigung seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." 3)

Wohlgemerkt: Es soll hier nicht um eine Form der Marx-Exegese gehen, in der man sich - Theologieprofessoren verschiedener Schulen gleich - die "richtigen" sprich jeweils passenden Zitate an den Kopf wirft. Es scheint aber wichtig, den Kritikern einer "Stappentheorie" der kapitalistischen Entwicklung entgegenzuhalten, daß schon bei Marx deutliche Hinweise auf eine Niedergangsphase des Kapitalismus vorkommen, in der die Formen, in denen der Reproduktionsprozeß abläuft, dem Begriff des Kapitals partiell widersprechen. Deutlich wird dies auch bei Marx' Analyse der Aktiengesellschaft: (Hervorhebung von mir, e.s.)

1) Neusüß, a.a.O., S. 15 ff.

2) vgl. hierzu: Jörg Huffscheid, Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, unv. Manuskript, Westberlin 1975

3) Grundrisse, S. 544 ff. vgl. Neusüß, a.a.O., S. 43, wo diese kategorisch behauptet, bei Marx gebe es keine Unterscheidung von Aufstiegs- und Niedergangsphase des Kapitalismus.

"Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der primär als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsweise sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich auch in der Erscheinung dar. Er stellt in verschiedenen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseingemischung heraus .. Es ist Privatproduktion ohne Kontrolle des Privateigentums.
1)

Was hat nun die Auflösung des Goldwährungssystems mit dem Monopol zu tun? Zunächst einmal dies, daß der Monopolprofit als *relativ* dauerhaft konservierter Extraprofit²⁾ sich in einem Preis äußert, der langfristig über dem Produktionspreis liegt. Ein solcher Monopolpreis stößt im innern eines Landes zunächst an die Schranke der durch ihren eigenen Wert bestimmten Geldware Gold. Er muß sich, da sich Gold in Gold nicht entwerten kann, in einem unmittelbaren Druck auf Profite und Preise in den übrigen Sphären äußern, der gesellschaftlich nur schwer durchsetzbar erscheint. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch der internationale Aspekt des Goldwährungssystems. Da nämlich ein enger internationaler Preiszusammenhang der auf dem Weltmarkt gehandelten Waren existiert, muß eine Preiserhöhung nicht nur gegenüber dem nationalen Markt, sondern auf dem Weltmarkt durchgesetzt werden, was zunächst einmal unmöglich ist. Einen Ausweg bieten hier Einfuhrzölle, die die Wirkung des internationalen Preiszusammenhangs abschwächen. Tatsächlich ist in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein starkes Anwachsen der Schutzzölle zu beobachten.³⁾ Diese sind auch dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht mehr den Erfordernissen einer nachholenden Akkumulation durchmachenden kapitali-

1) MEW 25, S. 454

2) Extraprofit hier im Sinne von über den Durchschnittsprofit hinausgehenden, um der - etwas formalen - Kritik von E. Koch zu begegnen, der diesen Begriff ausschließlich im Sinne des 10. Kapitels des 3. Bandes des Kapital verstanden sehen will, Koch, a.a.O., S. 88

3) vgl. Kohlmey, Engels über Freihandel und Schutzzoll, a.a.O. S. 66; MEW 21, S. 368 f., 370, 371; MEW 34, S. 369; MEW 36, S. 273; MEW 38, S. 444

stischen Landes entsprechen, sondern ebenso Mittel der monopolistischen Sektoren werden, ihre Profite zu erhöhen, wie Hebel zur weiteren Monopolisierung. Hilferding beschreibt diesen Prozeß:

"Der alte Schutzzoll hatte die Aufgabe, neben der Ausgleichung etwa vorhandener ungünstiger Naturumstände, das Entstehen einer Industrie innerhalb der geschützten Grenzen zu beschleunigen. Er sollte die in Entwicklung begriffene heimische Industrie vor der Gefahr bewahren, durch übermächtige Konkurrenz der schon entwickelten ausländischen Industrie geknackt oder vernichtet zu werden. Seine Höhe brauchte nur eine mäßige zu sein, eben groß genug, um den Vorsprung der fremden Industrie auszugleichen. Er konnte keinesfalls ein prohibitiver sein, da die heimische Industrie den Bedarf noch nicht zu decken vermochte. Und er war vor allem nicht als dauernder gedacht. Hatte er erst seine Funktion als 'Erziehungszoll' erfüllt, war die heimische Industrie entwickelt, konnte sie den heimischen Bedarf decken und zur Exportmöglichkeit heranreifen, so verlor der Schutzzoll seinen Sinn. Er war nur ein Hindernis für günstige Exportschancen, indem er fremde Nationen zu ähnlichen Maßregeln bewog.

...

Anders im Zeitalter der kapitalistischen Monopole. Jetzt treten gerade die mächtigsten, exportfähigsten Industrien, deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt keinem Zweifel unterliegt, für die also der Schutzzoll nach der alten Theorie kein Interesse mehr haben sollte, für Hochschutzzoll ein. Nun hat der Schutzzoll von dem Moment an keine preissteigernde Wirkung mehr, in dem die einheimische Industrie den einheimischen Bedarf vollständig deckt - Herrschaft der freien Konkurrenz vorausgesetzt. Aber der industrielle Schutzzoll war eines der wirksamsten Beförderungsmittel der Kartelle... Der Wegfall der Konkurrenz erhält die preiserhöhende Wirkung des Schutzzolles auch für jenes Stadium, wo die Produktion den Bedarf des Inlandes längst übersteigt. So wird es zu einem eminenten Interesse der kartellierten Industrie, den Schutzzoll zu einer dauernden Einrichtung zu machen, der ihr erstens den Bestand und zweitens ihr gestattet, auf dem inländischen Markt ihr Produkt mit einem Extraprofit zu verkaufen. Die Höhe dieses Extraprofits ist gegeben durch die Erhöhung des inländischen Preises über den Weltmarktpreis. Diese Differenz hängt aber ab von der Höhe des Zolles. Ebenso unbeschränkt wie das Streben nach Profit wird so das Streben nach Erhöhung des Zolles." 1)

1) Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Ffm. 1973, S. 416 f.; vgl. N. Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft, Frankfurt/Main 1969, S. 79 ff.; W.I.Lenin, Werke Bd. 22, S. 295 f.

Dieses System findet zunächst seine Schranken an den Grenzen des inneren Marktes, auf dem zudem die Wirkung der Preiserhöhung nicht gerade geeignet ist, die Zahlungsfähige Nachfrage auszudehnen. Es wird daher wirkungsvoll ausgedehnt durch Exportprämien nach außen.

"Überhaupt, jeder deutsche Fabrikant sagt euch, daß der einzige Zweck der Schutzzölle ist, ihm zu erlauben, daß er sich auf dem inneren Markt erhole von den Schleuderpreisen, die er im Ausland zu nehmen hat." 1)

Die Preise ihrer
Waren auf dem
Weltmarkt

Die hohen Extraprofite im innern erlauben es den Monopolen, durch Preissenkungen unter den Produktionspreis zu senken, der bei einem international konkurrenzfähigen Kapital voraussetzungsgemäß nicht niedriger als der Weltmarktpreis ist, und durch eine solche "Dumpingpolitik" den auswärtigen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, den Produktionsumfang auszuweiten und über die damit auch im Inland gesunkenen Produktionskosten den Extraprofit im innern zu erhöhen, Exportprämien können sie auch an ihre inländischen Abnehmer zahlen, wenn diese ihre Waren ausführen. Hilferding resümiert:

"Die Geschichte der Kartelle lehrt immer wieder, wie wichtig es für den Bestand von Kartellen ist, auch den Export in der Hand zu haben, da sonst die Hinderung des Exports durch mangelnde Ausbildung des Prämiensystems die Existenz der Kartelle immer wieder bedroht. Mit der Entwicklung des Prämiensystems hat aber der Schutzzoll seine Funktion völlig gewandelt, ja in sein Gegenteil verkehrt. Aus einem Mittel der Abwehr gegen die Eroberung des einheimischen Marktes durch fremde Industrie ist ein Mittel der Eroberung der fremden Märkte durch die einheimische Industrie geworden, aus der Verteidigungswaffe des Schwachen die Angriffswaffe des Starken." 2)

Die Veränderungen in der Struktur des kapitalistischen Reproduktionsmechanismus infolge der Konzentration und Zentralisation des Kapitals äußern sich so in einem widersprüchlichen Prozeß zum einen in einer gewaltigen Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen. Zum andern bewirkt die Weltmarktkonkurrenz der monopolistischen Gruppen

1) MEW 21, S. 370

2) Hilferding, a.a.O., S. 419

"eine äußerst starke Tendenz zur Abschließung der nationalen Organismen, zur wirtschaftlichen 'Autarkie' als einem Mittel zur Befestigung seiner Monopolstellung.. So erfolgt parallel mit der Internationalisierung des Kapitals ein Prozeß der "nationalen" Zusammenballung des Kapitals, ein Prozeß seiner 'Nationalisierung' der äußerst folgeschwer ist." ¹⁾

Daß dieser "Prozeß der 'Nationalisierung' des Kapitals, d.h. die Schaffung von gleichartigen, in staatliche Grenzen eingeschlossenen, einander schroff gegenüberstehenden wirtschaftlichen Organismen"²⁾ zu schärfsten Widersprüchen führt, da sich die "nationalen" Produktions- und internationalen Dumpingmaßnahmen gegenseitig durchkreuzen, liegt auf der Hand. Hierin liegt auch eine Begründung der aus dem Monopol entspringenden Gewalttätigkeit nach außen, die in der Imperialismustheorie keinesfalls, wie Neusüß unterstellt, darauf reduziert wird, daß Raub und Plünderung an die Stelle der Produktivkraftentwicklung treten.³⁾ Der Wandel in den Weltwirtschaftsbeziehungen kommt darin zum Ausdruck, daß sich die Funktion des Staates grundlegend wandelt. Indem die Profitraten der Kartelle und Truste von der staatlichen Handelspolitik abhängen, werden die Weltwirtschaftsbeziehungen abhängig von der direkten Staatseinmischung, die "nationale Wirtschaftspolitik" wird in diesem Augenblick möglich und notwendig.⁴⁾

1) Bucharin, a.a.O., S. 86

2) ebd.

3) Neusüß, a.a.O., S. 30 ff.

4) Neusüß könnte hier einwenden, es werde unabgeleitet von der grundsätzlichen Option des Staates zugunsten einiger Einzelkapitale ausgegangen (S. 131) Dem muß jedoch entgegengehalten werden, daß der Staat das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse, welches wesentlich Interesse an fortwährend sich erweiternder Akkumulation des Kapitals ist, nur dadurch wahrnehmen kann, daß er den stärksten, zukunfts-trächtigsten, expansivsten Teilen des nationalen Kapitals bei ihrer Akkumulation zumindest keine Hindernisse in den Weg legt.

Damit sind allerdings alle wesentlichen Funktionsbedingungen des Goldstandards hinfällig geworden. Freie Konkurrenz und (weitgehender) Freihandel nach außen sind ersetzt durch Monopolpreise im innern und Protektionismus nach außen. Der Weltmarktpreis resultiert nicht länger aus der Wechselbeziehung der relevanten nationalen Produktionspreise, sondern wird zum Kampffeld nationaler Kapitalistenverbände, deren Dumpingpreise abhängen vom Produktionspreis minus Exportprämie plus Zollhöhe des Einfuhrlandes, wobei "die Höchstgrenze der Exportprämie .. bei gegebener Größe des Wirtschaftsgebietes und gegebener inländischer Konsumtion bestimmt ist durch die Höhe des Zolles" des Ausfuhrlandes. Mit anderen Worten, zwischen gleich großen Kapitalen mit ähnlich strukturierten Binnenmärkten hängt die Konkurrenzfähigkeit ^{bei gegebener Größe des Wirtschaftsgebietes und gegebener inländischer Konsumtion} weitgehend ab von der Größe des Binnenmarktes, wobei unter "Binnenmarkt" der nationale Markt einschließlich der Kolonien und Präferenzgebiete zu verstehen ist. Dieser Tatbestand liegt - nebenbei gesagt - dem Kampf um die Aufteilung bzw. Neuaufteilung der Welt zugrunde und nicht irgendein abstraktes Plünderungsbedürfnis, das sich in mechanischen Gegensatz zur Produktivkraftentwicklung setzt. Allerdings verstärken sich unter diesen Bedingungen die Tendenzen zu längerfristigen Disproportionen - zwischen den Branchen und den Nationen - dadurch, daß die Produktivkraftentwicklung nicht mehr alleiniger Hebel zur Profitsteigerung ist und damit der absolute Zwang zur Produktivkraftentfaltung abgeschwächt ist.

Die veränderten Formen der Weltmarktkonkurrenz bewirken nun, daß die internationalen Zahlungsbeziehungen sich zunehmend ungleichgewichtig entwickeln. Indem die Handelsbeziehungen zunehmend unter den Einfluß "nationaler" Protektion geraten und unter dem Zwang der Ausdehnung und Konsolidierung der Präferenzgebiete - vor allem auf dem Sektor der extraktiven Industrie - der Kapitalexport wichtiger Funktionsbestandteil des Systems des Monopolprofits wird, wird es für die Zentralbanken der kapitalistischen Staaten zunehmend unmöglich, die "Spielregeln" des Goldstandards einzuhalten.

1) Hiefording, a.a.O., S. 419

Denn unter monopolkapitalistischen Bedingungen konkurrieren nicht mehr Einzelkapitale auf dem Weltmarkt, sondern die gesamten Ressourcen der "nationalen" Wirtschaft - einschließlich derer der abhängigen Gebiete und Kolonien - werden zunächst über die Hebel des Protektionssystems - Zölle, Steuern, Kontingente - in den Dienst der außenwirtschaftlichen Expansion gestellt. Der Goldstandard wird hier zum afunktionalen Überbleibsel einer Epoche mit qualitativ verschiedenen funktionalen Beziehungen der Weltmarktkonkurrenz. Da im übrigen der Hochschutzzoll unter den Bedingungen des Goldstandards notwendige Bewegungsform monopolistischer Weltmarktkonkurrenz ist, jedoch durch seine immanente Schrankenlosigkeit dazu tendiert, den Weltmarktzusammenhang selbst zu zerstören, mußte er - und mit ihm der Goldstandard - durch einen Mechanismus abgelöst werden, der den neuen Formen der Weltmarktkonkurrenz adäquat war.¹⁾ Dieser bildete sich auch heraus, freilich nicht in der rührend-harmonischen Form, wie dies bei Busch/Schöller/Seelow anklingt, über die vier Stufen Goldumlaufswährung-Goldkernwährung-Golddevisenwährung-Wechselkursmechanismus.²⁾ Vielmehr brachte "das Ende der Wechsellagen der hochkapitalistischen Ära" (Edgar Salin) und das Aufkommen des modernen Imperialismus die Ersetzung des Goldstandards durch das Wechselkurssystem manipulierter Papiergeldwährungen mit sich, dessen erste drei Jahrzehnte freilich gekennzeichnet waren durch ein weltweites Währungschaos - als eindrucksvolle Ergänzung eines politisch-ökonomischen Kerngeschehens, das sich durch die beiden größten Kriege in der Geschichte der Menschheit und die schwerste Krise in der Geschichte des Kapitalismus auszeichnete.

1) Diesem Umstand ist Neusüß auf der Spur, wenn sie schreibt (S. 138): "Ausdruck dafür, daß sich auf dem Weltmarkt nicht einfach konkurrierende Einzelkapitale, sondern nationale Kapitale gegenüber treten, sind die nationalen Währungen, das nationale Geld als Ausdruck der nationalen Durchschnittsarbeit." Freilich wird hier das nationale Geld nur auf den Aspekt des relativen Geldwerts reduziert, ferner gerinnt eine konkret-historische Form des Geldes zur quasi überhistorischen Kategorie - überhistorisch zumindest für den gesamten Kapitalismus.

2) Busch/Schöller/Seelow, S. 47 ff.

5.) Papiergeldwährungen und Währungskrise

Die Entwicklung eines Wechselkurssystems manipulierter Papiergeldwährungen ist wesentlich mehr als eine technische Anpassung der Zahlungsbeziehungen an die veränderten Formen der Weltmarktkonkurrenz. Vielmehr werden die Zahlungsbeziehungen selbst ein wichtiger Aspekt der Weltmarktkonkurrenz der nationalen Kapitale, an die Stelle der an international weitgehend gleiche feste "Regeln" gebundenen Währungspolitik des Goldstandards, von der nur in Ausnahmesituationen abgegangen wurde, tritt eine Währungspolitik mit wechselnden Prioritäten und Orientierungen, in der das Moment des Zahlungsbilanzausgleichs nur einen Aspekt mit wechselnder Bedeutung darstellt, einer Währungspolitik, deren Ziele und Prioritäten wesentlich abhängen von der Position der jeweiligen Staaten in der internationalen Konkurrenz. Mit anderen Worten, die Währungspolitik wird zu einem ökonomischen Hebel von weitreichender Bedeutung. Dabei entstehen aus den nationalen und internationalen Aspekten der speziellen Form der nationalen Währungen als Papiergeldwährungen qualitativ neue Formen der Bewegung der ökonomischen Widersprüche, wie die Inflation und die Ausdehnung des internationalen Kredits - vor allem in der Form des unechten Zahlungsbilanzausgleichs -, deren Konsequenz die Institutionalisierung der Währungskrise als Strukturmerkmal der aktuellen Formen der Weltmarktkonkurrenz ist.

Bevor jedoch das Geld als Währung, als Mittler der internationalen Wirtschaftsbeziehungen fungieren kann, ist es zunächst und vor allem Mittler des nationalen Reproduktionsprozesses. Auch in dieser Rolle erfährt es bedeutende Wandlungen, indem es sich von der durch ihren eigenen Wert bestimmten Goldware Gold löst und zum Papiergeld wird. Die Analyse dieses Prozesses ist Grundlage für das Verständnis der Wandlungen in den internationalen Zahlungsbeziehungen. Mit ihr soll hier deshalb begonnen werden.

5.1. Das Papiergeld in der nationalen Zirkulation

Im nationalen Rahmen stellt das Papiergeld, selbst das inkonvertible Papiergeld, keine historisch neue Erscheinung dar, es ist nicht einmal eine spezielle Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Es entspringt der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel. Aus der Tatsache, daß mit der zyklischen Bewegung des Reproduktionsprozesses Umlaufgeschwindigkeit und Masse des zirkulierenden Mediums beständig schwanken, ergibt sich ein Ansatzpunkt für eine grundlegende Fehlinterpretation der Gesetze der Geldzirkulation, deren Kritik für die Analyse des inkonvertiblen Papiergeldes von zentraler Bedeutung ist, nämlich die Quantitätstheorie des Geldes.

"In der Geschwindigkeit des Geldumlaufs erscheint also die flüssige Einheit der entgegengesetzten und sich ergänzenden Phasen, Verwandlung der Gebrauchsgestalt in Wertgestalt und Rückverwandlung der Wertgestalt in Gebrauchsgestalt, oder der beiden Prozesse des Verkaufs und Kaufs. Umgekehrt erscheint in der Verlangsamung des Geldumlaufs die Trennung und gegensätzliche Verselbständigung dieser Prozesse, die Stockung des Formwechsels und daher des Stoffwechsels. Woher diese Stockung entspringt, ist natürlich der Zirkulation selbst nicht anzusehen. Sie zeigt nur das Phänomen selbst. Der populären Anschauung, welche mit verlangsamtem Geldumlauf das Geld minder häufig auf allen Punkten der Zirkulationsperipherie erscheinen und verschwinden sieht, liegt es nah, das Phänomen aus mangelnder Quantität an Zirkulationsmitteln zu deuten." 1)

Eine solche Deutung ist unter Bedingungen des freien Metallumlaufs jedoch ganz offensichtlich absurd. Die Zirkulationssphäre regelt sich unter diesen Bedingungen selbsttätig mit Hilfe der privaten Reservefonds:

"Damit die wirklich umlaufende Geldmasse dem Sättigungsgrad der Zirkulationssphäre stets entspreche, muß das in einem Lande befindliche Gold- und Silberquantum stets größer sein als das in Münzfunktion begriffene. Diese Bedingung wird erfüllt durch die Schatzform des Geldes. Die Schatzreservoirs dienen zugleich als Abfuhr- und Zufuhrkanäle des zirkulierenden Geldes, welches seine Umlaufkanäle daher nie überfüllt." 2)

1) MEW 23, S. 134

2) ebd., S. 148

Die Zirkulation des Goldes als Münze bringt aber ein technisches Problem mit sich, das zum Ansatzpunkt für seine Ersetzung durch Wertzeichen wird. Die Münze verliert durch Verschleiß an Gewicht, ihr Gewichtsname löst sich von ihrer materiellen Existenz. Dieser Vorgang führt zu ihrer Ersetzung durch Wertzeichen ohne eigenen inneren Wert. Die Möglichkeit der Ersetzung ergibt sich aus dem Inhalt der Funktion als Zirkulationsmittel selbst:

"Ihre (der Zirkulationsmasse, e.s.) Bewegung stellt also nur das fortwährende Ineinanderumschlagen der entgegengesetzten Prozesse der Warenmetamorphose W-G-W dar, worin der Ware ihre Wertgestalt nur gegenübertritt, um sofort wieder zu verschwinden. Die selbständige Darstellung des Tauscherts der Ware ist hier nur flüchtiges Moment. Sofort wird sie wieder durch andere Ware ersetzt. Daher genügt auch die bloß symbolische Existenz des Geldes in einem Prozeß, der es beständig aus einer Hand in die andre entfernt." 1)

Auf die verschiedenen Schritte dieser Ersetzung soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Diese bewegt sich über die verschiedenen Formen der unterwertigen Scheidemünze bis hin zum konvertiblen und schließlich zum inkonvertiblen Papiergeld, dem Staatspapiergeld mit Zwangskurs. Dieses entsteht einfach dadurch, daß bei Überausgabe oder anderen Ursachen der Diskreditierung des Papiergeldes der Staat als Ausgeber, die Einlösung in Gold verweigert. Dadurch entsteht - wenn nicht gänzlich Diskreditierung zur Zerstörung der Zirkulationsmittelfunktion und zum Rückfall in Formen des Naturaltausch etc. führt - eine gänzlich goldlose innere Zirkulation, die freilich am Fortbestehen des Metallstandards auf dem Weltmarkt zunächst nichts zu ändern vermag. Diese Form der inneren Zirkulations-sphäre entwickelt bestimmte eigene Gesetzmäßigkeiten, die dem Gesetz daß der Wert des Geldes (Metallgeldes) von dem zu seiner Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand abhängt, zu widersprechen scheinen und nicht wenig zu den Illusionen der Quantitätstheorie beigetragen haben. Als zusätzliches verwirrendes Moment wirkt der Umstand, daß sich mit der Entwicklung des Kapitalismus auf der Basis der Funktion des

1) ebd., S. 143

Geldes als Zahlungsmittel andere Formen der Zahlungsweise entwickeln, die sich nach wesentlich anderen Gesetzen regeln. Es handelt sich hier um die Entwicklung des Kreditgeldes, in der Form des Wechsels und namentlich der (konvertiblen) Banknote. Diese - vor allem letztere - scheinen nichts anderes zu sein als das Staatspapiergeld mit Zwangskurs, nämlich Papiergeld. Nichts scheint also näher zu liegen, als sie in Bezug auf ihre Funktionen und Bewegungsgesetze gemeinsam zu analysieren. Marx hat demgegenüber ihre grundsätzliche Verschiedenheit und die Notwendigkeit, sie - wie Geld und Kredit überhaupt - streng getrennt voneinander zu analysieren, immer wieder und in aller Schärfe betont. Hier liegt dann auch einer der Hauptansatzpunkte für Marx' Kritik an den quantitätstheoretischen Auffassungen vom Geld in seiner Zeit, vor allem in seiner Auseinandersetzung mit der Geldtheorie Ricardos und den sich auf diesen berufenden Theoretikern des "Currency Principle". Daß auch Autoren, die sich in ihrem wissenschaftlichen Ansatz auf Marx berufen, den Stellenwert dieser Kritik nicht voll begriffen haben, hat schon die Behandlung der die Quantitätstheorie betreffenden Äußerungen von Busch/Schöller/Seelow gezeigt.

Im Folgenden soll auf eine weitere Kritik der Marxschen Auseinandersetzung mit der Quantitätstheorie des Geldes eingegangen werden, die en detail wesentlich sorgfältiger vorgeht als die zumindest stellenweise schlicht schlampig durchgeführte Untersuchung von Busch/Schöller/Seelow, dafür aber den Boden der Marxschen Geldtheorie unso gründlicher verläßt. Es handelt sich um die bereits erwähnte Arbeit von Bernd Koch.

Dieser bemerkt zunächst in einer kurzen Kritik an Busch/Schöller/Seelow zutreffend, daß Marx in seiner Geldtheorie keine reine Goldumlaufswährung vorausgesetzt habe, insofern die Unterstellung, nur in dieser treffe Marx' Kritik an Ricardo und den Currency-Theoretikern zu, wohl nicht stimmen könne. Er resümiert die Marxsche Kritik an der Quantitätstheorie folgendermaßen:

"Der Vorwurf Marx' gegenüber Ricardo und den Currencytheoretikern läuft im Grunde darauf hinaus, daß sie es versäumen, zwischen Wertform und Wertgröße, entsprechend zwischen Preisform und Preisgröße zu unterscheiden (wobei die mangelnde Unterscheidung zwischen Substanz und Größe wiederum nur resultiert aus der mangelnden Unterscheidung zwischen Form und Inhalt).. Die Kritik Marx' hat mehrere Momente:

- Die Currency-Anhänger gehen nicht aus vom Wert als Maß, d.h. gleichzeitig, von der Preisform, dem der Zirkulation vorausgesetzten Wertausdruck, sondern kümmern sich bloß um die in der Papiergeldzirkulation erscheinenden Gesetze...
 - Ausdruck des gleichen Fehlers ist, lt. Marx, daß sie analytisch nicht ausgehen von der Geldware, die in einem gegebenen Moment fixen Wert hat...
 - Schließlich und endlich begnügen sie sich 'mit der begriffslos dämpfenden Vorstellung, daß jede Ware als aliquoter Teil der Geldmasse austauscht'. (MEW 13, S. 139)...
- .. Alle Kritik an den Currency-Leuten reduziert sich also im Grunde auf den einen Vorwurf, daß sie es versäumen, die Preisform adäquat aus der Wertform zu entwickeln." 1)

1) Bernd Koch, a.a.O., S. 65 f.; In Anm. 145 zieht B. Koch die Berechtigung der Marxschen Kritik an Ricardo in Zweifel, er deutet an, daß Marx' Kritik "zumindest überspitzt" sei und zitiert zum Beleg aus Ricardos "Principles..", wo dieser zunächst den Wert des Goldes aus der in ihm vergegenständlichten Arbeitszeit, und das Wertzeichen als Repräsentanten der für die Zirkulation erforderlichen Goldmenge betrachtet. Dies - so meint er - stehe "mit wenig anderen Worten auch bei Marx, teilweise könnte er es fast wörtlich abgeschrieben haben." (S. 68, Anm. 145). Hätte Koch die "Principles" aufmerksam - bzw. von Anfang an gelesen, so wäre ihm gewiß noch aufgefallen, daß Ricardo sogar den Geldwert bei gegebenem Wert der Geldware aus der Summe aller Tauschwerte ableitet, d.h. die Geldmenge durch die Warenpreise bestimmt, was Marx gleichfalls "fast wörtlich abgeschrieben haben" könnte. Marx hat dann auch weniger den Anspruch der Originalität denn den der theoretischen Konsequenz erhoben. Davon hätte sich Koch ohne Mühe durch gründlichere Lektüre der von ihm häufig zitierten Schrift "Zur Kritik der politischen Ökonomie" (MEW 13) überzeugen können. Auf S. 144 ff. entwickelt Marx zunächst eben diese Aspekte der Ricardoschen Argumentation und resümiert zustimmend: "Bisher also bestimmt Ricardo, den Wert des Geldes vorausgesetzt, die Quantität der Zirkulationsmittel durch die Preise der Waren, und das Geld als Wertzeichen bedeutet ihm Zeichen eines bestimmten Goldquantums, nicht wie bei Hume wertlose Repräsentanten der Waren." (MEW 13, S. 145) Marx entwickelt anschließend, wie "... Ricardo plötzlich abbricht vom ebenen Gang seiner Darstellung und plötzlich in die entgegengesetzte Ansicht umschlägt.." (ebd. und 145 ff.).

In diesem letzteren Punkt, auf den er "alle Kritik" von Marx an den Quantitätstheoretikern reduziert, stimmt Koch der Marx-schen Darlegung zu, nicht hingegen dort, wo Marx die spezifischen Gesetze der Papiergeldzirkulation (d.h. der Zirkulation inkonvertiblen Staatspapiergeldes) entwickelt.

"In der Tat scheint uns die Marxsche Kritik an der Currency-Schule nicht rechtschlüssig, was das Geldmengen-Preis-Verhältnis anbelangt .., sagt er doch selbst, daß sich in der Zeichengeld-Zirkulation die Gesetze der 'wirklichen Geldzirkulation' umkehren. Wenn Marx sagt, daß 'der Satz, daß die Preise der Waren abhängen von der Masse des zirkulierenden Geldes', dem Gesetz der Zirkulation der Wertzeichen entspreche', so heißt das doch zunächst einmal nicht mehr und nicht weniger, als daß das, was Ricardo u.a. über das Geldmengen-Preis-Verhältnis aussagen, für die Wertzeichenzirkulation richtig sei. Wenn wir Marx folgen, so müßte den angeführten Zitaten nach das Quantitätsgesetz für die Wertzeichenzirkulation Geltung haben, was seinem Begriff des Preises als der Zirkulation vorausgesetzt allerdings einigermaßen zuwiderläufe." ¹⁾

Die Ursachen dieser "Ungereimtheit" sieht Koch darin, daß Marx ausgehe

".. - wie Ricardo auch - .. nur von der Zirkulation der real im Papierzettel verselbständigten Wertzeichen.. (die Bewegung

Dies ergibt sich - um dies hier kurz anzudeuten - daraus, daß Ricardo die verschiedenen Funktionen des Geldes unzureichend entwickelt und auseinanderhält. Dadurch ist er auch außerstande, die Rolle der Reservefonds für die Regulierung der zirkulierenden Quantität des Geldes in der Goldwährung, den Stellenwert der Wertzeichen etc. richtig einzuschätzen (ebensowenig den Unterschied zwischen Zeichengeld und Kreditgeld) und kommt so über verschiedene Umwege zum genauen Gegenteil des zuvor von ihm selbst postulierten.

Zur Entschuldigung dieser Fehleinschätzung Ricardos, dessen theoretische Leistung er bekanntlich hoch schätzte, bemerkt Marx abschließend: "Die Periode, worin Ricardos schriftstellerische Tätigkeit fällt, war überhaupt nicht geeignet die Funktion der edlen Metalle als Weltgeld zu beobachten. Vor der Einführung des Kontinentalsystems (der Kontinentalsperre Napoleons, e.s.) war die Handelsbilanz immer zugunsten Englands und während desselben waren die Transaktionen mit dem europäischen Kontinent zu unbedeutend, um den englischen Wechselkurs zu affizieren." (ebd. S. 153)

¹⁾ B. Koch, a.a.O., S. 67 f.

des Kreditgeldes bleibt hier völlig außer Betracht), zweitens vom Goldstandard, und unter diesen Auspizien ist seine Kritik natürlich völlig richtig." 1)

Koch meint hier mit "Goldstandard" das auf Gold basierte internationale Währungssystem, in dem die edlen Metalle unmittelbar als Weltgeld fungieren. Die strenge Scheidung von Papiergeld und Kreditgeld bei Marx sieht Koch als einen Fehler an, denn man könne

"die Quantitätstheorie nicht falsifizieren, indem man von einem ganz anderen Zirkulationskreislauf ausgeht, als sie selbst es tut, zu diesem Zwecke muß der Kredit mit einbezogen werden, denn sobald er in die Zirkulation real eintritt, ist er Geld und erhöht somit die Geldmenge, gerade in Anbetracht dessen, daß heute jegliches Zeichengeld seinem Ursprung nach Kreditgeld ist. Es soll hier ausgegangen werden von der gesamten Geldmenge, nicht nur von den umlaufenden Noten und Münzen. (Im übrigen scheint uns der Versuch von vornherein suspekt, den Wert des Geldes und die Preishöhe allein aus dem Zirkulationsmittel erklären zu wollen)." 2)

In seiner - im wesentlichen zutreffenden - Aufzählung der Marx'schen Kritikpunkte an der Quantitätstheorie des Geldes übersieht Koch einen wichtigen Aspekt, der auch seinem eigenen Ansatz entgegensteht:

"Was bewiesen werden sollte, war, daß der Preis der Waren oder der Wert des Geldes von der Masse des zirkulierenden Goldes abhängt. Der Beweis besteht in der Voraussetzung des zu Beweisenden, daß jede Quantität des edlen Metalls, das als Geld dient, in welchem Verhältnis auch immer zu seinem inneren Wert, Zirkulationsmittel, Münze und so Wertzeichen für die zirkulierenden Waren, welches immer die Gesamtsumme ihres Wertes, werden muß. In anderen Worten, der Beweis besteht in der Abstraktion von allen andern Funktionen, die das Geld außer seiner Funktion als Zirkulationsmittel vollzieht." 3)

Hierauf wird unten - im Zusammenhang der Beziehung von Geld und Kredit - noch einzugehen sein.

Hiervon abgesehen, ist es ein grobes Mißverständnis, die von Marx konstatierten Gesetze der Papiergeldzirkulation mit der Quantitätstheorie des Geldes zusammenzuwerfen. Es resultiert aus einem oberflächlichen Begriff von Quantitätstheorie, der

1) ebd., S. 68

2) ebd., S. 69 f.

3) MEW 13, S. 148

jeden Ansatz, der unter bestimmten Bedingungen kausale Beziehungen zwischen der Menge der Wertzeichen und den Warenpreisen konstatiert, als "quantitätstheoretisch" abtut. In der Tat gilt für Marx das Quantitätsgesetz weder für die Wertzeichenzirkulation noch für irgendeine andere Form der Geldzirkulation, und dies ist auch nicht aus den von Koch angeführten Zitaten zu folgern. Es wäre allerdings - um Kochs Worte zu gebrauchen - "seinem Begriff des Preises als der Zirkulation vorausgesetzt einigermaßen zuwidergelaufen", hätte Marx den Begriff des Preises als in Papierzetteln vorausgesetzt definiert. Damit hätte er sich mitten in den Illusionen eines John Law befunden und die Quantitätstheorie von einer Seite her "überwunden", die möglicherweise auch dem Konzept von Bernd Koch "zuwiderlaufen" müßte. Der Zirkulation vorausgesetzt ist allerdings die Summe der Werte geschätzt in der Geldware und damit auch die zu ihrer Zirkulation erforderliche Quantität der Geldware, und zu dieser - und nur zu dieser - setzt sich die Quantität der Wertzeichen in Beziehung.¹⁾

"Das Steigen und Fallen der Warenpreise mit dem Steigen und Fallen der Papierzettelmasse - letzteres wo die Papierzettel

1) vgl. Bruno Fritsch, die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 59. Der bürgerliche Ökonom, der sich bei der Beschäftigung mit dem Gegenstand seiner Arbeit durch eine - bei seinen Kollegen selten anzutreffende - Ernsthaftigkeit und Vorurteilslosigkeit auszeichnet, begreift den Unterschied zur Quantitätstheorie ungleich besser als Koch: "Der Wert (soll heißen: Quantität bei gegebenem Wert, e.s.) des Geldmaterials wird hier durch die den gesellschaftlichen Stoffwechsel repräsentierenden Warenmetamorphosen bestimmt und als gegeben angenommen. Dies schließt bei Marx nicht aus, daß Geldsurrogate über das 'natürliche' Maß hinaus vom Staat ausgegeben werden. Ihr Wert sinkt aber wegen der Mehrausgabe nicht an sich, sondern nur dem Gold gegenüber das als Inkarnation der allgemein gesellschaftlichen Arbeit definitionsgemäß das 'natürliche' Maß der Zirkulation repräsentiert." Wir gehen hier nicht ein auf die etwas hilflose Weise, wie hier "immanent" zu argumentieren versucht wird und auf das daraus resultierende Durcheinanderwerfen von Wert, Maß, Quantität etc., halten aber fest, daß - im Unterschied auch zu Busch/Schöller/Seelow der Unterschied zur Quantitätstheorie zumindest in der richtigen Richtung angedeutet wird.

das ausschließliche Zirkulationsmittel bilden - ist also nur durch den Zirkulationsprozeß gewaltsam bewirkte Geltendmachung des von außen mechanisch verletzten Gesetzes, daß die Quantität des zirkulierenden Goldes durch die Preise der Waren und die Quantität der zirkulierenden Wertzeichen durch die Quantität der Goldmünze bestimmt ist, die sie in der Zirkulation vertreten. Andererseits wird daher jede beliebige Masse von Papierzetteln vom Zirkulationsprozeß absorbiert und gleichermaßen verdaut, weil das Wertzeichen, mit welchem Goldtitel es auch immer in die Zirkulation eintrete, innerhalb derselben zum Zeichen des Goldquantums zusammengequetscht wird, das an seiner Stelle zirkulieren könnte." 1)

Dagegen will die Quantitätstheorie des Geldes alle jene Preisschwankungen, die sich aus dem zyklischen Ablauf des Reproduktionsprozesses ergeben, ebenso wie die aus Veränderungen der Produktivität der Arbeit resultierenden, auf Veränderungen der Geldmenge zurückführen. Hieraus resultieren dann auch die "monetaristischen" Erklärungen aller möglichen ökonomischen Prozesse. Dies kann Marx - auch in Bezug auf die Wertzeichenzirkulation kaum vorgeworfen werden, sagt er doch:

"In der Tat erscheinen diese Gesetze (der Geldzirkulation, e.s.) nicht nur verkehrt in der Zirkulation der Wertzeichen, sondern ausgelöscht, da das Papiergeld, wenn in richtiger Quantität ausgegeben, Bewegungen vollzieht, die ihm nicht als Wertzeichen eigentümlich sind, während seine eigentümliche Bewegung, statt direkt aus der Metamorphose der Waren zu stammen, aus Verletzung seiner richtigen Proportion zum Gold entspringt." 2)

Im Gegensatz zu dieser Einschätzung muß die Quantitätstheorie des Geldes in ihrem Begriff von 'Goldmenge' Metallzirkulation und Wertzeichenzirkulation zusammenwerfen. Weiterhin muß sie der so definierten Geldmenge auch das Geld in seinen Funktionen als Schatz (Reservefond) und als Zahlungsmittel hinzufügen. Damit ist die Quantität des zirkulierenden Mediums zu einer solchen Beliebigkeit entrückt, daß es nicht schwerfallen kann, zu jeder Veränderung der Warenpreise die erwünschten Veränderungen der "Geldmenge" herbeizudeuteln. Wie bereits erwähnt, hat Marx auf diese Vorwegnahme des "Beweises" durch die Voraussetzungen hingewiesen:

1) MEW 13, S. 100

2) ebd., S. 101

"Der Beweis besteht in der Voraussetzung des zu Beweisenden, daß jede Quantität des edlen Metalls, das als Geld dient, in welchem Verhältnis immer zu seinem inneren Wert, Zirkulationsmittel, Münze, und so Wertzeichen für die zirkulierenden Waren, welches immer die Gesamtsumme ihres Wertes, werden muß. In anderen Worten, der Beweis besteht in der Abstraktion von allen andern Funktionen, die das Geld außer seiner Funktion als Zirkulationsmittel vollzieht." 1)

Im Gegensatz zu der Behauptung Bernd Kochs (die dieser auch eine Seite später stillschweigend zurücknimmt)²⁾ geht nur Marx - und nicht Ricardo auch - "nur von der Zirkulation der real im Papierzettel verselbständigten Wertzeichen aus (die Bewegung des Kreditgeldes bleibt hier völlig außer Betracht".³⁾ Vielmehr wirft

".. Ricardo, wie seine Vorgänger, .. die Zirkulation von Banknoten oder von Kreditgeld mit der Zirkulation von bloßen Wertzeichen zusammen." 4)

Dieses Zusammenwerfen ist im Rahmen der Quantitätstheorie des Geldes durchaus konsequent. Wenn schon alle Funktionen des Geldes derjenigen des Zirkulationsmittels untergeordnet werden, können davon die aus der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel verselbständigten Formen des Kreditgeldes nicht ausgenommen werden, ohne die immanente Logik der Konstruktion zu sprengen. Da darüber hinaus die Bewegungen des Kredits eng mit der zyklischen Bewegung des Reproduktionsprozesses korreliert sind, gewinnt die Konstruktion sogar an Glaubwürdigkeit. Die Expansion des Kreditvolumens bei aufsteigender Konjunktur geht immer-

1) ebd., S. 148, vgl. Anm. 97

2) B. Koch a.a.O., S. 68, 69, bes. Anm. 147

3) ebd., S. 68

4) MEW 13, S. 144

hin einher mit dem Anstieg der Preise, die Kontraktion des Kredits in der Krise mit einem allgemeinen Preisfall (von den Bedingungen der Inflation wird hier abgesehen). Daß diese Bewegung keine autonome Bewegung der "Geldmenge" sein, sondern dem im Verlauf des Zyklus sich periodisch verschärfenden Widerspruch von Kredit- und Monetarsystem entspringen soll, erscheint nicht auf den ersten Blick schlüssig. Diesem Augenschein ist auch Bernd Koch erlegen, wenn er meint, daß man

"... die Quantitätstheorie nicht falsifizieren (kann), wenn man von einem ganz anderen Zirkulationskreislauf ausgeht, als sie selbst es tut, zu diesem Zweck muß der Kredit mit einbezogen werden, denn sobald er in die Zirkulation real eintritt, ist er Geld und erhöht somit die Geldmenge (! e.s.) ... Es soll hier also ausgegangen werden von der gesamten Geldmenge, nicht nur von den umlaufenden Noten und Münzen. (Im übrigen scheint uns der Versuch von vornherein suspekt, den Wert des Geldes und die Preishöhe allein aus dem Zirkulationsmittel erklären zu wollen.)" ¹⁾

So richtig es auch ist, auch die augenscheinlich so schlüssige quantitätstheoretische Einordnung des Kredits im Hinblick darauf zu untersuchen, ob die von der Quantitätstheorie behaupteten Kausalzusammenhänge aufrechtzuerhalten sind, ²⁾ so falsch ist es, die Voraussetzung der Quantitätstheorie, daß alles "Geld", egal welcher Art und welchen Ursprungs und in welcher Funktion es auftritt, Zirkulationsmittel ist, einfach zu über-

1) B. Koch a.a.O., S. 69 f.

2) Koch untersucht diesen Aspekt recht sorgfältig und kommt zu akzeptablen Ergebnissen (S. 70 ff.). Er zeigt, wie die Expansion und Kontraktion der "Geldmenge", (= Umlaufsaittel und Kreditmenge) in der zyklischen Bewegung weitgehend abhängige Variable des Zyklus ist und nicht umgekehrt. Insbesondere in der Krise kann eine Vermehrung der Kreditmittel nicht aus sich selbst heraus zum Aufschwung führen und die Krise nicht verhindern. Ähnlich äußert sich Mandel (Spätkapitalismus, a.a.O., S. 399). Dies alles sagt freilich über die Geldzirkulation weniger aus als über die "monetaristischen" Illusionen bürgerlicher Ökonomen. Es geht inhaltlich nicht über das hinaus, was Marx über die Funktion des Kredits sagte, nämlich, daß "... der Reproduktionsprozeß, der seiner Natur nach elastisch ist, hier bis zur äußersten Grenze forciert wird", gleichzeitig "die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen" verschärft werden. (MEW 25, S. 456)

nehmen. Obwohl auch auf dieser Ebene noch kritische Einwände gegen die Quantitätstheorie möglich sind, wird so die entscheidende Schwäche dieser Theorie, nämlich ihr dem in den Warenmetamorphosen sich vollziehenden gesellschaftlichen Stoffwechsel mechanisch gegenübergestellter Geldbegriff, kritiklos akzeptiert. Diese mechanische Gegenüberstellung hindert auch die Quantitätstheorie, das Geld adäquat aus seinen verschiedenen Formbestimmtheiten herzuleiten. Da ihr das zirkulierende Geld (als Pendant zu den zirkulierenden Waren) alles ist, kann sie das Geld auch nur in seiner Funktion als Zirkulationsmittel begreifen.¹⁾ (Würde sie etwas anderes tun, könnte sie freilich als Quantitätstheorie nicht fortexistieren.)

Eine Kritik der Quantitätstheorie auf der Basis ihrer eigenen Voraussetzungen ist also nicht nur unzureichend, sie ist in der vorgetragenen Form falsch, da sie von den verschiedenen Funktionen des Geldes absieht.

Ohne auf die damit zusammenhängenden Momente - wie Geldinflation und Kreditaufblähung - einzugehen, soll nun kurz erläutert werden, warum Marx so großen Wert auf die Differenzierung zwischen Geld- und Kreditzirkulation legt. Auf der Ebene des oberflächlichen Augenscheins - die freilich der Ausgangspunkt jeglichen vulgärökonomischen Ansatzes ist - scheint die Bemerkung B. Kochs, daß "... der Kredit, sobald er in die Zirkulation eintritt, Geld ist," durchaus schlüssig, da ja das Kreditgeld, wie auch Marx hervorhebt, zweifellos Geldfunktionen ausübt respek-

¹⁾ Hierbei wird natürlich auch der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel Gewalt angetan. Zunächst werden die besonderen Gesetze der Zirkulation von Staatspapiergeld mit Zwangskurs zu allgemeinen Gesetzen der Geldzirkulation schlechthin erhoben, genauer nur der oberflächlichste Aspekt dieser Gesetze. Die besonderen Bestimmungen des Geldes als Zirkulationsmittel - als verschwindender Mittler des Tauschs - lösen sich schließlich auf in einen Geldbegriff, der Zirkulationsmittel, Kaufmittel, Zahlungsmittel etc. und deren unterschiedliche Bewegungen und Bestimmungen zusammenwirft. So braucht nur noch der Kredit mit dieser Mixtur vermengt werden, und man kann jede ökonomische Bewegung, so wenig bzw. so vermittelt sie mit Geldbewegungen zusammenhängt, als "Inflation-Deflation" etc., damit als monetäre Bewegung "erklären".

tive substituiert. Der Unterschied zwischen Geld und Kredit, an dem hier wesentlich der Unterschied zwischen Staatspapiergeld mit Zwangskurs und Kreditgeld interessiert, ist zunächst einmal der des Ursprungs aus verschiedenen Funktionen bzw. Formbestimmtheiten des Geldes. Das Staatspapiergeld mit Zwangskurs entspringt der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel, indem die vollwichtige Edelmetallmünze der freien Prägung im Goldumlaufsystem sich infolge ihres Verschleißens zur unterwertigen Scheidemünze fortentwickelt¹⁾, zum bloßen Symbol wird. Diese Entwicklung findet im papiernen Wertzeichen ihre logische Fortsetzung und ihren Abschluß im Staatspapiergeld mit Zwangskurs.²⁾ Diese Form des Wertzeichens besitzt eben jene Eigenschaft, die die Konfusionen der Quantitätstheorie hervorruft, daß nämlich bei Verletzung der "richtigen" Proportion der Papierzettelmasse zu der zur Zirkulation erforderlichen Metallmasse diese sich im Ausmaß der Mehrausgabe entwertet etc. Die Möglichkeit der Ersetzung ergibt sich aus der Besonderheit der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel. Während nämlich die in einem Lande befindliche Goldmasse (in ihren verschiedenen Formen: Schatz, Luxusgegenstände etc.) sowohl aus ökonomischen (z.B. internationale Goldbewegungen) als auch außerökonomischen Gründen (Krieg etc.) ständig variiert, bleibt der zur Zirkulation erforderliche Teil relativ konstant.

1) MEW 23, S. 139 ff., MEW 13, S. 89 ff.

2) Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch, eine historische Abfolge zu kennzeichnen. Vielmehr gab es längst vor der bürgerlichen Gesellschaft Formen von Zeichengeld bzw. sogar Staatspapiergeld mit Zwangskurs. In den Frühzeiten bürgerlicher Herrschaft kämpfte die Bourgeoisie teilweise hiergegen, um der feudalen Staatsmacht die Steuereinzahlung qua Überemission, die die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehung hemmte, zu entziehen. Vgl. MEW 13, S. 96/97, MEW 23, S. 141, sowie Bernd Koch, Hermann Bruhn, Dirk Wölfling, Geld im Imperialismus, in Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, H. 11/12, 1975, S. 149-213. Auf den Seiten 199 ff. beschreiben sie den Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen das preussische Staatspapiergeld, freilich ziehen sie hieraus Schlüsse in der oben gekennzeichneten Weise ("Marxistische" Neokuantitätstheorie, Zusammenwerfen von Geld und Kredit).

"Nun schwankt zwar das Goldquantum, welches die Zirkulationssphäre absorbieren kann, beständig über oder unter ein gewisses Durchschnittsniveau. Jedoch sinkt die Masse der zirkulierenden Mediums in einem gegebenen Land nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsgemäß feststellt."

"Sie haust beständig in der Zirkulation, funktioniert fortwährend als Zirkulationsmittel und existiert außer schließlich als Träger dieser Funktion. Ihre Bewegung stellt also nur das fortwährende Ineinanderumschlagen der entgegengesetzten Prozesse der Warenmetamorphose W-G-W dar, worin der Ware ihre Wertgestalt nur gegenübertritt, um sofort wieder zu verschwinden. Die selbständige Darstellung des Tauscherts der Ware ist hier nur flüchtiges Moment... Verschwindend objektivierter Reflex der Warenpreise, funktioniert es nur noch als Zeichen seiner selbst und kann daher durch Zeichen ersetzt werden. Nur bedarf das Zeichen des Geldes seiner eigenen objektiv gesellschaftlichen Gültigkeit, und diese erhält das Papiersymbol durch den Zwangskurs." 2)

Mit dem Akt der Ersetzung schwankt freilich die Masse der Zirkulationsmittel nicht mehr - wie vorher - um ein Durchschnittsniveau, sondern ist starr fixiert, denn:

"Die einmal in Zirkulation befindlichen Zettel ist es unmöglich herauszuwerfen, da sowohl die Grenzpfähle des Landes ihren Lauf hemmen, als sie allen Wert, Gebrauchswert wie Tauschwert, außerhalb der Zirkulation verlieren. Von ihrem funktionellen Dasein getrennt, verwandeln sie sich in nichtswürdige Papierlappen." 3)

Ausgeber der Papierzettel ist also der Staat, ihre Quelle sind im allgemeinen die Staatsausgaben, ein gewisser Reflux ist gesichert über die Staatseinnahmen, soweit sie in Papiergeld geleistet werden. 4) Über diese beiden Mechanismen kann der Staat - und er muß es, will er den Wert der Papierzettel erhalten - die Gesetze der Metallzirkulation nachahmen und die Papierzettelmasse entsprechend den Bedürfnissen der Zirkulation steuern. Marx spricht in diesem Zusammenhang davon,

1) MEW 23, S. 141

2) ebd., S. 143

3) MEW 13, S. 98

4) Grundrisse, S. 51

daß die Macht des Staates, Papier durch den bloßen Stempelaufdruck in Gold zu verwandeln, Schein sei.¹⁾ Hierzu bemerkt B. Koch kritisch, daß es sich wohl um mehr als scheinbare Macht handele, wenn der Staat autonom am Maßstab der Preise drehen könne.²⁾ In der Tat bringt "dem Staat" die Überausgabe von Wertzeichen zunächst einmal eine handfeste Einnahmenerhöhung, da er allein über den Gegenwert der übermäßigen Emission verfügt, während ihre Folge, die Entwertung des Papiergeldes, von allen Geldbesitzern getragen wird (die weitere Konsequenz, nämlich den Kampf um die Abwälzung dieses Verlustes unter den verschiedenen Klassen, lassen wir hier beiseite). Diese Wirkung ist jedoch keine andere als die einer entsprechenden Steu-
erhöhung, nur mit ungleich ernsteren potentiellen Folgen (die Marx mit der "Gefahr allgemeiner Diskreditierung" umschreibt). Der Staat hat jedoch - und darauf kommt es Marx an - den Reichtum der Gesellschaft nicht um ein Gramm Gold erhöht, außer dem Geldnamen dieses Reichtums hat sich nichts geändert als die Tatsachen, in denen sich dieser befindet (letzterer Umstand bildet im Übrigen den Schlüssel zu all jenen Prozessen, die als Geldentwertung, Inflation etc. charakterisiert werden). Die Verwandlung von Papierzetteln in Gold findet also nur scheinbar statt. Im Übrigen kann der Staat nicht autonom in beliebiger Richtung am Maßstab der Preise drehen, zumindest nicht ohne weiteres. Geht nämlich der Prozeß der Überausgabe von Wertzeichen noch relativ reibungslos vor sich und ist er - mit der Münzverfälschung der Antike und des Mittelalters begonnen - ein beliebtes Mittel der jeweils Herrschenden, sich vergleichsweise unauffällig zusätzliche Einnahmen zu verschaffen (wobei die Konsequenzen regelmäßig erst dann mit Schrecken wahrgenommen werden, wenn die Zirkulation von Grund auf durcheinandergebracht ist), ist der umgekehrte Prozeß für den Staat immer schmerzlicher und meist ungangbar. Um diesen in Gang zu brin-

1) MEW 13, S. 98

2) B. Koch, a.a.O., S. 33

gen, muß (oder vielmehr müßte) der Staat in seinem Besitz befindliche Werte - Gold oder auch anderes Staatsvermögen, z.B. Ländereien - gegen Papiergeld hergeben, daß anschließend nicht mehr in die Zirkulation geworfen wird, er müßte quasi Werte an die Besitzer von Staatspapiergeld verschenken (von seinem Blickpunkt aus), und selbst dies würde meist schon früh auf objektive Grenzen stoßen, da die durch frühere Überausgabe von Papiergeld verursachten Einnahmen in aller Regel schon verausgabt sind. Deshalb auch die minder philanthropische Gewohnheit von "Währungsreformern", das deprezierte und diskreditierte Papiergeld entweder für völlig ungültig zu erklären, oder aber einen für die Geldbesitzer nicht sehr günstigen Kurs (z.B. 100 alte Franc = 1 NF) zu neuausgegebenem Papiergeld festzusetzen. In all diesen Fällen verhält sich der Staat - soweit er bürgerlicher Staat - dysfunktional bezüglich seiner Aufgabe, den reibungslosen Fortgang des Reproduktionsprozesses zu gewährleisten. Zumindest hier findet die "Autonomie" des Staates eine systembedingte Schranke. Diese Bestimmung wird dann wichtig, wenn es aufzuzeigen gilt, daß "Inflation" in der gegenwärtigen Bestimmung andere - systemnotwendig andere und andere systemnotwendige - Ursachen haben muß als eine "verantwortungslose Geldpolitik" des Staates.

Halten wir fest: Das Zeichengeld mit Zwangskurs wird gekennzeichnet durch die folgenden zentralen Bestimmungen: Es entspringt der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel, sein Kurs ist durch Staatszwang festgelegt, wie das zirkulierende Gold haust es beständig in der Zirkulationssphäre, nur daß es diese nicht (bzw. nur äußerst beschränkt bei Reflex in die Staatskasse) verlassen kann, woraus auch seine besondere Bewegungsform entspringt, die die Konfusionen der Quantitätstheorie hervorruft.

Demgegenüber steht die Genesis des Kreditgeldes zwar in engem Zusammenhang mit der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, jedoch in ganz anderer Weise als das Staatspapiergeld mit Zwangskurs mit der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel.

Während sich nämlich das Wertzeichen an die Stelle des Metallgeldes setzt und dieses - allerdings nur in dieser Funktion überflüssig macht - ist die Beziehung des Kreditgeldes zum Geld als Zahlungsmittel wesentlich komplizierter.

Die Kreditbeziehungen - und damit die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel - entwickeln sich unter den Bedingungen entfalteter Warenproduktion dadurch, daß sich die Veräußerung der Ware und die Realisierung des Preises zeitlich trennen.

"Es genügt, die einfachsten dieser Verhältnisse hier anzudeuten. Die eine Warenart erheischt längere, die andere kürzere Zeitdauer der Produktion. Die Produktion verschiedener Waren ist an verschiedene Jahreszeiten geknüpft. Die eine Ware wird auf ihrem Marktplatz geboren, die andere muß zu entferntem Markt reisen. Der eine Warenbesitzer kann daher als Verkäufer auftreten, bevor der andre als Käufer. Bei steter Wiederkehr derselben Transaktionen unter denselben Personen regeln sich die Verkaufsbedingungen der Waren nach ihren Produktionsbedingungen. Andererseits wird die Benutzung bestimmter Warenarten, z.B. eines Hauses, für einen bestimmten Zeitraum verkauft. Erst nach Ablauf des Termins hat der Käufer den Gebrauchswert der Ware wirklich erhalten. Er kauft sie daher, bevor er sie zahlt. Der eine Warenbesitzer verkauft wirkliche Ware, der andre kauft als bloßer Repräsentant von Geld oder als Repräsentant von künftigen Gelde. Der Verkäufer wird Gläubiger, der Käufer wird Schuldner. Da die Metamorphose der Ware oder die Entwicklung ihrer Wertform sich hier verändert, erhält auch das Geld hier eine andre Funktion. Es wird Zahlungsmittel." 1)

Bis zum Zahlungstermin wird das Geld hier substituiert durch einen privatrechtlichen Titel auf Geld, einen gesetzlich erzwingbaren Kontrakt zwischen den Warenbesitzern.²⁾ Die Kreditbeziehungen entwickeln sich dahingehend weiter, daß Schuldforderungen gegeneinander verrechnet werden können und nur noch "eine Schuldbilanz zu saldieren" bleibt.³⁾ Aus diesen sich verallgemeinernden Kredit- und Zahlungsbeziehungen wächst das Kreditgeld hervor:

1) MEW 23, S. 149

2) ebd., S. 150, MEW 13, S. 117

3) MEW 23, S. 151

"Das Kreditgeld entspringt unmittelbar aus der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, indem Schuldzertifikate für die verkauften Waren selbst wieder zur Übertragung der Schuldforderungen zirkulieren." 1)

Als wichtigste Formen des Kreditgeldes bilden sich heraus der Wechsel - ein auf Termin abgegebenes Zahlungsversprechen, meist von Kapitalisten bzw. Händlern untereinander abgegeben - als Repräsentant des kommerziellen Kredits; die (konvertible) Banknote - eine Anweisung der Bank auf ihren Geld- bzw. Metallvorrat - als Repräsentant des Bankkredits; und der Scheck - eine auf Sicht zahlbare Anweisung auf das Guthaben des Geldbesitzers bei der Bank - als Repräsentant des Kontokorrentkredits. Von einer Darstellung ihrer funktionellen Beziehungen untereinander - ihrer gegenseitigen Substituierbarkeit usw. - sehen wir hier ab. 2)

Die hier interessierende Frage ist die, ob das Kreditgeld in gleicher Weise Geld ist wie das Zeichengeld, also durch bloße Vermehrung die Geldmenge erhöhen und die Entwertung des Geldes hervorrufen kann. Der Grund, warum das Zeichengeld bei Übergabe eine entsprechende Entwertung seiner Gesamtmasse hervorrief, lag darin begründet, daß es außerhalb seiner nationalen Zirkulation jeglichen Wert verliert und daher aus dieser nicht entfernt werden kann. Das Kreditgeld hingegen beruht auf einem privatrechtlichen Schuldverhältnis zwischen Kapitalisten untereinander, die aufeinander Wechsel ziehen, zwischen Kapitalist und Bankier, der Wechsel desselben diskontiert, zwischen Bankier und Kontoinhaber usw. Während die Menge des Zeichengeldes bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit einfach vom Umfang der Emissionen durch den Staat abhängt, hängt die Menge des umlaufenden Kreditgeldes von der zahlungsfähigen (d.h. fähig, den jeweiligen Zinssatz zu bezahlen) Nachfrage nach Kredit ab.

1) ebd., S. 153 f.

2) vgl. MEW 25, S. 416 f., S. 444, S. 467 f., S. 539

"Die Menge der zirkulierenden Noten richtet sich nach den Bedürfnissen des Verkehrs, und jede überflüssige Note wandert sofort zurück zu ihrem Ausgeber." 1)

Während das Zeichengeld unterschiedslos vom Staat ausgegeben ist und eine homogene Masse bildet, setzt sich das Kreditgeld aus einer Vielzahl ineinander verschlungener Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse zusammen. Jeder Schuldner haftet für seinen Anteil an der Kreditmasse "in voller Höhe und mit seinem ganzen Vermögen" (§ 823 BGB). "Zahlt er nicht, so finden Zwangsverkäufe seiner Habe statt."²⁾ Kann er überhaupt nicht bezahlen, so entwertet sich nicht etwa das gesamte Kreditgeld im Ausmaße der geschuldeten Summe, sondern der Gläubiger ist der Geprellte. Grundlage des Kredits bleibt das Geld als Zahlungsmittel, soweit er sich auch zeitweilig von dieser zu emanzipieren vermag.³⁾

"Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel schließt einen unvermittelten Widerspruch ein. Soweit sich die Zahlungen ausgleichen, funktioniert es nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte. Soweit wirkliche Zahlung zu verrichten, tritt es nicht als Zirkulationsmittel auf, als nur verschwindende und vermittelnde Form des Stoffwechsels, sondern als individuelle Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit, selbständiges Dasein des Tauschwerts, absolute Ware. Dieser Widerspruch eklatiert in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, der Geldkrise heißt."⁴⁾

Wenn der Kredit auch nicht die Menge des zirkulierenden Mediums zu beeinflussen vermag und die Kreditgeldzirkulation grundsätzlich anderen Gesetzen folgt als die Zeichengeldzirkulation,

1) MEW 25, S. 540

2) MEW 23, S. 150. Zum Unterschied von gesellschaftlicher Garantie des Staatspapiergeldes und privater Garantie des Kreditgeldes vgl. Hilferding, a.a.O., S. 73 ff.

3) Wie wenig Bernd Koch diesen Umstand begriffen hat, beweist seine Bemerkung, daß "alle Formen des nationalen Geldes sich einander annähern, tendenziell identisch werden". "Alle heute real existierenden Formen des Geldes sind unmittelbar gegeneinander austauschbar; Buchgeld gegen Bargeld, Wechsel gegen beides usw.." (S. 61) Genauso kann man - zumindest bei flotter Konjunktur - behaupten, daß Geld und Ware "tendenziell identisch werden, da sie unmittelbar gegeneinander austauschbar sind".

4) MEW 23, S. 150

wirkt andererseits die Ausbildung des Kreditsystems mittelbar auf die Menge des Zirkulationsmittels insofern ein, als die Ökonomie der Zahlungsweise erhöht und die Umlaufgeschwindigkeit des zirkulierenden Mediums beschleunigt wird.¹⁾

Eine Form des Kredits fällt allerdings aus dem System der getroffenen Feststellungen heraus, nämlich der dem Staat gewährte Kredit, die Staatsschuld. Zwar bewirkt nicht jeder vom Staat aufgenommene Kredit unmittelbar eine Aufblähung der Zeichengeldzirkulation, er kann vielmehr - wie jeder andere Kredit - auf zu erwartende Einnahmen genommen und aus diesen Einnahmen getilgt werden. Er kann - aber er muß nicht. Denn der Staat im Unterschied zum Privatschuldner kann nicht "bankrott gehen"; beim sogenannten Staatsbankrott geht zwar das Staatspapiergeld in die Brüche, bankrott gehen dabei allenfalls eine erhebliche Anzahl Geld- und Warenbesitzer, für den Verlust, den der Staat macht, haftet die ganze Gesellschaft (freilich in unterschiedlichem Maße nach ihrer sozialen Gliederung).²⁾

Wenn schließlich die Staatsschuld dauernd steigende Tendenz hat, bedeutet dies, daß die Staatsausgaben ständig die Einnahmen übertreffen, und damit steigt auch stetig die Masse des umlaufenden Staatspapiergeldes, unabhängig davon, ob Zinsen und Tilgungen unmittelbar aus der Notenpresse finanziert werden. Daß ohnehin mit dem Staat - dem Garanten des gesetzlichen Zahlkrafts des Zirkulationsmittels - als Kreditnehmer der Bock zum Gärtner gemacht ist, liegt auf der Hand. Unmittelbare Geldemission ist immer der Notenbankkredit an den Staat - und nicht nur an den Staat -; darauf werden wir gleich zurückkommen.

Zu der erwähnten Konfusion bezüglich der Unterscheidung zwischen Staatspapiergeld und Kreditgeld hat nicht unwesentlich der Umstand beigetragen, daß eine im 19. Jahrhundert wichtige Form des Kreditgeldes ihre Funktion völlig geändert hat, nämlich die Banknote. Ursprünglich war die Banknote, als gold einlösbar

1) MEW 13, S. 123 f.; MEW 25, S. 536 ff.

2) Vgl. hier die mechanische Gleichsetzung von ^{Staatsbankrott und} Bankzusammenbruch bei B. Koch, a.a.O., S. 61 f.

Banknote, nichts weiter als eine Anweisung auf den Goldschatz der jeweiligen Bank - also auch von Privatbanken -. Banknoten wurden in aller Regel ausgegeben bei Entgegennahme von noch nicht fälligen Wechseln gegen einen Abschlag, den Diskont. Sie stellten also die Subsumtion des kommerziellen Kredits unter den Bankkredit dar. Mit der Aufhebung der Goldeinlösungspflicht gerät die Gesellschaftlichkeit der Garantie der Zahlkraft, die nur durch den Staat erfolgen kann, in Widerspruch mit dem privaten Charakter der Banknote:

"... inkonvertible Banknoten können nur da allgemeines Zirkulationsmittel werden, wo sie tatsächlich durch Staatskredit gestützt werden, wie z.B. gegenwärtig in Rußland. Sie fallen damit unter die Gesetze des inkonvertiblen Staatspapiergeldes, die schon entwickelt sind." ¹⁾

Das Privileg der Notenausgabe wurde daher auf die Nationalbanken (und damit auf den Staat) beschränkt. Hiermit verbunden war eine verstärkte Kontrolle des Staates über den Kreditmechanismus, die von der Kontrolle über größere Kreditoperationen, staatlicher Bankenaufsicht, Einblick in die Geschäftsunterlagen etc. Über die Beeinflussung des Kreditvolumens durch staatlichen Leitzins, Mindestreserven etc. bis zur Kontingentierung der Refinanzierungsmöglichkeiten und anderen Formen der direkten Kreditrestriktion gehen. ²⁾ Im Zuge dieser Entwicklung werden die Noten der Nationalbank Staatspapiergeld mit Zwangskurs, sie werden schließlich seine einzige Form. Gleichzeitig verstärken sich die Beziehungen zwischen Papiergeld und Kreditmechanismus.

Indem nämlich die Notenbank aus dem Kreditsystem herausfällt und anstelle von staatlicher Münze, etc. die Funktion der Emission des Zirkulationsmittels übernimmt, fällt auch der Notenbankkredit allgemein aus dem Kreditsystem heraus. Für den Charakter des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs ist es nämlich völlig gleichgültig, ob es die Form gestückelter Noten, die Form eines Buchungspostens auf einer Liste der Kreditemissionen der

¹⁾ MEW 25, S. 539 f.

²⁾ H. Burg, der Staat als Bankier, a.a.O., S. 12 f., 54 ff., 97 ff.

Zentralbank, oder selbst die Form eines Mikrofilms bzw. die der Feldanordnung einer magnetischen Schicht auf einem Plastikbank oder anderer Formen der elektronischen Datenspeicherung annimmt - die gesellschaftliche Zahlkraft des Zirkulationsmittels bleibt dieselbe.

Wir können somit endgültig - und im klaren Gegensatz zur bürgerlichen Theorie des Geldvolumens - abgrenzen, was Geldmenge ist und was Kreditmenge:

Papiergeld ist jede auf staatlicher Garantie beruhende Form von Zirkulations- und Zahlungsmittel. Wenn die Geschäftsbanken nationale Banknoten bei den Zentralbank niederlegen gegen jederzeitige Verpflichtung der Rückzahlung, so hat sich dadurch die "Geldmenge" in keiner Weise geändert, die Forderung an die Zentralbank ist absolut dasselbe wie die Banknoten; zahlt die Zentralbank dafür Zinsen, so emittiert sie zusätzlich Geld. Etwas anderes ist es mit den Mindestreserven, soweit diese in Banknoten eingezahlt werden, hier wird tatsächlich ein - wenn auch zeitweiliger - Reflux von Papiergeld geleistet; die Banken als "Privatleute" - und man darf nicht vergessen, daß die nur durch Bankgarantie gedeckten Kreditverpflichtungen eine private Garantie (im Zweifelsfall bis zur Höhe des der Bank gehörenden Eigenkapitals zuzüglich der Rückzahlungen der Privatschuldner) darstellen - geben hier Papiergeld an den Staat zurück. Der Staat schöpft hier tatsächlich - wenn auch nur zeitweilig - Geld ab und emittiert neues, wenn er die Mindestreservspflicht suspendiert. Eine Geldemission findet allerdings dann statt, wenn die Zentralbank Diskont- oder Lombardgeschäfte abwickelt, also Kreditgeld gegen Papiergeld annimmt. Dies bedeutet freilich solange keine Überemission, wie die so entstehenden Forderungen des Staates an die Privatgläubiger bezahlt werden. Der Zins aus diesen Geschäften stellt sogar einen Reflux von Geld zur emittierenden Instanz über diesen Betrag hinaus dar - dies Verhältnis muß sich freilich unter Bedingungen der Inflation dann umkehren, wenn der "Leitzins" unter der Inflationsrate steht. Bei Umtausch von Devisen wird gleichfalls nationales Papiergeld emittiert, soweit diese Devisen im Besitz der

Zentralbank bleiben, hierzu jedoch weiter im Abschnitt über die Währungskrise. Dort auch näheres über den internationalen Kredit.

Diese Beziehungen entgehen Ernst Mandel, der die Differenzierung von Staatspapiergeld mit Zwangskurs und Kreditgeld, die bei der Marx'schen Ableitung der Geldfunktionen und -formen von zentraler Bedeutung ist, gar nicht erst durchführt, vielmehr zwischen "privatem und staatlichem Papiergeld" differenziert.¹⁾ Als privates Papiergeld gelten dabei die Formen des kommerziellen Kredits in der frühkapitalistischen Ära bzw. beim mittelalterlichen Kaufmannskapital, sowie andere frühe Formen der Geldsurrogate, z.B. seit dem 2. vorchristlichen Jahrhundert in China.²⁾ Bereits die goldkonvertiblen Banknoten gelten ihm dagegen als staatliches Papiergeld, als Hauptkriterium gilt dabei die Deckung der Notenausgabe durch andere Schuldforderungen (Diskontierung von Staatspapieren und Wechseln)³⁾ Ohne sich explizit damit zu identifizieren, geht Mandel - wie die vor ihm kritisierten Autoren - von den Voraussetzungen der Quantitätstheorie des Geldes aus. Die Auseinandersetzung Marx' mit der Currencytheorie, insbesondere mit der Peelschen Bankakte, entgeht ihm dabei völlig. Im Unterschied zur Emission von Staatspapiergeld mit Zwangskurs richtet sich ja die Ausgabe von Kreditgeld "... nach den Bedürfnissen des Verkehrs, und jede überflüssige Note wandert sofort zurück zu ihrem Ausgeber."⁴⁾ Insofern scheint es auch wenig sinnvoll, im Zusammenhang mit der Diskontierung des kommerziellen Kredits von "Banknoten- und Papiergeldschöpfung"⁵⁾ zu reden. Inwiefern es auch im Rahmen

1) Ernst Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, BfW. 1968, S. 257 ff.

2) ebd., S. 257 f., 259

3) ebd., S. 261 f. Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden daß Mandel einige Seiten weiter unten einige Probleme der Zirkulation inkonvertiblen Staatspapiergeldes weitgehend zutreffend beschreibt, dies veranlaßt ihn jedoch nicht, seinen Papiergeldbegriff zu überdenken. (S. 268 ff.)

4) *MEW* 25, S. 340

5) Mandel, *Wirtschaftstheorie a.a.O.*, S. 262

hochentwickelter Kreditbeziehungen sinnvoll ist, von "Geldschöpfungsmöglichkeiten" der Geschäftsbanken zu reden, wird unten erörtert. Als weitere wichtige Quelle der staatlichen Papiergeld-Schöpfung im Sinne seiner Definition sieht Mandel den Kontokorrent-Kredit der Banken an.¹⁾ (Als dritte Quelle bezeichnet er - durchaus zutreffend auch im Zusammenhang unserer Ableitung - die Staatsausgaben²⁾.)

Den Kontokorrent-Kredit der Banken als "Quelle staatlicher Papiergeldschöpfung" begründet Mandel folgendermaßen:

"Man könnte glauben, daß dieses Buchgeld auf den bargeindeinlagen der Depositäre fußt. Das ist jedoch nur teilweise richtig. Ein Gutteil der Bankdepositen stammt nicht von tatsächlich erfolgten Einzahlungen der Bankkunden, sondern ist das Ergebnis von Kontokorrentkrediten, die die Bank den Kapitalisten bewilligt hat. Durch diese Darlehen kommen Depositen zustande (loans make deposits):

'Die Masse der Depositen erwächst aus der Tätigkeit der Banken. Wenn eine Bank Darlehen gewährt, wenn sie gestattet, mehr Geld abzuheben, als Depositen eingezahlt worden sind, und wenn sie Mobiliarwerte kauft, dann schafft sie in ihren Büchern Aktivposten, die das Äquivalent für ein Depositum sind. 3)'

Die so entstandenen Bankdepositen, zumindest die Sichtdepositen, repräsentieren wirkliches Geld, sofern sie für jedes beliebige Kauf- und Zahlungsgeschäft innerhalb des Landes verwendet werden können. Sie repräsentieren Papiergeld, weil ihre Zirkulation letzten Endes von der guten Verwaltung und der Zahlungsfähigkeit der Banken abhängt und nicht von dem eigentlichen Wert des allgemeinen Äquivalents. Sie repräsentieren staatliches Papiergeld, weil in den entwickelten Ländern sämtliche bedeutenden Depositenbanken durch ein eigenes System mit der Notenbank verbunden sind, da gewährleistet, daß das Buchgeld durch Banknoten der Notenbank gedeckt ist." 4)

Zumindest in den ersten beiden der von Mandel aufgeführten drei Kriterien für den Papiergeldcharakter des Kontokorrentkredits erscheint der von Marx entwickelte Unterschied von Staatspapiergeld mit Zwangskurs und Kreditgeld ausgelöscht. Die Abhängigkeit der Zahlkraft des Geldsurrogats "von der guten Verwaltung

1) ebd., S. 262 ff

2) ebd., S. 265 ff.

3) J. Strachey, A Program for Progress, zitiert nach ebd., S. 263

4) ebenda

und der Zahlungsfähigkeit der Banken" ist schließlich nichts anderes als die Bonität des Privatschuldners und macht nicht etwa den Papiergeld- sondern gerade den Kreditcharakter des Kontokorrentkredits augenfällig. Ernst zu nehmen ist allerdings das dritte Kriterium, das die enge Verflechtung von Papiergeld und Kreditmechanismus im gegenwärtigen Kapitalismus zum Ausdruck bringt. In der Tat ist ein bedeutender Teil der Sichteinlagen (in der BRD bis zum Zusammenbruch der Herstatt-Bank 20.000 DM je Konto, danach wurde dieser Betrag erhöht) durch Staatsgarantie gedeckt, ein gesetzlich vorgeschriebener Solidarfonds der Banken (der sog. "Feuerwehrfonds") sichert darüber hinaus die Einlösung eines weiteren bedeutenden Teils der Depositen. Doch rechtfertigt auch und gerade dieser Umstand nicht die Einbeziehung des Bankkredits in die "Geldmenge" im Sinne unserer Definition. Gerade die Notwendigkeit der Schaffung einer Einlösungsgarantie für den Bankkredit in gewissen Grenzen stellt die aktuelle Bewegungsform des Widerspruchs von privatem Charakter des Kreditgeldes und gesellschaftlichem Charakter des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs (in seiner aktuellen Form, nämlich der "Banknote" der Zentralbank) dar. Wenn bei einem Bankzusammenbruch ein Teil der Forderungen an die fallierte Bank vom Staat in staatlichem Papiergeld abgedeckt wird, zeigt dies zum einen umso deutlicher den alleinigen Charakter dieser Form des Papiergeldes als "definitives Geld" (es bliebe im übrigen abzuwarten, ob der Staat im Falle massiver Bankzusammenbrüche diese Einlösungsverpflichtung nicht - wie andere Einlösungsverpflichtungen zuvor - suspendieren würde), zum anderen ist nicht zu sehen, wo hier der qualitative Unterschied zu anderen Formen staatlich zentralisierter Kapitalentwertung (z.B. der Sanierung der Ruhrkohlekonzerne) liegt.

Bei allen - noch so bedeutenden - Veränderungen der Beziehungen zwischen Geld und Kredit und der gewaltig gewachsenen Bedeutung des Kredits für das Gesamtsystem des kapitalistischen Reproduktionsprozesses darf die grundlegende Definition von Marx nicht aus dem Auge verloren werden, daß der Kredit den

Ersatz von Zirkulationsmittel durch Umlaufgeschwindigkeit darstellt. Dies ist besonders wichtig bei der Einschätzung des inflationären Geldüberhangs, wo die einseitige Betrachtung der quantitativen Entwicklung des zirkulierenden Mediums - selbst bei Einbeziehung der Sichteinlagen - häufig die Illusion eines unter Berücksichtigung des realen Wirtschaftswachstums stabilen Umlaufsvolumens vermittelt¹⁾.

5.2. Papiergeld und Inflation

Die Inflation als Ausgabe überschüssiger Wertzeichen, die sich über eine Verschiebung des Maßstabs der Preise ausgleicht, ist mit der Existenz inconvertibler Wertzeichen eng verbunden. Vergleichbare Prozesse, wie die planmäßige Verfälschung des Metallgehalts der zirkulierenden Münze, sind zwar seit der Antike bekannt, sie sind jedoch nur möglich auf der Basis unentwickelter Ware-Geld-Beziehungⁱⁿ, da hier die Funktion des Zirkulationsmittels beeinträchtigt und die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehung selbst gehemmt wird.²⁾ Weiterhin scheint es sinnlos, jeder allgemeinen Preissteigerung die Bezeichnung "Inflation" anzuhängen. Eine relative Senkung des Warenwerts der Geldware ruft zwar eine Preissteigerung - ausgedrückt in der Geldware - der vulgären Waren hervor, im umgekehrten Falle könnte man dann mit der gleichen Berechtigung von einer "Wareninflation" sprechen.³⁾ Ebenso inhaltslos ist die - in zeitgenössischen bürgerlichen Konkunkturtheorien häufig verwandte - Apostrophierung der zyklisch bedingten Bewegungen der Preise und des Nationaleinkommens (bei extremen Monetaristen sogar des Zyklus selbst) als Inflation bzw. Deflation.

1) Harald-Dietrich Kühne, Zur Theorie und Praxis monetärer Analysen als Bestandteil staatsmonopolistischer Geldmengenregulierung, in Konjunktur und Krise, Berlin-DDR, Bd. 11/1960, S. 101-122, hier: S. 116 f.

2) MEW 13, S. 100, vgl. Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 377; Salin, Devisen-Bann-Wirtschaft a.a.O., S. 154

3) vgl. Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 376 f.

In der Epoche der ursprünglichen Akkumulation und der frühkapitalistischen Ära finden sich neben der "klassischen" Münzverschlechterung auch Fälle von Papiergeldinflation, so im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Lawsons Bank 1719/20 und mit den Assignaten während der französischen Revolution. Mit zunehmender Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nimmt die Neigung des Staates, "durch die Magie seines Stempels Papier in Gold zu verwandeln" (MEW 13, S. 98), stark ab. Im 19. Jahrhundert fehlen die tumultartigen Zusammenbrüche der Geldzirkulation weitestgehend; kennzeichnend ist eine an stabilen Metallgehalt und gesicherter Einlösung der Wertzeichen in die Geldware orientierte Geldpolitik des Staates und der Nationalbank. So verwundert es kaum, wenn Salin darauf hinweist, daß es in der "... dritten Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften (1909) ... - unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg - das Stichwort Inflation nicht"¹⁾ gibt, dies obwohl es zwischen 1814 und 1913 zwei recht lange Perioden bedeutender Preissteigerungen (1849 - 1872 und 1896 - 1913) in allen bedeutenden kapitalistischen Ländern gegeben hat.²⁾

Demgegenüber ist die gesamte Geschichte der Papiergeldwährungen des 20. Jahrhunderts von inflationären Prozessen gekennzeichnet, die von "galoppierenden" Inflationen einzelner Währungen - wie der deutschen 1923/24 und nach 1945 und derer verschiedener Halbkolonien bzw. "Entwicklungsländer" in Vergangenheit und Gegenwart - bis zu weltweiten "schleichenden" Entwertungsprozessen gehen. Diese Prozesse werden von Werner Hofmann unter dem Begriff "säkulare Inflation" zusammengefaßt.³⁾ Neben der "klassischen" Inflationsursache, nämlich hypertrophen, - direkt oder indirekt - durch Wertzeichenemission finanzierten Staatsausgaben⁴⁾ sieht er die Ursache für die Inflation - vor allem für

1) Salin, Devisen-Bann-Wirtschaft, a.a.O., S. 153

2) Triffin, the international monetary system, a.a.O., S. 18

3) Werner Hofmann, Die säkulare Inflation, Westberlin 1962

4) ebd., S. 29-38

ihren "säkularen" Charakter vor allem in der Monopolpreisbildung¹⁾. Den Beginn der säkularen Inflation sieht er um das Jahr 1895, in dem ein bis zur Weltwirtschaftskrise praktisch ungebrochener Prozeß der Preissteigerung einsetzte.

Hier setzt die Kritik von Christel Neusüß und von Ernest Mandel an, wobei Mandel den Zeitpunkt des Beginns der "säkularen Inflation" bezweifelt, im übrigen die von Hofmann entwickelten Ansätze eher zu vertiefen und präzisieren bemüht ist, Neusüß demgegenüber teils explizit, teils implizit sowohl die Neuartigkeit des Phänomens Inflation als auch seinen säkularen Charakter anzweifelt, vor allem aber den Stellenwert der Monopolpreisbildung für die inflationären Prozesse in Abrede stellt.

Der erste Vorwurf von Neusüß, daß nämlich Hofmann den Preisanstieg nach 1895 als gänzlich neues Phänomen darstellt, die vorangegangenen Perioden langfristiger Preissteigerungen, vor allem die von 1849-1872, unberücksichtigt läßt,²⁾ trifft so fern zu, als Hofmann es unterläßt, die Differenz zwischen diesen Preissteigerungen und denen, auf die er seine Theorie gründet, herauszuarbeiten. Die Preissteigerungen vor 1914 sind doch ohne Zweifel zumindest nicht allein auf "verallgemeinerte Marktpreisbildung" zurückzuführen, zumal damals noch das internationale Goldwährungssystem existierte, das freilich durch Hochschutzzoll und Exportprämien schon stark durchlöchert war. Auch mag auch der steigende Umfang des Welthandels eine Rolle gespielt haben, wobei sich Neusüß freilich den Vorwurf gefallen lassen muß, rein quantitativ und mechanistisch einen Zusammenhang zwischen flotter Weltkonjunktur und internationaler Preisbewegung zu konstruieren, ohne auf vor allem die von Hilferding und Bucharin³⁾ betonten Veränderungen in der Struktur der

1) ebd., S. 18

2) Neusüß a.a.O., S. 233 f.

3) Bucharin, a.a.O., S. 104 ff., 117 ff.; Hilferding, S. 414 ff.

Weltmarktbeziehungen einzugehen. Der weitere Vorwurf Neusüß gegen die Monopolpreistheorie besteht darin, "daß die These, die Preissteigerung in nichtmonopolisierten Sektoren der Volkswirtschaft .. grundsätzlich als in 'monopolisierten' geringer (sei), falsch ist."¹⁾ Dem ist unter allen Umständen zuzustimmen, es fragt sich nur wer diese "These" jemals aufstellt hat. Diese "These" würde nämlich besagen, daß beispielsweise nichtmonopolistischen Sektoren mit niedriger organischer Zusammensetzung unter den Bedingungen überproportionaler Steigerungen der Lebenshaltungskosten gegenüber den Großhandelsreisen die Kapitalverwertung vollständig verwehrt würde, da ihnen nicht einmal die Realisierung des Kostpreises gestattet wäre, der - als Element von V - bei ihnen Steigerungen der Lebenshaltungskosten ihrer Arbeiter in höherem Maße enthält als bei Kapitalen mit höherer organischer Zusammensetzung. Daß sie "grundsätzlich" die Preise nicht mehr erhöhen dürften als Monopole mit höherer organischer Zusammensetzung, wäre also widersinnig. Das gleiche gilt von Kapitalen mit relativ zurückbleibender Produktivität gegenüber hochproduktiven etc. Neusüß beweist mit solchen Einwänden, wie wenig Gedanken sie sich über Monopolpreis, Monopolprofit und dergleichen gemacht hat. Gegen die Apostrophierung der permanenten Nachkriegsinflation als "säkulare", wendet sie schließlich ein, dieser zerfalle in zwei Kriegeinflationen (Korea und Vietnam) und, sei im Übrigen der Expansion des Welthandels geschuldet.²⁾

Abschließend "entkräftet" sie die Theorie des Monopolpreises als eine Ursache der "säkularen Inflation" mit folgender Argument, daß uns einer eingehenden Überprüfung wert erscheint:

"Daß angesichts der dargestellten historischen Entwicklungen Hofmanns Theorie der Ablösung der Marktpreis- durch Machtpreisbildung seit dem Jahre 1895 sich nicht halten läßt, bestätigt

1) Neusüß, a.a.O., S. 234

2) ebd., S. 236

auch die Tatsache, daß in der großen Weltwirtschaftskrise die großen Monopole der Schwerindustrie die z.T. größten Preissenkungen hinzunehmen hatten. (Anm.)" 1)

Dieses Argument ist zweifellos schwerwiegend, es scheint daher geboten, den von Neusüß dafür gegebenen Beleg²⁾ nachzuschlagen. Eugen Varga schreibt, nachdem er zunächst auf die auch während der Krise erheblichen Profite einiger Monopolgruppen in der Abteilung II hingewiesen hat:

"Demgegenüber zeigten die Unternehmungen der Schwerindustrie, die ihre Rohstoffe selbst gewinnen oder zu hohen Monopolpreisen von anderen Monopolisten kaufen, bei denen die Produktionszeit länger und der Rückgang der Produktion viel stärker ist, trotz stärkster Monopolstellung stärkste Verluste." 3)

Also nichts von Preisfall! Daß auch Monopole Verluste machen können, daß der krisenbedingte Produktionsrückgang in der Abteilung I stets stärker ist, hat mit dem Monopolpreis nichts zu tun. Über diesen lesen wir in Vargas Aufsatz:

"Die Ungleichmäßigkeit des Preisfalls - die Monopolpreise fielen viel weniger als die freien Preise, die Preise der Industriewaren viel weniger als die der Agrarprodukte usw. - bildet einen besonderen Faktor der Verschärfung der Gegensätze in der Krise." 4)

Hierzu noch eine weitere Arbeit, betreffend die große Krise in Deutschland:

"Betrechten wir zunächst folgende Tabelle für das Jahr 1928 (1928 = 100)

Industriezweig	Produktionsmenge	Preise	Produktionswert
Eisenindustrie	39	81	32
Textilindustrie	80	39	31

1) ebenda

2) Eugen Varga, die große Krise und ihre politischen Folgen, in: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Ffm. 1969, S. 231-371, hier: S. 249 f.

3) ebenda

4) ebd., S. 245 Anm. 17 vgl. ebd., S. 282, Anm. 2

Die Entwertung des Kapitals - gemessen am Produktionswert - ist in beiden Industrien gleich hoch, die Daten über Mengen und Preise scheinen jedoch vertauscht zu sein. Aber das Rätsel klärt sich auf, wenn wir uns das Aktienkapital der Konzerne in Prozent des Gesamtkapitals jedes Industriezweiges 1926 ansehen: Es betrug in der Eisen- und Metallgewinnung 30 Prozent und in der Textilindustrie 37 Prozent. Die Konzerne, die Monopole, konnten eben wegen ihrer Monopolstellung die Preise in ganz anderer Weise hochhalten als die kleineren Betriebe, die viel schärferen Konkurrenzbedingungen unterlagen." 1)

-
- 1) Wilhelm Breuer u.a., Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, Köln 1974, S. 33, vgl. ebd., S. 33 ff., bes. Tabelle auf S. 34, (Produktionswert im Steinkohlenbergbau in den Krisen 1878 und 1932).

In ähnlichen Sackgassen wie Neusüß landet der Aufsatz von Elmar Altvater, Jürgen Hoffmann, Rainer Künzler und Willi Semmler, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, H. 17/18, 1975, S. 237-302. Diese beziehen sich zunächst explizit auf die Argumentation von Neusüß und lehnen die Erklärung der Inflation aus dem Monopolpreis ab (238 ff.). Die allgemeine Möglichkeit der Inflation wird im wesentlichen zutreffend aus den Gesetzmäßigkeiten inkonvertiblen Zeichengeldes abgeleitet (249 ff.). Freilich wird hier eine nicht haltbare "Entwertung konvertiblen Zeichengeldes" angenommen (253; vgl. vorl. Arbeit, S. 60). Wir hatten darauf hingewiesen, daß sich konvertibles Zeichengeld nicht entwerten kann, es sei denn, die Konvertibilität wird aufgehoben, dann freilich ist es inkonvertibles Zeichengeld.) Immerhin schließen sich die Autoren dem Trend zu quantitätstheoretischen Ansätzen nicht an. Anschließend wird auf wachsende Verwertungsschwierigkeiten im Verlauf der Konzentration und Zentralisation des Kapitals - freilich weitgehend unter dem Aspekt der Kapitalfixierung - hingewiesen, wobei entwickelt wird - was auch nicht bestritten werden soll -, daß diese durch den Staatseingriff nicht dauerhaft aus der Welt geschafft werden können. Unbestreitbar ist dies insoweit, wie auf die Widersprüchlichkeit des Staatseingriffs hingewiesen wird, fragwürdig wird es freilich da, wo der Umverteilungsaspekt im raschen Vorbeigehen abgetan wird (261, Anm. 57). Sodann wird auf den kostentreibenden Faktor der Nichtauslastung von Kapazitäten in der Krise verwiesen (262 ff.). Hieraus wird gefolgert: "So ergibt sich für jedes Einzelkapital der ökonomisch bedingte Zwang, gerade in der Krise bei Absatzstockungen und Unterauslastungen der Produktionskapazitäten keine Preissenkungen vorzunehmen."

Unklar bleibt bis hier, worin die neue Qualität besteht, die es ermöglicht, die Preise nicht zu senken, denn ganz allgemein gilt das oben gesagte für jedes Einzelkapital auf jeder Entwicklungsstufe des Kapitalismus, soweit es in der

Krise keine Verluste machen will (und welches will das schon?). Zur Erklärung dient dann wohl eine Darstellung des "klassischen" Kreditzyklus (265 ff.) mit zyklischem Preisfall in der Krise. Zutreffend wird hier - und im folgenden - darauf verwiesen, daß das Wehlen des Preisfalls die Krisenfunktion selbst stört (270 und ff.), da sich dann "die Entwertung von Kapital in der zyklischen Krise nicht voll durchsetzt". (270) Auf S. 274 f. werden dann die Monopole durch die Hintertür wieder hereingelassen, indem ihr "begrenzter" (was sonst?) Einfluß auf die eigenen Marktpreise, die der "kleinen" Kapitale (die Unterscheidung heißt nämlich: "große" und "kleine" Einzelkapitale) und auf den Preis der Ware Arbeitskraft konzidiert wird. Dies wird dann motiviert, daß auch die "kleinen" Kapitale in der Krise gezwungen sind, "ein ähnliches Preisverhalten in der Krise durchzusetzen. Nach der richtigen Widerlegung der "Theorien" von der Lohn-Preis-Spirale und dem begrenzt richtigen Hinweis darauf, daß die gewerkschaftliche Erklärung aus dem Verteilungskampf als Inflationserklärung nicht hinreicht - und in der Tat ist dies keine Inflationserklärung, sondern lediglich die Erläuterung eines Aspekts innerhalb des Inflationsprozesses - wird sodann den Monopolpreistheorien global unterstellt, sie gingen davon aus, die Monopole könnten ihren Profit quasi autonom festsetzen (275 ff.). Sodann wird zutreffend gezeigt, wie durch die Geldentwertung die gehaltene Nominalprofitrate entwertet wird (280 ff.). Auf Seite 282 werden wieder die unterschiedlichen Möglichkeiten der "großen" und "kleinen" Kapitale erwähnt, ihre Verwertungsschwierigkeiten "abzuwälzen" (!!). Hieran anschließend wird die durch die Entwicklung des Kreditwesens verstärkte Möglichkeit entwickelt, Verwertungsschwierigkeiten bzw. Realisierungsprobleme hinauszuschieben. (Hier fehlt dann allerdings der eigentlich fällige Hinweis auf die gänzlich unterschiedlichen Möglichkeiten für die "großen bzw. kleinen" Kapitale, in der Krise Kredit zu bekommen. Vgl. H. Burg, Der Staat als Bankier, a.a.O., S. 103 f. Außerdem wird hier der Quantitätstheorie zumindest eine Hintertür geöffnet, wenn Preiserhöhungen mit der Kreditaufblähung unexpliziert verbunden werden). Diesen Abschnitt abschließend wird auf die Rolle der Staatsausgaben verwiesen. (289 ff.) Abschließend wird die Nachkriegsinflation aus der Nachkriegskonjunktur auf dem kapitalistischen Weltmarkt hergeleitet (292 ff.) und andererseits als "Solidaraktion der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse" apostrophiert (297). Auf der gleichen Seite erfolgt ein - freilich gänzlich oberflächlicher - Hinweis auf die "Verschmelzung von Bank- und Industriekapital in den großen Konzernkomplexen", doch nur als Erläuterung, warum die Banken als Hauptgläubiger der Inflation nicht unterschiedener entgegengetreten. Der Aufsatz schließt mit einigen denunziatorischen Anwürfen gegen die Monopolpreistheorie als "Verschwörungstheorie", was angesichts der "Solidaraktionstheorie" verwundert. Die völlige Begriffslosigkeit und Borniertheit dieser "Inflationserklärung" dokumentiert sich in der Unfähigkeit,

über Unterstellungen (daß die Monopoltheorie das Wertgesetz als außer Kraft gesetzt betrachtet usw.) und Beschimpfungen hinaus eine Auseinandersetzung mit der Monopoltheorie zu führen, die auf deren zentrale Argumente (Umverteilung von Nationaleinkommen, Bedeutung der Preiskonkurrenz unter monopolistischen und nichtmonopolistischen Bedingungen etc.) ~~sinngemäß~~ und diese zu widerlegen zu versuchen. Nachgerade typisch ist dafür die Unterscheidung von "großen" und "kleinen" Einzelkapitalen, die als Form, sich um die Monopolfrage zu drücken, völlig eklektisch neben die laufende Argumentation gestellt wird, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, die Bedeutung dieser Differenzierung für die laufende Argumentation zu überprüfen. Neben den - allenfalls marginal bzw. als Rahmenbedingung relevanten - Erklärungsansätzen wie "Loslösung des Geldzeichens von der Goldbasis, Entwicklung des Kreditsystems, Zentralnotenbankpolitik, defizitäre Vollbeschäftigungspolitik des Staates" usw. werden als zentrale Erklärung steigende Kostpreise im Aufschwung angeführt, deren Reduktion in der Krise deshalb nicht stattfindet, "weil die Kapitale durch Verkauf zu sinkenden Preisen nur dann aus der Finanzklemme herauskommen können, wenn es ihnen gleichzeitig gelingt, durch Produktionseinschränkungen erhebliche Kostensenkungen zu erzielen."

Dies ist angeblich bei "gewachsenen-Fixkosten und der Stagnation nicht drastisch verschlechterten Realisierungsbedingungen" "nicht mehr gangbar und zugleich unnötig" (30). Diese "Erklärung" ist freilich völlig zirkulär: Weil die Krise schwach ist, müssen die Preise nicht gesenkt werden, und weil die Preise nicht gesenkt werden (die Bereinigungsfunktion der Krise gestört ist, vgl. S. 270), ist die Krise schwach. Mithin ist die schwache Krise Folge der Inflation, die Inflation Folge der schwachen Krise. Ebenso bei den "Kostpreisen" (die ja Inflationspreise sind): Weil Inflation herrscht, sinken auch in der Krise die Kostpreise nicht, weil in der Krise die Kostpreise nicht sinken, herrscht Inflation. Damit ist die Inflation "erschöpfend" aus der - Inflation erklärt.

Bliebe nur noch zu fragen, warum gerade angesichts der "nicht drastisch verschlechterten Realisierungsbedingungen" und der Möglichkeit, in der Krise Kredit zu bekommen, kein Einzelkapital auf die "Idee" kommt, seinen Marktanteil durch Preiskonkurrenz zu steigern, wobei es den - durch Kredit unschwer zu überbrückenden - Verlust in der Krise durch die erhöhte Profitmasse im Aufschwung mehr als nur wieder ausgleicht. Solche Überlegungen verbieten sich unseren Autoren, da sie zu der Überlegung drängen, daß sich den "großen" Kapitalen der Weg einer ruinösen Preiskonkurrenz aufgrund der Monopolstellung einiger weniger "großer" Kapitale von selbst verbietet, da der Aufwand und das Risiko zur Niederwerfung des gleich oder ähnlich "großen" Konkurrenten zu hoch erscheint, während sich den "kleinen" Kapitalen das dort hochgehaltene Preisniveau als Kosten darstellt, die ihnen diesen Weg bei Strafe des Untergangs gleichfalls weitgehend ver-

Die Einwände von Neusüß gegen den Monopolpreis als Quelle der Inflation lassen sich mithin nicht aufrechterhalten. Im Gegenteil zeigt das ungebrochene Wirken des Monopolpreises selbst in der bisher schwersten kapitalistischen Krise, wie hoch dessen Stellenwert bei der Erklärung der "säkularen Inflation" einzuschätzen ist.

Der Vorwurf ähnlicher exorzistischer Übungen am "Hausgespenst der kapitalistischen Wirtschaft" (Hofmann)¹⁾ läßt sich gegen Ernest Mandel nicht erheben. Freilich bestreitet auch er, daß Hofmann den Beginn der "säkularen Inflation" mit dem Jahre 1895 richtig angesetzt habe.²⁾ Er beruft sich hier auf die Analysen von Karl Kautsky und Otto Bauer in der Auseinandersetzung mit Eugen Varga in der "Neuen Zeit" zwischen 1911 und 1913.³⁾ Die

sperrt, wobei die angeführten Daten aus der großen Krise dokumentieren, daß die "kleinen" Kapitale unter bestimmten Umständen gleichwohl diesen Weg gehen müssen, während er den "großen" Kapitalen auch bei massiver Produktionseinschränkung - also "drastisch verschlechterten Verwertungsbedingungen" - gleichwohl weitgehend erspart bleibt.

Übrigens macht ein im gleichen Heft der Prokla erschienener Beitrag von Olaf Dombrowski, Zur Kritik bürgerlicher Inflationstheorien S. 165-232, dieses Hinwegdiskutieren des Monopolpreises offensichtlich nicht mit. Dombrowski schreibt: "Wenn das allgemeine Preisniveau sinken soll, dann müssen Preissenkungen vornehmlich von Branchen oder Betrieben ausgehen, welche die höchsten Produktivitätssteigerungen zu verzeichnen haben. Da dies aber meist für die großen Konzerne zutrifft, die ihrerseits ihre nominalen Preise immer weniger vom Markt denn von ihren Kalkulationen abhängig machen, ist der normale Weg zur Durchsetzung des Wertgesetzes nahezu versperrt." (232)

- 1) Hofmann, a.a.O., ; Freilich ist, seit Hofmann dies schrieb, das Hausgespenst eher zum Poltergeist geworden
- 2) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 377 ff., Auf die Problematik einzelner Aspekte des methodischen Ansatzes bei Hofmann, vor allem seine völlig unklare Fassung der Begriffe und des Zusammenhangs von Preis und Wert, Wertgröße und Preishöhe, Maß der Werte und Maßstab der Preise gehen wir hier nicht ein. Vgl. ders.: Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Westberlin 1968, S. 116 f. und 104; ders.: Sozialökonomische Studientexte Bd. 1, Westberlin 1964, S. 108 ff., bes. 110 f.
- 3) Vgl. Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 377, 380

Teuerung ist seiner Meinung nach in wesentlichem Maße auf die Steigerung der Produktivität in der Goldproduktion durch Inbetriebnahme neuer, ertragreicher Minen (Transvaal) und der Einführung neuer Verfahren (Zanliverfahren) bei der Goldförderung zurückzuführen.¹⁾ Zweifellos ist es kaum möglich, die Ursachenkomplexe für die Preissteigerung nach 1895 exakt auseinanderzuhalten und zu gewichten. Doch scheint Triffin nicht unrecht zu haben, wenn er die alleinige Erklärung der langfristigen Preistrends im 19. Jahrhundert aus den Bewegungen der Goldförderung als "... a neat mechanistic explanation" bezeichnet.²⁾ Immerhin war die gleiche Periode auch durch eine bedeutende Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in der industriellen Produktion gekennzeichnet, die die preissteigernden Wirkungen der Wertsenkung der Geldware zum Teil neutralisierte. Auch das Ansteigen der Weltmarktverflechtung, die Entstehung neuer Zentren der Kapitalakkumulation, läßt in letzter Konsequenz den Preistrend wieder umkippen, da sie als Hebel der weiteren Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wirkt. Unter den Bedingungen des Goldwährungssystems kann letzten Endes der längerfristige Trend der Preisentwicklung nur nach unten gerichtet sein, da Wert und Preis zumindest in der Tendenz übereinstimmen müssen (es sei denn, der Wert der Geldware sinke langfristig schneller als der der vulgären Waren - was nicht ernsthaft angenommen werden kann). Dies bestätigen auch die Diagramme der Preistrends von Wagemann³⁾, Kondratieff⁴⁾ und die Angaben von Triffin⁵⁾. Sicher ist nun, daß der 1895 einsetzende

1) ebd., S. 377

2) Triffin, international monetary system a.a.O., S. 19

3) entnommen aus: Neusüß, a.a.O., S. 224 (Indexziffern der Großhandelspreise 1901-1930)

4) N.D. Kondratieff, Die langen Wellen der Konjunktur, in: E. Mandel (Hg.): Die langen Wellen der Konjunktur, Westberlin 1972, S. 133-171, hier: S. 139 (Index der Warenpreise 1700-1921)

5) Triffin, international monetary system, a.a.O., S. 18 (Wholesale price indexes 1814-1913)

Aufwärtstrend seither nicht grundsätzlich gebrochen ist. Unbestreitbar ist auch, daß das Wirken der kapitalistischen Monopole in der Weltwirtschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts Realität war. Wenn man - im Gegensatz zu Neusüß - das Monopol nicht als der Natur des Kapitals äußerliche Oberflächenerscheinung, sondern als die den Erfordernissen der kapitalistischen Akkumulation adäquate und notwendige Bewegungsform des Kapitalverhältnisses unter bestimmten historischen Bedingungen begreift, kann man die beschleunigte weltweite Akkumulation des Kapitals im Weltmaßstab nach 1895 nicht unabhängig von oder gar im Gegensatz zu den Monopolisierungsprozessen betrachten. Dann löst sich der konstruierte Gegensatz auf (mit Ausnahme der tatsächlich getrennt zu betrachtenden Frage der Wertsenkung des Goldes), denn die nationale Einpfählung der Märkte mit Kapitalexport, Hochschutzzoll, Exportprämien und Dumping bei relativem Hochhalten der Inlandspreise sind dann die adäquate Form der nationalen Akkumulation ebenso wie der kapitalistischen Internationalisierung. In diesen Zusammenhang läßt sich auch die weitere, von den genannten Autoren unerwähnte Ursache der Preissteigerung, nämlich die Kriegsvorbereitung, einordnen.

Nach dem ersten Weltkrieg wird die Inflation zum festen Funktionsbestandteil des Reproduktionsprozesses. Insofern erscheint es auch unverständlich, wenn Mandel bei der Betrachtung der Preisentwicklung in den USA zwischen 1915 und 1939 feststellt:

"Diesen Zahlen entsprechend finden wir im Jahre 1939 ein Großhandelspreisniveau, das nur 10 % über denen des Jahres 1915 liegt.. Von einer langfristigen Inflation kann bei einem Kaufverlust der Papiergeldwährung von etwa 10 % in 24 Jahren (weniger als 0,4 % pro Jahr) keine Rede sein." 1)

Diese Behauptung vernachlässigt zum einen die gewaltig gestiegene Produktivkraft der Arbeit (vor allem durch die Rationalisierungen in den zwanziger Jahren), zum anderen den Umstand,

1) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 391.

daß es sich um das Preisniveau am Ende der bisher schwersten kapitalistischen Krise handelt, in der der Preisfall laut Varga "unvergleichlich stärker als in irgendeiner der vorhergehenden Krisen" war (mit Ausnahme der Nachkriegskrise 1921, in der das kriegsbedingte Preisniveau auf Friedensverhältnisse reduziert wurde)¹⁾. Das von Mandel herangezogene Preisniveau von 1915 war bereits kriegsbedingt überhöht - es lag 50 % - 60 % über dem von 1910²⁾, das von 1939 war krisenbedingt niedrig, (die Erholung von 1936/37 in den USA war durch eine erneute, mit der Depression bis Ende 1939 dauernde Krise unterbrochen worden)³⁾, es lag um 25 % unter dem von 1926⁴⁾. Wenn also selbst dieses Preisniveau noch erheblich über dem Vorkriegsniveau lag, kann "von einer längerfristigen Inflation" durchaus "die Rede sein".

Mandel wendet sich sodann in recht detaillierter Form einigen Einzelproblemen der inflationären Entwicklung zu. Er weist nach, daß

"die relative Preisstabilität der Sektoren mit überdurchschnittlich wachsender Arbeitsproduktivität .. selbst genauer Ausdruck der permanenten Inflation (ist) wie die raschere Preissteigerung in Sektoren mit langsam steigender Arbeitsproduktivität." 5)

Konsequent folgert er, daß hierin die prinzipiell ungebrochene Wirkung des Wertgesetzes auch unter den Bedingungen eines sich permanent verschiebenden Maßstabes der Preise zum Ausdruck kommen. Daraus ergibt sich, daß unter Bedingungen auftretender Überproduktionerscheinungen sektorielle oder selbst allgemei-

1) Varga, die große Krise, a.a.O., S. 245

2) vgl. Diagramme von Kondratieff, a.a.O., S. 139 und Wagemann, in: Neusüß a.a.O., S. 224

3) Kindleberger, a.a.O., S. 273 ff.

4) ebd., S. 288

5) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 394

ne Preissenkungen zumindest solange nicht ausgeschlossen sind, wie die "schleichende" Inflation nicht in eine "galoppierende" umschlägt.¹⁾

Sodann weist er die inflationären Auswirkungen einer Hypertrophie des Dienstleistungssektors nach, die ^{charakteristisch} als

"... Sonderfall einer allgemeineren Regel, daß nämlich jedes sektorielle Ungleichgewicht im Spätkapitalismus inflationäre Wirkungen hat, wenn durch die Erweiterung der Geldmenge, die rasche Anpassung der Wirtschaftsressourcen (verausgabten Arbeitsquanten) spezifischer Sektoren an die modifizierte Struktur der zahlungsfähigen Nachfrage verlangsamt wird." 2)

In diesen recht konkreten Ausführungen liegt die Stärke der Mandelschen Abhandlungen über die Inflation. Ihre zentrale Schwäche ist weniger in den angeführten wirtschaftshistorischen Ungenauigkeiten und Inkonssequenzen zu suchen, als vielmehr zum einen in seiner bereits kritisierten geldtheoretischen Begriffslosigkeit und zum anderen - daraus resultierend - in seiner unklaren Fassung der Beziehung zwischen der Inflation als Folge unmittelbarer Überausgabe von Zirkulationsmitteln - der "klassischen" Ursache der Inflation - und der Inflation als Folge monopolistischer Umverteilungsmechanismen.

Im Zusammenhang mit diesen Mißverständnissen kommt Mandel zu seiner Einschätzung, die Inflation in der Folge der Weltwirtschaftskrise, vor allem aber nach dem 2. Weltkrieg, als eine Kreditgeldinflation zu apostrophieren:

"Aus einer zweigliedrigen wurde die Geldmasse zu einer dreigliedrigen umgedrehten Pyramide: eine Basis Gold, auf der sich eine breitere Schicht von Papiergeld erhob, die ihrerseits von einer noch breiteren Schicht von Giralgeld (Bankkredit) überlagert war.

Solange die Kontrolle der gesamten Geldmasse durch die Zentralbankenbehörden den Regeln der Finanzorthodoxie auf der Basis des Gold-Standards gehorchte, war diese Erweiterung des Verfah-

1) ebenda

2) ebd., S. 397, vgl. ebd., S. 394 ff.; vgl. Gianfranc Pollillo, Inflation und die Struktur des Monopolkapitalismus, in: Marxismus-Digest, 3/72, Ffm. 1972, S. 51-62, hier: S. 60 f. vgl. auch: Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin-DDR, 1972, S. 498 f., 503 f.

rens der Geldschöpfung ein rein technischer Vorgang, um die faux frais der Zirkulation einzusparen. Mit der 'keynesianischen Revolution' kam es jedoch zu einer Umwälzung nicht nur der Form, sondern auch des Inhalts der Geldschöpfung. Giralgeld (Kontokorrentkredit der Banken) wurde nun zur Hauptquelle der Inflation." 1)

Dabei tritt nach Mandels Ansicht die Rolle der Staatsausgaben als Quelle der Inflation zunehmend zurück. Hatte sie unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise und im 2. Weltkrieg noch herausragende Bedeutung - ebenso wie bei den Mandel zufolge unbedeutenden inflationären Prozessen der Zwischenkriegszeit²⁾ - so übernahm vor allem nach dem 2. Weltkrieg die "Kreditgeldinflation" die Hauptrolle.

"Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch, in der neuen 'langen Welle mit expansivem Grundton', kam den eigentlichen Staatsausgaben eine zwar nach wie vor wichtige, aber letzten Endes zweitrangige Bedeutung bei der Erklärung der permanenten Inflation zu. Hauptquelle der Inflation wurde jetzt der Kontokorrentkredit der Banken an den privaten Sektor, d.h. Produktionskredit an die kapitalistischen Konzerne und Konsumentenkredit an die Haushalte .. Die permanente Inflation ist daher eine permanente Kreditgeldinflation, die dem Spätkapitalismus adäquate Form der Geldschöpfung zur langfristigen Sicherung der erweiterten Reproduktion.." 3)

Er stützt seine Argumentation auf die Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Staatsschuld und Privatschuld, deren Entwicklung in den USA zwischen 1946 und 1969 er anführt. Bei steigender Tendenz aller drei Aggregate stieg das Bruttosozialprodukt in dieser Periode erheblich schneller als die Staatsschuld (diese betrug 1946 noch 129 % des Werts des BSP, 1969 nur noch 40,8 %), die Privatschuld entwickelte sich demgegenüber wesentlich schneller als das BSP (sie betrug 1946 nur 73,6 % des Werts des BSP, 1969 dagegen 133,8 % und lag viermal so hoch wie die Staatsverschuldung, noch 1946 hatte sie über ein Drittel

1) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 381

2) ebd., S. 377

3) ebd., S. 381

niedriger gelegen als die Staatsverschuldung).¹⁾ Gegen diese Angaben ist kritisch einzuwenden, daß Mandel lediglich die Entwicklung der Schulden des Bundes (Federal Government) heranzieht, nicht die der Staaten und Gemeinden. Berücksichtigt man diese, so bleibt das Zurückbleiben des Wachstums der Staatsschulden bis Ende der sechziger Jahre zwar beachtlich, doch sie betragen 1969 immerhin 53,4 % des Werts des BSP, und bis 1973 wachsen die Staatsschulden praktisch parallel zum BSP²⁾. Dieser Umfang der Staatsschuld ist immer noch außerordentlich hoch; in der BRD betrugen die Staatsschulden 1971 und 1972 nur 18,2 % bzw. 18,7 % des Werts des BSP.³⁾ Dennoch sind gegen diesen Teil der Mandelschen Argumentation keine prinzipiellen Einwände zu erheben, soweit er den relativen Rückgang der Bedeutung der Staatsausgaben als Quelle der Inflation hervorheben will. Völlig falsch ist jedoch die Gegenüberstellung der Entwicklung von öffentlicher und privater Kreditaufnahme. Es ist oben bereits entwickelt worden, warum vom Staatskredit im Unterschied zum Privatkredit inflationäre Impulse ausgehen können. Während die Staatsschuld im inflationären Prozeß eine aktive Rolle spielen kann⁴⁾, reagiert der private Kredit lediglich auf die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation und des Geldumlaufs. Indem er eine bestehende Überproduktion verschleiert und zurückstaut, wirkt er letzten Endes als krisenverschärfendes Moment. Wenn im Jahre 1969 die Privatverschuldung 133 % des Werts des BSP der USA ausmachte, (die entsprechende Zahl für

1) ebd., S. 382

2) U.S. Department of the Census, Statistical Abstract of the USA 1974, Washington D.C. 1974, S. 221, 242, 373, 459; eig. Berechnung. Ab 1974 steigt die Staatsschuld krisenbedingt stark an.

3) Bundesminister für Finanzen, (Hg.) Jahreswirtschaftsbericht 1974, Bonn / Bad Godesberg 1973 ; Jahrbuch für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin-DDR 1973, S. 225; eigene Berechnung

4) vgl. Albrecht Heinze, Alfred Lemnitz, Handelskapital und Handelsprofit, Leihkapital und Zins, Berlin-DDR 1974, S. 72 f.

1973 lautet 149,9 %) ¹⁾, so illustriert dies die ungeheure Labilität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in der Gegenwart, kann jedoch nicht zum Ausgangspunkt einer Inflations-erklärung gemacht werden.

Der grundlegende Satz von Marx über die Beziehung von Geldmenge und Warenpreisen lautete:

"Die Geschwindigkeit der Zirkulation vorausgesetzt, ist die Masse der Zirkulationsmittel also einfach bestimmt durch die Preise der Waren. Preise sind also nicht hoch oder niedrig, weil mehr oder weniger Geld umläuft, sondern es läuft mehr oder weniger Geld um, weil die Preise hoch oder niedrig sind." ²⁾

Unter den Bedingungen manipulierter Papiergeldwährungen muß hier die Überemission von Papiergeld (nicht die "übermäßige" Expansion des Privatkredits) mit einbezogen werden:

"Wenn die Verwertung des Monopolkapitals die Ursache der Inflation ist, kann sie auf verschiedene Weise zum Ausdruck kommen: entweder als Steigerung der Monopolpreise mit einer wachsenden Geldemission als Folge oder als Entwicklung der Geldemission, die einer Preiserhöhung zur Folge hat, und, was noch realer ist, als eine Kombination von beidem. Die konkrete Analyse der Inflation und des monopolistischen Inhalts der Maßnahmen, die getroffen wurden, um gewissen Auswirkungen momentan zu begegnen, würde die Möglichkeit bieten, genau darzulegen, was zu jedem Zeitpunkt die hervorstechenden Aspekte sind und nach welchem Maßstab sie gemessen wurden." ³⁾

Im Zusammenhang mit dem oben gesagten ergeben sich also drei hauptsächliche Ursachengruppen der Inflation:

"Übermäßige Zunahme des Papiergeldumlaufs (beispielsweise zur Finanzierung der Militarisierung der Wirtschaft; Unterangebot in einzelnen Zweigen (beispielsweise infolge einer Verletzung der Strukturproportionen der Volkswirtschaft); Wachstum des Kostpreises oder anderer Preiselemente (vor allem des Profits)." ⁴⁾

1) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 332; Statistical Abstract 1974 a.a.O., S. 373, 549; eig. Ber.

2) MEW 13, S. 86

3) Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972 (Paris 1971), S. 333 f.

4) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, a.a.O., S. 502; vgl. Gündel/Heininger/Hess/Zieschang, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin-DDR 1967, S. 328

Die Fragen der Überemission inkonvertiblen Papiergeldes und der sektoriellen Disproportionen als Quellen der Inflation sind oben ausführlich erörtert worden. Die dritte Quelle der Inflation gibt unter den Bedingungen verallgemeinerter monopolkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und unter Berücksichtigung der Gesetzmäßigkeiten des inkonvertiblen Papiergeldes dem Marxschen Satz, daß bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Geldmenge durch die Warenpreise bestimmt ist, einen neuen Inhalt:

"Besonders wichtig ist folgende Tatsache: Das Bestehen einer monopolistischen Wirtschaftsstruktur und die einseitige Elastizität der Geldzirkulation schaffen neue Bedingungen, unter denen die Anhebung des allgemeinen Preisniveaus nicht immer mit einer vorherigen Erweiterung der im Umlauf befindlichen Geldmasse verbunden ist.

Während der Nachkriegszeit konnte man in vielen ökonomisch hochentwickelten Ländern Perioden beobachten, in denen das Verhältnis der Masse im Umlauf befindlichen Geldes zu den Hauptkennziffern der Produktion (Sozialprodukt, Nationaleinkommen usw.) nicht wuchs, während sich das allgemeine Preisniveau weiterhin hob. Eine zunehmende Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel war in solchen Fällen die spontane Reaktion der Geldzirkulation.

Die monopolistische Praxis der Preisbildung und das auf die Aufrechterhaltung der effektiven Nachfrage gerichtete gesamte System der staatsmonopolistischen Regulierung trugen in erheblichem Maße zu einer einseitigen Preisbewegung bei." 1)

Der Monopolpreis, der nach jeder Überwälzungsperiode, in der die erhöhten Preise, die sich für die übrigen Warenverkäufer - einschließlich der Verkäufer der Ware Arbeitskraft - als Kosten darstellen, weitergegeben worden sind, erhöht werden muß, um den Monopolprofit zu sichern, wird somit zum wichtigsten Bestimmungsfaktor der Umlaufmenge inkonvertiblen Papiergeldes. Dabei bleibt das Geldvolumen sehr häufig hinter der Preisentwicklung zurück. Dem Kredit kommt unter diesen Bedingungen die äußerst wichtige - aber doch nur subsidiäre - Funktion zu, die Anpassung der Geldmenge an die Preissumme qua Umlaufgeschwindigkeit zu bewerkstelligen. Die folgende Aufstellung der Entwicklung

1) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 498

von BSP, Geldvolumen und Preisentwicklung in der BRD 1951-1967
veranschaulicht dies:¹⁾

Jahr	Volumen ⁺ des BSP 1950=100	Geldvolumen ⁺⁺ Mia. DM 1950=100	Geldmenge je Ein- heit BSP ⁺⁺⁺ 1950=100	Durchschnitt- liche Preis- entwickl. ⁺⁺⁺⁺ 1950=100	
1	2	3	4	5	6
1951	111	20,9	117	105	110
1952	121	23,3	131	108	115
1953	130	25,5	143	110	115
1954	140	28,7	161	115	115
1955	157	31,8	180	115	118
1956	168	34,3	192	114	121
1957	177	37,3	209	118	125
1958	183	42,2	237	130	129
1959	196	48,4	272	139	131
1960	226	52,0	292	129	134
1961	238	59,6	335	141	140
1962	248	64,2	361	146	146
1963	256	68,7	386	151	150
1964	273	73,1	411	151	155
1965	283	79,7	448	156	160
1966	295	80,6	454	154	166
1967	295	89,0	497	168	168

⁺ Auf der Basis konstanter Preise von 1954.

⁺⁺ Außerhalb der Kreditinstitute zirkulierende Banknoten und Münzen sowie Sichteinlagen von privaten und öffentlichen Stellen bei Kreditinstituten (ohne Notenbank); Zahlen vom Jahresende.

⁺⁺⁺ Spalte 4:2

⁺⁺⁺⁺ Preisindex des BSP, Basisjahr 1950

Nur in vier Jahren des beobachteten Zeitraums entwickelte sich die Umlaufmenge je Einheit des BSP schneller als die Preissteigerung, davon nur einmal in erheblichem Maße. In drei Jahren entwickelten sich Umlaufmenge und Preissteigerung parallel, in den übrigen zehn Jahren stiegen die Preise schneller als die Geldmenge. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die "Geldmenge" in der angeführten Tabelle ("aktives Geldvolumen

¹⁾ Burg, Der Staat als Bankier, a.a.O., S. 123

Bank deutscher Länder" ¹⁾) die Sichtdepositen bei Kreditinstituten mit einschließt, die im Sinne unserer Definition als Element der Umlaufgeschwindigkeit zu betrachten sind, der Umfang der Anpassung des Zirkulationsmittels an die gestiegene Preissumme also eher unterschätzt ist.

Die ständige Anpassung der zirkulierenden Papiergeldmenge an das - durch die Monopolpreissetzung bedingt - ständig steigende Preisniveau muß also als der zentrale Aspekt unter den die Inflation verursachenden Faktoren angesehen werden. Die anderen Faktoren sind zum Teil aus der monopolkapitalistischen Struktur direkt abzuleiten, zum anderen Teil stehen sie mit ihr zumindest in engem funktionalen Zusammenhang.

So ist der inflationäre Ausgleich sektoraler Disproportionen nur im Rahmen monopolkapitalistischer Strukturen denkbar, denn diese sind es, die durch Hochhalten der Preise in Sektoren mit überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung und/oder strukturell bedingtem Produktionsrückgang (bzw. relativem Zurückbleiben) und durch Hemmung des intersektoralen Profitratenausgleichs "... die rasche Anpassung der Wirtschaftsressourcen an die modifizierte Struktur der zahlungsfähigen Nachfrage" ²⁾ verlangsamen.

Auch die staatliche Ausgabenpolitik - deren Bedeutung zwar im Vergleich zur Zeit der Kriegsinflationen abgenommen hat - kann nicht losgelöst von oder im mechanischen Gegensatz zu der monopolistischen Struktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses betrachtet werden, wie dies besonders deutlich bei Neusüß anklingt. ³⁾ Eine solche Sicht würde unterstellen, daß sich sämt-

¹⁾ vgl. Harald-Dietrich Kühne, Zur Theorie und Praxis monetärer Analysen als Bestandteil staatsmonopolistischer Geldmengenregulierung, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR, Bd. 11, 1967, S. 101-122, hier: S. 114 f.

²⁾ Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 397

³⁾ Neusüß, a.a.O., S. 236 ff.; Es würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen, systematisch auf die Einwände einer Reihe von Theoretikern gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus einzugehen. Allgemein kann gesagt werden, daß diese notwendige Auseinandersetzung unsso fruchtbarer

liche bedeutenden kapitalistischen Staaten gegenüber ihrer Rolle als ideeller Gesamtkapitalist dysfunktional verhalten, da sie durch eine "verantwortungslose Ausgabenpolitik" den Geldwert und die Staatsfinanzen zerrütten. Eine solche "Inflationserklärung" hat zwar ihren festen Platz in den Beiträgen bürgerlicher Oppositionsparteien in Parlamentsdebatten, trägt jedoch eher zur Verschleierung denn zur Aufhellung der Rolle staatlicher Ausgabenpolitik im Reproduktionssystem des gegenwärtigen Kapitalismus bei.

Vielmehr kann aus dem zeitweiligen Zurückbleiben des Wachstums der Staatsverschuldung gegenüber dem Wirtschaftswachstum keinesfalls auf einen Rückgang des staatlichen Einflusses auf die Prozesse gefolgert werden, die für die inflationäre Entwicklung determinierend sind. Der staatliche Eingriff in das System der

ist, je mehr sich die Kritiker bemühen, auf diese Theorie auf der Grundlage ihrer zentralen Ableitungszusammenhänge einzugehen und auf dieser Basis eine Kritik zu entfalten. Leider teilen sich unseres Erachtens die Kritiker in zwei Hauptgruppen, von wenigen Ausnahmen abgesehen: nämlich die einen, die auf der Grundlage der Uminterpretation zentraler Voraussetzungen einzelne Aspekte aus dem Begründungszusammenhang der Theorie herauslösen, ihre Stoßrichtung uminterpretieren, um sie schließlich als aufwendig aufgebauten Popanz abzuschießen, etwa in der Weise: "Das Wertgesetz ist somit außer Kraft gesetzt" etc. (zu dieser Gruppe ist z.B. Neukirch zu zählen, vgl. S.S.C., S. 89 ff.). Die anderen schließlich machen sich nicht einmal mehr diese Mühe, sondern interpretieren die theoretischen Arbeiten innerhalb der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Parteien Westeuropas - in trauter Eintracht mit den fragwürdigsten Zweigen bürgerlicher Politologie und "Ostforschung" - als kommandierte Rechtfertigung der Politik der KPdSU (vgl. W. Petrovski, Die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Prokla 1, S. 129-176) - wobei nicht einmal ein Gedanke daran verschwendet wird, diese Parteien und Staaten könnten womöglich die Theorie zur Grundlage ihrer Politik machen und nicht umgekehrt. (So einfach ist der Zusammenhang zwar auch nicht. Würde man aber diese Überlegung aufwerfen, so müßte die Stoßrichtung der Kritik eine sein, die sich dem erkenntnisleitenden Interesse einer "marxistischen" Begründung für bestimmte politische Vorurteilsstrukturen radikal entzieht).

kapitalistischen Reproduktion hat seit der Weltwirtschaftskrise und verstärkt seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Qualität erreicht.¹⁾

Dies zeigt sich augenfällig in der bedeutend gewachsenen Rolle des Nationalbudgets bei der Umverteilung des Nationaleinkommens:

"Wie stark die ökonomische Rolle des Staates in Bezug auf den Ausbeutungs- und Umverteilungsprozeß zugenommen hat, wird schon daran sichtbar - wenn auch noch nicht in vollem Umfang - daß der Anteil der Steuereinnahmen - als wichtigste staatliche Einkommensquelle - von 20 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1932 auf durchschnittlich 30 Prozent in den Jahren 1950 bis 1960 gestiegen ist (1913 betrug er nur rund 8 Prozent)." 2)

Diese Entwicklung betraf in gleicher Weise alle entwickelten kapitalistischen Staaten: .

"Das Bruttosozialprodukt und die Staatsausgaben (in Milliarden nationaler Geldeinheiten) 3)

Land	Bruttosozialprodukt		Staatsausgaben		Staatsausgaben in % des BSP	
	1950	1965	1950	1965	1950	1965
Japan	6.922	30.540	1.481	6.613	21,4	21,6
USA	286	692	69,6	197	24,4	28,5
Italien	12.455	35.244	3.545	12.768	28,5	36,3
England	13,27	35,35	4,36	12,94	32,8	36,7
BRD	97,8	448,8	30,3	168,3	31,0	37,5
Frankreich	100,8	461,4	30,7	181	30,5	39,2"

1) vgl. Autorenkollektiv, der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O.; Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 383 ff.; J. Chmel'nikaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin-DDR 1962, S. 118 f., Gündel/Heininger/Heß/Zieschang, a.a.O.; Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Berlin 1969, S. 51 ff.; R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin o.J. (Erstausgabe: Berlin-DDR 1967), S. 56 ff.

2) Katzenstein, a.a.O., S. 66

3) zitiert nach: Autorenkollektiv, Politische Ökonomie.. a.a.O., S. 430

Ergänzend ist hier nachzutragen, daß der Anteil der Staatsausgaben am BSP in den USA im Jahre 1972 bereits 34,4 % betrug.¹⁾ Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die staatliche Investitionsfinanzierung, die einen erheblichen Anteil bei den Staatsausgaben einnimmt.²⁾ Hinzu kommen eine Reihe von indirekten Formen staatlicher Finanzierung, die von einer - vor allem auf der Ebene der großen Konzerne - regressiven oder objektiv regressiv wirkenden Besteuerung³⁾ bis zu Formen staatlich zentralisierter Kapitalentwertung gehen.⁴⁾ Auf die mit der wachsenden Bedeutung des Staatseingriffs für den Reproduktionsprozeß zusammenhängenden Probleme kann hier nicht näher eingegangen werden, es soll nur auf einige Zusammenhänge dieses Problemkreises mit der inflationären Entwicklung hingewiesen werden.

Zum einen ist dieser Zusammenhang offenkundig bei Formen unproduktiver Verausgabung staatlich zentralisierter Fonds, wobei die Rüstungsausgaben im Vordergrund stehen.⁵⁾

1) Stat. Abstract..., a.a.O., S. 242, 373; eig. Berechnung

2) Katzenstein, a.a.O., S. 66; Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 42 ff.

3) Chmelnizkaja, a.a.O., S. 129 ff.; Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 47; Aike Blechschmidt, Löhne, Preise und Gewinne, 1967-1973, Lampertheim 1974, S. 94 ff.

4) vgl. Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 33 ff.

5) Unproduktive Ausgaben im Sinne des kapitalistischen Reproduktionsprozesses sind u.a. alle Ausgaben für "Staatsdienste" (vgl. K. Marx, Resultate des unmittelbaren Reproduktionsprozesses, Frankfurt/M. 1969, S. 68 f., zur Bestimmung der unproduktiven Arbeit vgl. ebenda, S. 64 ff.); außerhalb dieser Bestimmung fallen alle jene Teile staatlich zentralisierter Fonds, bei denen der Staat lediglich eine Umverteilungsfunktion wahrnimmt und die nach der Umverteilung unproduktives Kapital fungieren. Vgl. hierzu MEW 23, S. 785, wo Marx die Rolle des Staates bei der ursprünglichen Akkumulation beschreibt und feststellt: "Das ursprüngliche Kapital des Industriellen fließt hier zum Teil direkt aus dem Staatsschatz."

"Ein großer Teil der Staatsausgaben der kapitalistischen Staaten wird zur Finanzierung der Rüstung, des Militarismus usw. verwandt. Rüstungsgüter dienen weder der Erweiterung der Produktion noch der der Konsumtion. Sie fallen aus dem Reproduktionsprozeß heraus, müssen aber finanziert werden. Obwohl auch die Rüstungsproduktion unter bestimmten Bedingungen zum zeitweiligen Wachstum der Wirtschaft führen kann, hat sie letzten Endes Disproportionen, schwere Störungen im Reproduktionsprozeß ... zur Folge." 1)

Wenn auch nicht generell von jeder Form unproduktiver Vorausgabung des gesellschaftlichen Mehrprodukts auf inflationäre Wirkungen geschlossen werden kann, so ist jedoch klar, daß ohne Verletzung der Proportionalität der kapitalistischen Produktion weder durch den Staat noch durch die herrschenden Klassen ein unbegrenzter Anteil des Gesamtprodukts für Zwecke verausgabt werden kann, durch die sie weder in die produktive Konsumtion des Kapitals noch der arbeitenden Klassen eingeht.

"Ein großer Teil des jährlichen Produkts, das als Revenu verzehrt wird und nicht mehr als Produktionsmittel von neuem in die Produktion eingeht, besteht aus den fatalsten, die jämmerlichsten Gelüste, fancies usw. befriedigenden Produkten (Gebrauchswert). Dieser Inhalt ist für die Bestimmung der produktiven Arbeit ganz gleichgültig (obgleich natürlich, wenn ein unproportioneller Anteil so reproduziert würde, statt in Produktionsmittel und Lebensmittel zurückverwandelt zu werden - die Entwicklung des Reichtums natürlich einen Check erhielte). Diese Sorte produktiver Arbeit produziert Gebrauchswerte, vergegenständlicht sich in Produkten, die nur für die unproduktive Konsumtion bestimmt, in ihrer Realität, als Artikel, keinen Gebrauchswert für den Reproduktionsprozess haben ... (die von neuem in die Reproduktion - sei es der Waren, sei es der Arbeitsvermögen selbst eingehn, kurz, die produktiv konsumiert werden.)" 2)

Eine Disproportion infolge der Hypertrophie solcher "unreproduktiver" Konsumtion haben keine prinzipiell anderen Auswirkungen als andere sektorale Ungleichgewichte unter monopolkapitalistischen Bedingungen (siehe oben). Ein spezielles Problem ergibt sich daraus, daß solche Formen unreproduktiver Vorausgabung die Akkumulationskraft des nationalen Gesamtkapitals unmittelbar

1) Heinze/Lemnitz a.a.O., S. 73

2) Marx, Resultate, a.a.O., S. 71

herabsetzen.¹⁾ Ohne auf die Problematik näher eingehen zu können, erscheint es uns wenig sinnvoll, diesen Sektor der unreproduktiven Konsumtion als neue Abteilung III in die Marx'schen Reproduktionsschemata einbauen zu wollen.²⁾ Die Konstruktion der Reproduktionsschemata ist von Marx keinesfalls zufällig in einer Form gehalten, in der die unreproduktive Konsumtion als Element der Abteilung II erscheinen muß, entsprechend die für ihre Produktion angewendeten Produktionsmittel als Element der Abteilung I.³⁾ Bei Mandel scheint diese Bestimmung aber einem abstrakten Antimilitarismus zu entspringen, insofern er seine Abteilung III ausdrücklich auf "Zerstörungsmittel" beschränkt.⁴⁾ Er übersieht offensichtlich, daß weder die produktive Arbeit noch die produktive Konsumtion bzw. ihr Gegenteil bei Marx moralischen, vielmehr gesellschaftlichen Charakter tragen, und auf die gesellschaftliche Form der Produktion und die Art der Konsumtion, nicht aber auf die Gebrauchswertstruktur bezogen ist, es also für die Beurteilung der Rüstungsproduktion völlig gleichgültig ist, ob Atombomben oder Decken für die Soldaten produziert werden. Cogoy ist hier wesentlich konsequenter, er subsumiert unter seine Abteilung III kurzerhand alle Elemente des Staatsverbrauchs wie "Rüstungsproduktion und Infrastruktur" sowie den Verbrauch der Kapitalistenklasse.⁵⁾ Diese Ableitung

1) vgl. ebenda; sowie: Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 490 f. Mario Cogoy, Werttheorie und Staatsaufgaben, in: Braurmühl, Funken, Cogoy, Hirsch, Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 129-199; hier: S. 155 ff., 163 ff., bes. 164 f.

2) Cogoy, a.a.O., S. 162 ff.; vgl. Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 257 ff.

3) vgl. Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 489 ff.

4) Mandel, Spätkapitalismus, a.a.O., S. 267, Anm. 7; vgl. hierzu, Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 489. Hier wird zu Recht darauf verwiesen, daß der außerökonomische Zwang integraler Bestandteil der bürgerlichen Produktionsverhältnisse ist und die Bewaffnung von Armee und Polizei materielles Element in diesem Zusammenhang.

5) Cogoy, a.a.O., S. 162.

wiederum (von den allgemeinen Einwänden gegen die "Ableitung III" abgesehen) abstrahiert völlig davon, daß ein erheblicher Teil der Staatstätigkeit auch im ökonomischen Sinne gesellschaftlich notwendig ist, an der Erstellung des Nationalprodukts teilnimmt oder für diese unmittelbar Funktionen wahrnimmt. Hier werden die Besonderheiten hypertropher Rüstungsproduktion gegenüber der Staatstätigkeit im allgemeinen verwischt, zumal bei diesen Aspekten eben jene für die Einschätzung der Rüstungsproduktion zentrale Bestimmung der Herabsetzung der Akkumulationskraft des Gesamtkapitals offensichtlich - zumindest auf längere Sicht - unzutreffend ist (wie der Bau eines Transportweges, eines Staudammes oder Neulandgewinnung dies bewirken sollte, erwähnt Cogoy nicht).

Die wichtigsten Aspekte der inflationären Wirkung unproduktiver (bzw. unreproduktiver) Verausgabung staatlich zentralisierter Fonds sind also deren partielle Finanzierung durch Staatsschuld und Notenpresse einerseits und ihr hypertropher Umfang, dessen disproportionale Wirkungen sich unter monopolkapitalistischen Bedingungen notwendig inflationär ausgleichen. Nur am Rande sei noch erwähnt, daß gerade im Rüstungssektor zwischen den Vertretern der mit Rüstungsaufträgen betrauten Monopole und den Vertretern der Staatsorgane Beziehungen herrschen, die weit über den im staatsmonopolistischen Kapitalismus stärker gewordenen Zusammenhang zwischen Kapitalverwertung und Staatstätigkeit hinausgehen und von Formen engster personeller Verfilzung bis zur unverhüllten Korruption reichen.¹⁾ Konsequenz ist eine "Rüstungsinflation", d.h. eine überproportionale Preissteigerung bei der Rüstungsproduktion - dies obwohl der Staat als Auftraggeber ein Nachfragemonopol darstellt.²⁾

¹⁾ vgl. für andere: Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, a.a.O., S. 479 f.

²⁾ vgl. ebenda, S. 484 ff.

Der zweite Aspekt der inflationären Wirkung verstärkter staatlichen Eingreifens in den Reproduktionsprozeß betrifft nicht nur den Rüstungssektor und ähnliche Sektoren staatlicher Aktivität, sondern das gesamte System staatlicher Einflußnahme auf den Reproduktionsprozeß. Indem es sich notwendig auf die stärksten und profitabelsten Kapitale sowie - im Interesse der Systemerhaltung - auf die mit der größten Zahl von "Arbeitsplätzen" (wenn Monopole wie die Montanmonopole in der BRD Ende der fünfziger Jahre in Strukturkrisen geraten) beziehen muß, ist "die grundsätzliche Option der Staatsgewalt im Interesse der großen Konzerne, also von Einzelkapitalen" keineswegs "die Aufhebung des bürgerlichen Staates als einer Institution, welche sich grundsätzlich auf den gesamten Produktionsprozeß bezieht".¹⁾ Die Notwendigkeit dieser "grundsätzlichen Option" äußert sich schlagend spätestens dann, wenn der bürgerliche Staat sich im Interesse der "internationalen Konkurrenzfähigkeit" zur "selektiven Förderung" der "rentabelsten Unternehmen" gezwungen sieht.²⁾ Der Stützung "mittelständischer Unternehmen" kommt in diesem Zusammenhang eine doppelte Bedeutung zu: einerseits eine ideologische Funktion zur Verschleierung des in seinem quantitativen Ausmaß überwiegend und in seinem Inhalt gänzlich monopolistischen Charakters der Regulierung;³⁾ andererseits das Interesse der Monopole zumindest an der nicht allzu rasanten Ruinierung des nichtmonopolistischen Sektors als einer Quelle des Monopolprofits.⁴⁾

1) Neusüß, a.a.O., S. 133

2) Vgl. die Analyse des V und VI. Plans (im Rahmen der "Planifikation" der frz. Regierung) in: Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 558 ff., bes. S. 559, wo auf den Zusammenhang mit der internationalen Konkurrenz verwiesen wird.

3) Herrmann Turley, Zur Monopoltheorie der westdeutschen Neoliberalen, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 3, Berlin-DDR 1960, S. 104-136, hier: S. 110 f., 120 ff.

4) Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 561

Die staatsmonopolistische Regulierung ist somit Resultat der Monopolisierung wie Hebel weiterer Monopolisierung.¹⁾ Die aus der Monopolisierung herrührenden inflationären Wirkungen werden dabei durch die Formen des Staatseingriffs abgesichert und verstärkt. Staatliche "Antiinflationpolitik" ist einerseits in der aus einer überdurchschnittlichen Inflationsrate resultierenden Möglichkeit der Einschränkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen nationalen Kapitals begründet, 2) andererseits in der latenten Gefahr des Außer-Kontrolle-Gerats der Inflation mit drohender Zerstörung der Ware-Geld-Beziehung. Sie stellt sich zumeist dar als staatlicher Druck auf die Löhne (Lohnleitlinien etc. bis hin zum Lohnstopp) und gleichzeitig Einschränkung des von der Zentralbank den Geschäftsbanken gewährten Refinanzierungsspielraum. Die dadurch hervorgerufene Krediteinschränkung "greift" nur dann im wesentlichen Maße, wenn der Kredit ohnehin stark angespannt ist (also meist vor Ausbruch der zyklischen Krise), sie ist dann geeignet, den Ausbruch der Krise zu beschleunigen (so in der BRD 1966 und 1974). Zudem wirkt die Krediteinschränkung unsymmetrisch auf die vom Kredit infolge hoher Selbstfinanzierungsraten unabhängigeren Monopole und die übrigen Kapitale und sonstigen Kreditnehmer (Hypotheken- und Konsumentenkredit).³⁾ Ohnehin werden bei Krediteinschränkungen die großen Monopole in der Kreditvergabe bevorzugt,³⁾ nicht nur infolge der Verschmelzung von Bank- und

1) vgl. hierzu auch Kurt Zieschang, Zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner inflationären Wirkung auf die ökonomischen Gesetze, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 4, Berlin-DDR 1961, S. 125-181, hier bes. S. 146 ff. sowie Ulrich Hoffmann, die Rolle der Inflation im Rahmen zyklischer und chronischer Krisenerscheinungen im heutigen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR 1975, H. 6, S. 878-889

2) Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 333

3) vgl. H. Burg, der Staat als Bankier, a.a.O., S. 94 ff., bes. S. 103 f.

industriellem Konzernkapital¹⁾, sondern auch ganz banal deswegen, weil diese das geringste Risiko bei der Kreditvergabe in Krisensituationen darstellen. Damit werden zumindest Teile des nichtmonopolistischen Sektors zur Preissenkung zwecks Liquidierung fälliger Verpflichtungen gezwungen, was für die Monopole so gut wie nie der Fall sein dürfte.²⁾

Halten wir also fest: Hauptursache der Inflation ist die Preispolitik der großen Monopole, was sich nicht notwendig und nicht immer in überproportionalen Preissteigerungen in diesem Sektor äußern muß, sondern oft auch darin, daß dort trotz weit überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerungen keine Preissenkungen, meist sogar Preissteigerungen stattfinden. Diese Preissteigerungen schlagen sich in den übrigen Sektoren als gestiegene Kostpreise nieder und setzen einen Überwälzungskreislauf in Gang, der sich vor allem beim Lohn als Verteilungskampf äußert. Hierbei sind die Lohnabhängigen durch die unterschiedliche Länge der Überwälzungsperioden (Tarifvertrag) häufig benachteiligt (Ausnahme: "leergelegter Arbeitsmarkt" gegen Ende der Hochkonjunktur). Der Überwälzungskreislauf bedingt die Permanenz der Inflation, da der Monopolprofit gegen Ende der Überwälzung durch die Kostpreiserhöhung eingeschränkt wird. Eine bedeutende, aber als von den monopolkapitalistischen Strukturen abgeleitete ^{in der Krise} Inflationsursache ist in sektoralen Ungleichgewichten zu sehen (steigende faux frais bzw. hypertropher "tertiärer Sektor"). Im Rahmen der gestiegenen Staatstätigkeit kommt der Staatsschuld eine bedeutende, jedoch relativ zur Wirkung der monopolistischen Strukturen relativ gesunkene Bedeutung zu (die wahrscheinlich im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise wieder zunimmt). Im Zusammenhang der gesamten

1) vgl. Peter Hess / Kurt Zieschang, Das Finanzkapital - der Zusammenhang zwischen Kapitalmacht und Kapitalverwertung im heutigen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR 1972, H. 11, S. 1673-1690

2) Man bedenke, daß z.B. der VW-Konzern jahrelang in der "Verlustzone" wirtschaftete, um schließlich die "Sanierung" auf dem Weg der Produktionseinschränkung und des "Personalabbaus", und nicht etwa den von Preissenkungen zu beschreiten.

Staatsaktivität kommt den Formen unproduktiver (bzw. unreproduktiver) Verausgabung insofern inflationäre Bedeutung zu, als sie infolge ihrer Hypertrophie (vor allem die Rüstungsausgaben) Disproportionen schaffen bzw. verstärken, mithin einen Sonderfall sektoraler Disproportionen darstellen. Die staatliche Wirtschaftsprogrammierung wiederum bezieht sich notwendig auf die monopolistischen Strukturen und bildet einen Hebel weiterer Monopolisierung, sie unterstützt und garantiert den Monopolprofit und wirkt hierüber auf die Inflation ein. Staatliche "Anti-inflationspolitik" dient letzten Endes dem gleichen Zweck, sie muß letzten Endes die Inflation eher verstärken. Keine eigenständige Bedeutung als Inflationsursache kommt der für den gegenwärtigen Kapitalismus typischen Kreditaufblähung zu, sie hat vielmehr die Funktion, die spontane Anpassung der Umlaufmenge inkonvertiblen Zeichengeldes an die inflationär gestiegene Preissumme zu bewerkstelligen. Das Marx'sche Gesetz, daß die Geldmenge durch die Preissumme bestimmt ist, erhält so unter monopolkapitalistischen Bedingungen einen neuen Inhalt.

Ausgehend von den eingangs und besonders in den letzten beiden Abschnitten entwickelten Bestimmungen soll nun die Funktionsweise eines Wechselkurssystems manipulierter Papiergeldwährungen untersucht und im folgenden auf dessen konkret-historische Entwicklung seit der Währungskonferenz von Bretton Woods eingegangen werden.

5.3. Papiergeld und Wechselkurssystem

Wir hatten eingangs bereits einige Probleme der Wirkungsweise eines Wechselkursmechanismus - zunächst unter der abstrahierenden Voraussetzung internationalen Äquivalententauschs auf der Basis internationaler Werte, dann unter Einbeziehung der realen Formen kapitalistischer Wertmarktkonkurrenz unter Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus - untersucht. Allgemein wurde festgestellt, daß sich unter einem Wechselkurssystem die Weltmarktpreise nicht - wie beim Goldwährungssystem -

international zwischen den Branchen herausbilden, sondern auf der Basis eines intentionalen Durchschnittsniveaus der Produktivität und Intensität der nationalen Exportpakete, das unter diesen Voraussetzungen (internationaler Äquivalententausch reine Handelsbeziehungen) auf der Basis der Relation der nationalen Goldgehalte, wobei letztere die Determinante, ersteres die Variable darstellt, den Wechselkurs reguliert. Wie sich aus den Busch/Schöller/Seelowschen Tauschgleichungen¹⁾ - unseres Erachtens plausibel - ergab, begünstigt dieses System in der internationalen Konkurrenz diejenigen Produzenten, die relativ zu ihrem nationalen Durchschnittsniveau produktiver (bzw. intensiver) produzieren als ihre ausländischen Konkurrenten relativ zu dem ihrigen - dies relativ unabhängig von der absoluten Höhe der Produktivität und Intensität bei den Konkurrenten ebenso wie den Nationen. Wir stellten fest, daß hierin die Wirkung der komparativen Arbeitsaufwandsunterschiede im internationalen Handel zum Ausdruck kommt, die als ökonomisches Zwangsgesetz unter dem Wechselkurssystem ungleich schärfer wirkt als unter dem Goldwährungssystem. Als mögliche Konsequenz skizzierten wir, daß das überdurchschnittlich produktive nationale Kapital seine führende Position auf dem Weltmarkt in hochproduktiven Wachstumsindustrien progressiv ausbauen kann und die minder produktiven nationalen Kapitale tendenziell in immer marginalere Bereiche der Produktion abgedrängt werden, daß sich also eine "internationale Arbeitsteilung" extrem ungleichgewichtigen Charakters herausbildet. Wir setzten uns dann mit dem Ansatz von Christel Neusüß auseinander, die aus dem Zurücktreten der Bedeutung der absoluten Höhe der Produktivität und Intensität für die Konkurrenzposition des exportierenden Einzelkapitals auf dem Weltmarkt unter Bedingungen eines Wechselkursmechanismus und aus der Tatsache, daß unter diesen Voraussetzungen der Konkurrenzvorteil eines seine Produktivität erhöhenden Einzelkapitals durch korrespondierende Wechselkursbewegungen (Aufwer-

1) vgl. Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 28 ff., vgl. vorl. Arbeit, S. 8 ff.

tung beim produktiveren bzw. Abwertung beim minder produktiven nationalen Kapital) nivelliert wird, folgert, daß dem Wechselkursmechanismus der Charakter eines Schutzmechanismus für die minder produktiven nationalen Kapitale zukomme. Wir wiesen demgegenüber nach, daß dem eine nicht gerechtfertigte Übertragung des Prozesses beim Einzelkapital auf das nationale Gesamtkapital zugrunde liegt, daß sich vielmehr die Gesamtverwertung des produktiveren nationalen Kapitals durch die Paritätsänderung in dem Maße verbessert, wie der Vorteil für das exportierende Einzelkapital eingeschränkt wird, umgekehrt im minder produktiven Land. Der Wechselkursmechanismus vermag nämlich unter der Voraussetzung internationalen Äquivalententauschs nicht mehr, als diesen Tausch zu vermitteln.

Wir stellten an diesem Punkt der Darlegung fest, daß eine auf der Ebene des reinen Austauschs zu internationalen Werten verharrende Analyse der Entfaltung der Weltmarktexistenz des Kapitals unfähig ist, einen internationalen Austausch auf sich progressiv erweiternder Stufenleiter adäquat zu erklären, da unter den Bedingungen der nationalstaatlichen Verfaßtheit des kapitalistischen Weltmarkts die Weltmarktbeziehungen der nationalen Kapitale durch die Logik des Austausch eher zu ihrer Einschränkung denn zu ihrer Erweiterung tendierten. Dem bürgerlichen Nationalstaat kommt in diesem Zusammenhang nicht der Charakter einer dem Weltmarktzusammenhang der Kapitale äußerlichen Friktion der Konkurrenz zu; indem er die auf die progressive Vernichtung des minder produktiven nationalen Kapitals - und damit der bürgerlichen Gesellschaft in dem minder entwickelten Land - durch die Mittel des Protektionismus, des "Kunstmittels, Fabrikanten zu erzeugen", hinwirkende Logik des Austauschs bricht, wird er zum konstitutiven Element eines expandierenden Weltmarkts. Hierin sahen wir einen wichtigen Ansatzpunkt für die Erklärung der spezifischen Form der Herausbildung des kapitalistischen Weltmarkts, nämlich die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale.

An diesem Punkt der Analyse mußte geprüft werden, welche Relevanz der Voraussetzung internationalen Äquivalententauschs (in internationalen Werten) für die Analyse der realen Weltmarktkonkurrenz zukommt. Der Argumentation Kohlmeys folgend, wurde festgestellt, daß sich die Weltmarktpreise herausbilden auf der Basis der relevanten nationalen Produktionspreise, die ihrerseits Elemente innergesellschaftlichen (Mehr-) Werttransfers enthalten, die in keiner unmittelbaren ursächlichen Verbindung zu den internationalen Werten stehen, woraus eine strukturelle Inkongruenz zwischen Weltmarktpreis und internationalem Wert gefolgert wurde. Als mögliche Konsequenz wurde auf einen permanenten Werttransfer zugunsten der nationalen Kapitale, die in einer strukturell ungleichgewichtigen internationalen Arbeitsteilung bei den Branchen mit hoher organischer Zusammensetzung auf dem Weltmarkt dominieren, hingewiesen. Daneben wurden andere Quellen institutionalisierten Werttransfers aufgezeigt.

Hieran anschließend wurde auf die These von Busch/Schüller/Seelow eingegangen, für die Bewegungen des Wechselkurses sei in letzter Instanz nur die Bewegung der Handelsbilanz relevant. Es wurde kritisiert, daß diese um der Aufrechterhaltung ihrer mechanischen Konstruktion willen, die die Wechselkursskala als bloßes Spiegelbild der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade begreift, faktisch den arbeitswerttheoretischen Ansatz ihrer Darlegung preisgeben. Eine an diesem Ansatz orientierte Analyse muß in die Bestimmung des nationalen Geldwertes in einem Wechselkurssystem - zweifellos auf der Basis der nationalen Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede - alle internationalen Wertbewegungen, nicht nur die dem Warenaustausch entspringenden, einbeziehen. Hierzu gehören Formen institutionalisierten Werttransfers ebenso wie Formen temporärer und definitiver Verausgabung über nationale Grenzen hinweg, selbst solche Wertbewegungen, die unmittelbar außerökonomischen Gewaltverhältnissen entspringen (so der von Marx erwähnte kolo-

niale Tribut Indiens an England).¹⁾ Dabei bleibt natürlich unbestritten, daß solche Veränderungen des Wechselkursniveaus Rückwirkungen auf die Verwertung und die Konkurrenzposition des jeweiligen nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt haben, ebenso wie das Einströmen oder Abfließen von Geld bzw. Geldkapital.

Es muß nun geklärt werden, welche weiteren speziellen Bestimmungen für die Analyse eines Wechselkurssystems seine reale Existenz als Wechselkurssystem manipulierter Papiergeldwährungen unter monopolkapitalistischen Bedingungen mit sich bringt. Hierzu muß der Unterschied in den Niveaus der Warenpreise herangezogen werden. Ist dieser nämlich in dem weltweiten Papierwährungssystem, das der Wechselkursmechanismus Busch/Schöller/Seelowscher und Neusüßscher Provenienz unterstellt, nur unterworfen der beliebigen Setzung oder Entwicklung - wobei deren Ursachen im Dunklen bleiben - des nationalen Preisniveaus²⁾ und wird die Frage der Entwicklung des Goldgehalts nur am Rande - wie bei Neusüß u.a.³⁾ oder gar nicht - wie bei Busch/

1) vgl. Cecco, Weltwirtschaft nach 1870, a.a.O., S. 60 ff.

2) Neusüß/Blanke/Altvater, a.a.O., S. 43 ff.

3) ebd., S. 13 ff., 44 f.; Der Darstellung der Beziehungen innerhalb des Währungssystems, insbesondere der Definition der Rolle des Goldes (S. 68 ff.) ist zwar im wesentlichen zu folgen, ebenso dem richtigen Hinweis, daß das nationale Geld innerhalb des internationalen Rahmens unter den Bedingungen aufgebener Goldkonvertibilität Kreditcharakter hat (S. 76). Unklar im Zusammenhang dieser richtigen Ableitung bleibt freilich, wie der Dollar als "Papierweltgeld mit Zwangskurs" apostrophiert werden kann (S. 75). Hier hilft auch der Hinweis auf den manipulierten Goldpreis nicht weiter, denn dieser war ja ein Versuch, die Durchsetzung des Wertgesetzes zu hemmen, während sich im Papiergeld mit Zwangskurs - vermittelt über die Preisbewegung - dieses spontan durchsetzt, was es im ersten Fall nur gewaltsam konnte (vgl. dazu vorl. Arbeit, S. 95 ff.). Die - von der normativen Kraft des Faktischen diktierten - richtigen Darstellungen gehen dann in Neusüß, a.a.O. weitgehend verloren, wo sich expli-

Schöller/Seelow¹⁾ erwähnt, so soll dessen zentrale Bedeutung für Grundlagen und Konstitution eines Wechselkursmechanismus manipulierter Papiergeldwährungen hier herausgearbeitet werden.

Ein Wechselkursmechanismus bei Konstanzhaltung des Goldgehalts der Papiergeldwährungen wäre sinnlos, eine *contradictio in adjecto*, denn hier wären Paritätsänderungen ausgeschlossen, dieser "Wechselkursmechanismus" wäre der Goldwährungsmechanismus. (Über die Konstanzhaltung des Goldgehalts der Papiergeldwährungen war auch im 19. Jahrhundert das Weltwährungssystem längst Goldwährungssystem, ohne daß und bevor noch die wichtigsten Handelsländer außer England die Goldwährung in der inneren Zirkulation einführten.) Der Wechselkursmechanismus der Busch/Schöller/Seelowschen Prägung würde schließlich in reiner Form eine Konstanzhaltung der inneren Warenpreise in Papiergeld - unabhängig von den Bewegungen des relativen Geldwerts (Goldgehalts) erfordern. Unter den Voraussetzungen reiner Handelsbeziehungen würden sich dann die unterschiedlichen Bewegungen der nationalen relativen Geldwerte - soweit sie für die Weltmarktwaren relevant - als Paritätsänderungen äußern und es wür-

zit auf den unhaltbaren Ansatz von Busch/Schöller/Seelow bezogen wird, denn wenn sich das Wertgesetz auf dem Weltmarkt in Wechselkursmechanismus in reiner Form Geltung verschafft, wo bleiben dann noch Widersprüche von Wert und Preis der Währungen?

1) Busch/Schöller/Seelow, S. 50 f., 51, 52. Die Autoren erläutern hier die Wirkungsweise des "Wechselkursmechanismus" aus ihrer Sicht, ohne die Frage zu erläutern, wie dieser mit dem Goldgehalt zusammenhängt. So in ihren Tauschgleichungen (S. 26 ff.) wo sie den Zusammenhang von Wertgesetz auf dem Weltmarkt und Wechselkursstruktur erläutern und dabei den universellen Arbeitstag gleich 1 Dollar setzen. In der Darstellung der Funktionen des Geldes freilich behandeln sie die Rolle des Goldes (S. 36 ff., 38), der Ansatz wird jedoch gleich auf Seite 50 f. fragwürdig, wo sie die Ablösung des Goldes als Weltgeld durch nationale Währungen von deren Einlösbarkeit in Gold abhängig machen, dies aber nicht einmal als Widerspruch begreifen (das Gold bleibt nach dieser Definition objektiv in vollem Maße Weltgeld). Entsprechend die platt-empiristische Abhandlung der Perspektiven des Währungssystems (S. 101 ff.).

de sich die Busch/Schöller/Seelowsche Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade herstellen. Abgesehen von der Frage, auf welchem Niveau in jedem Land die Warenpreise relativ zum Papiergeld stabilisiert werden sollen und von der technischen Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Kapitalen im nationalen Rahmen (die den relativen Geldwert nur als Durchschnittsgröße mit nur ex post feststellbaren Schwankungen erscheinen läßt) und den zyklischen Preisschwankungen gibt es keinen Grund, warum die Emanzipation des Papiergeldes vom Goldgehalt in den Grenzen eines stabilen Preisniveaus verharren sollte.

Die Klärung der Frage, warum diese Emanzipation stattgefunden hat, muß begrifflich und historisch dort ansetzen, wo der Goldstandard funktionsunfähig wurde und zusammengebrochen ist. Als zentrale Ursache hierfür skizzierten wir die Strukturveränderungen in der Weltmarktkonkurrenz, die durch das Auftreten der Monopole und Kartelle und die hieraus resultierenden Formen wie Hochschutzzoll, Exportprämien und Dumping verursacht wurden, mit dem Resultat der Außerkraftsetzung der Ausgleichsmechanismen des Goldstandards. Diese Formen der Weltmarktkonkurrenz verfolgten den Zweck, die Realisierung des Monopolprofits gegenüber der Weltmarktkonkurrenz abzusichern, sie hatten jedoch die widersprüchliche Wirkung, einerseits zwar die Weltmarktbeziehungen gewaltig auszudehnen und die "Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände"¹⁾ abzuschließen, andererseits die Widersprüche zwischen den nationalen Kapitalen in der internationalen Konkurrenz so gewaltig zu verschärfen, daß der Weltmarktzusammenhang in die Brüche zu gehen drohte. Denn die skizzierten Maßnahmen haben - im Gegensatz zum "alten" Protektionismus, der "Verteidigungswaffe des Schwächeren", wie ihn Hilferding charakterisiert - keine immanenten Schranken und konterkarieren sich teilweise gegenseitig. Der Wechselkursmechanismus

¹⁾ Lenin, Werke Bd. 22, S. 245 ff, 250 ff., 295

entwickelte sich aus diesem funktionsuntüchtigen Goldwährungssystem dadurch, daß durch die Außerkraftsetzung wichtiger Bestandteile dieses Systems auch die Erfordernis des stabilen Goldgehalts nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Monopolpreis und Überemission inkonvertiblen Staatspapiergeldes im inneren und Protektion nach außen unterwarfen die Währungsposition der in der Weltmarktkonkurrenz zusammengefaßten Nationen den Bedingungen der internationalen Konkurrenzposition und der nationalen Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale. Daraus ergaben sich Möglichkeit und Notwendigkeit einer "nationalen Konjunkturpolitik". Die Veränderungen der nationalen Zahlungsposition und des nationalen Maßstabs der Preise wurden dabei in der Zwischenkriegsperiode bis zur Weltwirtschaftskrise durch die wirtschaftspolitischen Behörden der Nationalstaaten durch Aufrechterhaltungen des Goldgehalts eher reaktiv aufgenommen, was sich im Verständnis dieser Maßnahmen als "Währungsstabilisierungen" (Stabilisierungen in Richtung auf die Wiederherstellungen des Goldstandards) manifestierte.¹⁾ Die erste international verbreitete bewußte Anwendung des Wechselkurses als ökonomischen Hebel bestand in den "offensiven Abwertungen" der Weltwirtschaftskrise, eine Anwendung freilich, die erheblichen Anteil an der Desintegration des kapitalistischen Weltmarktes in der Krise hatte.²⁾

Die hier getroffenen Feststellungen besagen nun keinesfalls, daß der Wechselkurs zu einem Mittel wird, die internationale Konkurrenzposition unabhängig von der Position des nationalen Kapitals in der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade quasi autonom festzusetzen. Die Verbesserung der Konkurrenzposition des Exportkapitals durch eine Abwertung wird ja wie wir gesehen haben, durch eine Verschlechterung des "Realaustauschverhältnisses", der terms of trade, (wie es die

1) Kindleberger, a.a.O., S. 42 ff.

2) ebd., S. 170 ff., 179 ff.; Varga, die große Krise., a.a.O., S. 251 ff., vgl. Breuer, a.a.O., S. 10

bürgerliche Ökonomie bezeichnet) dem nationalen Gesamtkapital aufgebürdet, umgekehrt verbessert eine Aufwertung die Gesamtverwertung des nationalen Kapitals. Andererseits entwertet eine Abwertung bestehende Auslandsschulden - soweit ihre Zahlung in nationaler Währung kontrahiert - und wertet Geldzahlungen aus dem Ausland auf (so hat sich der Wert der bis zu den Dollarabwertungen getätigten Direktinvestitionen in Dollar für das US-Kapital in der Höhe des Abwertungssatzes erhöht - entsprechend auch der Dollarwert des Profittransfers). während die Profitabilität des Kapitalexportes durch Abwertungen eingeschränkt wird. Die Preiseffekte von Paritätsänderungen sind gleichfalls widersprüchlich und keinesfalls in den einfachen Kategorien von "Geldmengen-Preis-Mechanismus" oder "importierter Inflation" erschöpfend zu erklären. Durch die ungleichmäßige Entwicklung der Inflations- und der Produktivitätszuwachs-raten zwischen den kapitalistischen Ländern, durch Kapitalexport und Werttransfer gewinnen die Austauschrelationen der nationalen Währungen und ihre Veränderungen hinsichtlich ihrer Ursachen und Wirkungen einen äußerst komplexen und widersprüchlichen Charakter.

Das heißt jedoch keinesfalls, daß unter den Bedingungen international entwickelter monopolkapitalistischer Strukturen im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Wechselkurs zu einer Kategorie von unbestimmbarer Qualität und Quantität oder gar beliebiger Setzung verkommt, wie dies bei verschiedenen bürgerlichen Theoretikern anklingt.¹⁾ Dem Wechselkurs liegen nach wie

¹⁾ Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, o.O. 1970, S. 42, 54; Alfred Kruse Außenwirtschaftspolitik, Westberlin 1965, S. 278; beide zitiert nach: Busch/Schöller/Seelow, a.a.O., S. 44; vgl. Artur Woll, Der Stand der Wechselkurs-theorie, in: Der Volkswirt, 1965, Nr. 25 v. 25.6.1965, S. 1260-1262; Woll referiert Ergebnisse von Joan Robinson, Fritz Machlup, Abba Lerner und Albert Hirschman und resümiert folgendermaßen: (S. 1262) "Nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Richtung des Zahlungsbilanzausgleichs sind nicht von den Kaufkraftparitäten determiniert, die Richtung ist unbestimmt. Mit anderen Worten: Eine Abwertung kann ungeeignet sein, ein Zah-

vor die internationalen Wertbewegungen zugrunde, und zwar alle, sei es, daß sie ^{erbringen} aus Handelstätigkeit, internationalen "Dienstleistungen", institutionalisierten Formen ungleichen Tauschs bzw. anderen Formen institutionalisierten ^{drain} Wertransfers (z.B. Arbeitermigration, brain usw., deren der moderne Imperialismus zu reich ist, um sie hier einzeln aufzuzählen), Kapitalexport oder Formen definitiver Verausgabung über Ländergrenzen hinweg (z.B. Tourismus, Krieg oder Tributzahlungen wie der BRD- "Devisenausgleich" an die USA). Den hieraus - und aus den diese Faktoren zusätzlich modifizierenden Formen internationaler Devisenzwangswirtschaft - ¹⁾ entstehenden Wechselkursstrukturen gegenüber wirkt die Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade auf der Basis der Relationen der nationalen Goldgehalte als allgemeine Gleichgewichtstendenz, wobei diese Faktoren einerseits die Durchsetzung dieser Tendenz dauerhaft hemmen, andererseits durch Modifikation der Verwertungsbedingungen der jeweiligen nationalen Kapitale die Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade selbst modifizieren. Es kann also keine Rede davon sein, daß diese Faktoren das Wertgesetz auf dem Weltmarkt außer Kraft setzen, jedoch schaffen sie qualitativ andere Formen und Bedingungen seiner Wirkungsweise.

Wir hatten gesehen, daß die manipulierte Papiergeldwährung doppelt bestimmt ist: einmal in der Relation zu anderen Papiergeldwährungen, dem Wechselkurs, zum anderen in ihrer Beziehung zur

lungsbilanzdefizit zu beseitigen, es besteht die Möglichkeit, daß sich das Defizit vergrößert; gleiches gilt - mutatis mutandis - für eine Aufwertung."

"Mit anderen Worten": Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ... etc. Da die bürgerliche "Wechselkursstheorie" trotz dieser und anderen Bankrotterklärungen nicht über das Casselsche Theorem der Kaufkraftparitäten hinausgekommen ist, schenken wir uns eine weitere Beschäftigung mit ihr.

1) Harald-Dietrich Kühne, Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Liquiditätsregulierungen im Rahmen der internationalen währungspolitischen Kooperation, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR, H. 2, S. 122-141, hier: S. 132 ff.

Geldware und zum Weltgeld, dem Gold. Diese Bestimmung ist solange unproblematisch, wie das Gold unmittelbar und überwiegend zumindest die Funktion des Weltgeldes ausübt; der "Preis" des Goldes, gemessen in den Papiergeldwährungen, bleibt dann bestimmt durch seine Produktionskosten, gemessen in diesen Währungen. Diese enge Beziehung muß sich dann notwendig lockern, wenn der "Goldpreis" selbst Objekt internationaler staatsmonopolistischer Regulierungen und Manipulationen wird und wichtige Funktionen des Weltgeldes zunehmend durch nationale Papiergeldwährungen, "Leitwährungen" und Formen des internationalen Devisenkredits auf bi- oder multilateraler Basis bzw. supranationaler Basis aufgrund internationaler Verträge wahrgenommen werden.

Die zunehmende Substitution der Geldware in ihren verschiedenen Funktionen durch das Staatspapiergeld mit Zwangskurs und die mit der Entwicklung des Kreditwesens einhergehende zunehmende Ökonomisierung des Geldumlaufs hat bürgerliche Ökonomen seit jeher dazu verleitet, der Geldware ihre zentrale Rolle, als Maß der Preise und Maßstab der Preise abzusprechen, spätere (Keynes) selbst die als allgemeines, universelles Tausch- und Kaufmittel. Marx schreibt dazu:

"Der unauslöschliche Kampf der modernen Ökonomen gegen das Monetar- und Merkantilssystem rührt größtenteils daher, daß dieses System in brutal-naiver Form das Geheimnis der bürgerlichen Produktion ausplaudert, ihr Beherrschtsein durch den Tauschwert. .. In ihrer Kritik des Monetar- und Merkantilsystems fehlt die politische Ökonomie also, indem sie dieses als bloße Illusion, als nur falsche Theorie befeindet, nicht als barbarische Form ihrer eigenen Grundvoraussetzung wiedererkennt. .. Die katholische Tatsache, daß Gold und Silber als unmittelbare Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit, daher als Dasein des abstrakten Reichtums, den anderen Waren gegenüber treten, verleiht natürlich das protestantische point d'honneur der bürgerlichen Ökonomie, und aus Angst vor den Vorurteilen des Monetar-systems mußte sie für lange Zeit das Urteil über die Phänomene der Geldzirkulation ein." ¹⁾

Das qualitativ neue Niveau, das die Substitution der Geldware durch Zeichengeld und Kredit mittlerweile erreicht hat, hat

¹⁾ Bernd Koch, a.a.O., S. 162

auch einen sich auf Marx berufenden Autor, den bereits zitierten Bernd Koch, dazu verführt, die völlige Lostrennung des Zeichengeldes von der Geldware zu konstatieren. In diesem Sinne interpretiert er die - unbestreitbaren - Tendenzen zur Substitution der Geldware, auf der Grundlage dieser Auffassung sind seine bereits kritisierten quantitätstheoretischen Irrwege zu interpretieren. Als für ihn äußerst wichtiges und in unserem Zusammenhang interessantes Moment erscheint ihm die "wachsende Entfernung des realen Goldpreises von seinem Währungspreis". Eine solche Theorie der völligen Emanzipation des Zeichengeldes von der Geldware ist nicht aufrechtzuerhalten, sie verfängt sich spätestens bei der Bestimmung des relativen Geldwertes in unauflösbaren Widersprüchen. Dies ist auch bei Bernd Koch offenkundig: nach dreimaligem Erklärungsversuch schafft er das Problem schließlich aus der Welt, indem er es für inexistent und außerdem irrelevant erklärt.²⁾ Im Übrigen behilft er sich damit, die Widersprüche seiner Konstruktion zu Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise zu ernennen.³⁾ Im Gegensatz zu einer solchen, die Tendenz zur fortschreitenden Substitution des Goldes radikal verabsolutierenden Auffassung setzen sich Atlas und Matjuchin differenziert mit dem Problem der Rolle des Goldes unter den gegenwärtigen Bedingungen auseinander. Sie verweisen auf den widersprüchlichen Zusammenhang der weitgehenden Verdrängung des Goldes aus der Zirkulationssphäre, die auch im internationalen Rahmen fortschreitet, mit der objektiven Unfähigkeit nationaler Währungen, dieses in der Weltgeldfunktion in dauerhafter und stabiler Weise zu substituieren.⁴⁾

1) Bernd Koch, a.a.O., S. 162

2) ebd., S. 91 ff., 100 ff., 123

3) ebd., vgl. u.a. S. 101 f., 104 f., 107, 143 ff., 150. Er führt in diesem Zusammenhang den Begriff der "Sollbruchstelle" ein, worunter er all solche Fälle subsumiert, wo die Realität der Geld- und Zahlungsbeziehungen allzu offenbar eher der Marxschen Theorie denn der Kochschen Konstruktion zu folgen gewillt ist.

4) Z. Atlas / G. Matjuchin, Weltgeld: Gold oder Dollar, in: Marxismus-Digest, Frankfurt/M., H. 3, 1972, S. 135-150, hier: S. 149

Zutreffend verweisen sie darauf, daß es unzulässig und unsinnig sei, einerseits die Weltgeldfunktion des Goldes anzuerkennen, es aber andererseits für die nationale Zirkulation als demonetisiert zu betrachten: "Wie man die Wirtschaft der einzelnen Länder nicht von der Weltwirtschaft lösen kann, so kann man auch die Funktion des Weltgeldes nicht von den anderen Funktionen trennen, aus denen sie sich ergibt."¹⁾ Die Untergrabung der Rolle des Goldes sehen sie als Krisenphänomen. Abschließend argumentieren sie, daß das Gold die Rolle des Weltgoldes nach wie vor innehat, da ein realer und vollwertiger Ersatz weder vorhanden noch in Sicht sei.²⁾

So sehr dem genannten Aufsatz in seinem Ansatz und seiner theoretischen Absicht - und auch in wesentlichen Schlußfolgerungen - zuzustimmen ist, das Problem scheint uns hier unzureichend aufgenommen zu sein. Der Hinweis, daß das Gold, solange es Weltgeld ist, unabhängig von seiner Verdrängung vom inneren Markt, und seiner Nichtkonvertibilität, auch für jedes Land Geld ist, ist zweifellos zutreffend und auch wichtig. Das Problem ist jedoch ein anderes: Wie kann das Gold seine Funktion als Maß der Werte und Maßstab der Preise, seine Funktion als Gradmesser des relativen Geldwerts der Papiergeldwährungen, seine Geld- wie seine Weltgeldfunktion adäquat ausüben, wenn es mit einer nationalen Papiergeldwährung vier Jahrzehnte lang zu einer starren, zunehmend irrationalen Parität fest verkettet ist, wenn "Verteidigung des Goldgehalts" die Form erhält, daß der Goldmarkt manipuliert wird, um das Gold im gleichen Verhältnis zur sich progressiv entwertenden Papierwährung zu halten?

A. Eidelmant gibt hierauf die recht einfache Antwort, daß es dies nicht mehr könne, durch die Manipulierung des Gold"preises" habe das Gold seine Geldfunktionen weitestgehend verloren, der

1) ebd., S. 150

2) ebenda

Goldpreis sei zum Preis ohne Anführungszeichen geworden. Hierbei kommt er zu Schlußfolgerungen, die denen der Quantitätstheorie des Goldes und selbst den Phantasien eines Bernd Koch bodenklich nahe kommen²⁾;

"Die Rechenbezeichnungen trennen sich wie nie zuvor von ihrem metallischen Inhalt, der Preismaßstab verwandelt sich in seinen Schatten, und die in ihm ausgedrückten Preise widerspiegeln mit ihren Veränderungen umso besser die Verschiebungen im Tauschwert der Waren, in je größerem Maßstab diese Waren als Gegenstand freier Geschäfte dienen, d.h. sie werden im Prozeß des marktwirtschaftlichen Warenumsatzes gebildet. Das Wachstum der Papiergeldmasse im Verhältnis zu seinem Warenumsatz bestimmt die Veränderungen im allgemeinen Preisniveau. Die in dem festgelegten Zeitabschnitt entstandenen Preisproportionen werden sich spontan den Veränderungen anpassen, die auf der Seite der Geld- und Warenmasse vor sich gingen, und dafür genügt es, über eine Recheneinheit zu verfügen. Ein von den Teilnehmern des Warenverkehrs empfundener Mangel an diesen oder jenen Waren, die Verbesserung oder Verschlechterung ihrer Qualität beeinflusst das Preisniveau in gleichem Maße wie eine Zunahme des Umlaufs an Zahlungsmitteln in Form von Bar- und Kreditgeld. Wenn beim Goldmaßstab der Preis in Gold ideal ausgedrückt wurde, wie Marx betonte, d.h. wie in gedanklich vorgestelltem Gold, so dient mit der Liquidierung des Geldverkehrs eine gewöhnliche Recheneinheit als Grundlage für solche Vorstellungen, ein solcher Maßstab wie Dollar, Franc, Pfund u.a." 3)

Bis auf den ersten Teil des ersten Satzes (der besagt, daß sich das Zeichengeld stärker denn je von der Geldware emanzipiert), ist an dieser Ableitung so ziemlich nichts richtig. Was unterscheidet z.B. die Eidelnantsche These, daß das Preisniveau von der Relation zwischen Geldmasse - wobei er den Kredit mit einschließt - und Warenumsatz abhängt, von der

1) A. Eidelnant, Verdrängt "Papiergold" das Gold aus den internationalen Währungsbeziehungen? in: Marxismus-Digest, a.a.O., 3/72, S. 150-160, hier: S. 152

2) So nimmt es nicht wunder, daß Bernd Koch, der ansonsten mit den borniertensten und unqualifiziertesten Ausfällen und Unterstellungen gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht geizt (a.a.O., S. 90, bes. Anm. 175 und S. 164, bes. Anm. 263), diesen Theoretiker kommentarlos zustimmend zitiert (S. 140).

3) Eidelnant, a.a.O., S. 153

"abgeschmackten Hypothese, daß Waren ohne Preis und Geld ohne Wert in den Zirkulationsprozeß eingehen, wo sich dann ein aliquoter Teil des Warenpreises mit einem aliquoten Teil des Metallbergs austausche." ¹⁾

Der gewiß berechtigte Hinweis, daß es sich hier wirklich um Geld ohne Wert handelt, hilft nicht weiter. Das Marxsche Gesetz der Papiergeldzirkulation besagt nämlich keinesfalls, daß an die Stelle des Metallbergs nur ein Papierhaufen zu treten habe. Wenn man die Gesetze der metallischen Zirkulation als Grundlage der Papierzirkulation liquidiert, verschwindet automatisch der relative Geldwert, man steckt im Bernd Kochschen Dilemma und im Irrgarten der Quantitätstheorie, vor allem wenn man dann noch - im Grunde konsequent - Geld und Kredit zusammenwirft. Um es nochmals klarzumachen: Wenn man den Preis als der Zirkulation vorausgesetzt ansieht, muß dieser - wie vermittelt auch immer - eine materielle Grundlage haben (und Franc, Dollar oder Pfund sind verschiedene Namen auf bunten Papierzetteln, sofern ihnen nichts zugrundeliegt als ihr eigener "Wert"), hat er diese nicht, mißt man mit etwas, was man zuvor schon als gegebene Größe vorausgesetzt hat.

Die hierauf folgenden Abstrusitäten sind nichts als Ausdruck der Unsicherheit Eidelnants, der sich - wie wir sehen werden - in seiner Definition nicht besonders wohl fühlt, diese daher abschwächt und schließlich weitgehend zurücknimmt. Ein "empfundener Mangel" an Waren beeinflusst nicht das Preisniveau, und schon gar nicht im gleichen Maße wie eine Aufblähung des Umlaufs, er beeinflusst - wenn überhaupt - den Preis dieser entbehrten Waren, und auch dies nur, wenn die Nachfrage die Zufuhr übersteigt, ansonsten regelt sich der Preis dieser - wie aller - Waren nach dem Produktions- bzw. Monopolpreis. Die Verbesserung oder Verschlechterung der Qualität schließlich ist noch weiter hergeholt. Eidelnant scheint sich in den wirklichen kapitalistischen Verhältnissen nicht besonders gut auszukennen. In einer

¹⁾ MEW 23, S. 157 f.

auf die Produktion von Gebrauchswerten für die arbeitenden Klassen ausgerichteten sozialistischen Ökonomie mag die Qualität der Produkte für die Preisfestsetzung neben dem Arbeitsaufwand eine Rolle spielen, in der am Profit orientierten kapitalistischen Ökonomie wirken sich Qualitätsveränderungen nur dann auf den Preis aus, wenn sich Kapitalisten bei einem Produkt Qualitätskonkurrenz machen (meistens sieht das so aus, daß derjenige mit dem "besseren" Produkt mit Hilfe eines extremen Reklameaufwands sein - wenn überhaupt - geringfügig besseres Produkt zu einem erheblich höheren Preis loszuschlagen versucht), viel häufiger wird immer minderwertiges Material zu immer höheren Preisen verkauft. Dies nur nebenbei. Eidelnant widerspricht sich im Grunde schon da, wo er von "künstlich verzerrtem", "falschem" etc. Preis des Goldes spricht.¹⁾ Gegen Ende des Aufsatzes nimmt er seine Einschätzung dann weitgehend zurück:

"Wenngleich das Gold aufhörte, wie im Kapitalismus der freien Konkurrenz als Wertmaß zu dienen, bleibt es ein Produkt der Arbeit, hat einen hohen Wert und behält seine Bedeutung der idealen Verkörperung des Werts, als Schatz und Weltware." 2)

Betont man hierbei "im Kapitalismus der freien Konkurrenz", so können wir dem zustimmen, denn wir bestreiten keineswegs, daß unter Bedingungen der Verzerrung der Goldparität die Funktion des Goldes als Weltmaß gestört und in ihrer Wirkung teilweise gehemmt ist; betont man "als Wertmaß" denn besteht zum einen ein Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Teil der Aussage - denn was sind die beschriebenen Funktionen anders als die Funktion als Weltgeld, die man (wie Atlas/Manukjan richtig hervorhoben) nicht mechanisch von der Funktion als nationales Gold losreißen kann -, zum anderen kommt dann wieder die argente Tendenza (die wir schon bei Busch/Schöller/Seelow kritisierten) zum Vorschein, das Wertgesetz als eine Art Polarisierung

1) Eidelnant, a.a.O., S. 154

2) ebd., S. 159

schrift zu begreifen, die man, wenn kein Polizist in der Nähe ist (oder man stärker ist als der Polizist) ruhig mal übertreten kann. Hieran anschließend verweist Eidelnant völlig richtig auf die Notwendigkeit der Goldpreiserhöhung, ohne daß freilich geklärt wird, was mit dem Papierwährungssystem geschieht, wenn der Goldpreis sich seinem Wert angleicht, also wieder Gold"preis" wird. Außerdem erscheint diese Erfordernis der Ausgleichung bei ihm eher als wünschbare Maßnahme denn als sich spontan Geltung verschaffende Wirkung des Wertgesetzes.¹⁾

1) ebd., S. 160. Von ähnlichen Voraussetzungen, jedoch differenzierter, geht A. Anikin, Ursachen und Folgen der Währungs-
krise, Marxismus-Digest ebd. S. 116-128, hier: 119 f., 123
aus. Ihm ist vor allem vorzuwerfen, daß er den Charakter
der Goldspekulation als gewaltsame Angleichung an den Wert
nicht sieht. Ähnlich dem Ansatz Eidelnants ist die Darstel-
lung des Autorenkollektivs, Politische Ökonomie.. a.a.O.,
S. 572 ff., die allerdings einige Überspitzungen, wie wir
sie bei Eidelnant kritisierten, vermeiden. Zwar wird auch
hier unterstellt, das Papiergeld höre auf, Stellvertreter
des Goldes zu sein, und erhalte "seine eigene Kaufkraft in-
folge des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach einem gesell-
schaftlichen Äquivalent" (S. 572). Richtig wird dann aber
auf den Widerspruch zwischen künstlichem Preis und Wert des
Goldes und auf die objektive Notwendigkeit des Ausgleichs
dieser Diskrepanz hingewiesen. (572 f.)

Eine Sonderrolle spielt die Arbeit von Galtchinskij, Gold
als Geldware heute - zur Verwandlung des Preises des Goldes
als unmittelbarer Geldausdruck in einen irrationalen Produk-
tionspreis, in: Marxismus-Digest 3/72, ebd., S. 161-174.
Galtchinskij begreift zwar das Gold als fungierendes Maß
der Werte (S. 161 f.), doch scheint uns seine Rezeption
verkürzt, indem sie den künstlich verzerrten Preis des Gol-
des im Gold-Exchange-Standard faktisch ignoriert. Mit sei-
ner Theorie der Verwandlung des Goldwertes in einen irratio-
nalen Produktionspreis können wir uns hier nicht detailliert
auseinandersetzen. Wir müssen allerdings einige Zweifel au-
ßern, vor allem hinsichtlich der Frage, ob diese Kategorie -
falls sie gültig ist - allgemeingültig ist für Bedingungen
inkonvertiblen Papiergeldes. (Die Ableitung auf S. 164
scheint uns nicht völlig schlüssig), oder ob sie nur den
Bedingungen des manipulierten Goldpreises entspricht, unter
denen in gewissen Grenzen der Preis die Konstante und die
Produktivität (der Wert) die Variable ist.
Auf S. 173 ff. wird aus einigen statistischen Daten (von
denen die Tabelle 2, S. 173 in der Legende der dritten Spal-
te offensichtlich ungenau übersetzt ist: statt Ertrag/Be-

den USA wirkenden Inflationierung (die wahrscheinlich früher als in den kapitalistischen Staaten der "alten Welt" überwiegend durch den Monopolpreis verursacht war) des Papiergeldes wahrscheinlich damals nicht mehr realistisch. Dennoch sehen wir in der gewaltigen Abwertung des Dollars nicht einfach eine Anpassung des Goldgehalts an den Wert, vielmehr trägt diese Maßnahme starke Züge des damals allgemein gehandhabten Valutadumpings.¹⁾ Wenn wir also annehmen, daß der Goldgehalt des Dollars 1934 zu niedrig angesetzt war, so können wir weiter folgern, daß sich dieses Verhältnis bis Kriegsende nicht wesentlich änderte, da die USA insgesamt nur etwas über zweieinhalb Jahre aktiv an Kriegshandlungen teilnahmen und den inflationsfördernden und akkumulationshemmenden Effekt der Rüstungsproduktion teilweise neutralisierten durch ihren schwunghaften

1) ebenda und 234 ff.; Varga, die große Krise und ihre politischen Folgen, a.a.O., S. 254. Kindleberger - als Keynesianer reinsten Wassers - überträgt seinen subjektivistischen ökonomischen Ansatz konsequent auf die Währungspolitik. Seiner Meinung nach ist das Valutadumping der USA auf den ökonomischen Dilettantismus Roosevelts und Henry Morgenthau zurückzuführen, die - nach seiner Darstellung - in der großen Krise an sämtlichen verfügbaren ökonomischen Hebeln herumfummelten, bis sie einen fänden der Wirkung zeigte (die Aufrüstung). In ähnlicher Weise ist das ganze Buch angelegt - weniger als Wirtschaftsgeschichte denn als Geschichte der Meinungen, Handlungen und Rangeleien der Wirtschaftspolitik -. Übrigens kann Kindlebergers Darstellung der Systemlosigkeit und des Herumexperimentierens in der US-Wirtschafts- und Währungspolitik in der großen Krise gleichwohl als adäquat akzeptiert werden, zumal sämtliche "kompetenten", nicht dilettantischen "Experten" der bürgerlichen Ökonomie angesichts der großen Krise ihren totalen Bankrott und ihre vollständige theoretische und praktische wirtschaftspolitische Impotenz offenbart hatten.

Freilich kommt der Vargaschen Erklärung des Inhalts dieser Maßnahmen, nämlich der Entlastung des industriellen gegenüber dem Leihkapital, höherer analytischer Gehalt zu denn irgendwelchen persönlichen Reibereien zwischen Federal-Reserve-System-Governor Norman und Präsident Roosevelt bzw. Staatssekretär Henry Morgenthau. (Varga, a.a.O., S. 245, Kindleberger, a.a.O., S. 235 f.). Vor allem kann man als gesichert annehmen, daß das US-Kapital radikal seinen Interessen widersprechende Experimente keinesfalls widerstandlos hingenommen hätte.

Rüstungshandel (cash and carry-System bis 1942) mit ihren alliierten "Freunden" bzw. später Verbündeten. (Diese Bestimmung, daß unproduktive bzw. hypertrophe unproduktive Verausgabung von Wertquantia ihre Effekte nur in dem Lande entfalten kann, in dem diese realisiert werden, also nicht notwendig dort, wo unproduktive Waren bzw. unproduktive "Dienstleistungen" erstellt werden, gilt natürlich allgemein.) Da sich zudem in den von aktiven Kampfhandlungen verschonten USA bis Kriegsende auch die Produktivität kräftig erhöht hatte - was im kriegsverwüsteten Europa kaum in vergleichbarer Weise der Fall sein konnte, dürfte der Goldgehalt des Dollar bei Kriegsende bestenfalls realistisch gewesen sein.¹⁾ Demgegenüber mußten die westeuropäischen Länder - deren Abwertungen in der großen Krise wohl gleichfalls den Charakter von Valutadumping trugen - aufgrund der z.T. absolut gesunkenen Produktivität und der kriegsbedingten Inflationierung ihre Paritäten relativ zum Gold (bzw. Dollar) 1948/49 nochmals um durchschnittlich 30 Prozent herabsetzen, darunter die BRD ihre erst ein Jahr zuvor geschaffene "neue" Währungseinheit um 20,6 Prozent.²⁾ Dabei konnten sie diese Paritäten nur mit Hilfe einer zehnjährigen Periode strenger Devisenzwangswirtschaft verteidigen. (Dies scheint uns feilich eher eine Folge der kriegsbedingten Desorganisation des Reproduktionsprozesses gewesen zu sein denn ein Indiz dafür, daß diese Währungen sämtlich falsch bewertet waren. Das relativiert auch die von bürgerlichen Ökonomen gern zitierte Charakterisierung der Devisenzwangswirtschaft als "plötzliche Verteidigung falscher Wechselkurse"³⁾ durch den neoliberalen Ökonomen Wilhelm Röpke.)

1) So scheint uns die Feststellung Domdeys, daß "allein die Dollarparität .. von 1954 bis 1971 infolge massiver staatsmonopolistischer Manipulationen formal stabil gehalten.." werden konnte, zwar richtig, doch zu global. Karl-Heinz Domdey/Karol-G-Dietrich Kühne, die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems, Frankfurt/M. 1972, S. 72

2) ebenda, S. 73

3) Wilhelm Röpke, Devisenzwangswirtschaft - das Kardinalproblem der internationalen Wirtschaft, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, Nr. 1/1950, zitiert nach: Alfred Böd-

Da die Inflationierung der Papiergeldwährungen, die in drei weiteren westeuropäischen Ländern generelle Währungsumstellungen notwendig machte (Frankreich, Italien und Finnland), international wieder in Gang kam, mußte der nach dem Krieg festgelegte Goldgehalt zunehmend unrealistisch werden. Das relative Zurückbleiben der USA im Wachstum der Produktivität wirkte zunächst weniger in Richtung auf eine Verzerrung der Wechselkursrelationen denn auf einen Ausgleich der kriegsbedingten weltwirtschaftlichen Disproportionen¹⁾, zumal dieser Rückstand durch eine unterdurchschnittliche Preissteigerungsrate teilweise kompensiert wurde. Daß dies zumindest teilweise auf eine Internationalisierung der Überemission von US-Dollar zurückzuführen war, ändert hieran solange nichts, wie der gewaltige Geldkapitalbedarf der kriegszerstörten Volkswirtschaften unter den Bedingungen der Dollarlücke diese - auch nur zum geringeren Teil entwerteten - Massen international fungibler Zahlungsmittel absorbierte.²⁾ Der - relativ zu den anderen Währungen und absolut -

hardt, Weltwährungspolitik auf falschen Geleisen, Außenhandelsliberalisierung erneut gefährdet, in: Außenwirtschaft, a.a.O., 24. Jg. 1969, S. 45-71, hier: S. 69

- 1) E. Sanio/W. Breuer, Die EWG und die Krise des kapitalistischen Währungssystems, in: Frank Deppe (Hg.) EWG - Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek 1975, S. 285-311, hier: S. 287
- 2) ebd., S. 286, vgl. Hans Bachmann, Europäische Verhaltensweisen gegenüber dem Trend zu einem Welt-Dollar-Standard, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 23. Jg. 1968, S. 201-240, hier: S. 211, "zum geringen Teil entwertet" heißt natürlich nicht, daß etwa auf zehn "wertvolle" ein "wertloser" Dollar gekommen wäre oder ähnliches; es soll vielmehr andeuten, daß der hohe Grad der Übereinstimmung von realem Goldgehalt und Goldparität, der jederzeitige Einlösung garantierte, die problemlose Emission ermöglichte. Dies ist nichts anderes als der allgemeine Charakter des Kredits (in diesem Fall internationalen Kredits), daß seine Liquidierung dann am leichtesten ist, wenn sie am wenigsten erforderlich ist, und umgekehrt. Grundlage der Emission ist im übrigen der hohe relative Kapitalüberschuß der USA, der so mobilisiert werden konnte.

gesunkene Goldgehalt des Dollar dürfte so erst gegen Ende der fünfziger Jahre ein relevantes Ausmaß angenommen haben. Um diese Zeit nahm auch der - seit Mitte der fünfziger Jahre kräftig expandierende - private US-Kapitalexport nach Westeuropa relevante Ausmaße an; er lag 1960 knapp 5mal so hoch wie 1929 und knapp 4mal so hoch wie 1950.¹⁾ Von dieser Zeit an datieren dann auch die periodisch wiederkehrenden akuten Währungskrisen, die - wie wir unten sehen werden - jedoch nicht einfach auf die Diskrepanz zwischen Goldparität und Goldgehalt des Dollar zurückgeführt werden können. In dieser Zeit beginnen - im Zusammenhang mit der Pfundkrise 1960, die durch einen nur zum Teil spekulativ bedingten heftigen Anstieg des Goldpreises auf dem Londoner Goldmarkt auch die Schwäche des Dollars offenbarte - die über ein Jahrzehnt dauernden Versuche der US-Regierung, mit allen Mitteln ökonomischen und außenökonomischen Drucks, über die sie verfügten, die Goldparität des Dollar zu verteidigen.²⁾ Im Zusammenhang mit einer dieser Maßnahmen - der Spaltung des Goldmarktes 1968 - spricht ein bürgerlicher Ökonom von einer "... den übrigen Notenbanken .. fast satellitenhaft zugemuteten Verhaltensweise."³⁾ Die im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen eingerichteten Formen des internationalen Devisenkredits⁴⁾ weisen im übrigen - wie die Währungskrisen selbst - über Widerspruchszusammenhang von Goldgehalt und Goldparität hinaus. Hierauf werden wir im Rahmen der Beschäftigung mit der Währungskrise noch zurückkommen.

1) M.R. Sachmatowa, Die Expansion des USA-Privatkapitals nach Westeuropa, Berlin-DDR 1968, S. 73, 110. Die Zahlen lauten Mrd. Dollar: 1929 = 1,4; 1936 = 1,2; 1943 = 2,3; 1946 = 1,0; 1950 = 1,7; 1955 = 3,0; 1960 = 6,7; 1965 = 14,0 (Angaben von S. 110 auf 1. Stelle gerundet)

2) Domdey/Kühne, a.a.O., S. 86 ff.; vgl. auch: Matthias Frank, Zur Krise des Dollars, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 13. Jg. 1968, S. 333-338, hier: S. 333. Frank arbeitet die Phänomenologie der Währungskrise sehr gut heraus, verkürzt jedoch stark bezüglich der Ursachen und schließt sich schließlich der Meinung der westdeutschen Neoliberalen an, die Lösung liege in flexiblen Wechselkursen (1).

3) Bachmann, Europäische Verhaltensweisen gegenüber dem Trend zu einem Welt-Dollar-Standard, a.a.O., S. 208

nenal¹⁾en Devisenkredits¹⁾ weisen im übrigen - wie die Währungskrisen selbst - über ~~Wiederspr~~Widerspruchszusammenhang von Goldgehalt und Goldparität hinaus. Hierauf werden wir im Rahmen der Beschäftigung mit der Währungskrise noch zurückkommen.

Wir sehen also, daß von einer starren Goldparität im Zusammenhang mit einem ständig sinkenden Goldgehalt allenfalls während zwei, nicht während vier Jahrzehnten gesprochen werden kann und daß dieser Widerspruch infolge der Nachkriegsdisproportionen ein weiteres Jahrzehnt in seiner vollen Entfaltung gehemmt war. Die künstliche Verteidigung, für deren Wirksamkeit ihre Durchführung durch das stärkste kapitalistische Land, das zudem einen großen Teil der anderen bedeutenden Welthandelsländer zur Unterstützung dieser Maßnahmen verpflichten konnte, besonders gute Ausgangschancen bot, war bestenfalls für die Dauer eines weiteren Jahrzehnts wirksam.

Wir sehen bereits, daß auch unter den Bedingungen der künstlichen Verzerrung des Gold"preises" (wir können es uns hier erlauben, die Anführungszeichen wieder einzuführen) die Spannung zur Zirkulationssphäre, eine wichtige Bestimmung des Goldes als Schatz, damit als Geld, folglich auch als Weltgeld, voll erhalten bleibt, damit auch die materielle Grundlage der Papierwährung zu keiner Zeit verlassen war. Die künstliche Niedrighaltung der offiziellen Goldparität vermochte zwar durch die gewaltsame Beschränkung der Nachfrage den Goldwert zu senken, da die minder ertragreichen Minen gezwungen waren zu schließen²⁾, doch nicht unter den der ständig im Preis steigenden Waren³⁾; mit der Aufgabe der trotzdem nicht zu verteidigenden

1) vgl. Domdey/Kühne, a.a.O., S. 88, 150 ff., 155

2) Galtschinskij, a.a.O., S. 164 f.

3) vgl. Galtschinskij's Angaben über die Dynamik der Arbeitsproduktivität in Goldförderung und Industrie, ebd., S. 172

künstlichen Goldparität mußte sich dieser Prozeß notwendig umkehren. Dies zeigte sich dann auch nach der Währungskrise des Jahres 1971 und den folgenden Dollarabwertungen, in denen offizielle Goldparitäten von 38, 40, 42 usw. Dollar pro Unze hilflos dem - aller künstlichen Schranken ledig - seinem Werte entgegeneilenden Goldpreis hinterherstolperten. Hieraus zogen im November 1973 die Zentralbanken die Konsequenz und hoben die Spaltung des Goldmarktes auf, die die Währungsgoldreserven vollständig immobilisierte. Bernd Koch zitiert - wenn auch zum Behuf falscher Nutzenanwendung, wie Marx es ausdrücken würde (MEW 13, S. 134) - eine sehr zutreffende Charakterisierung dieser Situation durch eine bürgerliche Wirtschaftszeitschrift:

"Warum sollte sie (die Notenbank) auch verkaufen? Was sie gegen das kostbare Metall bekommt, ist justament das, was sie erheblich preiswerter selbst herstellen kann: Bargeld!" ¹⁾

Dies ist nicht etwa eine Demonetisierung des Goldes, vielmehr wirkt hier das sog. Greshamsche Gesetz (nach dem britischen Bankier und Gründer der Londoner Handelsbörse, Sir Thomas Gresham, 1519-1579), das besagt, daß das "gute" (wertbeständige) Geld von dem "schlechten" (sich entwertenden) Geld aus der Zirkulation gedrängt wird und als Schatz aufgehäuft wird. Gerade in der Schatzbildung, in der Funktion des Geldes als Geld, erweist sich der definitive Geldcharakter der Geldware. Wenn die Notenbanken die formelle Bindung der Geldsurrogate an das Gold aufgehoben haben, so am ehesten deswegen, weil sich in einem seit 1971 etwa um das vierfache niedrigeren Goldgehalt der Währungen das "Bemühen um Geldwertstabilität" nicht gerade in vorteilhafter Weise widerspiegeln dürfte. Es stellt sich nun die Frage, wie in einem künftigen Papierwährungssystem das Gold seine Rolle als Weltgeld ausüben wird. Es besteht die Möglichkeit, daß - wenn sich der Goldpreis endgültig stabilisiert hat

¹⁾ Bernd Koch, a.a.O., S. 149 (Wirtschaftswoche 26/73, S. 79)

1) - künftig ein Teil des Welthandels wieder in Gold abgewickelt werden könnte. Dies wäre z.B. bei Rohstoffen - insbesondere Brennstoffen - denkbar. Zweifellos werden aber auch bei einer erneuten Heranziehung des Goldes selbst zum Zahlungsbilanzausgleich die Formen des zwischenstaatlichen Clearing, des Ausgleichs in Devisen und in Devisenkrediten im Vordergrund stehen, die aus Gründen, die wir im Abschnitt über die Währungskrise erläutern werden. Jedenfalls haben die währungspolitischen Entwicklungen seit der großen Währungskrise von 1971 denen eine Lehre erteilt, die das Gold bereits als verschwindendes Überbleibsel vergangener Jahrhunderte abgetan sehen wollten:

"Mit dem Gold als Währungsmetall sollte jetzt überhaupt endgültig Schluß gemacht werden, hört man heute häufig: das Gold sei wie Keynes einmal gesagt hat, 'eine barbarische Reliquie'. Hierrauf hat Dr. F. Aschinger die einzig richtige Antwort gegeben, nämlich, daß wir uns eben noch immer in einem barbarischen Zeitalter befinden! Die Goldwährung ist ja überdies nicht eine Erfindung des Steinzeitalters, wie oft angenommen wird; zwar hat es schon vor Jahrtausenden Goldmünzen gegeben, aber die Goldwährung als internationales Währungssystem .. ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, und zwar seiner zweiten Hälfte. Einzig England war schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts zur Goldwährung übergegangen. Und im Vergleich zum 19. Jahrhundert kann sich das zwanzigste wahrhaftig nicht rühmen, weniger barbarisch zu sein!" 2)

Dem haben wir wenig hinzuzufügen. In der Tat: Vor Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen wird die Geldware wohl kaum aufhören, ihre Funktion als Maß der Wwerte, Weltgeld und Schatz auszuüben.

1) Nach heftigen spekulativen Schwankungen "beruhigte" sich der Goldpreis seit Mitte des Jahres 1975 bei etwa 140 Dollar/Unze. Voraussagen über die Entwicklung in der Zukunft wären freilich reine Spekulation, da jede zunehmende Papiergeldentwertung im Endeffekt zur "Flucht in die Sachwerte", zur galoppierenden Inflation und damit zur völligen Diskreditierung des Papiergeldes führen kann. Findet dies ebenso wenig statt wie umfangreiche Goldspekulationen, so kann man damit rechnen, daß bei langfristig leicht unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung in der Goldförderung der Goldpreis etwas schneller als die Inflationsrate steigt.

2) Boßhardt, a.a.O., S. 62 f.

... Papiergeld und Währungskrise

Man könnte nun zu dem Schluß gelangen, mit der gewaltsamen Angleichung des Währungspreises der Geldware an ihren Wert sei die Grundlage der Währungskrisen, die seit Ende der fünfziger Jahre die Zahlungsbeziehungen der kapitalistischen Welt erschütterten, aus dem Wege geräumt, der Wechselkursmechanismus könne nun - von diesem ihm im Grunde inadäquaten Relikt befreit - seine Funktion seinem Begriff entsprechend entfalten. Allein, die Papierharmonie hat ihre Grenzen.

Grundlage des Wechselkurses und seiner Entwicklung ist die nationale Zahlungsbilanz. Sie gibt die Relation zwischen den Verbindlichkeiten und Forderungen, die einem Land in einem gegebenen Zeitraum im internationalen Zahlungsverkehr erwachsen, wieder. Ist die Zahlungsbilanz über einen längeren Zeitraum hinweg - zumindest durchschnittlich - im Gleichgewicht, so heißt dies weder eine ausgeglichene Bewegung der internationalen Werte, noch läßt es unmittelbare Rückschlüsse auf Grad und Richtung der Wirkung der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Nationen zu. Es heißt keinesfalls, daß dieser Wechselkurs der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade entsprechen muß, noch daß die Produktivitäts- und Intensitätsrelation oder gar der relative Goldgehalt zwischen diesen Nationen in dieser Periode unverändert geblieben ist. Denn der internationale Wert bildet sich nur für die Weltmarktwaren auf der Basis der Produktivitäts- und Intensitätsgrade dieser Waren, der Goldgehalt hingegen auf der Grundlage der nationalen Produktivitäts- und Intensitätsgrade. Auf der Basis des Goldgehalts konnten sich hieraus dauerhafte Disproportionen nicht entwickeln, da die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Zweige durch die Herausbildung der nationalen Durchschnittsprofitrate und der enge internationale Preiszusammenhang eine relativ schnelle Anpassung der Produktivitätsstruktur der Weltmarktwaren auf der Basis der Unterschiede in

den Produktivitäts- und Intensitätsgraden der Weltmarktwaren der verschiedenen Nationen an die Relationen der relativen nationalen Geldwerte erzwangen. (Diese Anpassung war zwar schon damals durch Formen des Protektionismus begrenzt, und die Anpassung selbst wirkte - wie die Weltmarktpreisbildung überhaupt - auf die nationalen Geldwerte zurück, doch haben diese Prozesse nur abgeleitete Bedeutung.) Im Geldsystem des modernen Imperialismus ist der Spielraum sowohl der Auseinanderentwicklung von Produktivität und Intensität der Arbeit im jeweiligen nationalen Rahmen, also der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Nationen, ungleich größer, ebenso aber auch der Grad der Emanzipation der Produktivitäts- und Intensitätsentwicklung der Weltmarktwaren von der nationalen Entwicklung der Produktivität und Intensität, zumal dann, wenn von "privater" und staatlicher Seite eine systematische Exportförderung durch Dumping, Exportprämien, Zölle, Steuererleichterungen und Exportsubventionen betrieben wird. Der Erfolg solcher Maßnahmen - und damit die Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale - richten sich dann auch nicht mehr unmittelbar "nach dem Kapital" bzw. seiner Konkurrenzkraft, sondern ebenso nach dem Erfolg der Protektionsmaßnahmen, die sich gegenseitig partiell konterkarieren, also "nach der Macht"¹⁾. Dabei werden sich Produktivitäts- und Intensitätsentwicklung der Weltmarktwaren tendenziell den so gesetzten Verwertungsbedingungen angleichen - tendenziell schon deshalb, weil die so z.T. "nach der Macht" gesetzten Verwertungsbedingungen nichts statisches sind, sondern ständige "Neuaufteilung" herausfordern und hervorrufen -, was für die jeweilige gesamt nationale Produktivitäts- und Intensitätsentwicklung nicht in gleicher Weise, Ausmaß und Tempo der Fall ist. Selbst ausschließliche Existenz von Handelsbeziehungen vorausgesetzt, bedeutet Gleichgewicht der Zahlungsbilanz

¹⁾ Lenin, Werke, Bd. 22, S. 257, 295 f.

weder Übereinstimmung mit der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsreihe der Weltmarktwaren noch etwa Gleichgewicht zwischen den nationalen relativen Geldwerten. Dieser Ungleichgewichtstendenz wirkt partiell die internationale Bewegung des Geldkapitals entgegen, da eine Verzerrung von Wechselkurs und Goldgehaltsrelation den Kapitalexport stark stimuliert. Da diese Bewegungen freilich keine Bereinigung des Widerspruchs, sondern andere Bedingungen für seine aktuelle Bewegungsform schaffen, muß die Währungskrise als dauerhafter Funktionstestenteil der internationalen Zahlungsbeziehungen unter Bedingungen des modernen Imperialismus angesehen werden. Der komplexe und widersprüchliche Zusammenhang zwischen nationalen und internationalen Wertbildungsprozessen kann sich so in der Form äußern, daß Paritätsänderungen die Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz, durch die sie verursacht waren, zusätzlich verschärfen, ein Umstand, den die bürgerliche "Wechselkurs-theorie" in völliger theoretischer Rat- und Sprachlosigkeit empirisch konstatiert.¹⁾

In der Tatsache, daß der Wechselkurs schon auf der Basis einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz keine Widerspiegelung gleichgewichtiger Verwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt und schon gar kein Gleichgewicht der Goldgehaltsrelationen herstellt, kommt die ganze Irrationalität des - vor allem von der neoliberalen Schule der bürgerlichen Ökonomie vehement propagierten - Modells global flexibler Wechselkurse (Floating) der Papiergeldwährungen zum Ausdruck. Der bereits zitierte bürgerliche Ökonome Alfred Boßhardt stellt hierzu völlig zutreffend fest:

"Unser Kollege Prof. König z.B. schrieb vor einiger Zeit, wer die Dinge realistisch beurteile, müsse zugeben, daß flexible Wechselkurse als Lösung des internationalen Währungsproblems trotz ihrer Vorzüge ausscheiden, weil das "Kartell der Notenbankleiter" ganz einfach nicht bereit sei, darauf einzutreten. Aber hier irrt unser geschätzter Kollege. Es ist nicht bloß das "Kartell der Notenbankleiter", wenn es so etwas überhaupt

1) vgl. Anm. 225 1, S. 139

gibt, welches totale Kursflexibilität ablehnt, sondern es ist praktisch die ganze Wirtschaft aller Länder, welche davon nichts wissen will, wie wir auch in diesem Gremium wiederholt festgestellt haben. Und warum lehnt die Wirtschaft frei schwankende Wechselkurse ab? Weil nach ihrer Meinung das aus der Kursflexibilität resultierende Kursrisiko den internationalen Güter- und Kapitalverkehr behindert und damit beeinträchtigt, weil nach ihrer Meinung zu den grundlegenden Erfordernissen einer rationalen internationalen Produktionsstruktur auch möglichst flexible Wechselkurse gehören. Aber eben: diese Wechselkurse müssen nicht nur stabil, sondern auch richtig sein." 1)

Hier liegt freilich das eben entwickelte Problem: Der "richtige" Wechselkurs kann zu jedem Zeitpunkt gleichzeitig der "falsche" sein. Die möglichst lange Aufrechterhaltung der Parität liegt im unmittelbaren ökonomischen Interesse der Monopole des betreffenden Landes. Da schon der bürgerlichen Ökonomie "Ausmaß Richtung" der Wirkung einer Paritätsänderung auf Exportposition und Zahlungsbilanz über unverbindliche Platteheiten hinaus weitgehend unbekannt ist, muß es im unmittelbaren Interesse "der Wirtschaft" (die nach den Erfahrungen mit dem Valutadumping in der großen Krise in den seltensten Fällen eine große Vorliebe für "offensive Abwertungen" etc. entwickeln dürfte) liegen, eine Veränderung der Paritäten möglichst lange hinauszuschieben.

"Der Mechanismus der Zahlungsbilanz kann im heutigen Kapitalismus nur dadurch aufrechterhalten werden, daß die internationale Verschuldung (in Form von revolvingierenden Valutakrediten und Devisenguthaben) zum vorrangigen Ausgleich der Zahlungsbilanz herangezogen wird. Dieser Ausgleich trägt einen rechnerisch-formalen Charakter (unechter Zahlungsbilanzausgleich). Zweifelloso kann der internationale Kredit nur zeitweilig die Bilanz ausgleichen (im Sinne einer 'Überbrückung', verbunden mit einer Stimulierung zur Herstellung des Ausgleichs durch die Leistungsbilanz beziehungsweise durch Goldtransaktionen), jedoch unter den Bedingungen einer chronischen Unausgeglichenheit des Warenhandels, der Dienstleistungen und der Goldbewegungen trägt diese Methode ständigen Charakter, das heißt 'Ungleichgewicht' der Zahlungsbilanzen und 'unechter' Zahlungsbilanzausgleich bedingen einander." 2)

1) Boßhardt, a.a.O., S. 67 f.

2) Domdey/Kühne, a.a.O., S. 67 f.

Wie wirkt nun der internationale Kredit auf die nationalen Geldsysteme ein? Die Theorie der "importierten Inflation", zumindest in der bei Neusüß/Blanke/Altvater entwickelten und bei Busch/Schöller/Seelow am Rande erwähnten Fassung,¹⁾ nimmt an, daß sich im Falle der Fixierung der Währungsparitäten zumindest auf längere Sicht Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz durch kompensierende Preissteigerungen im Überschußland ausgleichen.

Tatsächlich ist die Annahme preissteigernder Effekte eines Zahlungsbilanzungleichgewichts keinesfalls unreal. Zur Erklärung dieses Umstands ist es nützlich, den Devisenverkehr zunächst unter dem Aspekt einer speziellen Form der Ware-Geldbeziehung zu betrachten.²⁾ Der Exporteur, Schuldner, Gläubiger oder wer auch immer kauft für sein nationales Papiergeld eine Ware, die den Gebrauchswert hat, Papiergeld in einem anderen Land zu sein. Die "Nachfrage" dieser "Wirtschaftssubjekte" spiegelt sich auf der Passivseite einer nationalen Zahlungsbilanz wider. Soweit Nachfrage und Zufuhr ausgeglichen sind, scheint hier weiter nichts zu geschehen als Kauf und Verkauf, bzw. eher noch einfacher Tausch, da die "Devisen" zu einander abwechselnd in der Wert- bzw. der Äquivalentform stehen je nachdem, von welchem nationalen Papiergeld aus die Transaktion betrachtet wird (J.B. Say - lebte er noch - würde hieraus flugs die Unmöglichkeit von Zahlungsbilanzungleichgewichten zum "ökonomischen Gesetz erheben). Unter Bedingungen fixer Wechselkurse ist nun die Noten-

1) Neusüß/Blanke/Altvater, a.a.O., S. 47 f.; Busch/Schöller/Seelow, S. 57

2) Dies tun auch Neusüß/Blanke/Altvater a.a.O., S. 41 f. bzw. Neusüß, S. 144; sie bleiben freilich weitgehend bei dieser Beziehung stehen. Die Behandlung des Aspekts des Devisenmarkts stellt in der "elastizitätstheoretischen" Wechselkurserklärung in der bürgerlichen Theorie weitgehend den Ersatz einer Wechselkursstheorie ohne Anführungszeichen dar. Vgl. Fritz Machlup, Die Theorie des Devisenmarktes, in: Klaus Rose (Hr.), Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Westberlin 1971, S. 169-213; Gottfried Haberler, Der Devisenmarkt und die Stabilität der Zahlungsbilanz, - eine theoretische Untersuchung, in: ebd., S. 214-239

bank - sobald die Zufuhr - also die Aktivseite der Zahlungsbilanz - die Nachfrage übersteigt, aufgrund der in internationalen Abkommen festgelegten Parität gezwungen, den übersteigenden Betrag zu konvertieren. Tut sie dies, ohne ihre sonstigen Aktivitäten, die Papiergeldemissionen zur Folge haben, einzuschränken, so emittiert sie in der Tat überschüssiges Papiergeld, zumindest solange, wie sie selbst die Devisen nicht gegen inländisches Papiergeld plazieren kann. (Dann wäre die Bilanz wieder ausgeglichen, unabhängig davon, ob der Nachfrager mit der Devisen im Ausland Waren kauft, Schulden zahlt, sie investiert oder ob er sie einfach im Inland in seinen Keller legt oder die Wände damit tapeziert.) Dies kann jedoch zum Teil dadurch kompensiert werden, daß sie ihre übrigen Geschäfte, soweit sie Emissionen von Papiergeld zur Folge haben, einschränkt. Ist dies nicht der Fall, so sind preissteigernde Effekte anzunehmen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das Papiergeld außerhalb der Zirkulationssphäre allen Wert, Gebrauchswert wie Tauschwert, verliert. Ein Zahlungsbilanzüberschuß stellt also einen Kredit an das Defizitland dar, vom Defizitland aus gesehen die Entfernung von Zirkulationsmittel aus der Zirkulationssphäre. Inwieweit hierauf beruhende Mechanismen der Preissteigerung die Zahlungsbilanz ausgleichen können, hängt von vielen Faktoren ab, ganz zentral jedoch davon, inwieweit die Weltmarktpreisentwicklung der Exportwaren des Überschußlandes von der nationalen Preisentwicklung abhängt (wir haben bereits ausgeführt, daß dieser Zusammenhang recht lose ist). Da aber auch das Defizit nicht unbedingt eng mit der nationalen Inflationsentwicklung korreliert sein muß, dürfte die Wirkung der importierten Inflation zumindest nicht in Richtung auf einen starken internationalen Zusammenhang sich tendenziell ausgleichender Inflationsraten hinwirken, viel mehr eher auf einen losen "Inflationsgeleitzug". Im Unterschied zu internationalen Goldbewegungen stellen also Devisenbewegungen keine Wertübertragung von einem Land auf das andere dar, sondern Formen des internationalen Kredits. Insofern bedeutet es nichts weiter als die

Umwandlung eines auf Sicht zahlbaren in einen auf Termin zahlbaren Kredit, wenn die Devisen "zurückverliehen" werden. Wertbewegungen kommen in Devisenbewegungen freilich in der Weise zum Ausdruck, daß dem Kreditgeber in der Form des nationalen Staatspapiergeldes die Verfügung über einen Teil des materiellen Wertproduktes des verschuldeten Landes gegeben ist. Die Realisierung dieser Verfügung in Form der Übertragung von Waren in das Gläubigerland hat den Effekt einer Vernichtung eines Teils dieses materiellen Wertproduktes. Ungleicher Tausch liegt hier immer dann vor, wenn sich das nationale Kapital eines Landes mehr nationale Arbeit - vergegenständlicht in diesen Waren angeeignet hat, als es selbst im Tausch hergegeben hat. Insofern ist nicht die Handelsbilanz (wie Busch/Schüller/Seelow annehmen), wohl aber der Umfang der Transaktionen in materiellen Werten (Waren oder Gold) entscheidend für den Umfang des real stattgefundenen Werttransfers.

Die Möglichkeit der Währungskrise ergibt sich aus dem Auseinanderfallen des Erwerbs einer Forderung in ausländischen Währungen und ihrer Realisierung, also aus dem Doppelcharakter des nationalen Geldes als Zirkulationsmittel im nationalen Rahmen und als Kreditschein im internationalen Rahmen. Diese Beziehung ist klar - sie ergibt sich daraus, daß der Unterschied zwischen privater und gesellschaftlicher Zahlkraft im internationalen Rahmen nicht existiert, denn international gibt es keinen Garanten der Zahlkraft, der die weltweite Einlösung der Währungen garantieren könnte. Allgemeine Zahlkraft kann nur das Geld sein, das selbst Wert hat, nicht nur repräsentiert.

Die Notwendigkeit der Währungskrise als Funktionsbestandteil der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwährungsbeziehungen resultiert aus der objektiven Erfordernis langfristig geregelter internationaler Zahlungsbeziehungen (feste Paritäten), und der damit in Konflikt stehenden ungleichmäßigen Entwertung der Währungen im nationalen Rahmen sowie der damit zusammenhängenden relativen Verselbständigung der die Weltmarktbeziehungen (Zah-

lungsbilanzen) determinierenden Faktoren (Produktivitätsentwicklung der Welthandelswaren, Bewegung der internationalen Leih- und Anlagekapitale) auf der Basis der staats- und privatmonopolistischen Eingriffe auf diesem Sektor, die Ausmaß und Richtung der Wirkung selbst von objektiv erforderlichen Paritätsveränderungen zumindest mittelfristig unsicher werden lassen. Die Konsequenz ist eine starke Tendenz zur "Konservativität" des Wechselkurses, die die starke Ausdehnung internationaler Kreditbeziehungen (unechten Zahlungsbilanzausgleich) hervorruft. Hierdurch werden die Widersprüche in den internationalen Zahlungsbeziehungen zeitweilig konserviert. Man muß sich hier vor Augen halten, daß Zahlungsbilanzüberschüsse nichts anderes sind als auf Kredit finanzierte Überproduktion, wobei der Staat (die Zentralbank) einen Teil des so entstehenden internationalen Kredits in Form der Emission von nationalem Papiergeld absichert. Die Währungskrise stellt unter diesen Bedingungen eine Stockung des internationalen Kreditmechanismus dar, ihre zeitweilige Lösung durch die Paritätsänderung - sofern dadurch eine Lösung zustande kommt - die Mobilisierung der in der Zentralbankreserve fixierten Kreditmassen durch teilweise Entwertung dieser Forderungen. Die Paritätsänderung ist somit eine besondere Form städtlich zentralisierter Kapitalentwertung. Sie bietet jedoch nur eine sehr beschränkte Möglichkeit der Bereinigung der dem Weltwährungssystem zugrunde liegenden Widersprüche und wird meist als letztes Mittel zur Verhinderung der massiven Zahlungsunfähigkeit des Gläubigerlandes angewandt (die sie auch keinesfalls mit Sicherheit verhindern kann). Daher wird in Phasen akuter Desorganisation des internationalen Zahlungsmechanismus der diese Desorganisation wesentlich mitverursachende Staatseingriff in die Verwertungsbedingungen der auf dem Weltmarkt agierenden Monopole ergänzt durch den unmittelbaren Eingriff auch in die Zahlungsbeziehungen selbst, die Formen internationaler Devisenzwangswirtschaft verschärfen sich. Hiermit geht freilich auch der verstärkte Rückfall der kapitalistischen Weltwirtschaft in Formen des Bilateralismus und die

tendenzielle Auflösung partiell des "integrierten" globalen Weltmarktzusammenhangs einher, wodurch die der Währungskrise zugrundeliegenden Widersprüche einer Lösung dort entgegengerührt zu werden drohen, wo sie entstanden sind, nämlich in der Produktion.

Einer solchen Situation gegenüber muß dann die Aufgabe der Erfordernis der Wechselkursstabilität als das "kleinere Übel" erscheinen, zumal wenn die Ermittlung des "richtigen" Kurses kurzfristig nicht möglich erscheint. Diese Situation war konkret Anfang 1973 gegeben, als massive Devisenspekulationen - die bei fixierten Paritäten das "Mißtrauen" in die Parität, folglich die Unhaltbarkeit der jeweiligen Parität zum Ausdruck bringen - das System global fixierter Wechselkurse funktionsunfähig machten und die Perspektive seiner Wiederherstellung zumindest auf längere Sicht wenig wahrscheinlich schien. Die wichtigsten Welthandelsländer gaben daraufhin ihre Wechselkurse frei, lediglich eine Reihe von Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und einige mit ihnen durch einen hohen Grad der Handels- und Kapitalverflechtung eng verbundene Länder vereinbarten untereinander relativ feste Paritäten. (Hierauf wird noch einzugehen sein.) Wie wirkt sich nun die Flexibilität der Wechselkurse auf den Weltmarktzusammenhang und die Währungskrise aus? Glaubt man den neoliberalen Propagandisten dieser Konzeption¹⁾, so sind in einem System global flexibler Wechselkurse Währungskrisen ausgeschlossen, da jeder Zahlungsbilanzüberschuß den Wechselkurs erhöht und umgekehrt. Tatsächlich ist der internationale Devisenkredit als Ursache

1) Vgl. Jahresgutachten 1964/65, Stuttgart und Mainz 1964, Anhang: F.A. Lutz / E. Sohmen, Wie kann sich ein Land der importierten Inflation entziehen? insbes. S. 160 ff.; Gottfried Haberler, Die internationale Währungsordnung, in: Ordo, Düsseldorf und München, 15./16. Bd. 1965, S. 55 - 67, bes. S. 61 ff.

der Währungskrise in einem System global flexibler Wechselkurse ausgeschaltet, da das System ja darauf beruht, daß sich die Zentralbanken der Intervention auf dem Devisenmarkt, also des internationalen Devisenkredits, enthalten. Mit flexiblen Wechselkursen sind jedoch die unabhängig vom internationalen Kredit bestehenden Ursachen der Währungskrise nicht aus der Welt geschafft. Nur unter Bedingungen im kurzfristigen Gleichgewicht und in der Dynamik relativ ausgeglichener Zahlungsbilanzen - also wenn die der Währungskrise zugrunde liegenden Widersprüche einen geringen Grad der Zuspitzung erreicht haben - erlauben flexible Wechselkurse eine gewisse Stabilität der Paritäten, fixe Paritäten aber noch in größerem Maße. Wenn aber "fundamentale Ungleichgewichte", die nach der Definition des IWF-Abkommens eine Paritätsänderung erfordern, in immer kürzeren Abständen auftreten, ziehen flexible Wechselkurse heftige und sprunghafte Schwankungen der Paritäten nach sich, die die Aufrechterhaltung des Welthandels ernsthaft gefährden, da sie dem exportierenden Einzelkapital die Kalkulierung der Profitrate im Außenhandel erschweren bzw. verunmöglichen. Die Währungskrise mußert sich unter diesen Bedingungen in solchen Schwankungen, die je nach den konkreten Bedingungen erratisch und schwer kalkulierbar verlaufen können. Zusätzlich wird der Welthandel um den Betrag eingeschränkt, den die Formen des internationalen Kredits - als externalisierte Überproduktion - zusätzlich ermöglicht hat. Flexible Wechselkurse sind daher keine Lösung der Währungskrise, sondern ein Ausdruck ihrer extremen Zuspitzung. Wenn die durch sie stimulierte Einengung der Weltmarktbeziehungen ein gewisses Ausmaß erreicht hat, degenerieren sie überdies häufig zu Formen des durch gezielten Staatseingriff manipulierten Floating, des sog. "verschmutzten Floating", also einer Mischform von Wechselkursflexibilität und Devisenzwangswirtschaft. Die Bemühungen wirtschaftlich eng miteinander verflochtener Staaten und Staatengruppen, wenigstens untereinander eine gewisse Kursstabilität aufrechtzuerhalten,

spiegelt die nach wie vor wirksame objektive Erfordernis stabiler Austauschverhältnisse der nationalen Währungen wider. Durch die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung solcher Beziehungen sind die in der Zirkulation konservierten Widersprüche zwar nicht beseitigt, doch ihrer gewaltsamen Lösung ein erhebliches Stück nähergekommen.

Dies kann durchaus geschehen in Form einer weltweiten Krise, in der der im buchstäblichen Sinne auf Papier gebaute Weltmarktzusammenhang weitgehend zusammenbricht¹⁾, zumal, wenn sich auf der Basis weltweiter kapitalistischer Überakkumulation und Überproduktion seit 1971 ein weitgehender "Konjunkturgleichschritt" hergestellt hat, der die Möglichkeit der teilweisen Kompensation zyklischer Überproduktionskrisen durch die Internationalisierung der Produktion stark einschränkt. Ebenso denkbar ist freilich eine langandauernde Periode weltweiter Stagnation, in der Weise, daß sich zyklische Krise und Währungskrise eng miteinander verflechten, daß die Stagnation der Weltmarktbeziehungen und die zunehmende Schärfe und Ungleichgewichtigkeit der imperialistischen Weltmarktkonkurrenz die Perpetuierung und Entfaltung der internationalen Zahlungsbeziehungen hemmt, während andererseits die Stagnation der internationalen Kreditbeziehungen die Stagnation der Weltmarktbeziehungen perpetuiert.²⁾

Die oben getroffenen Feststellungen weisen bereits die Grenzen von Versuchen auf, die Währungskrise unter dem Firmenschild "Reform des internationalen Währungssystems" in die Schranken

-
- 1) Damit ist freilich nur die Möglichkeit, keineswegs die von Neusüß u. a. in flotter Anwendung der "Strukturanalogie" recht formal und oberflächlich deduzierte Notwendigkeit der Weltkrise festgestellt (vgl. Neusüß, Blanke, Altvater a. a. O., S. 97, 113; hier sind sie noch recht vorsichtig, während Neusüß diese Zurückhaltung in Neusüß, a. a. O., bes. S. 175 ff., ohne inhaltlich Neues zu bringen, weitestgehend aufgibt).
 - 2) vgl. Domdey/Rühne, a. a. O., S. 155 ff. . Es scheint uns keine "Unfähigkeit zur Prognose" (Neusüß, a. a. O., S. 175 und an anderen Stellen) zu bedeuten, wenn wir uns leichtfertiger und unzureichend abgeleiteter "Prognosen" enthalten.

einer weltweit florierenden Akkumulation des Kapitals zu domestizieren. Auf eine solche Konzeption - das Modell global flexibler Wechselkurse - sind wir bereits eingegangen. Es spricht in diesem Zusammenhang für den Klasseninstinkt der kapitalistischen Finanzoligarchie, daß sie sich den - aus der Verherrlichung der "selbstheilenden Kräfte des Marktes" ver selbstständigten - theoretischen Höhenflügen eines Teils ihrer Apologeten nach Möglichkeit widersetzt.¹⁾

Die "Vorschläge" sind zu vielfältig, um sie hier alle zu referieren, wir behandeln daher nur diejenigen, die in der Realität der kapitalistischen Weltmarktbeziehungen eine gewisse Berücksichtigung finden, da wir davon ausgehen, daß nur diese überhaupt nur gewissen Seiten der wirklichen Widerspruchszusammenhänge Rechnung tragen. Es bleiben dann nur noch zwei Gruppen übrig: die eine, die der verstärkten Emission von "Sonderziehungsberechtigungen" im internationalen Währungsfonds eine zentrale Rolle bei der "Lösung" der Schwierigkeiten in den kapitalistischen Zahlungsbeziehungen beimißt, und schließlich diejenige, die der zunehmenden Desintegration des kapitalistischen Weltmarkts und seiner tendenziellen Degeneration auf regionale Präferenzgebiete durch die Schaffung regionaler Leitwährungen für jeweils diese Wirtschaftsblöcke Rechnung tragen will. Die Bedeutung der ersten Konzeption scheint uns darin zu liegen, daß sie eine starke Berücksichtigung in den entsprechenden Diskussionen der staatlichen Autoritäten der kapitalistischen Länder findet und zumindest Aspekte dieser Konzeption mit einiger Wahrscheinlichkeit Versuchen zu ihrer Realisierung entgegen sehen. Die Relevanz der anderen²⁾ ist darin zu sehen, daß sie, anstatt über die Vorteile einer immer stärkeren Außenhandelsliberalisierung und dergleichen mehr - völlig losgelöst von den realen Bedingungen - abstrakt zu philosophieren, von den

1) vgl. oben, S. 156 f.

2) Hans Möller, Das Ende einer Weltwährungsordnung, München 1972

realen Bedingungen der imperialistischen Weltmarktkonkurrenz ausgeht und versucht, auf deren Basis Lösungsvorschläge für ein funktionierendes System internationaler Zahlungsbeziehungen zu entwickeln sucht. Den Realitätsgrad dieser Lösungsversuche werden wir unten zu untersuchen haben.

Die Sonderziehungsrechte im internationalen Währungsfonds, die in der gegenwärtigen bürgerlichen Diskussion um die "Reform des internationalen Währungssystems" als wesentliches Element einer Umstrukturierung angesehen werden, wurden 1967 im Rahmen einer Statutenänderung des IWF von den Mitgliedsländern geschaffen.¹⁾ Jedes Land erhielt in der Höhe seiner IWF-Quote aus dem Sonderkonto des IWF eine entsprechende Menge von Sonderziehungsrechten zugeteilt, die in jede Währung der Teilnehmerländer an dem Abkommen konvertierbar sind.²⁾ Faktisch erlaubten sie - in der Höhe der ihm zustehenden Rückgriffsrechte - jedem an dem Abkommen beteiligten Land, das Privileg auszuüben, das bis dahin faktisch nur der Leitwährung Dollar zukam, nämlich Zahlungsbilanzdefizite nicht durch Übertragung von Devisenreserven aus der zentralen Währungsreserve, sondern durch Betätigung der Notenpresse zu finanzieren. Sie stellten mithin eine Form der Entwicklung des internationalen Kredits über das Dollardefizit hinaus dar. Der in diesem System angelegte Multireservewährungsstandard wird in dem Maße irreal, wie sich aufgrund der ungleichgewichtigen Entwicklung der Zahlungsbeziehungen die SZR sich in einigen wenigen Überschussländern ansammeln und dort eine weitere Aufblähung des internationalen Kredits verursachen. Der "Mangel an internationaler Liquidität" - mit dem dieses System begründet ist - würde sich dann erneuern.

1) Zu den Bestimmungen des Abkommens vgl. die Zusammenfassung: Das Papiergeld des IWF, in: Der Volkswirt, Frankfurt/M., 1968, Nr. 25 v. 29.3.1968, S. 15

2) Die Einzelheiten der Funktionsweise lassen wir hier außer acht. Vgl. Fritz W. Meyer, Sonderziehungsrechte für Sonderinteressen, in Ordo, 21. Bd. 1970, S. 93-120; sowie Klaus Kolloch, Sonderziehungsrechte als Versuch eines neuen internationalen staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumentes zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltwährungssystems, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR 1975, H. 3, S. 391-405

stellen. Aus diesen Gründen sowie deswegen, weil zur damaligen Zeit die USA mit diesem System die versteckte Absicht der Konsolidierung ihrer Auslandsschulden verfolgten, führte dieses Medium aufgrund einer recht niedrigen Erstzuteilungsrate von 9,5 Milliarden Dollar (US-Vorstellung: 22,5 Mrd. Dollar)¹⁾ jahrelang ein Schattendasein.

Die neoliberale Kritik an diesem System, die auf die nur kurzfristig palliative, langfristig aber inflationsfördernde Wirkung dieses multinationalen Kreditmittels hinweist trifft durchaus zu, es ist auch richtig, daß dieses System den Keim seiner Auflösung, nämlich der formellen Zurückweisung der Einlösung von SZR in nationale Währungen, bereits in sich trägt.²⁾

Dies stellen auch die neokeynesianischen Anhänger dieses Systems nicht prinzipiell in Abrede, den Ausweg aus diesem Dilemma sehen sie - im Gegensatz zur im moralisierenden Appel an die "Zahlungsbilanzdisziplin" ohne Rücksicht auf die konkrete nationale Position auf dem Weltmarkt vorwiegend sich selbst genügenden "Analyse" der Neoliberalen - in einer "Weltzentralbank", die die nationale Steuerung der "internationalen Liquidität" - also der SZR - unabhängig von nationalen Interessen.³⁾

1) vgl. Meyer, a.a.O., S. 95, 105; sowie Kolloch, a.a.O., S. 394

2) vgl. Meyer, a.a.O.; Kolloch a.a.O., S. 398 ff. Kolloch entwickelt die geldtheoretischen Aspekte der SZR, er weist auf die Fiktivität der "Demonetisierung des Goldes" hin (S. 398 ff., 400 f.) Zusammenfassend bemerkt er: "Mit den Sonderziehungsrechten schenkt man sich gegenseitig etwas, was keiner hat. Monetisiert man die Sonderziehungsrechte durch Umtausch in eine fremde Währung, führt das zu einer Erhöhung der effektiv umlaufenden Geldmenge, denn das Sonderziehungsrecht aufnehmende Land gewährt praktisch einen materiell und monetär ungedeckten Kredit." (401)

3) Vgl. W. Hankel, Währungsordnung reformiert sich selbst - Auf dem Weg zur Welt-Notenbank, in: Handelsblatt, Düsseldorf, Nr. 169 v. 1./2.9.1972, S. 14; ders.: Mehr Autonomie für den Internationalen Währungsfonds erforderlich, in, Handelsblatt, Beilage "Banken international", November 1972, S. 9/10; ders.: Nach der Dollar-Abwertung: Wie geht es jetzt weiter? in: Handelsblatt Nr. 35 v. 13.2.1973

Diese Auffassung geht auf die Vorschläge von John Maynard Keynes auf der Währungskonferenz von Bretton Woods zurück sowie auf die Entwürfe von Robert Triffin, die von gleichen Ansatz ausgehend die Notwendigkeit einer Weltreserve als Förderer eines internationalen Kunstgeldes begründeten.¹⁾

Ihr liegt ein radikales Mißverständnis des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs als eines im Grunde harmonischen Mittels zur "Wohlfahrtssteigerung" zugrunde, in dem nationale Interessen nur die Rolle eines kurzzeitigen Störfaktors spielen. Schon im nationalen Rahmen setzt sich der kapitalistische Gesamtinteresse - zumal unter den Bedingungen des stabilisierten kapitalistischen Kapitalismus - durch in der Form des Interesses an der Stärkung der Akkumulationskraft der stärksten, produktivsten und kapitalkräftigsten Monopole bei einer bestenfalls marginalen Berücksichtigung der Interessen der schwächeren Firmen und bei - freilich auf der Grundlage des Kräfteverhältnisses der Klassen - weitgehender Subsumtion längerfristiger Strukturverhältnisse struktureller und infrastruktureller Natur unter diese "Zielsetzung". Im internationalen Rahmen müßte die Voraussetzung einer "rationalen" Verteilung der "Lasten" und Vorteile, die an den Weltwirtschaftsbeziehungen entspringen, naiv angesetzt werden, wenn dann auch die jeweiligen Urheber regelmäßig den Nachweis schuldig, nach welcher Rationalität sie zu steuern gegenben, oder verfallen sich in gänzlich irreale Phantastereien "magischer" Vielecke, deren "Ecken" zusammenzubringen tatsächlich an Magie grenzen würde.

Als "Lösung" der Währungskrise ist mithin die Konzeption der SZR als vorherrschendes Reservemedium ebenso unzulänglich wie alle institutionellen oder technischen Manipulationen in der

¹⁾ Zum Plan von Keynes vgl. Dobretsberger, a.a. ., S. 26 ff., der auch eine teilweise sehr zutreffende und weitreichende Kritik entwickelt; Robert Triffin, After the Gold Standard, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87, 1980, S. 188 ff.

Geldsphäre. Als Mittel der Aufrechterhaltung des internationalen Kredits, also als konkrete Bewegungsform der Währungs-
krise, kann ihnen für eine gewisse Zeit eine gewisse Bedeutung zukommen, nicht mehr und nicht weniger freilich als dem internationalen Kredit überhaupt.

Die Beschreibung von Situation und Perspektive des internationalen Währungssystems, wie sie der Münchner Ökonom Hans Möller vornimmt, verdient insofern wesentlich ernster genommen zu werden, als er sich nicht mit phantastischen oder perspektivlosen Vorschlägen umfassender Patentlösungen begnügt, sondern sich bemüht, auf der Grundlage der konkreten Bedingungen und der aktuellen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs Entwicklungsperspektiven der internationalen Zahlungsbeziehungen nachzuvollziehen. Er konstatiert zunächst die seit der Währungskrise des Jahres 1971 zu beobachtenden desintegrativen Tendenzen auf dem kapitalistischen Weltmarkt:

"Eine Umkehr dieser Entwicklung (der zunehmenden "Liberalisierung" des Handels und Zahlungsverkehrs seit Ende der fünfziger Jahre, e.s.) würde der Logik der im letzten Jahrzehnt in vielen Ländern wirksam gewordenen wirtschaftspolitischen Tendenzen entsprechen: der wachsenden Betonung eigenständiger Ziele und Präferenzen, den Versuchen zu deren Durchsetzung auch zu Lasten des Trends der weltwirtschaftlichen Entwicklung; der Benutzung außenwirtschaftlicher Differenzen und Maßnahmen zur Ablenkung von den zunehmenden binnenwirtschaftlichen Konflikten und zu deren - vielleicht sogar nur kurzfristiger oder scheinbarer - Lösung." 1)

Aus diesen Entwicklungen, die mit der Gruppierung von Wirtschaftsböcken um die drei Zentren des gegenwärtigen Imperialismus einhergehen, sieht er die konkrete Möglichkeit eines internationalen Währungssystems hervorgehen, in dem die Wirtschaftsböcke ihre Einfluß- und Präferenzgebiete durch Wechselkursfixierungen eng mit sich verbinden, während zwischen den Einflußgebieten der verschiedenen Einflußgebiete losere Formen der Zahlungsbeziehungen, etwa in der Form der Kusflexibilität herrschen dürften. Er charakterisiert die Form einer solchen Lösung für die EWG folgendermaßen:

1) Möller, a.a.O., S. 74

"Für die Währungsunion wäre ein gesondertes internationales Zahlungsmittel denkbar, aber nicht notwendig. Es wäre ausreichend, die Wechselkurse innerhalb der Union zu fixieren, wobei zunächst noch für Katastrophenfälle eine Revisionsmöglichkeit offengehalten werden könnte. Allerdings müßte es sich um eine wirkliche Katastrophenklausel handeln, denn andernfalls wäre die Fixierung des europäischen Wechselkurssystems nicht glaubwürdig. Es käme also darauf an - und das zeigt zugleich die Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe -, ein Bretton-Woods-System im kleinen, im europäischen Rahmen zu errichten, in dem die Wechselkurse noch starrer zu sein hätten als in der alten Weltwährungsordnung." 1)

Es ist hier darauf hinzuweisen, daß bei diesen Überlegungen die ungleichmäßige Bewegung der nationalen Geldwerte lediglich "zunächst noch" in der Paritätsänderungsklausel sowie mit einem Hinweis auf die Schwierigkeiten Berücksichtigung findet. Dies ist im Rahmen der von Müller getroffenen Voraussetzungen übrigens kein Widerspruch, zumindest dann nicht, wenn unter Wirtschafts- und Währungsintegration die fortschreitende "Harmonisierung der Wirtschafts- und Geldpolitiken" der Teilnehmerländer mit der Perspektive eines geschlossenen ökonomischen Großraumes mit weitgehend gleichen Verwertungsbedingungen analog - und in der Tendenz gleich - einem nationalen Binnenmarkt - zudem als ökonomische Basis einer darauf beruhenden "politischen Union", also einer sich herausbildenden EWG-Staatsautorität begriffen wird, in der dann auch keine ungleichmäßige Entwicklung zwischen Staaten Platz hat. Den Realitätsgehalt solcher Konzeptionen und die realen Formen westeuropäischer Währungs Kooperationen werden wir im folgenden Abschnitt zu untersuchen haben. 2)

1) ebd., S. 81

2) vgl. Sanio/Breuer, a.a.O., S. 310. Diese Feststellung impliziert eine Selbstkritik an unserer verkürzten Kritik an dieser Auffassung, der wir einfach die Realität der ungleichmäßigen Entwicklung innerhalb der EWG entgegengestellt haben. Vgl. vorl. Arbeit, Seite 176 ff. Dort werden wir entwickeln inwieweit die Grundlinien unserer Einwände gleichwohl aufrechtzuerhalten sind. Dies erfordert jedoch eine differenziertere Einschätzung des Charakters und der Perspektiven der Integration.

Festhalten können wir, daß Möller von dieser Vorstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion im EWG-Bereich - ergänzt durch eine Reihe ökonomisch auf diesen Block orientierter oder von ihm abhängiger Länder - abgesehen, den Krisentendenzen im kapitalistischen Weltmarktzusammenhang und der Auflösung des globalen Systems langfristig fixierter Paritäten nicht entgegenzusetzen weiß, sie vielmehr in vollem Umfange bestätigt.

Wir haben also gesehen, daß ein Wechselkurssystem manipulierter Papiergeldwährungen in der permanenten Währungskrise seine adäquate und notwendige Bewegungsform findet, da sich die in ihm angelegten Widersprüche notwendig auf ihren verschiedenen Ebenen entfalten und verflechten müssen. Diese Widersprüche kennzeichneten wir als: erstens den allgemeinen Widerspruch zwischen Goldgehalt und Goldparität, von dem wir einen speziellen Aspekt, nämlich die gewaltsame Sprengung der im System von Bretton Woods angelegten langfristigen staatsmonopolistischen Manipulation des Gold"preises" in der Form der Dollarkrisen seit etwa 1960 bereits im vorangegangenen Kapitel entwickelt hatten. Als weiteren Widerspruch kennzeichneten wir die "Verzerrung" der Papierparitäten durch die Formen institutionalisierten Werttransfers auf dem kapitalistischen Weltmarkt, denen gegenüber die Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade nur sehr in direkt und als allgemeine Gleichgewichtstendenz wirken kann, wobei die Formen institutionalisierten Werttransfers das Ungleichgewicht fortwährend reproduzieren. Weiter wiesen wir darauf hin, daß auch die Stufenleiter der Produktivitätsgrade als Stufenleiter nur der Weltmarktwaren nur eine modifizierte Ungleichgewichtstendenz durchsetzen kann, da der Zusammenhang mit der nationalen Produktivitätsentwicklung (also dem relativen Geldwert) durch die verschiedensten Formen innergesellschaftlicher Werttransfer- und -umverteilungsprozesse sich in relevantem Ausmaß lockern kann. Dieser Umstand produziert ein Ungleichgewicht der nationalen Goldgehalte auch dann,

wenn die Parität der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade der Weltmarktwaren entspricht. Dieser Widerspruch erhält besondere Schärfe durch Formen privat- und staatsmonopolistischer Exportförderung. Die bis Anfang 1973 vorherrschende Form der internationalen Zahlungsbeziehungen als System fester Kurse resultiert aus dem Interesse der auf dem Weltmarkt agierenden Kapitale an langfristig geregelter Austauschrelationen, die allein der Notwendigkeit einer zumindest mittelfristigen Kalkulation der Profitraten und der Märkte genügen können, verstärkt dadurch, daß die bürgerliche Ökonomie (und vermutlich nicht nur diese) unfähig ist, empirisch den "richtigen" Wechselkurs und damit Ausmaß und Richtung der Wirkung einer Wechselkursänderung zu kalkulieren. Dadurch neigt der Wechselkurs zur "Konservativität", die Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz - als akute Geltendmachung der skizzierten komplexen Widerspruchszusammenhänge - werden durch internationale Devisenkredite überbrückt. Hier mußte darauf hingewiesen werden, daß die Devisen selbst eine - auf Sicht im "Heimatland" der Devisen zahlbare - Form des internationalen Kredits ist. Das devisenkonvertible Papiergeld hat folglich den Doppelcharakter von Geld in der nationalen und Kredit in der internationalen Zirkulation. Damit ist ein Werttransfer in Devisen ausgeschlossen. Insofern müssen alle Formen ungleichen Tausch in Bewegungen materieller Werte realisiert werden, wenn sie realisiert werden sollen. Hieraus ergibt sich die konkrete Unmöglichkeit der Übereinstimmung von Goldparitätsrelationen der Papiergeldwährungen ebenso wie von der Stufenleiter der Produktivitäts- und Intensitätsgrade mit dem Wechselkurs, sofern Werttransfer vorkommt.

Das System global fixierter Paritäten erweist sich unter erschwerten Verwertungsbedingungen für das Kapital im Weltmaßstab und infolge der zunehmenden Überwälzung von Widersprüchen, die der kapitalistischen Produktion entspringen, auf die Geldsphäre, unfähig, auf der Basis seiner inneren Widersprüche den an es gestellten Anforderungen zu genügen. Es zerbricht (im

Frühjahr 1973) und wird durch ein System flexibler Paritäten ersetzt, das freilich die Entfaltung der Weltmarktbeziehungen hemmt und die im Währungsmechanismus angestauten Widersprüche - vor allem durch die mit ihm verbundene Einschränkung des internationalen Kredits - ihrer Lösung dort, wo sie entstanden sind, hüberbringt, nämlich in der Produktion, indem es externalisierte Überproduktion partiell repatriiert und auf jeden Fall die relevante Neuentwicklung der Internationalisierung der Überproduktion hemmt. Unter diesem System findet die Währungskrise ihre aktuelle Bewegungsform in starken, oft erratisch oder sprunghaft verlaufenden Kursschwankungen, die die Desorganisation in den Weltmarktbeziehungen verschärfen und ihrerseits teilweise wieder staatlichen Manipulationen unterliegen. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich der illusionäre und apologetische Charakter von Versuchen, die Währungskrise durch technische oder institutionelle Manipulationen, etwa durch ein internationales "Kunstgeld" zu lösen.

Abschließend behandelten wir den interessanten und teilweise überraschend realistischen Diskussionsbeitrag eines bürgerlichen Ökonomen, der dem zunehmenden Zerfall des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs Rechnung zu tragen versucht, wobei er bei der Einschätzung der Perspektiven der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungskooperation im westeuropäischen Wirtschaftsblock der EWG zentrale Bedeutung beimißt. Deren aktuelle Formen, ihren Charakter und ihre Perspektiven werden wir im folgenden zu behandeln haben.

III. Währungskrise und Währungsintegration

Im folgenden sollen einige Zusammenhänge zwischen der Organisation der internationalen Zahlungsbeziehungen als einem im Zustande weitgehender Desorganisation befindlichen Wechselkursmechanismus manipulierter Papiergeldwährungen und den Aktivitäten der Länder des westeuropäischen Wirtschaftsblocks der EWG, die über bestimmte Methoden der ökonomischen Verflechtung und Kooperation auf spezielle Formen der kapitalistischen Internationalisierung in einem regional begrenzten Teilbereich des kapitalistischen Weltmarkts abzielen, auf der Basis des oben entwickelten untersucht werden. Besonderes Interesse verdienen in diesem Zusammenhang die Bestrebungen, der "westeuropäischen Integration" durch die Schaffung einer "Wirtschafts- und Währungsunion" Dauerhaftigkeit und Stabilität zu verleihen, zumal unter Bedingungen zunehmend verfallender global geregelter kapitalistischer Weltwirtschaftsbeziehungen.

Einleitend soll unter diesem generellen Aspekt eine Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen solcher Bestrebungen gegeben werden. Hieran anschließend wird dann ein kurzer Überblick über die konkreten Maßnahmen in dieser Richtung, ihre Widersprüche und Perspektiven vermittelt.

6.1. Möglichkeiten und Grenzen der Währungsintegration

Wir hatten bereits - selbstkritisch in Bezug auf früher vertretene Positionen - darauf hingewiesen, daß sich die Bemühungen um eine verstärkte ökonomische und währungspolitische Kooperation nicht einfach mit dem Hinweis auf die unbestreitbar auch zwischen den Staaten der EWG wirkende Ungleichmäßigkeit der Entwicklung hinwegwischen lassen. Einer solchen Vorgehensweise liegt ein Vorverständnis des Charakters der westeuropäischen Integration zugrunde, das durch eine konkrete Analyse des Charakters und der Ergebnisse des Integrationsprozesses erst erhärtet oder relativiert werden kann, nämlich die Auffassung, der

westeuropäische Wirtschaftsblock beinhalte in seinen konstitutiven Merkmalen keinerlei Elemente, die in relevantem Maße über das hinausgingen, was Lenin in seiner Schrift "Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa" als "zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten" bezeichnet.¹⁾ Unter diesen Bedingungen gelten zwischen den Mitgliedsstaaten der Integration keine prinzipiell anderen Bedingungen als zwischen beliebigen Staaten innerhalb der imperialistischen Weltmarktkonkurrenz, soweit sie einen gewissen Grad gegenseitiger ökonomischer Verflechtung aufweisen. Selbst wenn sie im einzelnen richtig beschrieben sind, bleiben die besonderen Bedingungen und Triebkräfte von Kooperationsbestrebungen in Teilbereichen des Integrationsprozesses einer solchen Ableitung äußerlich.

Im Unterschied hierzu wollen wir uns im folgenden bemühen, den besonderen Bedingungen, die aus der speziellen Form regionaler Reaktionen auf die Tendenzen kapitalistischer Internationalisierung erwachsen, in die Analyse des Teilbereichs Währungsintegration bzw. -integration miteinzubeziehen, wobei wir freilich eine umfassende Analyse des Charakters und der Ergebnisse des Integrationsprozesses weder leisten wollen noch können.

Gleichwohl erscheint es sinnvoll und erforderlich, einige Grundlinien der Entwicklung der westeuropäischen Integration kurz nachzuzeichnen. Die Staaten der EWG schlossen sich zu einer Zeit zusammen, als die Sättigung des nationalen Marktes aufgrund ei-

¹⁾ Lenin, Werke Bd. 21, S. 345; ders. Werke Bd. 22, S. 300 f.; vgl. Frank Deppe, Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: Deppe (Hg.), EWG..., a.a.O., S. 175-285, bes. S. 237 ff. Dies heißt nun keineswegs, daß man in den umgekehrten Fehler bis hin zu Anklängen eines EWG-Ultraimperialismus verfallen soll, wie es uns bei Ernest Mandel, die EWG und die Konkurrenz USA-Westeuropa, Frankfurt/M. 1968, der Fall zu sein scheint. Auf der Basis einer falschen Analyse der Interessenlage und des Ausmaßes bei der Kapitalverflechtung in der EWG legt Mandels Ableitung einen solchen Schluß nahe. (S. 46 ff., 48)

ner weitgehend beendeten Rekonstruktionskonjunktur soweit abgeschlossen war, daß ein verstärktes Drängen auf den Weltmarkt zur Notwendigkeit für die nationalen Kapitale wurde, jedoch auf die Schranken der zu dieser Zeit noch erdrückenden Vormachtstellung der USA auf dem kapitalistischen Weltmarkt stieß.¹⁾ Diesem Grundcharakter der EWG als einer zunächst weitgehend auf den regionalen Markt konzentrierten Durchbrechung der nationalen Schranken der Kapitalakkumulation entsprach die "Verfassung" dieses Wirtschaftsblocks, der EWG-Vertrag, als ein Kompromiß zwischen den divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten, die sich auf der Basis ihrer stark divergenten nationalen ökonomischen Strukturen ergaben.²⁾ Diese Form der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses zog ein stark Überdurchschnittliches Wachstum der regionalen Handelsverflechtung nach sich³⁾ und ermöglichte es diesen Staaten, durch Assoziierungsverträge diesem Block weitere Präferenzgebiete lose anzugliedern, wobei diese - vor allem soweit sie aus dem ehemaligen Kolonialreich Frankreichs in Afrika und ähnlich strukturierten Gebieten hervorgegangen waren - überwiegend den Charakter neokolonialer Einflußgebiete trugen.⁴⁾

1) Albert Statz, Die Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG, in: Deppe (Hg.), EWG..., a.a.O., S. 160

2) Vgl. Deppe, Zur Struktur ..., a.a.O., S. 175 ff.; zu den unterschiedlichen sozioökonomischen Strukturen insbes. S. 217 ff.; Zu einem Aspekt dieser Problematik vgl. Peter Heß, Der Widerspruch zwischen den agrarpolitischen und den außenpolitischen Interessen des BRD-Monopolkapitals, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 13. Jg. 1965, H. 1, S. 1-15

3) vgl. Deppe, Zur Struktur ..., a.a.O., S. 187 und ff.

4) Hans-Ulrich Walter, Zu einigen Aspekten der neokolonialistischen Expansion der EWG in Afrika, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 17. Jg. 1969, H. 4, S. 577-588

Diese Zusammenhänge erhielten durch das bedeutende Erstarken der Staaten der EWG gegenüber der US-Konkurrenz, vor allem auf dem Gebiet der Welthandelsbeziehungen einen, neuen Inhalt. "Die EWG" wurde zur "bedeutendsten Handelsmacht" des kapitalistischen Weltmarkts und überholte auf diesem Gebiet seit 1967 die Vereinigten Staaten.¹⁾

War jedoch die EWG nach den Bestimmungen des Vertrages wesentlich umfassender angelegt als in Richtung auf eine Stimulierung des gegenseitigen Warenverkehrs bei Realisierung gewisser "Abschließungseffekte" nach außen und zielte sie vielmehr auf eine weitgehende Angleichung der sozio-ökonomischen Strukturen bei gleichzeitigem schrittweisen Zurücktreten nationalstaatlicher Souveränitätsrechte zugunsten supranationaler Instanzen ab - teilweise mit der Zielvorstellung einer "politischen Union" bis hin zu Konzeptionen eines "Europa-Staates" -, so setzten die Bedingungen innerimperialistischer Konkurrenz, die auch innerhalb der Gemeinschaft nicht außer Kraft waren, solch weitgehenden Konzeptionen Grenzen.

Die Prozesse der Konzentration und Zentralisation des Kapitals vollzogen sich überwiegend im nationalen Rahmen, bei grenzüberschreitenden Konzentrations- und Zentralisationsprozessen dominierten die Direktinvestitionen der US-Konzerne in Westeuropa, die so einerseits die Außenhandelsdiskriminierung unterlaufen und zudem für ihre Warentransaktionen nach Westeuropa eine solide Grundlage schaffen konnten.²⁾ Die sozioökonomischen Strukturen in der Gemeinschaft wiesen eine Angleichungstendenz weniger im Sinne zunehmender internationaler Arbeitsteilung als vielmehr im Sinne einer global analogen Entwicklung in den einzelnen

1) Vgl. Deppe, Zur Struktur .., a.a.O., S. 186 und ff.

2) Sachmatowa, a.a.O., S. 108 ff.; vgl. Hanne Nusimé, Werner Michel, Ulrich Wacker, Die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals, in: Deppe (Hg.), EWG., a.a.O., S. 53-110, hier: S. 69 ff., 89 ff., 99 ff., 108 f.; vgl. Altwater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt/M. 1969, S. 69 ff.

Staaten, wobei die bereits vor der Gründung der EWG vorhandenen Disparitäten großenteils konserviert wurden.¹⁾ Die globalen Kennziffern der ökonomischen Entwicklung, Wachstum, Außenhandel, Preisentwicklung etc. entwickelten sich dabei in Struktur, Ausmaß und Dynamik stark ungleichmäßig über verschiedene Perioden.

Damit blieb die Grundlage für innerimperialistische Konflikte und Widersprüche innerhalb der Integration weitgehend erhalten. Diese konzentrierten sich vor allem auf den Widerspruch zwischen der BRD und Frankreich, wobei die BRD auf Grund ihres starken Gewichts innerhalb der Gemeinschaft und der bedeutenden Orientierung ihres Exports auf die Märkte der Drittländer dem Konzept einer "weltoffenen" und gleichzeitig durch die Dominanz supranationaler Strukturen gekennzeichneten Integration näherstand, während Frankreich eine eher defensive Integrationskonzeption mit der weitgehenden Erhaltung nationalstaatlicher Autorität verfocht und die Integration eher in Richtung auf eine Revision des für es ungünstigen Kräfteverhältnisses innerhalb der Gemeinschaft zu instrumentalisieren suchte.²⁾

Das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsblocks ist demgegenüber - soweit es über den Tatbestand einer erheblichen gegenseitigen Handelsverflechtung hinausgeht, wesentlich darin zu sehen, daß gegenüber der Dominanz der Vereinigten Staaten und dem aufstrebenden imperialistischen Konkurrenten Japan das Gewicht jedes einzelnen Mitgliedsstaates - auch der stärksten - für eine adäquate Geltendmachung der aus der Konkurrenz mit den beiden anderen imperialistischen Zentren erwachsenden Interessen im Sinne "einer Neuaufteilung der Welt" "nach der Macht" keinesfalls ausreichen kann, zumal nicht unter Bedingungen sich international verschlechternder Verwertungsbedingungen. Insofern wirken starke Triebkräfte in Bezug auf

1) vgl. Deppe, Zur Struktur .., a.a.O., S. 217 ff.

2) vgl. ebenda, S. 164 ff., bes. S. 167 ff., 169 f., 172 ff.

ein zwischenstaatliches Interessenclearing den aus der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen entspringenden "zentrifugalen" Kräften entgegen, ohne diese freilich in relevantem Maße abmildern oder aus der Welt schaffen zu können.

In diesem Widerspruchszusammenhang sind auch die Bestrebungen der westeuropäischen Staaten in Richtung auf eine verstärkte Wirtschafts- und Währungs Kooperation im regionalen Rahmen der EWG zu interpretieren. In der Auseinandersetzung um die Schaffung der Sonderziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds 1967 hatten die USA nur dadurch einen Kompromiß erzielen können, daß auf dem Wege der Quoten- und Statutenänderung der EWG ein Vetorecht im EWF eingeräumt wurde, das bis dahin nur die USA innehatten. Hinzu kam, daß sich auf Grund gewisser Lockerungen der Beschränkungen des "freien Kapitalverkehrs" zwischen den Mitgliedsstaaten der EWG vor allem auf der Basis der US-Zahlungsbilanzdefizite ein internationaler Geldmarkt hochfungibler Geldkapitalmassen mit starken Zinsschwankungen herausgebildet hatte, der "Eurodollarmarkt", der als Quelle von kurzfristigem Leih- und Spekulationskapital geeignet war, die nationalen Zins- und Konjunkturpolitiken zu konterkarieren und die Währungsbeziehungen zusätzlich zu desorganisieren. Dies erschwerte zusätzlich eine "Liberalisierung" des Kapitalverkehrs auf der Basis von Abkommen innerhalb der Integration und zwingt partiell zur Einführung von Methoden der Devisenzwangswirtschaft, die ihrerseits die "Integrationsfortschritte" in Frage stellen,¹⁾ verstärkt damit aber gleichfalls Tendenzen, die Währungs Kooperation in der Gemeinschaft auf eine geregelte Grundlage zu stellen.

¹⁾ vgl. Max Iklé, Der Eurodollarmarkt, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 25. Jg. 1970, S. 295-318, hier bes.: S. 299; Franz Aschinger, der Euro-Geldmarkt und die Währungszusammenarbeit, in: ebd., S. 47-63, hier bes. S. 51 f.; vgl. auch Altvater, Die Weltwährungskrise, a.a.O., S. 66 ff. und Deppe, Zur Struktur .., a.a.O., S. 204 f.

Freilich begrenzt die Form der Integration, die eine besondere Art der Austragung innerimperialistischer Interessenkonflikte mit dem Ziel einer Ausbalancierung dieser Konflikte zwecks Vergrößerung der nationalen Machtbasis in der Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Zentren darstellt, auch die Möglichkeiten der Entfaltung der Währungs Kooperation. Es ist bezeichnend, daß ein westdeutscher bürgerlicher Theoretiker als Beispiel einer "gelungenen" Wirtschafts- und Währungsunion auf die "deutsche Einigung" und ihren Abschluß in der Reichsgründung von 1871 verweist.¹⁾ Eine solche "Integration", die die vollständige politisch-militärische Hegemonie eines Überlegenen Wirtschaftsraumes voraussetzt (mit der BRD als dem "Preußen" eines "Europäischen Reichs") spiegelt zwar möglicherweise die Illusionen eines Teils der Apologeten des westdeutschen Imperialismus wider, bezüglich ihrer Realisierung muß sie jedoch in den Bereich der Phantasie verwiesen werden.

Dies bedeutet gleichzeitig, daß alle Projekte einer "gemeinsamen Währung" im Sinne eines nationalen Staatspapiergeldes mit Zwangskurs für den gesamten EWG-Bereich gleichermaßen Makulatur sind, ebenso Vorstellungen "reversibel fixierter Paritäten" (was auf das gleiche herauskommt). Wir hatten oben ausgeführt, daß das nationale Papiergeld unter den Bedingungen permanenter Inflation nicht einfach neutraler Mittler der Warenmetamorphosen ist, sondern daß es vielmehr Instrument monopolistischer Umverteilungsprozesse über den Monopolpreis ebenso ist wie Hebel staatlicher Wirtschaftsregulierung und staatlich zentralisierter Kapitalentwertung. Weiter hatten wir entwickelt, wie der Wechselkurs in einem internationalen System devisenkonvertibler manipulierter Papiergeldwährungen Resultat des privat-

1) Helmut Jenkis, Münzunion oder Währungsunion? in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Wien, 29. Bd. 1969, S. 121-150, hier: S. 147 f.; vgl. auch: Wolf-Dieter Becker, Europäische Währungsunion, Vorurteile und Mißverständnisse, in: Der Volkswirt, Frankfurt/M., 24. Jg. 1970, Nr. 35, S. 26-31, hier: S. 31

und staatsmonopolistischen Eingriffs in den Reproduktionsprozeß im innern (Inflation) und in die Verwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt (Exportförderung, Kapitalexport) ist, und wie schließlich die hieraus entspringenden komplexen Paritätsverzerrungen (durch Valutadumping, "Konservativität" des Wechselkurses bzw. "schmutziges Floating") ihrerseits wieder zum Gegenstand staatsmonopolistischer Regulierungen werden.

Da also die Währungskrise ein integraler Bestandteil der aktuellen Formen imperialistischer Konkurrenz ist, kann sie auch innerhalb der EWG nicht einfach außer Kraft gesetzt werden. Dies wäre nur möglich unter den Bedingungen einer weitestgehenden Parallelität der "binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen", also faktisch gleichen Verwertungsbedingungen der nationalen Kapitale im EWG-Bereich, wodurch jedoch relevante nationale Kapitalteile der Vernichtung preisgegeben wären. Im Grunde geschähe hier das gleiche wie unter den Bedingungen einer "Weltzentralbank" neokeynesianischer Prägung. Die Vorstellungen, die von der Möglichkeit einer "Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken" ausgehen, reduzieren - nicht anders als die neokeynesianischen "Währungsreformer" - die nationalen Interessen auf einen rein technischen Störfaktor oder ein tendenziell verschwindendes Moment, statt sie als Reflex auf die konkreten Verwertungsbedingungen der jeweiligen nationalen Kapitale zu begreifen.¹⁾

¹⁾ Summarisch gesprochen kann man sagen, daß diese Auffassung Überwiegend den meisten, wenn nicht allen relevanten Integrationsvorstellungen zugrunde liegt. Vgl. B. Kohler / G. Schlaeger, Wirtschafts- und Währungsunion für Europa, Bonn 1971; R. Hellmann (Hg.) Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1972, W. Hankel, Währungspolitik, Geldwertstabilität, Währungsintegration und Sparerenschutz, Stuttgart/Westberlin/Köln/Mainz 1971; Hans Willgerodt, Voraussetzungen einer europäischen Währungsunion, in: Ordo, Düsseldorf/München Bd. 23, 1972, S. 51-79; u.a. Die Unterschiede reduzieren sich weitgehend auf die "Auswirkungen und Zielsetzungen" einer solchen Harmonisierung, wodurch die nationalen Interessen freilich durch die Hintertür wieder hereingenommen werden. Am dezidiertesten - meist in Bezug auf die "Geldwertstabilität" - äußern sich hierbei die Neoliberalen.

Hiermit sind zwar die Grenzen währungspolitischer Integrationsversuche benannt, jedoch gehen die innerhalb dieser Grenzen möglichen Formen währungspolitischer Kooperation erheblich weiter als eine Vertretung "gemeinsamer", das heißt auf den kleinsten gemeinsamen Nenner auf der Basis der divergierenden Interessen gebrachter Standpunkte im internationalen Währungsfonds oder anderen internationalen Organisationen.

Man muß davon ausgehen, daß das Interesse an langfristig geregelten Paritäten innerhalb der EWG in besonders starkem Maße wirkt, als Notwendigkeit aufgrund der starken internen Handelsverflechtung ebenso wie als Möglichkeit, sich der Weltmarktkonkurrenz innerhalb eines tendenziell zerfallenden "global integrierten" Weltmarktes auf der Basis institutionell abgesicherter relativ stabiler interner Wirtschaftsbeziehungen zu stellen und so Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt in besonderem Maße zur Geltung zu bringen. Dabei kann angenommen werden, daß der Wirkung und der längerfristigen Ausdehnungs- und Funktionsfähigkeit von Mechanismen des internationalen Kredits innerhalb des begrenzten regionalen Rahmens der EWG ein wesentlich höherer Grad an Realisierbarkeit zukommt als im internationalen Rahmen. Dies gilt zumindest so lange, wie die internen Disparitäten einen gewissen Grad der Zuspitzung nicht überschreiten.

6.2. Formen und Widersprüche der Währungskooperation in der EWG

Den Initiativen zu einer Verstärkung der Währungskooperation in der EWG kam so lange nur eine begrenzte Bedeutung zu, wie sich die Entwicklung der weltweiten Zahlungsbeziehungen in relativ stabilen Bahnen bewegte. Vor allem im ersten Jahrzehnt der westeuropäischen Integration trat dieser Aspekt hinter den Auseinandersetzungen um die anderen Aspekte der Entwicklung der Integration, vor allem um die Formen der institutionellen Fortentwicklung der politischen und ökonomischen Kooperation, weitgehend zurück. Weitergehende Formen westeuropäischer Währungskooperation - über den Rahmen der EWG hinaus -, die in der Nach-

kriegszeit zur Abwicklung gewisser Formen multilateralen Clearingverkehrs unter den Bedingungen der Devisenzwangswirtschaft geschaffen worden waren, vor allem die "Europäische Zahlungsunion" (EZU), wurden im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Devisenkonvertibilität zurückgenommen und durch wesentlich losere Formen der Währungskooperation im Rahmen des "Europäischen Währungsabkommens" (EWA) abgelöst.¹⁾ Vereinzelten Initiativen zur Schaffung einer gemeinsamen EWG-Münzeinheit kam bestenfalls ideologische Bedeutung zu, zumal sie weitgehend undurchdacht und nicht in eine ökonomische Konzeption eingebettet waren.²⁾ In dem Maße jedoch, wie sich das auf dem Dollar als Leitwährung basierende System global fixierter Paritäten als zunehmend funktionsuntüchtig erwies und die aus der verschärften Ungleichmäßigkeit der Entwicklung entstehenden Widersprüche scharke Disproportionen auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen auch innerhalb der EWG produzierten, die den Bestand der Integration zu gefährden drohten, rückten Formen erweiterter währungspolitischer Kooperation in den Mittelpunkt des Interesses der Mitgliederstaaten.

Die ersten ernstzunehmenden Initiativen in Richtung auf eine Verstärkung der Währungskooperation standen unter dem unmittelbaren Eindruck der Krisen der westeuropäischen Währungen seit 1968 und reflektierten vor allem die Schwäche des französischen Franc. Der von dem damaligen Vizepräsident der Kommission der EWG vorgelegte Plan (und die von diesem zwischen 1968 und 1970 ausgearbeiteten weiteren - insgesamt vier - Entwürfe) beinhaltete hauptsächlich die Einrichtung von Konsultationen der mittel- und kurzfristigen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie - als zentrales Element - die Schaffung eines Fonds für kurz-

1) vgl. Karl Neelsen, Wirtschaftsgeschichte der BRD, Berlin-DDR 1966, S. 132 f., Vgl. Sanio/Breuer, a.a.O., S. 290

2) vgl. Sanio/Breuer, a.a.O., S. 292; Zur Kritik des "Dichgans-Vorschlages" s. auch: Jenkins, a.a.O., bes. 147 ff.

und mittelfristige Stützungskredite bei Zahlungsbilanzdefiziten der Mitgliedsländer der Gemeinschaft.¹⁾

Dieser Plan offenbarte zugleich die Widersprüche der Währungs-kooperation, soweit sie sich aus dem für den Charakter der Integration konstitutiven fundamentalen Interessengegensatz zwischen Frankreich und der BRD ergaben. Die Formen der wirtschafts-konjunktur- und haushaltspolitischen Zusammenarbeit sind in der vergleichsweise unverbindlichen Form zwischenstaatlicher Konsultationen gehalten, während allein dem Stützungsfonds, der die währungspolitischen Schwierigkeiten der "Defizitländer" abmildern und Überwinden helfen soll, unmittelbare ökonomische Relevanz zukommt. Hier zeichnen sich bereits die Grundlinien der Konfrontation zwischen "Monetaristen" und "Ökonomen" ab, die für die Entwicklung der Initiativen zur Wirtschafts- und Währungs Kooperation bis zur Währungskrise des Jahres 1971 kennzeichnend sind.²⁾

Dieser Plan stieß dann auch auf den Widerstand der BRD, die sich einer solchen Instrumentalisierung der "harten Währungen" der Mitgliedsstaaten (also vor allem der DM) für den Zahlungsbilanzausgleich der "Defizitländer" zwangsläufig widersetzen mußte. Der westdeutsche Bankier Alwin Münchmeyer formulierte dies recht drastisch:

"Ein solcher Pseudomonetarismus, der die Währungsunion zu einem Beistandsclub denaturieren würde, in dem die Bundesrepublik für Stabilitätssünden ihrer Nachbarn aufzukommen hätte, kann nur in eine Sackgasse führen." ³⁾

1) vgl. Raymond Barre, Die währungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Europa-Archiv, Folge 16/1969, S. 563-572; Monique Dubois, Die Währungspolitik in der EWG und der Barrenplan, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 25. Jg. 1970, S. 88-100; Harald-Dietrich Kühne / Elfriede Klingenberg, Die kapitalistische Integration Westeuropas im Sog der internationalen Währungskrise, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 1972, H. 12, S. 1822-1841, hier bes. S. 1829 f.

2) Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration in der EWG - Initiativen und Probleme, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 16. Jg. 1971, S. 74-93, hier bes.: S. 78 ff.

3) Alwin Münchmeyer, Wir müssen die nationalstaatliche Kränwinkerei Überwinden, in: Wirtschaftswoche, Frankfurt/M. 1970, S.

Die Zielvorstellungen der BRD, wie sie sich in den folgenden Auseinandersetzungen um einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion äußerten, zielten demgegenüber auf den Vorrang der Wirtschaftsunion vor der Währungsunion, welche letztere den Abschluß des Prozesses bilden sollte, ab (Krönungskonzept), dies bei Schaffung bzw. Verstärkung der Kompetenzen supranationaler Gremien mit dem schließlichen Ziel der politischen Union.¹⁾

Ein solches Konzept entsprach weitgehend den Interessen der westdeutschen Monopole an der Durchbrechung der Schranken, die ihnen durch die nationalstaatlichen Protektionsmaßnahmen und die anderen Formen staatsmonopolistischer Regulierung in den anderen Mitgliedsstaaten gesetzt waren. Es offenbarte die Konzeption der BRD-Regierung, die Währungskooperation nur insoweit vorantreiben zu wollen, wie die "Partner"länder bereit waren, in dieser Richtung Zugeständnisse zu machen. Dieses Konzept erwies sich in dem Maße als zunehmend unrealisierbar, wie die Absicherung des Wirtschaftsraumes der EWG gegen die desorganisierenden Einflüsse einer zerfallenden Weltwährungsordnung auf der Grundlage global fixierter Wechselkurse - auch unter der Bedingung, daß eine weitgehende Hegemonie der BRD-Monopole innerhalb der Integration nicht gesichert war - für die Aufrechterhaltung des Einflusses der Integration auf einem von verschärfte Konkurrenz und sich wandelnden Kräfteverhältnissen gekennzeichneten kapitalistischen Weltmarkt auch für die BRD-Monopole in den Vordergrund trat. Dies äußerte sich in substantiellen Zugeständnissen der BRD-Seite, die zunächst den im Bericht der Werner-Kommission enthaltenen Stufenplan vom 8.10.1970²⁾ ihren Ausdruck fanden, der - nach weiteren westdeutschen Zugeständnis-

28-33, zitiert nach: Harald-Dietrich Kühne /Elfriede Klingenberg, Imperialistische Währungskrise und Interessengegensätze um die Projekte einer Wirtschafts- und Währungsunion im EWG-Bereich, in: DWI-Berichte, Berlin-DDR, 22. Jg. 1971, H. 9, S. 32-40, hier: S. 31

1) vgl. Scharrer, a.a.O., S. 79 f.

2) vgl. Kohler/Schlaeger, a.a.O., S. 159 f.

sen - Grundlage des Beschlusses des EWG-Ministerrates vom 1.2. 1971, des "Brüsseler Kompromisses" zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion wurde.¹⁾ Dieser Kompromiß formulierte die Notwendigkeit, Wirtschafts- und Währungsunion gleichzeitig, "pari passu", voranzutreiben. Er sah auf der I. Stufe eine zwingende Abstimmung der Zins- und Geldpolitik der Zentralbanken, verpflichtende Konsultationen zur Haushalts- und Konjunkturpolitik, sowie regional- und strukturpolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Vereinheitlichung auf diesem Gebiet für den Bereich der Wirtschaftspolitik vor, die wichtigsten währungspolitischen Maßnahmen waren die Verringerung der Schwankungsbreite zwischen den Währungen der Mitgliedsstaaten auf die Hälfte der im IWF-Statut vereinbarten (0,75 % statt 1,5 %) gegenüber dem Dollar, die Schaffung eines Stützungsfonds für kurzfristigen Beistand und erste Schritte zur Zusammenfassung der Währungsreserven.²⁾ Dabei sollte die erste Stufe (1971-1974) einen experimentellen Charakter behalten, mit der Möglichkeit des Rücktritts (clause de prudence), falls sich der "Gleichschritt" zwischen Wirtschafts- und Währungsunion nicht realisieren lassen sollte.³⁾

Die weiteren Stufen sahen eine zunehmende Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Währungspolitik mit weiterer Einengung der gegenseitigen Schwankungsbreite bis hin zur irreversiblen, starren Fixierung der Paritäten und der Schaffung eines europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit und dessen Fortentwicklung im Rahmen eines zu schaffenden gemeinsamen Zentralbankensystems bis 1980 vor.⁴⁾

1) Entschließung des Rates und der Vertreter der Mitgliedsstaaten, In: Pressemitteilungen des Rates der Europäischen Gemeinschaften, Generalsekretariat Brüssel, 9.2.1971

2) ebenda, vgl. auch: Kühne/Klingenberg, Interessengegensätze, a.a.O., S. 39 sowie dieselben: Kapitalistische Integration ... a.a.O., S. 1830 f.

3) ebenda, vgl. Scharrer, a.a.O., S. 81

4) ebenda.

Der äußerst weitgehende Charakter dieses Plans weist zugleich die Grenzen seiner Realisierbarkeit auf. Bestand auch die Möglichkeit, auf der Basis ohnehin ablaufender partieller Vereinheitlichungsprozesse die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zu verstärken und lag eine verbesserte währungspolitische Kooperation innerhalb der aufgezeigten Grenzen im Interesse aller Mitgliedsstaaten, so mußten schon die ersten "Erfolge" von ökonomischen Angleichungsprozessen auf Gemeinschaftsebene eine äußerst ungleiche Verteilung der Lasten des vereinheitlichungsprozesses offenbaren und die betroffenen Staaten vor die Entscheidung stellen, ob sie dem Interesse der Förderung der nationalen Monopole oder dem - unter diesen Bedingungen fiktiven - "Gemeinschaftsinteresse" den Vorrang geben sollten. Solche Entwicklungen mußten die Gefahr nicht einfach der Zurücknahme dieser Maßnahmen, sondern der Sprengung des gesamten Zusammenhangs der Integration nach sich ziehen.

Soweit kam es jedoch nicht. Die Währungskrise des Jahres 1971, die nur wenige Wochen nach der Einigung ausbrach, machte die Pläne zur Bandbreiteneinengung, die ja zudem - auf der Basis des Dollar-Leitwährungsmechanismus - in Dollar definiert waren, vollständig unrealistisch. Über die weiteren Schritte konnten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten nicht einigen. Die französische Regierung zielte darauf ab, den Einfluß der Gemeinschaft massiv in Richtung auf eine Abwertung des Dollar und die faktische Abschaffung des Dollar-Leitwährungs-Mechanismus geltend zu machen. Die BRD-Regierung - die schon zuvor ihren Wechselkurs freigegeben hatte - versuchte die anderen Mitgliedsstaaten gleichfalls zu einer Kursfreigabe bei fixierten Paritäten nach innen zu bewegen. Diese Maßnahme hätte jedoch zur damaligen Zeit zu massiven Vorteilen der BRD auf Kosten der anderen Mitgliedsstaaten geführt: unter den Bedingungen einer weitgehenden "Unterbewertung" der DM nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber den Währungen der "Partner"staaten hätte eine solche Maßnahme einerseits den Aufwertungssatz

der DM begrenzt, andererseits den Kurs der anderen Währungen unangemessen heraufgetrieben und damit das innere Kursniveau erheblich verzerrt. Die Mitgliedsstaaten führten daher - nachdem bei der Ministerratstagung vom 8.5.1971 keine Einigung erzielt worden war - unabhängig voneinander autonome Maßnahmen der außenwirtschaftlichen und währungspolitischen Absicherung durch. Die Pläne einer Wirtschafts- und Währungsunion wurden vollends illusorisch, darüber hinaus schien der Bestand der Integration selbst durch diese schwerste Krise seit 1965 ernsthaft gefährdet. Die besondere Schärfe der Auseinandersetzungen ist dabei nicht einfach auf die Währungskrise selbst zurückzuführen, nicht einmal unter Berücksichtigung des Umstands, daß sich zu dieser Zeit praktisch alle kapitalistischen Länder konjunkturellen Abschwungs- oder Stagnationstendenzen gegenübersehen, vielmehr spielte hier - ähnlich wie bereits in den Auseinandersetzungen um die Paritäten von DM und Franc 1968/69 - eine bedeutende Rolle, daß sich die BRD-Regierung die Krise zur Revision ihrer bereits gemachten Zugeständnisse zu nutze machen wollte. Hieraus resultierten bei Ausbruch der Währungskrise spezielle Verhaltensweisen bzw. "Ungeschicklichkeiten", die nicht unbeträchtlich zum Ausmaß der "Dollarschwemme" auf den westdeutschen Devisenmarkt beitrugen.¹⁾ Die Konsequenzen einer sol-

1) vgl. Dieter Stolze, Was wird aus der DM?, in: die Zeit, Hamburg, v. 14.5.1971, zitiert nach: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt/M., Nr. 37 v. 13.5.1971, S. 15 und Peter Sweerts-Soorck, Teurer Schiller, in: Wirtschaftswoche, Frankfurt/M. v. 14.5.1971, zitiert nach: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt/M., Nr. 37 v. 13.5.1971, S. 17. Diese "Ungeschicklichkeiten" bestanden im wesentlichen die Veröffentlichung des Gutachtens des Sachverständigenrats, in dem die Freigabe des Wechselkurses empfohlen wurde, in der reichlich späten Schließung der Devisenbörsen sowie - ähnlich wie 1968 - in öffentlichen Äußerungen von Kabinettsmitgliedern, diesmal des Wirtschaftsministers. Diese Verhaltensweisen stellten eine aklatanten Bruch üblicher währungspolitischer Gepflogenheiten dar, zu denen bei dem geringsten "Verdacht", daß die Parität zur Disposition steht, strengste Diskretion aller offiziellen und halb offiziellen Stellen gehört, um Spekulationswellen vorzubeugen.

chen Politik hatte Sicco Mansholt 1968 nicht unzutreffend (sieht man davon ab, daß er völlig in den offiziellen Integrationsideologien befangen ist und daher nationalstaatliche Maßnahmen als irrationales, den politischen und ökonomischen Bedingungen außerliches Motiv auffaßt) folgendermaßen charakterisiert.

"Der Unwille zum weiteren Vollzug des globalen Integrationsprozesses führt dann dazu, daß eines der Mitgliedsländer das schlechte und imponierende wirtschaftliche Fundament der Gemeinschaft in den Dienst seiner souveränen Außenpolitik zu stellen versucht. Solches Beispiel zeugt üble Folgen: Entweder fügt sich der Rest der Gemeinschaft einem solchen politischen Hegemonieanspruch .. - oder er macht sich das schlechte Beispiel zu eigen nach dem Grundsatz 'Wie du mir, so ich dir'. In beiden Fällen bedeutet dies das Ende einer internen Entwicklung, die mehr sein will als europäische Fassade .." 1)

Frankreich machte sich denn auch "das schlechte Beispiel zu eigen" und brach die Zusammenarbeit an Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion bis zur Rückkehr der DM zur festen Parität ab.

Zu einer Wiederannäherung der Standpunkte kam es schließlich auf dem Gebiet, wo ohnehin der höchste Grad an Übereinstimmung zu erzielen war, nämlich bei der Geltendmachung gemeinsamer Interessen nach außen. Äußerer Anlaß waren die wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen der US-Regierung vom 15.8.1971, die den Höhepunkt der Währungskrise des Jahres 1971 bildeten. (Die US-Regierung hatte die Goldkonvertibilität des Dollar offiziell aufgehoben und eine Reihe protektionistischer Maßnahmen ergriffen, darunter eine 10 %ige Sondersteuer auf Importe.) Unter der unmittelbaren Drohung eines allgemeinen Handelskrieges trat die Bedeutung des Kampfes um die Vorherrschaft in der Gemeinschaft hinter den unmittelbaren Erfordernissen der außenwirtschaftlichen Absicherung zurück. Wenn es auch zunächst nicht gelang, gemeinsame zentralbankpolitische Maßnahmen zu ergreifen, wurde immerhin ein gemeinsamer Forderungskatalog für eine Berei-

1) Sicco Mansholt, Perspektiven der EWG für Gesamteuropa, in: Europa-Archiv, Frankfurt/M., Folge 10, 1968, S. 347-358, hier: S. 350

nigung der Währungskrise formuliert. Der Beschluß der Minister-
ratstagung vom 13.9.1971 enthielt vor allem die Forderung nach
Aufhebung der Importabgabe.¹⁾ Die umstrittene Frage von Handels-
sanktionen gegen die USA fand hierin keinen Eingang.

Die Forderungen der Mitgliedsstaaten fanden in der Einigung
über das Realignement auf der Washingtoner Währungskonferenz
vom 18. Dezember 1971 starke Berücksichtigung. Dieser Umstand
dokumentierte in besonderem Maße die Notwendigkeit währungs-
politischer Kooperation in der EWG.

Auf der Grundlage des zerfallenden Dollar-Leitwährungsmecha-
nismus konnte freilich auch der zweite Anlauf zur Wirtschafts- und
Währungsunion, die erneute Einengung der Bandbreiten, diesmal
von 4 1/2 % als neuer globaler Schwankungsbreite entsprechend
den Bestimmungen des Realignement von Washington, wiederum auf
die Hälfte auf 2 1/4 %, keine befriedigenden Ergebnisse bringen.
Resultat war - da die Wechselkurse nach wie vor in Dollar defi-
niert blieb - eine Einengung der Dollar-Schwankungsbreite aus-
gedrückt in den EWG-Währungen auf die Hälfte der Schwankungs-
breite der EWG-Währungen untereinander. Der erneute Ausbruch
akuter Währungskrisen mit schweren Rückwirkungen auf die Wäh-
rungskooperation war damit praktisch unausweichlich, zumal die
verschärfenden Ursachen der Währungskrise keinesfalls gelöst
waren, die ihren Ausbruch in der Form der Dollarkrise herorge-
rufen hatten, wie die Verzerrung des Währungspreises des Gol-
des im Vergleich zum relativen Geldwert der USA (durch eine Er-
höhung um 3 Dollar/Unze) und das Problem der akkumulierten Dol-
larüberschüsse, die in einer Höhe um die hundert Milliarden
Dollar durch die Weltwirtschaft "vagabundierten". Als Vorspiel
kamen zunächst die Währungen zweier Mitgliedsländer in Wanken,
die sich in ähnlicher Weise durch strukturell schwache natio-

¹⁾ Pressecommuniqué des EG-Ministerrats, in: Deutsche Bundes-
bank, Auszüge aus Presseberichten, Frankfurt/M., Nr. 73 v.
16.9.1971, S. 1, 2

nale Kapitale, hohe Inflationsraten und einen geringen Spielraum zur Überwälzung von Anpassungslasten auf die arbeitenden Klassen auszeichneten, wodurch die Überbrückungsmöglichkeiten über den internationalen Kredit infolge einer bereits Jahre anhaltenden Währungsschwäche weitgehend erschöpft waren, nämlich Großbritannien und Italien, die Mitte 1972 bzw. Anfang 1973 aus dem System verengter Bandbreiten ausscheren mußten.

Die erneute Folge akuter Währungskrisen von Anfang Februar bis Mitte März 1973 zerstörte mit dem Dollar-Leitwährungsmechanismus das gesamte System global geregelter internationaler Zahlungsbeziehungen.¹⁾ Die EWG-Mitgliedsstaaten, die bis zu diesem Zeitpunkt feste Wechselkurse untereinander aufrechterhalten hatten (Belgien, BRD, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg), vereinbarten untereinander diejenige Aktion, die die BRD im Mai den anderen Mitgliedsländern vergeblich hatte aufzwingen wollen, nämlich das Block-Floating, die Kursfreigabe gegenüber den anderen Währungen bei Aufrechterhaltung fixer Paritäten. Norwegen und Schweden traten dieser Vereinbarung formell bei, Österreich hielt seinen Kurs faktisch im Rahmen der vereinbarten Schwankungsbreite, jedoch ohne formell verpflichtenden Beitritt.²⁾ Die Bedingungen waren freilich andere als zwei Jahre zuvor. Die DM war inzwischen mehrfach massiv aufgewertet worden, so daß der von ihr zu erwartende Aufwertungsdruck niedriger angenommen werden konnte. Darüber hinaus hatten sich alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung global geregelter Austauschbeziehungen der Währungen auf absehbare Zeit zerschlagen, Voraussetzung der Einigung war dennoch ein regionales Realignment, wobei die DM nochmals um 3 % aufgewertet wurde.³⁾

¹⁾ vgl. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 43. Gesamtbericht 1973/74, Basel 1974, S. 26 f.; Sanio/Breuer, a.a.O., S. 302

²⁾ vgl. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 43. Gesamtbericht, a.a.O., S. 27

³⁾ ebenda

Damit waren jedoch die Schwierigkeiten innerhalb des westeuropäischen Floating-Blocks noch nicht gelöst, im Juni ergaben sich weitere schwerwiegende Disparitäten zwischen den Kursen der Teilnehmer, in deren Folge die DM um weitere 5,5 % aufgewertet wurde. Seine schwerste Erschütterung machte dieses System jedoch Anfang 1974 durch, als die französische Regierung den Franc aus dem Währungsblock löste, wodurch der Charakter dieser Vereinbarung sich von einem Abkommen auf EWG-Ebene mit Beteiligung einiger eng mit dieser verbundener Länder faktisch zu einer Art westeuropäischen Hartwährungsclub wandelte, in der von den vier ökonomisch stärksten Ländern der Gemeinschaft nur noch eines verblieb.¹⁾

In diesem Zusammenhang war es nur logisch, daß der Übergang zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, der jegliche objektive Grundlage fehlte, der aber - entsprechend den nicht formell außer Kraft gesetzten Bestimmungen der Brüsseler Vereinbarung vom Februar 1971 - am 1.1.1974 in Kraft getreten wäre, auch formell nicht vollzogen wurde. In dem Zusammenhang des gewandelten Charakters des Floating-Blocks ist auch zu sehen, daß nach einer gewissen Erholung des Franc-Kurses Frankreich in Richtung auf den erneuten Beitritt in den Block sondierte; diese Maßnahme trägt objektiv keinen grundsätzlich verschiedenen Charakter von ähnlichen Sondierungen, die die Schweiz etwa zur gleichen Zeit aufnahm.²⁾

Die Gründe für die weitgehende Desintegration der EWG auf dem Währungssektor sind wesentlich darin zu sehen, daß mit dem Zerfall des Systems global geregelter Zahlungsbeziehungen eine wesentliche Triebkraft der Währungs Kooperation wegfiel, nämlich die Geltendmachung gemeinsamer Interessen bei internationalen Auseinandersetzungen um Veränderungen ebensolcher globaler Regelungen. Ein weiterer Grund war die vorherzusehende insgesamt

1) ebd., S. 31; vgl. auch dieselbe, 44. Gesamtbericht 1974/75, Basel 1975, S. 129 ff.

2) vgl. 44. Gesamtbericht, a.a.O., S. 129

eher desintegrative Wirkung der Erweiterung der Gemeinschaft, die auf verschiedenen Konfliktebenen, deren die Währungszusammenarbeit eine ist, auf eine Verschärfung der Auseinandersetzungen hinwirken mußte, soweit dort die Interessen innerhalb der "alten" Gemeinschaft noch nicht ausbalanciert waren.¹⁾ Inwieweit der überwiegend desintegrierte Verlauf der Bemühungen um eine Verstärkung der Kooperation auf dem Währungssektor Rückwirkungen auf die Gesamtentwicklung der Integration haben wird, ist momentan schwer abzuschätzen. Es dürfte in starkem Maße davon abhängen, inwieweit die Mitgliedsstaaten - vor allem die BRD - unter den gegenwärtigen Bedingungen der schwersten weltweiten Krise der Nachkriegszeit in der Gemeinschaft ein adäquates Instrument zur Geltendmachung ihrer Interessen auf einem schrumpfenden Weltmarkt betrachten können.

¹⁾ vgl. Kühne/Klingenberg, Interessengegensätze ..., a.a.O., S. 40, die schon Ende 1971 auf diesen Zusammenhang verwiesen haben.: "Vollzieht sich die Erweiterung der EWG ohne praktizierte Anfänge einer Wirtschafts- und Währungsunion, so dürfte der Prozeß eher desintegriert verlaufen."

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar Die Weltwährungskrise, Frankfurt/Main 1969
- Altwater, Elmar, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in:
Hoffmann, Jürgen, Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, H. 17/18
Semmler, Willi und 17/18, 1975, S. 237 - 302
Künzler, Rainer
- Aschinger, Franz Der Euro-Geldmarkt und die Währungszusammenarbeit, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 25. Jg. 1970, S. 47 - 63
- Atlas, Z. und Weltgeld: Gold oder Dollar? in: Marxismus-Digest, Frankfurt/M., H. 3, 1972, S. 135-150
Matjuchin, G.
- Autorenkollektiv Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972. (Paris 1971).
- Autorenkollektiv Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin-DDR 1972
- Bachmann, Hans Europäische Verhaltensweisen gegenüber dem Trend zu einem Welt- Dollar- Standard, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 23. Jg. 1968, S. 201 - 240
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich Gesamtberichte, Berichtszeitraum: 1.4. - 31.3. des jeweiligen Jahres, Basel
- Barre, Raymond Die währungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Europa-Archiv, Frankfurt/M., Folge 16, 1969, S. 563 - 572
- Becker, Wolf-Dieter Europäische Währungsunion - Vorurteile und Mißverständnisse, in: Der Volkswirt, Frankfurt/M., 24. Jg. 1970, Nr. 35, S. 26 - 31
- Blechschildt, Aike Löhne, Preise und Gewinne 1967 - 1973, Lampertheim 1974
- Bönisch, Alfred Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Berlin-DDR 1969

- Boßhardt, Alfred Weltwährungspolitik auf falschen Geleisen - Außenhandelsliberalisierung erneut gefährdet: in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 24. Jg. 1969, S. 45 - 71
- Breuer, Wilhelm Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, Köln 1974
- Bruhn, H., Wöl-
fing, E. und
Koch, B. Das Geld im Imperialismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, H. 11/12, 1974, S. 149 - 213
- Bucharin, N. Imperialismus und Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1969
- Burg, Helmut Der Staat als Bankier, Berlin-DDR 1968
- Busch, Klaus Die multinationalen Konzerne - Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/M. 1974
- Busch, Schöller,
Seelow Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1974
- Cassel, Gustav Der Zusammenbruch der Goldwährung, Stuttgart 1937
- Chmelnizkaja, J. Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin-DDR 1962
- Cecco, Marcello de Weltwirtschaft nach 1870, in: Ekkehard Krippendorff (Hg.), Internationale Beziehungen, Köln 1973, S. 56 - 77
- Cogoy, Mario Werttheorie und Staatsausgaben, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch, Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 129 - 199

- Deppe, Frank** Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: Frank Deppe (Hg.): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) - Zur politischen Ökonomie der west-europäischen Integration, Deutscher Verlag Hamburg 1975, S. 175 - 285
- Dobretsberger, Franz-Josef** Das Geld im Wandel der Wirtschaft, Graz 1947
- Dombrowski, Olaf** Zur Kritik bürgerlicher Inflationstheorien, in: Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, H. 17/18, 1975, S. 165 - 232
- Domdey, Karl-Heinz und Kühne, Harald-Dietrich** Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems, Frankfurt/M. 1972 (Berlin-DDR 1972)
- Dubois, Monique** Die Währungspolitik in der EWG und der Barre-Plan, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 25. Jg. 1970, S. 88 - 100
- Eidelnant, A.** Verdrängt "Papiergold" das Gold aus den internationalen Währungsbeziehungen?, in: Marxismus-Digest, Frankfurt/M. 1972, H. 3 S. 150 - 160
- Engels, Friedrich** An den italienischen Leser - Vorwort zur italienischen Ausgabe des "Manifest der kommunistischen Partei", in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Karl Marx und Friedrich Engels, Werke (im folgenden: MEW), Bd. 22, Berlin-DDR 1963, S. 365 - 366
- ders.** Der Handelsvertrag mit Frankreich, in: MEW, Bd. 19, Berlin-DDR 1969, S. 261 - 265

- ders. Schutzzoll und Freihandel, Vorwort zur amerikanischen Auflage von Karl Marx, "Rede über die Frage des Freihandels", in: MEW, Bd. 21, Berlin-DDR 1969, S. 360 - 375
- ders. Vorwort zur zweiten deutschen Auflage der "Lage der arbeitenden Klassen in England", in: MEW, Bd. 22, Berlin-DDR 1963, S. 316 - 330
- Frank, Matthias Zur Krise des Dollars, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 181p, 13. Jg. 1968, H. 4, S. 333 - 338
- Fritsch, Bruno Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx, Frankfurt/M. 1968
- Galtschinskij Gold als Geldware heute - Zur Verwandlung des Preises des Goldes als unmittelbarer Wertausdruck in einen irrationalen Produktionspreis, in: Marxismus-Digest, Frankfurt/M., H. 3, 1972, S. 150 - 160
- Gündel, Rudi und Nehls, Katja Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, DWI-Forschungshefte, Berlin-DDR 1970, H. 1, S. 37 - 64
- Gündel, Rudi, Heininger, Horst, Hess, Peter und Zieschang, Kurt Zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin 1975 (Berlin - DDR 1967)
- Günniker, Franz Währungsmisere der westlichen Welt? Stuttgart 1967
- Haberler, Gottfried Die internationale Währungsordnung, in: Ordo, Düsseldorf und München, 15./16. Bd. 1965, S. 55 - 67

- ders. Der Devisenmarkt und die Stabilität der Zahlungsbilanz - eine theoretische Untersuchung, in: Klaus Rose (Hg.) Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Westberlin 1971, 214 - 238

- Hankel, Wilhelm Währungspolitik, Geldwertstabilität, Währungsintegration und Sparschutz, Stuttgart/Westberlin, Köln/Mainz 1971

- ders. Währungsordnung reformiert sich selbst - Auf dem Weg zur Welt-Notenbank, in: Handelsblatt, Düsseldorf, Nr. 169 v. 1./2. 9.1972, S. 14

- ders. Mehr Autonomie für den internationalen Währungsfonds erforderlich, in: Handelsblatt, Düsseldorf, Beilage "Banken international", November 1972, S. 9/10

- ders. Nach der Dollar-Abwertung - wie geht es jetzt weiter? in: Handelsblatt, Düsseldorf, Nr. 35 v. 13.2.1973

- Heinze, Albrecht, Handelskapital und Handelprofit, Leihkapital
Lemnitz, Alfred und Zins, Berlin-DDR 1974

- Hellmann, Rainer Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1972

- Heß, Peter Der Widerspruch zwischen den agrarpolitischen und den außenpolitischen Interessen des BRD-Monopolkapitals, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 13. Jg. 1965, H. 1, S. 1 - 15

- Heß, Peter, Das Finanzkapital - der Zusammenhang zwischen
Zieschang, Kurt, Kapitalmacht und Kapitalverwertung im heutigen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 20. Jg. 1972, H. 1, S. 1673 - 1690

- Hilferding, Rudolf Das Finanzkapital, Frankfurt/M. 1973 (Berlin 1909)

- Hoffmann, Ulrich Die Rolle der Inflation im Rahmen zyklischer und chronischer Krisenerscheinungen im heutigen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 23. Jg. 1975, H. 6, S. 878 - 889
- Hofmann, Werner Die säkulare Inflation, Westberlin 1961
- ders. Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Westberlin 1968
- ders. Sozialökonomische Studientexte, Bd. 1: Wert- und Preislehre, Westberlin 1964
- Huffscheid, Jörg Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Zur Theorie des Monopols, das Argument, Westberlin, Sonderband 6, 1975, S. 4 - 92
- Iklé, Max Der Eurodollarmarkt, in: Außenwirtschaft, Zürich und St. Gallen, 25. Jg. 1970, S. 295 - 318
- Jenkis, Helmut Münzunion oder Währungsunion? in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Wien, 29. Jg. 1973, S. 121 - 150
- Kalkmann, Philipp Englands Übergang zur Goldwährung, Straßburg 1895
- Katzenstein, Robert Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin o. J. (Berlin-DDR 1967)
- Kindleberger, Charles P. Die Weltwirtschaftskrise, München 1973
- Koch, Bernd Weltgeld und Wertgesetz - Zur Ersetzbarkeit der Geldware durch Zeichengeld, Nr. 7 der Reihe "Mehrwert - Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie", Westberlin und Bremen 1974

- Kohler, B. und
Schlaeger, G. Wirtschafts- und Währungsunion für Europa,
Bonn 1971
- Kohlmei, Gunter Karl Marx' Theorie von den internationalen
Werten - mit einigen Schlußfolgerungen für
die Preisbildung im Außenhandel zwischen
den sozialistischen Staaten, in: Probleme
der politischen Ökonomie, Bd. 5, Berlin-DDR
1962, S. 18 - 122
- ders. Friedrich Engels über Freihandel und Schutz-
zoll, in: Probleme der politischen Ökonomie,
Bd. 13, Berlin-DDR 1970, S. 63 - 106
- Kolloch, Klaus Sonderziehungsrechte als Versuch eines neuen
internationalen staatsmonopolistischen Regu-
lierungsinstruments zur Aufrechterhaltung des
kapitalistischen Weltwährungssystems, in:
Wirtschaftswissenschaft, 23. Jg., Berlin-DDR
1975, H. 3, S. 391 - 405
- Kondratieff, N.D. Die langen Wellen der Konjunktur, in: Ernest
Mandel (Hg.), Die langen Wellen der Konjunktur
Westberlin 1972, S. 133 - 171
- Krippendorff,
Ekkehardt Das internationale System zwischen Stabili-
sierung und Klassenkampf, in: Ekkehardt Krip-
pendorff (Hg.) Probleme der internationalen
Beziehungen, Frankfurt/M. 1972, S. 9 - 33
- ders. Zum Imperialismus-Begriff, in: Ekkehardt Krip-
pendorff (Hg.), Probleme der internationalen
Beziehungen, Frankfurt/M. 1972, S. 117 - 203
- Kühne, Harald-
Dietrich Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolisti-
scher Liquiditätsregulierungen im Rahmen der
internationalen währungspolitischen Koopera-
tion, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR,
Bd. 10, 1965, S. 122 - 145

- ders. Währungspolitik und Reproduktionsprozeß im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR, Bd. 10, 1965, H. 1, S. 45 - 65
- ders. Zur Theorie und Praxis monetärer Analysen als Bestandteil staatsmonopolistischer Geldmengenregulierung, in: Konjunktur und Krise, Berlin-DDR, Bd. 11, 1967, S. 101 - 122
- ders. und Klingenberg, Elfriede Die kapitalistische Integration Westeuropas im Sog der kapitalistischen Währungskrise, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 20. Jg. 1972, H. 12, S. 1822 - 1841
- dieselben Imperialistische Währungskrise und Interessengegensätze um die Projekte einer Wirtschaft und Währungsunion im EWG-Bereich, in: DWI-Berichte, Berlin-DDR, 22. Jg. 1971, H. 9, S. 32 - 40
- Lenin, A. Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus und die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin-DDR 1966, H. 7, S. 720 - 735
- Lenin, W.I. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus - gegenverständlicher Abriss, in: W.I. Lenin, Werke, Berlin-DDR, Bd. 22, 1960, S. 191 - 309
- ders. Hefte zum Imperialismus, Lenin, Werke, Berlin-DDR, Bd. 39, 1965
- ders. Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Lenin, Werke, Berlin-DDR, Bd. 21, 1970, S. 342 - 346

- Lipfert, Helmut Einführung in die Währungspolitik,
München 1971
- Lutz, Friedrich A. Goldwährung und Wirtschaftsordnung, in:
Weltwirtschaftliches Archiv, 41. Bd. 1935
- ders. Die Diskussion über die internationale
Währungsordnung, in: Ordo, Düsseldorf und
München, 15./16. Bd. 1965, S. 69 - 86
- ders. und Jahresgutachten 1964/65, Stuttgart und Mainz
Sohmen, Egon 1964, Anhang: Wie kann sich ein Land der
importierten Inflation entziehen?
- Machlup, Fritz Die Goldkernwährung, Halberstadt 1925
- ders. Die Theorie des Devisenmarktes, in: Klaus
Rose (Hg.), Theorie der internationalen
Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Westberlin
1971, S. 169.- 213
- Mandel, Ernest Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972
- ders. Marxistische Wirtschaftstheorie, Frank-
furt/M. 1968
- ders. Die EWG und die Konkurrenz USA-Westeuropa,
Frankfurt/M. 1968
- Marx, Karl Das Kapital.- Kritik der politischen Ökono-
mie, 3 Bde.: Bd. 1: MEW, Bd. 23, Berlin-DDR
1972, Bd. 2: MEW, Bd. 24, Berlin-DDR 1972,
Bd. 3: MEW, Bd. 25, Berlin-DDR 1969
- ders. Die Schutzzöllner, die Freihandelsmänner und
die arbeitende Klasse, in: MEW, Bd. 4, Berlin-
DDR 1969, S. 296 - 298

- | | |
|-----------------|--|
| - ders. | Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/M., o. J. |
| - ders. | Rede über die Frage des Freihandels, in: MEW, Bd. 4, Berlin-DDR 1969, S. 444 - 457 |
| - ders. | Resultate des allgemeinen Produktionsprozesses, Frankfurt/M. 1969 |
| - ders. | Theorien über den Mehrwert, 3 Bde.:
Bd. 1: MEW, Bd. 26.1, Berlin-DDR 1965
Bd. 2: MEW, Bd. 26.2, Berlin-DDR 1967
Bd. 3: MEW, Bd. 26.3, Berlin-DDR 1968 |
| - ders. | Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin-DDR 1969, S. 7 - 160 |
| Mansholt, Sicco | Perspektiven der EWG für Gesamteuropa, in: Europa-Archiv, Frankfurt/M., Folge 10, 1966, S. 347 - 358 |
| Meyer, Fritz W. | Sonderziehungsrechte für Sonderinteressen, in: Ordo, Düsseldorf und München, 21. Bd. 1970, S. 93 - 120 |
| Möller, Hans | Das Ende einer Weltwährungsordnung, München 1972 |
| Murray, Robin | Der Nationalstaat und die Internationalisierung des Kapitals, in: Otto Kreye (Hg.), Multinationale Konzerne, München 1974, S. 40 - 80 |
| Neelsen, Karl | Wirtschaftsgeschichte der BRD, Berlin-DDR 1966 |
| Neuß, Christel | Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972 |

- dieselbe und
Blanke, Bernhard
Altwater, Elmar
- Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungs-
krise, in: Probleme des Klassenkampfes, H. 1
Westberlin 1971, S. 5 - 116
- Nuäme, Hanne,
Michel, Werner,
Wacker, Ulrich
- Die internationale Konzentration und Zen-
tralisation des Kapitals, in: Frank Deppe
(Hg.), EWG, Zur politischen Ökonomie der
westeuropäischen Integration, Reinbek bei
Hamburg 1975, S. 53 - 110
- Polillo, Gian-
franco
- Inflation und Struktur des Monopolkapitalis-
mus, in: Marxismus-Digest, H. 3, Frankfurt/M.
1972, S. 51 - 62
- Rose, Klaus
- Entwicklung und Stand der Außenwirtschafts-
theorie, in: Klaus Rose (Hg.), Theorie der
internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln
und Westberlin 1971, S. 13 - 27
- Sachmatowa, M.R.
- Die Expansion des USA-Privatkapitals nach
Westeuropa, Berlin-DDR 1968
- Salin, Edgar
- Devisen-Bann-Wirtschaft? in: Kyklos, Vol 17,
Basel 1964, S. 149 - 164
- Samuelson, Paul
- Volkswirtschaftslehre Bd. 2, 5. Auflage,
Köln 1972
- Sanio, Erhard und
Breuer, Wilhelm
- Die EWG und die Krise des kapitalistischen
Währungssystems, in: Frank Deppe (Hg.): EWG
- Zur politischen Ökonomie der westeuropä-
ischen Integration, Reinbek bei Hamburg 1975,
S. 285 - 311
- Scharrer, Hans-
Eckart
- Monetäre Integration in der EWG - Initiativen
und Probleme, in: Hamburger Jahrbuch für Wirt-
schafts- und Gesellschaftspolitik, 16. Jg.,
Tübingen 1971, S. 74 - 93
- Statz, Albert
- Die Geschichte der westeuropäischen Integra-
tion bis zur Gründung der EWG, in: Frank Deppe
(Hg.), EWG - Zur politischen Ökonomie der
westeuropäischen Integration, Reinbek bei

- Triffin, Robert After the Gold Exchange Standard, in:
Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 37, 1961
- ders. The international monetary System,
New York 1968
- Turley, Hermann Zur Monopoltheorie der westdeutschen Neo-
liberalen, in: Probleme der politischen
Ökonomie, Berlin-DDR, Bd. 3, 1960,
S. 104 - 136
- Varga, Eugen Die große Krise und ihre politischen Folgen,
in: Eugen Varga, die Krise des Kapitalismus
und ihre politischen Folgen, Frankfurt/M.
1969, S. 231 - 371
- Veit, Otto Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M.
1961
- Walter, Hans-
Ulrich Zu einigen Aspekten der neokolonialisti-
schen Expansion der EWG in Afrika, in:
Wirtschaftswissenschaft, Berlin-DDR, 6. Jg.
1969, S. 577 - 588
- Willgerodt, Hans Voraussetzungen einer europäischen Währungs-
union, in: Ordo, Düsseldorf und München,
23. Bd., 1972, S. 51 - 79
- Woll, Artur Der Stand der Wechselkursstheorie, in:
Der Volkswirt, 19. Jg. 1965, Nr. 25,
S. 1260 - 1262
- Zieschang, Kurt Zu Problemen des staatsmonopolistischen
Kapitalismus und seiner inflationären Wir-
kung auf die ökonomischen Gesetze, in:
Probleme der politischen Ökonomie, Berlin-
DDR, Bd. 4, 1961, S. 125 - 181

